

Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU

Mag.^a Susanne Halmer, BA
MMag.^a Barbara Hauenschild

Wien, März 2014

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	1
TEIL 1: DIE ENTWICKLUNG DER DASEINSVORSORGE	3
1. Definition wichtiger Begrifflichkeiten	3
1.1. Daseinsvorsorge	3
1.2. Privatisierung	5
1.3. Rekommunalisierung	8
1.4. Kommunalisierung	10
1.5. Interkommunale Zusammenarbeit	10
1.6. Public Private Partnership	11
2. Die Entwicklung der Daseinsvorsorge: zwischen privat und öffentlich	13
TEIL 2: NEGATIVE ERFAHRUNGEN DER PRIVATISIERUNG	17
1. Motive für Privatisierungen	17
2. Negative Beispiele aus der Praxis	18
2.1. Wasser: London	19
2.2. Öffentlicher Personennahverkehr: Stockholm	21
3. Negative Folgen der Privatisierungen	23
4. Schlussfolgerungen	29
TEIL 3: REKOMMUNALISIERUNG IN DER THEORETISCHEN DISKUSSION	31
1. Argumente für Rekommunalisierung	31
2. Gefahren der Rekommunalisierung	41
3. Verhinderung von Rekommunalisierungsvorhaben	43
TEIL 4: REKOMMUNALISIERUNG IN DER PRAXIS	47
1. Unterschiedliche Rekommunalisierungstrends in Europa	47
2. Überblick: Rekommunalisierung in Europa	50
3. Energieversorgung	51
3.1. Einleitung	51
3.1.1. Liberalisierung und Privatisierung im Energiesektor	51
3.1.2. Big player der Energieversorgung	52
3.1.3. Energieversorgung in Österreich	53
3.1.4. Rekommunalisierungen im Energiesektor in Europa	56
3.2. Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	60
3.2.1. Berlin	60
3.2.2. Bremen	62
3.2.3. Dresden	64
3.2.4. Hamburg	65
3.2.5. Nümbrecht	68
3.2.6. Solingen	70

3.2.7.	Springe	72
3.2.8.	Stuttgart	75
3.2.9.	Wolfhagen	78
3.2.10.	Rekommunalisierung deutscher Energieriesen	82
3.2.10.1.	<i>Steag (ursprünglich: Steinkohlen Elektrizitäts AG)</i>	83
3.2.10.2.	<i>Thüga (ursprünglich: Thüringer Gas AG)</i>	85
3.2.10.3.	<i>EnBW (Energie Baden-Württemberg)</i>	87
4.	Wasserver- und Abwasserentsorgung	90
4.1.	Einleitung	90
4.1.1.	Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor	91
4.1.2.	Die Ressource Wasser	92
4.1.3.	Vergleich: Wasserpreise und -qualität in europäischen Ländern	93
4.1.4.	Big player der Wasserversorgung	96
4.1.5.	Wasserversorgung in Österreich	97
4.1.6.	Rekommunalisierungen im Wassersektor in Europa	100
4.2.	Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	104
4.2.1.	Arenys de Munt	104
4.2.2.	Berlin	105
4.2.3.	Bordeaux	108
4.2.4.	Budapest	111
4.2.5.	Figaró-Montmany	112
4.2.6.	Grenoble	112
4.2.7.	Paris	114
4.2.8.	Potsdam	117
4.2.9.	Toulouse	119
4.2.10.	Rekommunalisierung eines deutschen Wasserriesen: Gelsenwasser AG	120
5.	Abfallentsorgung	123
5.1.	Einleitung	123
5.1.1.	Liberalisierung und Privatisierung im Abfallsektor	123
5.1.2.	Die Ressource Müll	125
5.1.3.	Big player der Abfallentsorgung	125
5.1.4.	Abfallentsorgung in Österreich	126
5.1.5.	Rekommunalisierungen im Abfallsektor in Europa	128
5.2.	Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	129
5.2.1.	Bergkamen	129
5.2.2.	Böblingen (Landkreis)	134
5.2.3.	Düren und Aachen	137
5.2.4.	North Tyneside	139
5.2.5.	Rhein-Hunsrück-Kreis	140
5.2.6.	Thurrock	143
5.2.7.	Uckermark (Landkreis)	145
6.	Öffentlicher Personennahverkehr	146
6.1.	Einleitung	146
6.1.1.	Liberalisierung und Privatisierung im Öffentlichen Personennahverkehr	146

6.1.2.	Die Besonderheit des Öffentlichen Personennahverkehrs	147
6.1.3.	Big player des öffentlichen Personennahverkehrs	147
6.1.4.	Öffentlicher Personennahverkehr in Österreich	148
6.1.5.	Rekommunalisierungen im Öffentlichen Personennahverkehr in Europa	149
6.2.	Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	150
6.2.1.	Britische Eisenbahn	150
6.2.2.	Kieler Verkehrsgesellschaft	153
6.2.3.	London Underground	155
7.	Sonstige Dienstleistungsbereiche	158
7.1.	Friedhofspflege: Göttingen	158
7.2.	Gebäudereinigung	158
7.2.1.	Bremen	158
7.2.2.	Islington	159
7.3.	Grünflächenpflege: Nürnberg	160
7.4.	Prüfstatik: Hannover	162
7.5.	Rettungsdienst	163
7.5.1.	Oberberg (Landkreis)	163
7.5.2.	Schleswig Holstein	165
7.6.	Straßenbeleuchtung: Düren	165
7.7.	Straßenreinigung: Gerlingen	166
TEIL 5: AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER DASEINSVORSORGE		169
1.	Konzessionsrichtlinie	169
2.	Viertes Eisenbahnpaket	172
3.	Privatisierungsdruck der Europäischen Union	179
ZUSAMMENFASSUNG		183
BEISPIELÜBERSICHT		187
QUELLENVERZEICHNIS		195

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Verständnis von Rekommunalisierung in Deutschland (Mehrfachnennungen) ..	9
Abbildung 2: Prozessmodell Beschaffungs–PPP	11
Abbildung 3: Prozessmodell Aufgabenerfüllungs–PPP	12
Abbildung 4: Weltweite Erträge aus Privatisierungen 1988–2010	17
Abbildung 5: Bewertung der öffentlichen Dienstleistungen in Österreich (in %)	34
Abbildung 6: Erwartungen der ÖsterreicherInnen von Privatisierungen (in %)	34
Abbildung 7: Gründe für Rekommunalisierungen in Deutschland.....	37
Abbildung 8: Die größten Energieversorgungsunternehmen weltweit, nach Umsatz in Mrd. US-Dollar, 2011.....	53
Abbildung 9: Gründe von Rekommunalisierungsbestrebungen in der Energieversorgung in Deutschland (Mehrfachnennungen möglich).....	58
Abbildung 10: Rückkauf der DREWAG.....	65
Abbildung 11: Stadtwerke Springe Beteiligung	73
Abbildung 12: Aufgabenbalance Stadtwerke Wolfhagen	79
Abbildung 13: Entwicklung der regenerativen Erzeugung in Wolfhagen	80
Abbildung 14: Erwarteter Energiebedarf gegen EE-Erzeugung in Wolfhagen, 2008–2015 ...	81
Abbildung 15: KOM 09 Gruppe.....	86
Abbildung 16: Wasserversorgung Ausgaben, in Euro pro Kopf und Jahr	94
Abbildung 17: Abwasserentsorgung Ausgaben, in Euro pro Kopf und Jahr	94
Abbildung 18: Wasserverluste im öffentlichen Trinkwassernetz, in % des Wasseraufkommens, 2007.....	95
Abbildung 19: Reinigungsstufen in der Abwasserbehandlung (in %), 2007	96
Abbildung 20: Besitzverhältnisse AQUAsisst.....	99
Abbildung 21: Gründe für Rekommunalisierung in der Wasserversorgung in Deutschland	101
Abbildung 22: Anteil an der Wasserversorgung in Frankreich 1970 und 2010.....	103
Abbildung 23: Entwicklung der Wasserpreise in Paris im Vergleich zur Inflation.....	115
Abbildung 24: Entwicklung der Trink- und Abwassergebühren pro m ³ in Potsdam, 1994– 2013.....	118
Abbildung 25: Anteilseigner der Gelsenwasser AG	121
Abbildung 26: Einnahmen der größten privaten Abfallentsorger in Europa, in Mio. Euro ...	126
Abbildung 27: Entwicklung der Müllgebühren in Bergkamen, Restabfall 120l, 2005–2012	133
Abbildung 28: Entwicklung der Müllgebühren in Bergkamen, Bioabfall 120l, 2005–2012 .	133
Abbildung 29: Müllgebühren einer Durchschnittsfamilie Böblingen.....	137
Abbildung 30: Karte RegioEntsorger.....	138

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Übersicht Argumente Rekommunalisierung.....	31
Tabelle 2: große Energieversorger in Österreich	55
Tabelle 3: Auswahl: Neugründung Stadtwerke in Deutschland.....	57
Tabelle 4: Anteilseigner der EnBW.....	89
Tabelle 5: Big player der Wasserwirtschaft.....	97
Tabelle 6: Übersicht: die größten Wasserversorger Österreichs	98
Tabelle 7: Beteiligungen von Gelsenwasser in Deutschland	122
Tabelle 8: Beteiligungen von Gelsenwasser im Ausland	123
Tabelle 9: Kommunen der RegioEntsorgung	139
Tabelle 10: Big player des Öffentlichen Personennahverkehrs	148

EINLEITUNG

Die Liberalisierung und Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge konnte in den letzten Jahrzehnten weltweit beobachtet werden. Kaum ein Bereich der Daseinsvorsorge blieb dabei verschont. In Europa setzte diese, von der Europäischen Union vorangetriebene Entwicklung, Mitte der 1980er Jahre ein. Mit dem Beschluss zahlreicher Richtlinien, die den Binnenmarkt durch die Liberalisierung von Dienstleistungsbereichen stärken sollte, erwies sich die Union als ein maßgeblicher Motor der Liberalisierungswelle.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung waren nicht immer positiv. Denn der Privatisierungsboom führte zu einem Ausverkauf vieler Kommunen, Städte und Länder. Gerade für Kommunen und Staaten in budgetär schwierigen Situationen war dies ein verlockendes Geschäft. Und auch die KundInnen sollten profitieren. Versprochen wurde bessere Qualität zu billigeren Preisen. Was verheißungsvoll begann entwickelte sich aber oftmals zum Desaster. Übereilte und schlecht kalkulierte Verkäufe waren ebenso die Folge wie höhere Preise für die KundInnen und teils mangelhafte Qualität.

Ungeachtet der Enttäuschungen, die Kommunen und BürgerInnen im Zuge von zahlreichen Privatisierungen erfahren mussten, wird der Kurs weiter verfolgt. Zuletzt scheiterte die Europäische Kommission daran, die Liberalisierung von Wasser über die Konzessionsrichtlinie voranzutreiben. Aber selbst dieser Bereich soll in einigen Jahren erneut geprüft werden. Mit einem neuen Eisenbahnpaket wird derzeit versucht, die Liberalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs auszubauen. Die fortgesetzte Liberalisierungspolitik auf europäischer Ebene führt in der Bevölkerung allerdings zu Verunsicherung. Immer mehr BürgerInneninitiativen engagieren sich gegen neue Privatisierungen, wie zuletzt eindrucksvoll bei der europaweiten Kampagne *right2water* zu sehen war, die sich gegen die Wasserliberalisierung einsetzte. Aber auch die (Kommunal-)Politik reagiert zunehmend auf den größer werdenden medialen und zivilgesellschaftlichen Druck.

Es ist ein Umdenken zu beobachten. Immer mehr Kommunen wagen den Schritt zurück und übernehmen zuvor privatisierte Leistungen wieder selbst. Und das durchaus erfolgreich! Rekommunalisierungen lassen sich mittlerweile in verschiedenen Ländern Europas und den unterschiedlichen Daseinsvorsorgeleistungen beobachten. Der hier gebotene Überblick soll die bisherige Entwicklung kritisch beleuchten und einen Beitrag zur Diskussion über die Zukunft der Daseinsvorsorge leisten.

TEIL 1: DIE ENTWICKLUNG DER DASEINSVORSORGE

1. Definition wichtiger Begrifflichkeiten

In einem ersten Schritt werden zentrale, für die weitere Arbeit entscheidende Begrifflichkeiten, grundlegend erklärt. Vor allem der Terminus Daseinsvorsorge wird eingehend erläutert, da dieser Begriff keine einheitliche, unabänderbare Definition zulässt. Vielmehr muss immer der länderspezifische historische Hintergrund berücksichtigt werden. Nach der Definition von Privatisierung ist es für die weitere Folge wichtig, die Abgrenzung zwischen den Begriffen Rekommunalisierung, Kommunalisierung und Interkommunaler Zusammenarbeit herauszuarbeiten. Einer Erläuterung bedarf außerdem die Mischform aus öffentlicher und privater Leistungserbringung, die Public Private Partnership.

1.1. Daseinsvorsorge

Von zentraler Bedeutung im Kontext der Liberalisierungs- und Privatisierungsdebatten und damit auch bei der Rekommunalisierungsdiskussion ist der Begriff „Daseinsvorsorge“. Doch was ist mit diesem Begriff „Daseinsvorsorge“ gemeint?

Die Idee der Daseinsvorsorge ist keineswegs neu. *„In Frankreich gibt es seit Ende des 19. Jahrhunderts die Doktrin, dass der ‚Service Public‘ das Ziel verfolgt, diejenigen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, die von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sind.“*¹ Die Erfüllung dieser Bedürfnisse soll zu angemessenen Bedingungen erfolgen und deshalb Teil der öffentlichen Verwaltung sein. Denn die zentrale Idee der Daseinsvorsorge ist ihre Orientierung am Gemeinwohl. *„Das Gemeinwohl beinhaltet Gedanken wie Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Erschwinglichkeit einer Leistung für breite Bevölkerungsschichten sowie Erhalt von Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards.“*² Mit diesem Anspruch steht die Gemeinwohlorientierung im Widerspruch zu einer rein profitmaximierten Unternehmensführung, wenngleich betriebswirtschaftliches Denken und Gewinnerzielung damit nicht ausgeschlossen werden. Ein wesentliches Kennzeichen von Aufgaben der Daseinsvorsorge ist aber, dass sie mit politischen Zielen wie Versorgungssicherheit oder Leistungen zu bezahlbaren Preisen verbunden sind. *„Bei öffentlichen Unternehmen geht es demzufolge [...] darum, für die Bürgerinnen und Bürger einen Mehrwert zu erwirtschaften (‚citizen value‘) und damit einen Beitrag zum Gemeinwohl einer Gesellschaft zu leisten.“*³

*Daseinsvorsorge
orientiert am
Gemeinwohl*

*Versorgungs-
sicherheit*

leistbar für alle

¹ ÖGPP (2008), 7

² Schäfer (2012), 75

³ Röber (2009), 86

Doch gibt es in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung überhaupt einen Bedarf an Leistungen aus öffentlicher Hand? Oder anders gefragt: Sollen Leistungen im Bereich der Daseinsvorsorge und Gemeinwohlsicherung von privaten Anbietern erbracht werden? Gibt es Grenzen der Privatisierung?

*Daseinsvorsorge:
keine objektiven
Kriterien, benötigt
politische
Diskussion*

Die Entwicklung der Daseinsvorsorge in unterschiedlichen Ländern macht deutlich, dass keine „objektiven“ Kriterien festgelegt werden können, welche Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge tatsächlich von den Kommunen erbracht werden müssen oder sollten. Vielmehr sind diese Entscheidungen Inhalt demokratischer Diskurse und Willensbildungsprozesse und von einer politisch legitimierten Mehrheit zu entscheiden.⁴ Welche Bereiche der Daseinsvorsorge Aufgabe des allgemeinen Interesses sind, bleibt jedoch über weite Strecken hinweg unpräzise. In der einschlägigen Literatur finden sich Definitionen wie: *„Zur so genannten Daseinsvorsorge werden die für ein menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen – wie Verkehrs- und Beförderungsleistungen, die Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Friedhöfe etc. – gezählt.“*⁵ Andere erweitern diese notwendigen Güter auf den sozialen Wohnbau, die öffentliche Sicherheit und Gefahrenabwehr.⁶ Wieder andere haben hingegen sehr eingegrenzte Vorstellungen davon, was Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Festgehalten werden kann jedoch, *„dass sich in einer zivilen Gesellschaft nicht alle staatlichen Dienstleistungen [...] zur Privatisierung eignen und dass es in der Gesellschaft kommerzfreier Zonen bedarf.“*⁷

*nicht jede
Dienstleistung
sollte privat
erbracht werden*

*Verständnis von
Daseinsvorsorge
durch
unterschiedliche
Ländertradition
geprägt*

Wie stark das Verständnis von Daseinsvorsorge von der wohlfahrtsstaatlichen Tradition des jeweiligen Landes geprägt ist, verdeutlicht (aus österreichischer Sicht) ein Blick nach England. England ist nicht nur von einer liberalen wohlfahrtsstaatlichen Tradition geprägt, sondern hat auch eine Vorreiterrolle hinsichtlich Privatisierungen eingenommen. So wurden in England in den vergangenen Jahrzehnten viele Bereiche privatisiert, die in Österreich kaum denkbar wären. Dazu zählt etwa die vollkommene Privatisierung der englischen Bahn, die erste von einer privaten Sicherheitsfirma geführte Polizeidienststelle (Frühjahr 2012) oder privat geführte Gefängnisse, wie sie auch in den USA üblich sind.⁸

Die öffentliche Hand übernimmt die Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge also häufig auch deshalb, weil *„politisch bestimmte Leistungen erwünscht werden (wie ÖPNV, Kulturangebote, flächendeckende Postzustellung an fünf Tagen in der Woche), die der Markt einfach deshalb nicht erbringt, weil*

⁴ vgl. Röber (2009), 88

⁵ Mühlenkamp (2007), 707

⁶ vgl. Bauer (2012), 22f

⁷ Röber (2009), 231

⁸ http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/737144/Grossbritannien_Polizei-in-privater-Hand

*die Konsumenten nicht genug dafür bezahlen würden, um eine Bereitstellung am Markt zu ermöglichen*⁹.

Die wesentliche Bedeutung der nationalen Tradition spiegelt sich auch im Vertrag von Lissabon wider, wenn es um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geht: *„Zu den gemeinsamen Werten der Union in Bezug auf Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne des Artikels 16 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zählen insbesondere:*

- *die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage, wie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind;*
- *die Vielfalt der jeweiligen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und die Unterschiede bei den Bedürfnissen und Präferenzen der Nutzer, die aus unterschiedlichen geografischen, sozialen oder kulturellen Gegebenheiten folgen können;*

*ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte.*¹⁰

Nationale Tradition der Daseinsvorsorge wird im Vertrag von Lissabon berücksichtigt

1.2. Privatisierung

Die Festlegung, welche Aufgaben in den Bereich der Daseinsvorsorge fallen und vom Staat übernommen werden sollen, ist Teil der politischen Auseinandersetzung in den Nationalstaaten. Diesbezügliche Regelungen erhalten die europäischen Mitgliedstaaten und Kommunen aber auch von außen. *„Seit den 1980er Jahren gab es in der EU starke Bestrebungen, bei öffentlichen Dienstleistungen staatliche bzw. öffentliche Monopole abzubauen und private Mitbewerber zuzulassen, um den Wettbewerb zu fördern.“*¹¹

Ein erster Schritt in diese Richtung waren die umfassenden Liberalisierungen in verschiedenen Sektoren auf Grundlage von europäischen Richtlinien. Das sollte zur Zulassung privater Anbieter bei öffentlichen Dienstleistungen führen und staatliche Monopole schwächen. *„Vor allem bei ‚netzbezogenen Dienstleistungssektoren‘ wie Strom, Gas, Festnetztelefon und Wasser bzw. Abwasser wurde die Monopolstellung des Staates seitens der EU-Kommission in Frage gestellt.“*¹² Die Liberalisierung dieser Bereiche führte ab den 1980er Jahren europaweit zu umfangreichen Privatisierungen. *„Ausgehend von Großbritannien*

ab 1980er Jahre: Richtlinien zur Liberalisierung auf europäischer Ebene

⁹ Haucap (2007), 714

¹⁰ http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=FXAC07306

¹¹ ÖGPP (2008), 5

¹² ÖGPP (2008), 5

unter der Regierung von Margret Thatcher begann sich die neoliberale Auffassung von der Überlegenheit des ‚Prinzip Markt‘ gegenüber dem ‚Prinzip Politik‘ durchzusetzen.“¹³

Was genau unter den Begriff der „Privatisierung“ fällt, kann in der Literatur nicht zweifelsfrei geklärt werden. Grundsätzlich versteht man als Privatisierung die Überführung öffentlichen Eigentums in privates Eigentum.

Arten von
Privatisierung
unterschieden sich
durch unter-
schiedlichen
Umfang

Darüber hinaus können jedoch verschiedene Arten von Privatisierung unterschieden werden, die sich hauptsächlich in ihrem Umfang der vorgenommenen Privatisierung unterscheiden.

- Materielle Privatisierung:

Von einer materiellen Privatisierung spricht man, wenn die Aufgabenerfüllung vom Staat zur Gänze an Private übergeht und dabei das Eigentum/Vermögen des Staates bzw. der Kommune an Private – vollständig oder partiell – übertragen wird. Die materielle Privatisierung bezeichnet damit Privatisierungen im engeren Sinn, für manche die „eigentliche“ Form von Privatisierungen.

Der Verkaufserlös wird zumeist zur Deckung eines vorhandenen Budgetdefizits verwendet, selten zur Rücklagenbildung. *„Die Einnahmen aus dem Verkauf des ‚Familiensilbers‘ sind außerordentlich und einmalig, weil nicht wiederkehrend.“*¹⁴ Materielle Privatisierungen bringen einen Verlust der laufenden Einnahmen mit sich und verringern die kommunalen Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten nachhaltig.

- Funktionale Privatisierung:

Von einer funktionalen Privatisierung spricht man, wenn die Erledigung der Aufgaben – meist vertraglich über eine bestimmte Zeit begrenzt (Konzession) – an Private übertragen wird (Aufgabenprivatisierung). Nach Ende der Vertragszeit sind die so privatisierten Dienstleistungen grundsätzlich rückholbar. Zu berücksichtigen sind bei dieser Form der Privatisierung insbesondere die anfallenden Ausschreibungs- und Kontrollkosten, die zur Gewährleistung von Qualitätsstandards notwendig sind. Durch die anderweitige Ausführung der Dienstleistungen stellt sich häufig das Problem, dass Fachwissen für Kontrolle und/oder spätere Eigenerledigung der Aufgaben verloren geht.

- Formelle Privatisierung:

Die formelle Privatisierung, auch Organisationsprivatisierung genannt, betrifft in erster Linie die Organisation des Unternehmens. Durch Ausgliederung sollen öffentliche Betriebe mehr Selbstständigkeit und wirtschaftliche Flexibilität erhalten.¹⁵ *„Diese Form der Privatisierung ist*

¹³ ÖGPP (2008), 5

¹⁴ Klug (2011), 33

¹⁵ vgl. Klug (2011), 30

deswegen nur formell, weil sich nur der äußere Rechtsrahmen ändert, also nur der ‚Mantel‘ und nicht die Eigentumsverhältnisse.“¹⁶ Reale Konsequenzen hat dies aber für die MitarbeiterInnen des Unternehmens, für die formelle Privatisierungen mitunter ganz entscheidende Veränderungen bedeuten.

Die Liberalisierung und Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge in den vergangenen Jahrzehnten ging in den verschiedenen Ländern und Sektoren unterschiedlich schnell und umfangreich voran. Der Telekommunikationssektor wurde früh und vollständig liberalisiert, bis heute gibt es diesbezüglich keine Anzeichen einer Rekommunalisierung. Die Privatisierung des Telefonnetzes hat – als einer der wenigen Bereiche – tatsächlich gehalten, was versprochen wurde: Telefonieren wurde billiger, die Versorgungslage verbessert. Einen großen Anteil daran hat wohl auch der technische Fortschritt. Dennoch erleben wir gerade im Telefonsektor die enorme Dominanz einiger weniger großer Anbieter. Und auch hier konnten die KundInnen erst nach mehrmaliger Reregulierung tatsächlich profitieren. So gibt es etwa bei den Auslandstarifen bis heute immer wieder die Notwendigkeit von Regulierungen durch die EU.

Kurz nach dem Telekommunikationssektor wurden auch der Luftverkehr, die Energiebranche und die Postdienste nach und nach liberalisiert, wobei die Umsetzung in den Mitgliedstaaten unterschiedlich schnell und weitreichend von staten ging.¹⁷ Nachdem die großen Infrastrukturbereiche privatisiert wurden, *„rückten seit den 2000er Jahren immer mehr regionale und kommunale Dienstleistungen in den Mittelpunkt. Heute gibt es kaum noch einen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der nicht von Privatisierungspolitikern erfasst worden ist.“¹⁸*

Die Privatisierung galt *„vielen lange Zeit als Königsweg nicht nur zur Entlastung der angespannten kommunalen Haushalte, sondern auch zur effizienten Aufgabenerfüllung“¹⁹*. Doch nach den Erfahrungen mit den ersten Privatisierungswellen kam bald die Ernüchterung: *„Wichtige und in Aussicht gestellte Zielsetzungen [...] wurden nicht erfüllt. Hunderttausende Arbeitsplätze waren in liberalisierten und privatisierten Dienstleistungsunternehmen und –bereichen verloren gegangen, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich. Nicht immer funktionierte der Markt zugunsten der KonsumentInnen, Preise und Qualität der Leistungen hielt nicht, was Politik, neues Management oder Eigentümer versprochen. Neue private Oligopole bildeten sich und teilten die Märkte unter sich auf. Es wurden immer mehr Fälle bekannt, wo die Sicherheit und Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet waren.“²⁰* Um Machtmissbrauch und Effizienzverluste zu verhindern, ist eine Struktur, in der

Privatisierung & Liberalisierung erfasst verschiedene Sektoren

2000er Jahre: nach großen Infrastruktur-bereichen immer mehr Versuche kommunale Dienstleistungen zu liberalisieren

Nachteile der Privatisierungen wurden bald deutlich

¹⁶ Klug (2011), 30

¹⁷ vgl. ÖGPP (2008), 5f.

¹⁸ Matecki, Schulten (2013), 9

¹⁹ Bauer (2012), 12

²⁰ ÖGPP (2008), 6

fehlende staatliche
Regelungen
führten zur
Bildung privater
Monopole

private und öffentliche Unternehmen zum Wohle der Gesellschaft und der BürgerInnen agieren können, viel entscheidender als die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse. *„Besonders problematisch sind Privatisierungen ohne die gleichzeitige Einführung von Wettbewerbsstrukturen, weil die dabei entstehenden privaten Monopole weder über den Markt noch von der Politik wirksam kontrolliert werden können.“*²¹ Daher darf die Privatisierung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mit einer Schwächung oder Rückdrängung des Staates einhergehen, sondern muss öffentlich gesteuert und reguliert werden. Dazu muss der Staat in der Lage sein, Regeln festzulegen, diese zu kontrollieren und durchzusetzen. Genau das wurde im Zuge der damaligen Privatisierungseuphorie verabsäumt.

wachsendes
Misstrauen der
Zivilbevölkerung
hemmte weitere
Privatisierungen

Weitere Richtlinien von Welthandelsorganisation („General Agreement on Trade in Services“) und EU („Bolkestein-Richtlinie“), die die Liberalisierung und Privatisierung vorangetrieben hätten, wurden von der Zivilgesellschaft daher mit wachsendem Misstrauen beobachtet. Aufgrund der anhaltenden Proteste konnten weitere Maßnahmen zur Liberalisierung nicht oder nur in sehr abgeschwächter Form umgesetzt werden. Auch geplanten Privatisierungen wurde von Seiten der Bevölkerung immer ablehnender entgegengetreten.

1.3. Rekommunalisierung

Die Erfahrungen mit den Privatisierungen haben zu einem Umdenken von Kommunen und Bevölkerung geführt und einen gegenläufigen Trend – die Rekommunalisierung – hervorgebracht. Doch was genau ist mit dem Begriff Rekommunalisierung gemeint?

Rekommunalisierung:
„weg von
materieller Privatisierung
hin zur
Eigenwahrnehmung“

Rekommunalisierung bezeichnet einen *„fließende[n] Trend weg von materieller Privatisierung hin zur Eigenwahrnehmung durch öffentlich-rechtliche Einrichtungen.“*²² Generell werden unter diesem Begriff *„Maßnahmen subsumiert, die das Ziel beinhalten, ehemals öffentlich erstellte, im Zeitverlauf privatisierte Aufgaben wieder in kommunale Tätigkeiten zu reintegrieren.“*²³ Dabei kann Rekommunalisierung auf unterschiedlichen Wegen stattfinden:

- *„Wiederaufgreifen von Aufgaben durch einen Verwaltungsträger (als Konkurrent oder Monopolist)*
- *Neugründung von Eigengesellschaften zum Aufgreifen von Aufgaben (als Konkurrent oder Monopolist)*
- *Rückübertragung operativer Dienstleistungen auf Regie- und Eigenbetriebe als Teil der Verwaltung*

²¹ Röber (2012), 89

²² Difu-Papers (2011), 4

²³ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 13

- *Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen*
- *Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen*²⁴

Von praktischer Relevanz sind alle denkbaren Formen von Rekommunalisierung aber nicht. „So dürfte die Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen eher ein theoretisches Modell sein.“²⁵

Zumeist beziehen sich Rekommunalisierungen darauf, frühere „funktionale Privatisierung(en) der operativen Leistung“ rückgängig zu machen. Denn wenngleich die Vollzugsverantwortung abgegeben wurde, lag die Gesamtverantwortung für die Aufgaben der Daseinsvorsorge weiterhin bei den demokratisch legitimierten politischen RepräsentantInnen.²⁶ Letztlich geht es bei der Rekommunalisierung wie bei der Privatisierung um Verteilungsprozesse: „Während es bei der Privatisierung um Umverteilungsprozesse ‚hin zum Privaten‘ geht, meint (Re-) Kommunalisierung Umverteilungsprozesse (zurück) ‚hin zum Öffentlichen‘ auf der kommunalen Ebene.“²⁷

Doch was verstehen die Kommunen selbst unter Rekommunalisierung? Eine Annäherung kann hier eine Umfrage²⁸ unter deutschen Kommunen bieten. Dem zufolge verstehen die Kommunen unter Rekommunalisierung in erster Linie (zu 92 Prozent) die Rückübertragung von bereits privatisierten, ehemals öffentlichen Leistungen. Immerhin noch 28 Prozent verstehen darunter Neugründungen öffentlicher Unternehmen; fast ebenso viele denken dabei an Konzessionsvergaben an öffentliche Unternehmen.

Rekommunalisierung: Rückübertragung privatisierter, zuvor öffentlich erbrachter, Leistungen

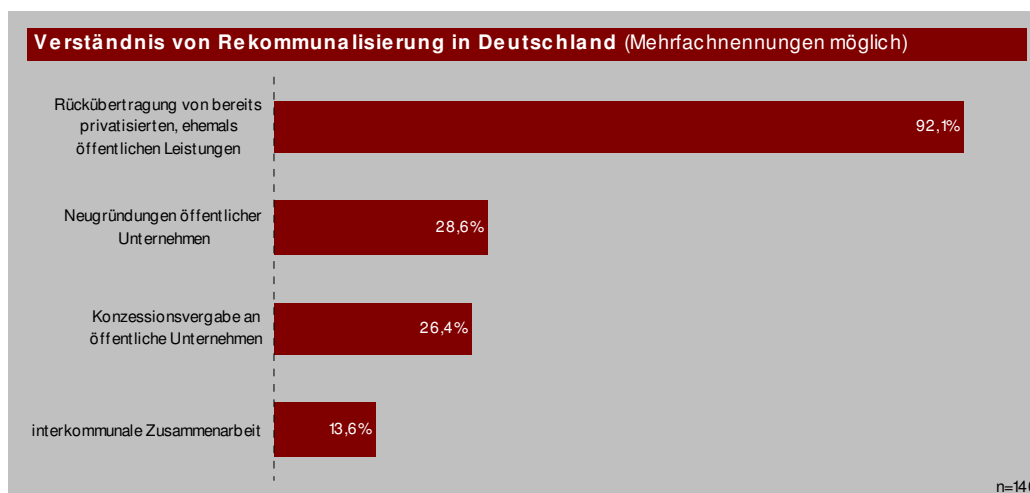


Abbildung 1: Verständnis von Rekommunalisierung in Deutschland (Mehrfachnennungen)²⁹

²⁴ Difu-Berichte 3/2011 – Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?

²⁵ Libbe (2013), 19

²⁶ vgl. Röber (2012), 97f

²⁷ Bauer (2012), 22

²⁸ vgl. public governance (2011), 7

²⁹ public governance (2011), 7

1.4. Kommunalisierung

Von einer Rekommunalisierung unterschieden werden muss die Kommunalisierung. Dabei handelt es sich, im Gegensatz zur Rekommunalisierung, um Leistungserbringungen, die zuvor nicht von der Kommune durchgeführt wurden. Die Aufgabe wurde bisher von anderen Hoheitsträgern übernommen und wird aufgrund von bestimmten Umständen bzw. neuer Regelungen auf kommunale Verwaltungsträger übertragen. Auch dafür finden sich im Zuge einer (Re-)Kommunalisierungsdebatte einige Beispiele, wie der Praxisteil noch zeigen wird.

1.5. Interkommunale Zusammenarbeit

*Interkommunale
Zusammenarbeit:
Zusammenschluss
mehrerer
Kommunen zur
Leistungs-
erbringung*

Bei der interkommunalen Zusammenarbeit schließen sich mehrere Kommunen mit dem Ziel, eine Dienstleistung gemeinsam zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu erbringen, zusammen. Häufig geschieht dies in Form der Gründung von interkommunalen Betrieben. Bei der interkommunalen Zusammenarbeit handelt es sich „um ein seit Jahrzehnten bewährtes Instrument“, das den „Kommunen die Möglichkeit [bietet], sich zusammenzuschließen, um betriebswirtschaftliche Effizienzpotenziale zu heben.“³⁰ Insbesondere für kleinere Kommunen stellt dies einen gangbaren Weg dar, da diese oft nicht in der Lage sind, so „kostenintensive Aufgaben wie die Wasserver- und/oder Abwasserentsorgung alleine zu stemmen.“³¹ Besonders im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen wie demografische Veränderungen oder Klimawandel, aber auch schlicht der Wunsch nach einer effizienten Aufgabenerledigung stellen sich als Gründe für viele Kommunen dar, Infrastrukturaufgaben gemeinsam zu bewältigen. Die Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit liegen im Abbau von Doppelarbeiten, einer Kompetenz- und Kräftebündelung, der Freisetzung von Kapazitäten und den daraus resultierenden gesteigerten Effizienzpotentialen, die zu verbesserten Dienstleistungen führen und Kostenersparnisse.³² Eine Studie³³ bestätigt (zumindest für Deutschland), dass hinter den Bestrebungen einer interkommunalen Kooperation in erster Linie zu erwartende Effizienzvorteile stecken, denn für fast ein Drittel der befragten Kommunen stellen diese den Anreiz dar. Als ebenfalls relevant erweisen sich fiskalische Überlegungen: Für 18 Prozent der befragten Kommunen erweisen sich die Verringerung der Kapitaleinbindung und für weitere 14 Prozent die Risikoteilung bzw. die Investitionsrückübertragung als Gründe für interkommunale Kooperation. Eine Rolle spielt für 16 Prozent auch die demografische Entwicklung.

*Vorteil: Nutzung
von Effizienz-
potentialen*

³⁰ Difu-Papers (2011), 9

³¹ VKU (2011), 5

³² vgl. Röber (2009), 94f

³³ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011),

1.6. Public Private Partnership

Abseits der bereits angeführten Formen der Privatisierung hat sich eine leicht abgeschwächte Form der privaten Aufgabenverteilung entwickelt: die Public Private Partnership. Public Private Partnership (PPP, dt.: ÖPP) beschreibt kurz gesagt die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und Privatunternehmen. Der Fokus liegt dabei auf der Kompetenz- und Risikoaufteilung und nicht nur auf reinen Finanzgeschäften.

Die Idee von Public Private Partnerships ist nicht neu. Bereits in den 1940er-Jahren gab es in der amerikanischen Stadt Pittsburgh formelle und informelle Zusammenarbeiten von privaten und öffentlichen Partnern, um städtische Problemzonen zu beheben. Das Motiv für eine Kooperation dieser Art liegt nahe, denn die Infrastruktur einer Region beeinflusst die lokale Geschäftswelt maßgeblich.³⁴ Propagiert wurde das Modell der Public Private Partnerships unter den britischen Regierungen von Margret Thatcher und Tony Blair.

Als problematisch erweisen sich in solchen Partnerschaft die unterschiedlichen Interessen und Ziele der beteiligten Akteure. Die Gewinnorientierung von privatwirtschaftlichen Unternehmen steht dem Qualitätsanspruch und der Infrastrukturerhaltung des öffentlichen Sektors gegenüber.

*1940er Jahre:
Ursprung PPP-
Modelle*

*Problem:
Gewinn-
orientierung
Privater steht im
Widerspruch zum
öffentlichen
Interesse*

PPPs können der Definition nach als die Mobilisierung privaten Kapitals zur Erfüllung staatlicher Aufgaben insbesondere im Bereich der öffentlichen Infrastruktur definiert werden. Eine allgemeingültige Definition von PPP gibt es, aufgrund der sich unterscheidenden Branchenmerkmalen und länderspezifischen Unterschiede, nicht.³⁵

In der Praxis werden grob zwei Formen der PPP unterschieden: die Beschaffungs-PPP und die Aufgabenerfüllungs-PPP. Bei der Beschaffungs-PPP (auch Infrastruktur-PPP) lagert die Kommune den gesamten Erstellungsprozess (Bau, Planung, Finanzierung) aus und „*der Private funktioniert als Ersteller und Betreiber einer Infrastruktur oder als Erbringer einer längerfristig ausgerichteten Dienstleistung.*“³⁶ Die gesamte Leistung wird damit vom privaten Betreiber erfüllt.

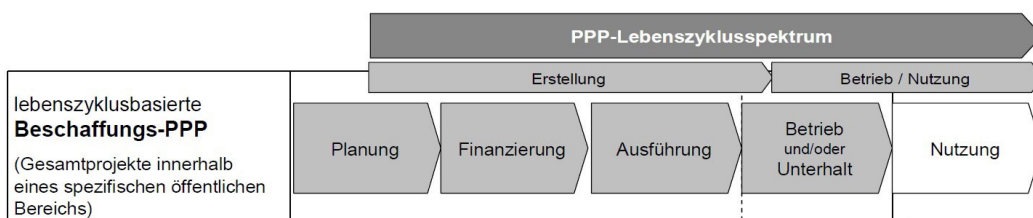


Abbildung 2: Prozessmodell Beschaffungs-PPP³⁷

³⁴ vgl. Springer Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/6046/public-private-partnership-v9.html>

³⁵ vgl. http://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/umweltundverkehr/verkehr/infrastruktur/Oeffentlich_private_Partnerschaften.html

³⁶ http://www.sgww.ch/d/dossiers/Seiten/dossier_18_erklaerung_ppp.aspx

³⁷ <http://www.ppp.ethz.ch/documents/publications/essay/prozessablaufmodelle>

Bei der Aufgabenerfüllungs-PPP lagert der öffentliche Betreiber bestimmte Aufgaben, die er nicht mehr erfüllen kann oder will, an die Privatwirtschaft aus. *„Diese Form von PPP ist nicht durch einen Beschaffungsprozess geprägt, sondern durch das Zusammengehen zweier gleichberechtigter Partner im Hinblick auf die gemeinsame Erfüllung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt.“*³⁸

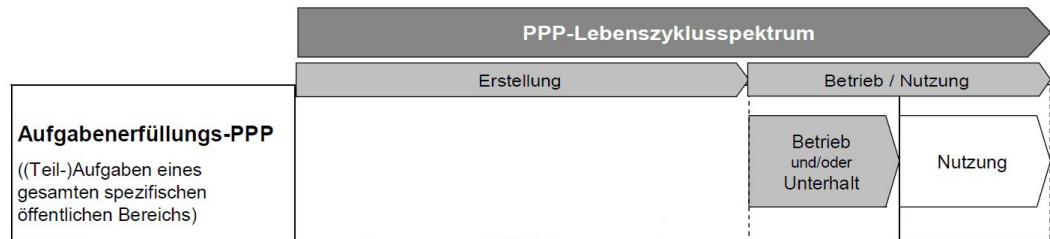


Abbildung 3: Prozessmodell Aufgabenerfüllungs-PPP³⁹

Der Unterschied zwischen den beiden PPP-Modellen lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: *„Während die Aufgabenerfüllungs-PPP in der Regel bei bestehenden Infrastruktureinrichtungen schwerpunktmäßig den Betrieb durch den privaten Partner umfasst, werden im Rahmen von Beschaffungs-PPPs Infrastruktureinrichtungen durch den privaten Partner neu erstellt bzw. bestehende Einrichtungen komplett instand gesetzt und im Anschluss daran erst betrieben.“*⁴⁰ Es werden zusätzlich noch verschiedene Vertragsmodelle⁴¹ unterschieden, die sich hauptsächlich um die Art der Finanzierung drehen.

PPPs als
Finanzquelle für
öffentliche
Investitionen

Public Private Partnerships sind ein Mittel, um in wirtschaftlich angespannten Zeiten eine zusätzliche Finanzierungsoption/quelle für den öffentlichen Sektor zu schaffen. *„Der finanzielle ‚Vorteil‘ für die überschuldete Kommune besteht darin, dass sie zunächst keinen Kredit aufnehmen muss, um Schulen, Bäder, Krankenhäuser, Straßen, Rathäuser, Messehallen u.ä. bauen oder sanieren zu lassen.“*⁴² Der private Investor schießt die finanziellen Mittel vor, die dann von der öffentlichen Hand über mehrere Jahrzehnte in Form von Mieteinnahmen rückerstattet werden. *„Die weitere Verschuldung der öffentlichen Hand wechselt somit nur den Namen und wird in die Zukunft verschoben.“*⁴³

Kritik:
PPPs als versteckte
Privatisierung

Auch wenn sich in manchen Fällen Public Private Partnerships als erfolgreich erwiesen haben, müssen sie kritisch betrachtet werden. Denn in vielen Fällen sind sie nichts anderes als eine versteckte Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen. Die Kritik an PPP-Modellen ist daher massiv. Die Kommunen verlieren an Einfluss, PPP-Modelle verursachen hohe Transaktionskosten (wie Vertragserrichtungs- und externe Beratungskosten) und gefährden den Weiterbestand der Daseinsvorsorge ebenso wie die Gemeinwohlorientierung: Qualitätsverluste, Abbau von Sozialleistungen und Lohnsenkungen sind oft

³⁸ http://www.sgvw.ch/d/dossiers/Seiten/dossier_18_erklaerung_ppp.aspx

³⁹ <http://www.ppp.ethz.ch/documents/publications/essay/prozessablaufmodelle>

⁴⁰ <http://www.ppp.ethz.ch/documents/publications/essay/prozessablaufmodelle>

⁴¹ vgl. http://www.ppp-projektdatenbank.de/fileadmin/user_upload/Downloads/PPP-Modelle.pdf

⁴² Rügemer

⁴³ Rügemer

beobachtete Folgen von öffentlich-privaten Kooperationen. Statt der oft propagandierten Win-Win-Situation haben PPP-Modelle unter Umständen politische und wirtschaftliche Folgen, die durch die intransparenten Vergabeverträge und die langfristige Bindung an den Partner im Vorfeld nicht absehbar sind.

2. Die Entwicklung der Daseinsvorsorge: zwischen privat und öffentlich

Eine historische Betrachtung der Daseinsvorsorge macht deutlich, dass dieser Bereich *„seit dem 19. Jahrhundert historisch mehrere Phasen – zwischen Kommunen, Staat und privatem Sektor – durchlaufen“* hat, *„die ungeachtet länder- und sektorenspezifischer Unterschiede bezeichnende Gemeinsamkeiten und Gleichläufigkeiten aufweisen.“*⁴⁴

Die Anfänge der Daseinsvorsorge im 19. Jahrhundert waren von einer Trägervielfalt gekennzeichnet, in der private Unternehmen eine bedeutende Rolle spielten. *„Die Infrastruktur-Sektoren waren nicht immer Staatseigentum. Ursprünglich sind viele Unternehmen privatwirtschaftlich entstanden.“*⁴⁵ Die qualitative und quantitative Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen von allgemeinem Interesse konnte aufgrund der steigenden Nachfrage auf diese Art jedoch nicht gewährleistet werden: *„Die wesentlichen Ursachen dieses Marktversagens werden in der Vernachlässigung externer Effekte, in den Grenzen der dezentralen Allokation öffentlicher Güter, in der Diskriminierung schwacher Marktteilnehmer [...] und in Anpassungsmängeln von Märkten mit der Folge von Monopolbildungen gesehen.“*⁴⁶ Aus dem fehlenden bzw. ungenügenden Angebot (und Wettbewerb) privater Unternehmen resultierte eine wachsende Bedeutung kommunaler und staatlicher Unternehmen gegen Ende des 19. Jahrhunderts.⁴⁷ Öffentliche Unternehmen übernahmen zusehends die Aufgaben der Daseinsvorsorge und ermöglichten *„durch den Bau und die Unterhaltung von Wasserleitungen, Kanalisation und Energiebetrieben die infrastrukturelle Sicherung und Versorgung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft.“*⁴⁸ Damit trugen die Kommunen auch zur Förderung des sozialen Fortschritts bei. Von konservativer Seite wurde diese Herangehensweise allerdings als „municipaler Sozialismus“ zurückgewiesen.

Der Wohlfahrtsstaat, der nach dem Zweiten Weltkrieg vorangetrieben wurde, war von der sozialdemokratischen *„Überzeugung getragen, dass der öffentliche [...] Sektor und sein Personal am besten geeignet seien, die expandierten infrastrukturellen Leistungen und deren wohlfahrtsstaatliche Ziele zu*

Ende 19. Jahrhundert: Marktversagen Privater führte zum Aufschwung öffentlicher Unternehmen

nach 2. Weltkrieg: Daseinsvorsorge wurde Bestandteil des modernen Wohlfahrtsstaates

⁴⁴ Wollmann 2013, 37

⁴⁵ Wieser (2007), 43

⁴⁶ Röber (2009), 76

⁴⁷ vgl. Röber (2012), 82

⁴⁸ Wollmann (2013), 37

Vorwurf an
öffentliche
Unternehmen:
Ineffizienz durch
Monopolstellung

ab 1970er Jahre:
Aufschwung der
Privaten (durch
Thatcher und
Liberalisierungs-
politik der EU)

Liberalisierung zur
Stärkung des
Binnenmarktes

verwirklichen.⁴⁹ Dies führte zu einer Reihe von Verstaatlichungen und verstärktem kommunalen Engagement und das nicht nur in Österreich. *„Bei allen nationalen Unterschieden und Besonderheiten bildete die öffentliche Daseinsvorsorge überall in Europa einen wesentlichen Bestandteil des modernen Wohlfahrtsstaates, dessen Leistungen nicht nach Marktgesetzen, sondern entlang gesellschaftlicher und sozialer Ziele organisiert wurden.“*⁵⁰ Die öffentlichen Unternehmungen wurden im Laufe der Zeit so zu einem integralen Bestandteil eines umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Systems.⁵¹ Damit einher ging jedoch auch zunehmend öffentliche Kritik, wurden die öffentlichen Unternehmen doch häufig parteipolitisch instrumentalisiert. Außerdem stand die Monopolstellung dieser öffentlichen Unternehmen, die ihnen unterstellte wirtschaftliche Ineffizienz sowie Privilegien der im Unternehmen Beschäftigten zur Diskussion. *„Letztlich wurden sie mit dem Schlagwort des Staatsversagens unter den Generalverdacht der Ineffizienz bei der Produktion öffentlicher Leistungen gestellt.“*⁵²

*„Seit den später 1970er Jahren ist der konzeptionelle, politische und institutionelle Vorrang des Öffentlichen Sektors [...] durch eine Priorität des privaten Sektors verdrängt worden.“*⁵³ Diese Entwicklung hat zwei Gründe. Erstens wurde mit dem Sieg der Konservativen Partei in Großbritannien unter Margaret Thatcher das neoliberale Zeitalter eingeläutet, das bald auch auf andere Staaten übergriff. Großbritannien begann Teile der Infrastruktur, wie den Telekommunikationsbereich, die Gas- und Stromversorgung, Eisenbahnen und die Wasserversorgung zu privatisieren. *„Damit wurden erstmals Privatisierungen in Bereichen vorgenommen, die seit Jahrzehnten weltweit – mit Ausnahme der USA – als ureigene Staatsaufgaben gesehen wurden. [...] Kein europäisches Land hat die Privatisierung der Infrastruktur-Industrie allerdings in solcher Konsequenz vollzogen wie Großbritannien.“*⁵⁴ Mit Margaret Thatcher begann also das ideologische Konzept des schlanken Staates, der auf seine Kernfunktion beschränkt werden sollte, um sich zu greifen. Zweitens wurde diese Entwicklung wenige Jahre später durch die Liberalisierungspolitik der EU weiter vorangetrieben *„mit dem Ziel und Postulat, einen gemeinsamen Markt [...] europaweit herzustellen.“*⁵⁵ Durch das neoliberale Konzept, möglichst viele Dienste im Wettbewerb zu erbringen, wurden immer mehr öffentliche Aufgabenfelder liberalisiert und letztlich privatisiert. *„Mit einer immer weiter gefassten Interpretation der so genannten ökonomischen Grundfreiheiten [...] im europäischen Binnenmarkt sind diejenigen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht dem europäischen Wettbewerbsrecht unterstellt sind,*

⁴⁹ Wollmann (2013), 38

⁵⁰ Matecki, Schulten (2013), 8

⁵¹ vgl. Röber (2012), 82

⁵² Röber (2012), 82

⁵³ Wollmann (2013), 38

⁵⁴ Wieser (2007), 43

⁵⁵ Wollmann (2013), 38

*immer kleiner geworden.*⁵⁶ Diese Entwicklung spiegelt sich am Anteil öffentlicher Unternehmen an der globalen Wirtschaftsleistung wieder: Betrug der Anteil im Jahr 1979 noch über zehn Prozent, so ist er bis 2005 auf weniger als sechs Prozent zurückgegangen.⁵⁷

Mit dem 21. Jahrhundert hat in Europa jedoch ein Richtungswechsel eingesetzt. Seit einigen Jahren erwirbt die öffentliche Hand – mit Unterschieden zwischen den Ländern und Dienstleistungssektoren – verkaufte Eigentum zurück und übernimmt Leistungen der Daseinsvorsorge wieder selbst. Die Rekommunalisierungen lassen sich in erster Linie auf die vor der Privatisierung gemachten Versprechungen, die mit der Realität nicht Schritt halten konnten, zurückführen. Während in der Hochzeit der Deregulierung der Glaube, dass Private besser, billiger und schneller arbeiten würden, weit verbreitet war, hat sich zwischenzeitlich herausgestellt, dass es sich dabei um nicht mehr als ideologie- und interessengetriebene Wunschvorstellungen handelte. Diese Erkenntnis führte auch zu einem neuen Selbstvertrauen der Gebietskörperschaften im Wettbewerb mit privater Konkurrenz bestehen zu können. Letztlich hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre das Vertrauen in den Markt erschüttert und damit auch den Trend zu Rekommunalisierungen beflügelt. Denn es wurde deutlich, *„dass der ‚Markt‘ nicht automatisch richtig funktioniert und die private Wirtschaft keineswegs immer einer wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand überlegen ist.“*⁵⁸ Diese Entwicklungen haben auch innerhalb der Bevölkerung zu einem Meinungsumschwung geführt: Die enttäuschten Erwartungen in die Privatisierungen haben gemeinsam mit der Finanz- und Wirtschaftskrise letztlich dazu geführt, dass die Menschen heute ein stärkeres Bedürfnis nach staatlicher Sicherheit haben – auch im Bereich der Daseinsvorsorge.

*21. Jahrhundert:
Richtungswechsel –
öffentliche Hand
kauft zurück*

*Finanzkrise
verstärkt Trend zur
Rekommunalisie-
rung*

⁵⁶ Matecki, Schulten (2013), 10

⁵⁷ vgl. Wieser (2007), 42

⁵⁸ Schäfer (2012), 75

TEIL 2: NEGATIVE ERFAHRUNGEN DER PRIVATISIERUNG

Privatisierungen sind kurzfristig ein Riesengeschäft für die öffentlichen Haushalte. Die Erlöse der Ausgliederungen in den letzten Jahrzehnten haben sich als enorme Einnahmequelle erwiesen. Einige Zahlen zur Veranschaulichung: Im Zeitraum von 1985 bis 1993 wurden in 100 Staaten (darunter Japan, Australien und alle großen westeuropäischen Länder) Privatisierungserlöse von 328 Milliarden Dollar erzielt.⁵⁹ Einen längeren Überblick gibt die nachstehende Grafik.

*Privatisierungen
als Einnahmequelle
für die öffentliche
Hand*

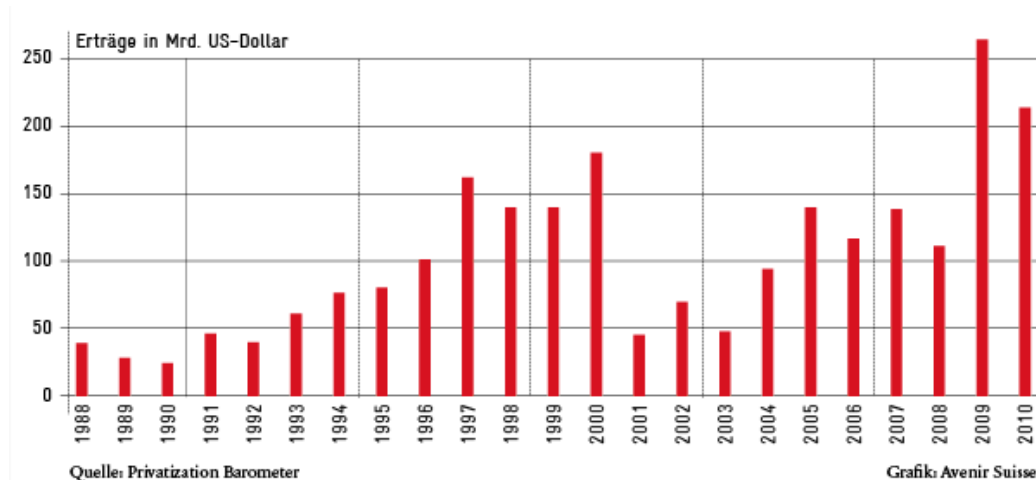


Abbildung 4: Weltweite Erträge aus Privatisierungen 1988–2010⁶⁰

Ein eindrucksvolles Beispiel des Privatisierungsbooms ist das Mutterland der Privatisierungen: In Großbritannien sank der Anteil der öffentlichen Unternehmen am BIP „von 11,5 Prozent im Jahr 1979 auf ein Prozent im Jahr 1990 [...]. Die Privatisierungserlöse machten zwischen 1979 und 2001 insgesamt 68 Milliarden Pfund bzw. acht Prozent des britischen BIP (zu Preisen von 1995) aus.“⁶¹ Doch aus diesen finanziell eindrucksvoll wirkenden Geschäften sind weder Großbritannien noch andere Kommunen und Staaten als Sieger hervorgegangen. Wenn auch die Motive für die Privatisierungen vielversprechend waren, so waren die Ergebnisse oft katastrophal.

1. Motive für Privatisierungen

Die Motive für die zahlreichen Privatisierungen (seit den 1980er Jahren) waren im Wesentlichen überall die gleichen. Angeregt durch die Entwicklungen in Großbritannien setzte sich in Europa eine neoliberale Denkweise durch, die in den Privatisierungen die effizienteste Lösung zur qualitätvolleren Bereitstellung

⁵⁹ vgl. Wieser (2007), 42

⁶⁰ <http://www.avenir-suisse.ch/16523/privatisierung-braucht-wettbewerb/#!/prettyPhoto>

⁶¹ Wieser (2007), 42

von Leistungen der Daseinsvorsorge und Reduktion der öffentlichen Schulden sah.

▪ ***Kunden profitieren von Wettbewerb zwischen Anbietern***

*bessere Qualität
zu niedrigeren
Preisen*

Die Privatisierungsbefürworter versprechen den KundInnen, dass sie von der Auslagerung gleich doppelt profitieren könnten. Zukünftig würde nicht ein staatlicher bzw. öffentlicher Anbieter die Dienstleistung zur Verfügung stellen, sondern mehrere private Anbieter um die Gunst der KundInnen werben. Von dem verstärkten Wettbewerb hätten die KundInnen einen Nutzen – durch niedrigere Preise und/oder eine bessere Qualität der Leistungen.

▪ ***Budgetlöcher stopfen***

Budgetsanierung

Viele Privatisierungen geschehen vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen. Dabei wird das Ziel verfolgt, „durch den Verkauf öffentlicher Unternehmen die Haushaltsdefizite“⁶² zu reduzieren, damit „auf kommunaler Ebene überhaupt wieder politische Handlungsspielräume entstehen.“⁶³ Vergessen wird von den Kommunen dabei oft, dass zwar ein Einmaleffekt erzielt werden kann, jedoch die Einnahmen aus lukrativen Bereichen in der Folge ausbleiben.

▪ ***Finanzierung über private Investoren***

*Finanzierung
notwendiger
Investitionen*

Der Gedanke, Investitionen in den Aus- und Umbau sowie die Erhaltung der Infrastruktur nicht (ausschließlich) durch öffentliche Gelder zu finanzieren, sondern sie an private Unternehmen abzugeben, damit diese „zum Abbau der öffentlichen Investitionsrückstände beitragen“⁶⁴, steht hinter einigen Privatisierungen. Die Privaten werden, etwa über Konzessionsverträge, dazu verpflichtet, einen bestimmten Betrag dafür aufzuwenden.

▪ ***Privates Know-how für veraltete öffentliche Strukturen***

Know-how

Die öffentlichen Strukturen sind veraltet und unwirtschaftlich, private Unternehmen verfügen über ein besseres betriebswirtschaftliches Know-how, so die Auffassung, die auch von vielen PolitikerInnen geteilt wird. Auch deswegen werden Privatisierungen vorangetrieben.

2. Negative Beispiele aus der Praxis

Es gibt eine Vielzahl an negativen Beispielen von privatisierten Leistungen der Daseinsvorsorge. Die Erwartungen, die mit Privatisierungen verbunden waren, konnten mit der Realität nur selten Schritt halten. Gut ersichtlich ist dies an den zwei bekannten Beispielen: der Wasserversorgung Londons und des öffentlichen Personennahverkehrs in Stockholm.

⁶² Matecki, Schulten (2013), 11

⁶³ Matecki, Schulten (2013), 11

⁶⁴ Matecki, Schulten (2013), 11

2.1. Wasser: London

Großbritannien ist das Musterbeispiel bei der Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Sie wurde in den 1980er Jahren unter Margaret Thatcher im großen Stil privatisiert. Damals gab es in England und Wales 10 regionale Wassergesellschaften. Diese wurden verkauft und es entstanden aus den 10 staatlichen Monopolgesellschaften 10 private Monopolgesellschaften. Diese hatten günstige Startbedingungen, denn die Unternehmen wurden vorher entschuldet, mit Betriebskapital versehen und „unprofitable Aktivitäten, wie die Umweltschutzkontrolle, ausgelagert.“⁶⁵ Darüber hinaus wurden sie von allen Gewinnsteuern befreit.

*1980er Jahre:
England ersetzt
öffentliche durch
private Monopole*

In London entstand im Jahr 1989 aus der staatlichen Wasserbehörde *Thames Water Authority* die *Thames Water Utilities Limited*. Die wichtigsten Kapitaleigener waren US-amerikanische Pensionsfonds und Londoner Banken. Das Motiv hinter der Privatisierung war die Sanierung des maroden Wasserleitungsnetzes an die Privaten abzuschieben, um die öffentliche Hand zu entlasten. Das Londoner Leitungsnetz sowie die Abwasserkanäle stammen aus dem 19. Jahrhundert und waren dringend sanierungsbedürftig. Doch die notwendigen Investitionen blieben aus, während die Unternehmen große Gewinne einfuhren, Managergehälter und Gewinne der Aktionäre binnen kurzem auf Rekordniveau stiegen und die Wasserpreise immer höher wurden. Eine eigens eingerichtete Behörde zur Preiskontrolle der Monopolunternehmen sollte die Preisgestaltung nachvollziehbar machen. So mussten Kalkulationen der erwarteten Kosten (darunter auch Investitionskosten) an die Behörde weitergegeben werden. Doch die Unternehmen tricksten. Es wurden hohe Investitionskosten angegeben, die den steigenden Wasserpreis rechtfertigten. Doch in der Realität wurden diese Investitionen niemals durchgeführt. Da alle 10 Unternehmen auf diese Art und Weise agierten fiel der Schwindel anfangs nicht auf.

*Privatisierungs-
grund: Sanierung
des Leitungsnetzes*

*Investitionen
blieben aus,
Wasserpreise
stiegen*

Im Jahr 2001 wurde Thames Water um 7,1 Mrd. Euro an RWE verkauft. Der deutsche Energiekonzern wollte mit Thames Water in den Wassermarkt einsteigen und den führenden Unternehmen Veolia und Suez ein Stück vom Kuchen wegschnappen. Auf der anderen Seite wollte RWE mit dem Ausgangspunkt Thames Water die globalen Märkte erobern. Der Konzern expandierte nach Asien, Australien, Afrika, USA, Kanada und Südamerika. „Der teuerste Brocken war mit acht Milliarden Euro das größte US-Wasserunternehmen, American Water Works. Mit Beteiligungen etwa an den Wasserwerken von Mülheim an Ruhr, Djakarta, Concepción in Chile und Budapest brachten es RWE/Thames Water auf etwa 70 Millionen Kunden.“⁶⁶

*2001: RWE kauft
Thames Water um
in den
Wassermarkt
einzusteigen*

Finanzieren konnte RWE dies durch hohe Wasserpreise in London und die weiterhin ausbleibenden Investitionen in das Londoner Leitungsnetz. Diese

⁶⁵ ÖGPP (2013): 20

⁶⁶ http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2006/rwe_thames_water.htm

*politischer Druck
auf Thames Water
wegen zu hoher
Preise*

*Behörde zur
Preisregelung wird
eingeführt*

*2006: RWE
verkauft Thames
Water*

*täglicher
Wasserverlust:
3,3 Mrd. Liter*

*Arme werden von
Wasserversorgung
getrennt*

Entwicklungen führten zunehmend zu Protesten in der Bevölkerung und zu Unmut in der Politik. Der damalige Londoner Bürgermeister Ken Livingstone gab den halbernstesten Ratschlag: *„Benutzen Sie nach dem Pinkeln die Klospülung nicht mehr! Sparen Sie das Wasser für Ihren Tee auf.“* Die Politik begann Druck auf die Privaten auszuüben. Ein Mittel war die Umwandlung des „Office of Water Services“ (Ofwat) in die „Water Services Regulation Authority“ durch den damaligen Premierminister Tony Blair, die nun für die Regulation des privatisierten Wassermarktes verantwortlich war. Dies hatte nachwirkende Folgen. Denn die Behörde verlangte von RWE Investitionen von insgesamt fast 1,2 Mrd. Euro (714 Mio. Euro für Trinkwasserleistungen und 470 Mio. Euro für Abwasserkanäle) im Zeitraum von 2005 bis 2010. Gleichzeitig wurde den Privaten jedoch verboten, die Investitionskosten auf die Wasserpreise aufzuschlagen.

Das führte im Jahr 2006 zum Verkauf von Thames Water an Kemble Water, ein Konsortium um die australische Investmentbank Macquarie. Kemble Water zahlte einen Preis von insgesamt rund 11,9 Mrd. Euro inklusive Schuldenübernahme an RWE. Aber auch in anderen Teilen der Welt besteht Interesse am Londoner Wasser. So kaufte im Dezember 2011 der Staatsfonds „Abu Dhabi Investment Authority“ knapp zehn Prozent der Anteile von Kemble. Und im Jänner 2012 erwarb der chinesische Staatsfonds „China Investment Corporation“ über eine Tochterfirma 8,7 Prozent an Thames Water.⁶⁷

Die Privatisierung der Wasserversorgung in London ist in vielerlei Hinsicht ein Paradebeispiel für die negativen Folgen einer Privatisierung. Der Plan der britischen Regierung, die Investitions- und Reparaturkosten für das marode Leitungsnetz an Private abzuwälzen, ist fehlgeschlagen. Durch das lecke Leitungsnetz gehen aktuell Tag für Tag 3,3 Mrd. Liter Wasser⁶⁸ verloren. Das entspricht etwa dem täglichen Wasserverbrauch der BewohnerInnen Londons und Umgebung. Die KundInnen haben mit schlechtem Wasserdruck zu kämpfen und teilweise befördern die kaputten Leistungen nur noch rostbraunes Wasser hervor. Besonders ärgerlich ist dies natürlich vor dem Hintergrund, dass die Wasserpreise in London seit der Privatisierung kontinuierlich angestiegen sind. Dieser Anstieg führte nicht nur zu Protest in der Bevölkerung, sondern auch zu massiven Problemen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Konnten diese ihre Rechnungen nicht bezahlen, wurde der Wasseranschluss gesperrt.⁶⁹ Erst nach Protesten und der Warnung von Gesundheitsexperten, dass dies zum Ausbruch von Krankheiten führen könnte, wurde darauf verzichtet. Stattdessen bekamen Personen, die ihre Rechnung nicht bezahlen konnten eine neue

⁶⁷ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/staatsfonds-cic-china-kauft-sich-in-britische-wasserversorgung-ein-a-810364.html>

⁶⁸ Falter 6/13

⁶⁹ In Österreich ist die Sperre des Wasseranschlusses gesetzlich nicht erlaubt. Auch wenn die Wasserrechnung über einen längeren Zeitraum nicht gezahlt werden kann, muss der Zugang zum lebenswichtigen Gut Wasser gewährleistet sein.

(kostenpflichtige) Wasseruhr, die nur durch den Einwurf von Münzen für eine bestimmte Zeit Wasser frei gibt.

Unter den privaten Betreibern hat auch die Wasserqualität in London gelitten. London zeigt, dass der Anspruch an eine qualitätsvolle Wasserversorgung mit dem Profitstreben privater Unternehmen nicht zu vereinbaren ist. Um die Verluste des versickerten Wassers auszugleichen, baute Thames Water unter der Führung von RWE neue Wasserreservoirs. Diese stehen am „Unterlauf der Themse, zwischen London und dem Meer. Die Themse besteht an dieser Stelle zu etwa einem Viertel aus dem Londoner Abwasser und dem Abwasser der vor London liegenden Städte. Nicht alle modernen Schadstoffe wie Röntgenkontrastmittel und andere Abfälle aus Krankenhäusern, chemischen Laboren und Industriebetrieben [...] können vollständig ausgefiltert werden.“⁷⁰ Hinzu kommt, dass es bei Regen zu einer starken Überlastung der Kläranlagen kommt und die Abwässer in solchen Fällen, direkt in die Themse geleitet werden. „Gerade im Unterlauf der Themse stellen Wissenschaftler in wiederkehrenden Untersuchungen fest, dass männliche Fische ihr Geschlecht verändern. Und aus dieser Brühe wird mit hohem Aufwand das zusätzliche Trinkwasser gewonnen [...]“.“⁷¹ Innerhalb von nur 4 Jahren (zwischen 1999 und 2002) wurde Thames Water in über 20 Fällen wegen Wasserverunreinigung verurteilt. Dies zeigt einmal mehr, dass Private Leistungen der Daseinsvorsorge keineswegs im Hinblick auf Qualität oder Zufriedenheit der Bürgerinnen ausführen, sondern der Gewinn die oberste Maxime ist. Dafür werden Umwelt- und Gesundheitsschäden ebenso in Kauf genommen, wie die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Ressourcenverschwendung.

1999–2002:
Thames Water wird
in über 20 Fällen
wegen Wasser-
verunreinigung
verklagt

2.2. Öffentlicher Personennahverkehr: Stockholm

In Stockholm hat man bereits zu Beginn der 1990er begonnen die Leistungserbringung im öffentlichen Personennahverkehr auszulagern. Die Stockholmer Metro ist im Besitz der städtischen Verkehrsbetriebe, der *Storstockholms Lokaltrafik (SL)*, die sich im Eigentum der Kommune befindet. Die Aufgabenerbringung selbst wurde jedoch mittels Konzession an private Unternehmen ausgelagert.⁷² Bis zum Jahr 2009 war das Unternehmen *Veolia* Konzessionsnehmer für die Stockholmer Metro. Die Bevölkerung Stockholms war zwar mit dem Betreiber *Veolia* unzufrieden, stellt „aber nicht das System der Privatisierung in Frage.“⁷³ Im Jahr 2009 wurde der Auftrag im Wert von 3,5 Milliarden Euro neu ausgeschrieben. Den Zuschlag bekam die Firma *MTR* aus Hong Kong, die ab 2. November 2009 das operative Geschäft für acht Jahre, mit

1990er Jahre:
Auslagerung der
Stockholmer Metro

⁷⁰ http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2006/rwe_thames_water.htm

⁷¹ http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2006/rwe_thames_water.htm

⁷² vgl. <http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/hintergrund/erfahrungen-in-anderen-laendern.php>

⁷³ <http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/hintergrund/erfahrungen-in-anderen-laendern.php>

Option auf sechs weitere, übernahm.⁷⁴ Aber nicht nur die Metro, sondern der gesamte Personennahverkehr ist in Stockholm nach diesem Prinzip an private Unternehmen ausgelagert.

Stockholm wird immer wieder als Beispiel für negative Privatisierungsfolgen genannt, da sich hier eine Reihe von nachteiligen Entwicklungen bereits sehr früh erkennen ließen.

*Auslagerung führt
zu Verlust von
Know-how*

Der Betrieb der Stockholmer Metro ist bereits seit über 20 Jahren an private Unternehmen ausgelagert. Damit verbunden ist eine Abwanderung des Know-hows auf Seiten der Kommune. Sollte Stockholm die Metro wieder in Eigenregie übernehmen wollen, wäre das mit einem erheblichen Aufwand im Bereich des Wissensmanagements verbunden.⁷⁵

*Betrieb obliegt
Privaten, daher
strategisch wenig
steuerbar*

Auf politischer Ebene bedeuten Privatisierungen immer einen Kontrollverlust der öffentlichen Hand sowie einen Verlust der Möglichkeit zur Gestaltung des Lebensraumes. Dies ist am Beispiel Stockholm deutlich erkennbar: Die Planungsentscheidungen sind zwar in öffentlicher Hand, der Betrieb der Linien unterliegt aber den Privaten und ist daher strategisch wenig steuerbar. Gleichzeitig bringt die Vergabe der Metro für die Kommune Stockholm nur eingeschränkt finanzielle Entlastungen mit sich. Denn die Ausschreibung verursacht ebenso administrative Kosten, wie die Verhandlungen und Kontrollen zur Einhaltung der Verträge. Stockholm kann aber nur durch aufwändige Kontrollen die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs gewährleisten. Im Moment (2012) beschäftigte die Stadt Stockholm allein 756 Personen für die Verwaltung der Ausschreibungen sowie zur Kontrolle und Qualitätssicherung der öffentlichen Verkehrsmittel („mystery shopper“, Vergaberechtsexperten).⁷⁶

*Kosten für
Kontrolle*

*ÖPNV weiterhin
öffentlich
subventioniert*

Trotz der starken privaten Beteiligung bei der Erbringung des öffentlichen Personennahverkehrs, muss die Stadt diesen Bereich weiterhin subventionieren. In Stockholm beträgt der Anteil der Subventionen 51 Prozent. Zum Vergleich: In Wien und Helsinki, wo der öffentliche Nahverkehr in kommunaler Hand ist, beträgt der Subventionsanteil 59 bzw. 50 Prozent. Diese Kosten trägt die Kommune (und letztlich die Bevölkerung), ihre Handlungsspielräume gehen aber verloren.

Es zeigt sich, dass selbst ein erfahrener Betreiber wie *MTR*, der neben Stockholm u.a. auch die U-Bahnen in London, Sydney und London betreibt, Schwierigkeiten hat, Gewinne zu lukrieren. In Stockholm standen im Jahr 2010 Einnahmen von 2.858 Mio. Hongkong Dollar, Ausgaben von 2.864 Mio. Hongkong Dollar gegenüber. Das bedeutet einen Verlust von rund 6 Mio. Hongkong Dollar. Im Jahr 2011 war das Unternehmen erfolgreicher und konnte mit Einnahmen von 3.166 Mio. Hongkong Dollar und Ausgaben in der Höhe von 3.111 Mio. Hongkong Dollar einen Gewinn von 55 Mio. Hongkong Dollar (rund 5,5 Mio. Euro)

⁷⁴ <http://www.thelocal.se/17274/20090130/#.UR0wavK2vld>

⁷⁵ vgl. AK Wien (2013): 15

⁷⁶ Vgl. AK Wien (2013): 15

erzielen.⁷⁷ Bei einem Betreiber mit einem Sitz in einem anderen Land, in diesem Fall sogar außerhalb Europas, bleibt bei der Vergabe aber immer die Frage offen: Wo wird ein allfällige Gewinn eigentlich versteuert? Wird er in einem anderen Land versteuert, entgehen dem Staat unter Umständen beträchtliche Steuereinnahmen.

3. Negative Folgen der Privatisierungen

Die Beispiele zeigen, dass die Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen in vielen Fällen nicht zu versprochenen und/oder gewünschten Erfolgen geführt haben. Auch bei den Folgen der Privatisierungen lassen sich, ähnlich wie bei den Motiven zur Privatisierungen, Gemeinsamkeiten über Staatsgrenzen und Dienstleistungsbereiche hinweg zeigen.

▪ *Bildung privater Monopole*

„Die Märkte der Daseinsvorsorge zeichnen sich durch natürliche Monopolbildung aus.“⁷⁸ Durch eine Privatisierung wird aus dem staatlichen/kommunalen ein privates Monopol. Der fehlende Wettbewerb bei privaten Monopolen bringt für die KundInnen zumeist Teuerungen und eine Verschlechterung der Dienstleistungsqualität mit sich. Das oft angeführte Argument, wonach Private in ihrer Leistungserbringung effizienter sind, kann bei Monopolen nicht bestätigt werden: „Empirische Untersuchungen zeigen vielmehr, dass solche erst mit der steigenden Intensität der Konkurrenz entstehen.“⁷⁹ Der private Monopolist kann sich an Minimalstandards orientieren, wenn die KonsumentInnen keine Möglichkeit haben, zu einem anderen Anbieter zu wechseln. Deshalb führen Privatisierungen oft zu schlechterer Qualität. Die oftmals erhöhten Preise ergeben sich aus der sogenannten Monopolrente: „Die aus dem Verkauf generierten (Mehr-)Einnahmen des Staates zahlen in der Folge die Konsumenten über einen Preisaufschlag im Umfang der Monopolrente.“⁸⁰ Vor allem in Bereichen mit hohem Investitionsaufwand (Netze) können neue, kleine Anbieter kaum Fuß fassen. Das hat sich etwa im Zuge der Liberalisierung des Energiesektors deutlich gezeigt. Hier konnten fast nur global agierende Konzerne von den neuen Wettbewerbsregeln profitieren.

Verteuerung durch private Monopole

kaum neue Anbieter durch Liberalisierung

Die Dominanz privater Monopole wirft noch ein weiteres Problem auf: sie sind nur schwer durch die verantwortlichen staatlichen Behörden zu kontrollieren. Die in vielen Fällen notwendigen staatlichen Regulierungen sind daher auch schwer umzusetzen.

Kontrolle privater Monopole schwierig

⁷⁷ MTR Corporation Limited: Annual Report 2011: 165

⁷⁸ Streissler (2012), 20

⁷⁹ <http://www.avenir-suisse.ch/16523/privatisierung-braucht-wettbewerb/#!/prettyPhoto>

⁸⁰ <http://www.avenir-suisse.ch/16523/privatisierung-braucht-wettbewerb/#!/prettyPhoto>

▪ **Preissteigerungen und sinkende Qualität**

Privat ist besser und billiger! Mit diesem Argument wurde eine Vielzahl von Privatisierungen vorangetrieben und gerechtfertigt. Die Erwartungen gingen sogar noch weiter: Preissenkungen bei gleichzeitiger Qualitätszunahme.⁸¹ Die Realität war, gemessen an den Versprechungen, ernüchternd. Es kam *„häufig zu Preiserhöhungen [...] und Qualitätsverschlechterungen.“*⁸² Die Qualitätseinbußen sind zumeist Folge von nicht getätigten Investitionen. Dieses Vorgehen der privaten Unternehmen lässt sich folgendermaßen erklären: Der *„private Leistungserbringer [wird] am Markt dazu gezwungen, möglichst hohe Gewinne an seine Shareholder ausschütten zu können. Die Orientierung erfolgt daher nicht in erster Linie an möglichst hoher Qualität der Leistung und an langfristigen Investitionsstrategien, sondern an kurzfristigen Profitmöglichkeiten, selbst wenn sie zu Lasten der Bevölkerung gehen mögen.“*⁸³

Profit ist die oberste Priorität privater Akteure

Die Erfahrungen hinsichtlich der Preisentwicklung haben sich mittlerweile auch im Bewusstsein der BürgerInnen manifestiert. Zahlreiche Meinungsumfragen bestätigen, dass bei Privatisierungen vor allem Preissteigerungen befürchtet werden. Diese Ängste sind nicht unbegründet, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben. So schossen in Großbritannien die Strompreise nach der Privatisierung empor und die Versorger mussten gezwungen werden, Sozialtarife einzuführen.

Wie schwerwiegend Preissteigerungen für die Bevölkerung sind, zeigt sich vor allem in einkommensschwachen Ländern. Der Budapester Stromversorger *ELMÜ* wurde im Jahr 1995 teilprivatisiert. Derzeit befinden sich 82,50 Prozent des Unternehmens in privater Hand (55,25 Prozent *RWE*, 27,25 Prozent *EnBW*). In den ersten beiden Jahren nach der Privatisierung gab es einen Anstieg des Energiepreises um 30 bzw. 32 Prozent. Heute liegt der Strompreis bei 0,16 Euro/kWh.

Preissteigerung:
Budapest +30% in
2 Jahren

Ähnliches zeigt sich beim lokalen Energieversorger in Bukarest. Hier wurden im Jahr 2008 50 Prozent der Aktien des Stromanbieters *Electrica Muntenia Sud* an *ENEL* verkauft. Mittlerweile besitzt die italienische Firma 62,5 Prozent der Aktien. Gemäß den geplanten Investitionen wurde ein Tarif festgelegt. Jedoch betrugen die Investitionen in den Folgejahren nur etwa die Hälfte der vereinbarten Summe. Tarifsenkungen gab es jedoch keine. Der Strompreis beträgt 0,12 Euro/kWh.

▪ **Fehlende Investitionen in die Infrastruktur**

*„Selbst bei als Modellprojekten geplanten Privatisierungen sind die Ergebnisse hinsichtlich Produktivität und Qualität alles andere als überzeugend.“*⁸⁴ Zurückzuführen ist dies auf die fehlenden Investitionen von privaten Unternehmen in die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur. Diese haben weitreichende Folgen für die öffentliche Hand und die Bevölkerung, aber

⁸¹ vgl. Difu-Papers (2011), 5

⁸² Röber (2009), 81

⁸³ Streissler (2012), 20

⁸⁴ Schneider (2013), 151

mitunter auch für das ökologische Gleichgewicht der Region. Die Folgen umfassen ein weitreichendes Spektrum, von Verschwendung von Ressourcen über einen hohen finanziellen Aufwand im Fall einer Rückübertragung bis hin zu gesundheitlichen Risiken für die KonsumentInnen.

*weitreichende
Folgen von
fehlenden
Investitionen*

In Großbritannien stellten die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur ein Motiv für die zahlreichen Privatisierungen dar. Diese Investitionen sollten durch Privatisierungen an Private ausgelagert werden, die Bevölkerung davon profitieren. Diese Rechnung ging nicht auf. Die neuen privaten Eigentümer hielten die Investitionen zurück, um die Gewinne nicht zu gefährden. Denn für private Unternehmen stehen oft die kurzfristigen Gewinne an erster Stelle, nicht langfristige und möglicherweise kostenintensive Investitionen in die Infrastruktur. Das besonders unrühmliche Beispiel der britischen Eisenbahn zeigt, dass fehlende Wartung sogar mit dem Tod enden kann. In den 1990er Jahren kam es in England zu einer Reihe von schweren Zugunfällen, die 42 Todesopfer und über 700 Verletzte forderten.

*Beispiel England:
42 Tote und über
700 Verletzte bei
Zugunfällen*

Für den Staat enden solche Privatisierungen mitunter in einer finanziellen Katastrophe. Denn: Werden Dienstleistungen wegen mangelnder Wartung wieder rekommunalisiert, ist der Investitionsaufwand höher als zuvor.

Bei der Wasserversorgung resultieren aus fehlenden Investitionen in die Infrastruktur leckende Leitungen, was zu einem enormen Wasserverlust und damit zur Verschwendung der wichtigen Ressource Wasser führt. Es wurde belegt, dass der Wasserverlust in privat geführten Netzen höher ist als in kommunal geführten. Dies zeigt nicht nur das Beispiel der Wasserversorgung in London, sondern auch zahlreiche andere. Im Wasserbereich rentieren sich Investitionen frühestens nach dreißig bis sechzig Jahren, die Konzessionen laufen aber über einen Zeitraum von maximal dreißig Jahren. Für die privaten Konzessionsnehmer zahlen sich Investitionen demnach nicht aus, weshalb sie unterlassen werden. Öffentliche Betriebe agieren hier nach einer anderen Logik, denn sie sind über Jahrzehnte hinweg für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich. Ausbleibende Investitionen schaden ihnen langfristig selbst.

*Wasserverlust bei
privat geführten
Netzen höher*

Ein besonders plakatives Beispiel für die Vorgehensweise privater Unternehmen: Der Wasserversorger *Veolia* gibt in Frankreich durchschnittlich nur ein Drittel des von den WasserkundInnen finanzierten Budgets für die Rohrwartung aus. Kommt es zu einem Rohrbruch, gilt dies allerdings als Erneuerung der Infrastruktur, die der Wasserkunde extra bezahlt. Die KundInnen zahlen für die Leistung also letztlich doppelt.⁸⁵

Auch andere Engagements von *Veolia* stellen die Unternehmenskultur in einem schlechten Licht dar. In Sofia etwa wurde die Wasserversorgung im Jahr 2000 als 25-jährige Konzession an *International Water*, eine britische Firma, übergeben. An der eigens dafür gegründeten Konzessionsgesellschaft *Sofia Wasser* hielt die britische Firma die Mehrheitsanteile. Mittlerweile hat *International Water* ihren Anteil an *United Utilities* verkauft, diese verkaufte ihn ihrerseits an *Veolia*, die

⁸⁵ vgl. Water makes money

*schlechte Wartung
bedeutet
Gesundheitsrisiko*

damit einen Anteil von 77 Prozent hält. Die Netzmodernisierung, weswegen ausländische Investoren überhaupt ins Land geholt wurden, fand nie statt. Deshalb versickert noch heute 60 Prozent des Wassers und 30 Prozent der Haushalte sind noch immer nicht ans Abwassernetz angeschlossen. In manchen Regionen der Stadt ist der Druck in den Leitungen so gering, dass die Wasserversorgung nicht möglich ist. Bei einer Beschwerde an *Sofia Wasser* schickt das Unternehmen zwar einen Techniker, dieser muss vom Kunden jedoch selbst bezahlt werden. Mittlerweile machen sich einige PolitikerInnen für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung stark. Allerdings übersteigen die dafür notwendigen Zahlungen die finanziellen Möglichkeiten der Stadt.⁸⁶

Eine Gefahr stellt das Ausbleiben der Investitionen in die Wartung und den Ausbau der Infrastruktur auch für die Gesundheit dar. Um trotz schlechter Infrastruktur Wasser bereit stellen zu können, mengen die Unternehmen dem Wasser Chlor und andere Wasserdesinfektionsmitteln bei oder speisen Wasser aus dafür nicht vorgesehenen „schmutzigen“ Quellen ein. Die dauerhafte Aufnahme von Chlor stellt ein medizinisches Risiko für die KonsumentInnen dar. Diese und andere Beispiele zeigen, dass der Plan der Kommunen, Infrastrukturinvestitionen an private Unternehmen weiterzugeben, in den meisten Fällen nicht funktioniert hat. Das fatale für die Kommunen: Sie bleiben in der Versorgungspflicht! Werden Investitionen von den Privaten nicht getätigt, muss sie am Ende von der Kommune und damit von der Bevölkerung bezahlt werden.

*Beschäftigte leiden
unter den Folgen
der Privatisierung*

*mehr prekäre
Beschäftigung und
Leiharbeit*

▪ ***Verlust von Arbeitsplätzen, verschlechterte Arbeitsbedingungen***

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen hatte gravierende Folgen für die Beschäftigten der vormals öffentlichen Unternehmen. *„Sie gingen in der Regel mit starkem Beschäftigungsabbau, (teilweiser) Tarifflicht, deutlicher Intensivierung der Arbeit bei geringerer Bezahlung und schlechteren Arbeitsbedingungen usw. einher.“*⁸⁷ Hinzu kommt das Auseinanderbrechen der Belegschaft in Stamm- und Randbelegschaft. Dies führt zu einer Zunahme von prekären Beschäftigungsformen und Leiharbeit. Die Ursache dafür ist schnell erkannt: für private Unternehmen steht immer die Gewinnmaximierung im Vordergrund. Die Personalkosten sind für sie eine Möglichkeit, die bisherigen Kosten zu reduzieren, indem etwa die Gehälter gekürzt oder die Arbeitslast der/s Einzelnen erhöht werden. Diese Strategie ist bei Privatisierungen eine durchaus übliche, wie zahlreiche Beispiele zeigen. Allein in Deutschland sind seit Anfang der 1990er Jahre durch Privatisierungen rund 600.000 Arbeitsplätze verloren gegangen.⁸⁸ In manchen Dienstleistungssektoren stellt sich die Lage besonders dramatisch dar: *„in privatisierten Aufgabenfeldern der Abfallentsorgung, kommunalen Gebäudereinigung und der Grünpflege [kommen] die Beschäftigten mit ihrem*

⁸⁶ vgl. ORF, Weltjournal 5.6.2013

⁸⁷ Matecki, Schulten (2013), 14

⁸⁸ http://www.boeckler.de/pdf/v_2008_11_27_brandt_schulten.pdf

*Einkommen kaum über die Runden [...]. In vielen Fällen erfolgt die Zahlung zusätzlicher staatlicher Transferleistungen zur Finanzierung des Lebensunterhalts.*⁸⁹ Was für die Kommune früher Personalkosten waren, muss sie jetzt indirekt über höhere Sozialausgaben tragen. Anders formuliert: Während das private Unternehmen durch Niedriglöhne ihre Gewinne steigert, muss der Steuerzahler für den existenzsichernden Unterhalt der Beschäftigten sorgen.

niedrige Gehälter müssen durch Sozialleistungen ausgeglichen werden

▪ **Kommunen verzichten für Einmaleffekt auf dauerhafte Einnahmen**

Kommunen vergeben Konzessionen für Daseinsvorsorgeleistungen oftmals im Bestreben, Budgetlöcher stopfen zu wollen. Für diesen Einmaleffekt entgehen den Kommunen jedoch dauerhafte Einnahmen aus lukrativen Geschäftsbereichen, an denen gerade Private Interesse zeigen. Der Verlust dieser Einnahmen bringt mitunter eine dauerhafte Schieflage der kommunalen Haushalte mit sich, sodass etwa wenig profitable öffentliche Einrichtungen oder Leistungen der Daseinsvorsorge nicht länger finanziert werden könnten. In der Praxis gibt es unzählige Beispiele dafür, dass Stadtwerke kommunale Schwimmbäder, Stadtfeste, Sportvereine usw. unterstützen und damit zu einem besseren Lebensstandard in der Kommune beitragen können.

Schieflage kommunaler Haushalte:

öffentliche Einrichtungen (z.B. Schwimmbäder) können nicht mehr finanziert werden

Als besonders unprofitabel haben sich etwa die Privatisierungen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs erwiesen. Denn egal ob öffentlich oder privat erbracht, die Kommunen müssen diesen Bereich mit öffentlichen Geldern subventionieren. Dies hat sich beispielsweise bei den privat betriebenen öffentlichen Verkehrsmitteln in Stockholm, London und bei der britischen Eisenbahn gezeigt. Ein interessanter Fakt dazu: Schüttet der subventionierte private Betreiber Gewinne aus, so gehen diese zur Gänze an die privaten Betreiber. Dies kann als Umverteilung der Steuergelder zum Vermögen des privaten Unternehmens bzw. der Shareholder interpretiert werden!

Den Kommunen entgeht aber auf Dauer eine hohe Summe an stetigen Einnahmen. Langzeitstudien belegen mittlerweile, dass Privatisierungen nur kurzfristig Budgetlöcher stopfen, langfristig aber zu einem Verlustgeschäft für die Kommune werden. In Österreich alleine ergibt sich durch die Privatisierungen von OMV, Telekom und Post *„je nach Schätzmethode [...] ein bisheriger Gesamtverlust von 1,25 bzw. 1,78 Mrd. Euro.“*⁹⁰

langfristig sind Privatisierungen ein Verlustgeschäft für die öffentliche Hand

Für die Kommunen entstehen außerdem noch zusätzliche Kosten, die bei Privatisierungen zunächst oft übersehen werden. Denn auch wenn die Kommune die Aufgabe nicht mehr selbst erfüllt, gibt sie nicht die komplette Verantwortung ab. Dafür fallen Kosten etwa für Überwachungs- und/oder Regulierungsbehörden an. Hinzu kommen die Kosten für die Ausschreibung bzw. das Ausschreibungsmanagement.

⁸⁹ Sternatz (2013), 62f

⁹⁰ AK (2013), Was kosten Privatisierungen?, 32

▪ *Rosinenpicken*

*Private an
profitablen
Segmenten
interessiert*

Ein wesentlicher Unterschied zwischen privater und öffentlicher Leistungserbringung liegt darin, dass sich private Akteure die Aufgaben, die sie übernehmen wollen, selbst aussuchen können. Die Kommunen haben hingegen dafür Sorge zu tragen, dass die verschiedensten Leistungen der Daseinsvorsorge, von der Müllabfuhr bis hin zu Kinderbetreuung, sichergestellt werden. Private sind in erster Linie der Gewinnmaximierung verpflichtet, auch wenn sie Leistungen der Daseinsvorsorge übernehmen. Daher sind sie nicht an allen Bereichen gleichermaßen interessiert, sondern bemühen sich in erster Linie um die für sie profitabelsten Segmente der Daseinsvorsorge. Sie picken sich gewissermaßen die besten Rosinen aus dem Kuchen heraus. Diese Vorgehensweise stellt die Kommune vor große Probleme, muss sie doch die Erbringung aller Bereiche der Daseinsvorsorge sicherstellen. Fallen die Einnahmen aus profitablen Bereichen weg, ist die Bereitstellung nicht profitabler Bereiche nur noch durch Schulden finanzierbar.

Im Bahnverkehr etwa werden von den Privaten hochfrequentierte Strecken bevorzugt. So legt in Österreich die private Bahnlinie *Westbahn* des Industriellen Hans Peter Haselsteiner ausschließlich die Strecke Wien–Salzburg zurück, eine der attraktivsten Bahnstrecken in ganz Österreich. Die Liberalisierung des Bahnverkehrs hat diese Möglichkeit zugelassen, seit Dezember 2011 wird sie auch genutzt. Während der öffentliche Verkehrsträger *ÖBB* weiterhin für den Betrieb unrentabler Strecken sorgen muss, sind nur gewinnbringende Bahnverbindungen für Private interessant.

*Extremfall
Entwicklungs-
länder: Wasser nur
für wohlhabende
Stadtteile*

Je nach Sektor entscheiden sich die Privaten „entsprechend dem eigenen Portfolio und der Refinanzierungsquote für die Aufgabenwahrnehmung.“⁹¹ Besonders bedenklich ist das Verständnis von Daseinsvorsorge der Privaten im Bereich der Wasserversorgung, vor allem in Entwicklungsländern. Dort beschränkt sich das Engagement privater Wasserversorger auf die Versorgung von Großstädten, manchmal sogar auf einzelne (wohlhabende) Stadtteile, während der ländliche Raum weitgehend unbeachtet und damit unversorgt bleibt.⁹²

„Im Bereich der Grünpflege hat sich erwiesen, dass Private an Aufgaben interessiert sind, für die keine Spezialkenntnisse, keine Spezialgeräte und ein überschaubarer Grünpflegeaufwand notwendig sind.“⁹³

*Privatisierung im
Gesundheitssektor
gefährdet
Versorgung*

Das Interesse der Privaten in der Gesundheitsversorgung geht in Richtung „lukrativer Spezialversorgung wie z.B. Herzkliniken“⁹⁴, die mehr Gewinne abwerfen als Allgemeinkrankenhäuser. Die Versorgungssicherheit ist hier allerdings in Gefahr, denn während lukrative Eingriffe vorgenommen werden, landen heikle Fälle bei den städtischen Krankenhäusern. „Gleichzeitig wächst der Anreiz für Kliniken, mehr unsinnige, aber hochdotierte Therapien durchzuführen,

⁹¹ Sternatz (2013), 62

⁹² ÖGPP (2008), 14

⁹³ Sternatz (2013), 61f

⁹⁴ Sternatz (2013), 61

*selbst wenn diese mehr schaden als nutzen.*⁹⁵ Ein Extrembeispiel sind hier die Intensivstationen, wo Menschen länger am Leben erhalten werden, um Einnahmen zu lukrieren – *„schließlich werde nur für lebende Patienten gezahlt.“*⁹⁶ Die Gesundheitssysteme sind in den EU-Staaten unterschiedlich organisiert, so dass in einigen Ländern die Zwei-Klassen-Medizin bereits Realität ist. In Österreich und Deutschland wird nach wie vor eine hohe sozialstaatliche Gesundheitsversorgung angeboten. Doch die Privatisierungen von Krankenhäusern in Deutschland stellt dies bereits in Frage: *„Auf lange Sicht droht, dass einfache Patienten ohne Privat- oder Zusatzversicherung nicht mehr an Spitzenmedizin herankommen. Bei einigen privaten Kliniken zeichnet sich dieser gefährliche Trend bereits ab: Sie melden sich vom Rettungsdienst ab – weil er nicht profitabel ist.“*⁹⁷ Kritisch wird das Rosinenpicken der Privaten auch bei großen Krankenhäusern, wenn diese für eine ganze Region die Versorgungsaufgabe besitzen. So wurde etwa das *Uni-Klinikum Gießen und Marburg (UKGM)* im Jahr 2006 privatisiert und an die *Rhön-Klinikum AG* übergeben. Die erste Privatisierung einer Universitätsklinik *„sollte eine wegweisende Krankenhausversorgung bieten [...] und [...] die klamme Landeskasse entlasten. Der Investitionsstau schien aufgehoben, neue Geräte wurden angeschafft, eine Kinderklinik am Standort Gießen in nur elf Monaten errichtet.“*⁹⁸ Innerhalb von wenigen Jahren hat sich das Bild jedoch drastisch gewandelt: zahlreiche Entlassungen, Auslagerungen, Verbilligungen, schlechte Bezahlung und Mindestoperationszahlen für ChefarztInnen führten zu sinkenden PatientInnenzahlen, Unzufriedenheit der MitarbeiterInnen und einem immer größeren Minus. Im Jahr 2012 bescheinigte ein Bericht der Unternehmensberatung McKinsey ein *„strukturelles’ Defizit in Höhe von 20 Millionen Euro und ein weiterer Investitionsbedarf bis 2020 in Höhe von mehr als 200 Millionen Euro.“*⁹⁹ Eine Ärzteinitiative (NotRuf113) fordert mittlerweile vehement die Rekommunalisierung der Universitätsklinik.

Zwei-Klassen-
Medizin

4. Schlussfolgerungen

Die wesentlichen Folgen der Privatisierung waren bzw. sind steigende *„Preise und Qualitätsmängel, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und hohe Transaktionskosten durch zusätzliche Vertragsgestaltung und*

⁹⁵ <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/privatisierung-von-kliniken-auf-kosten-der-patienten-a-909728.html>

⁹⁶ <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/privatisierung-von-kliniken-auf-kosten-der-patienten-a-909728.html>

⁹⁷ <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/privatisierung-von-kliniken-auf-kosten-der-patienten-a-909728.html>

⁹⁸ <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/privatisierung-von-kliniken-auf-kosten-der-patienten-a-909728.html>

⁹⁹ <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/privatisierung-von-kliniken-auf-kosten-der-patienten-a-909728.html>

*negativen Folgen
der Privati-
sierungen haben
zu Rekommunali-
sierungen geführt*

*Ausschreibungsprocedere sowie der Aufbau eines Controllingsystems für die privatisierten Dienstleistungen und Aufgaben [...].*¹⁰⁰ Wurde in der Vergangenheit den Versprechen der Liberalisierungsbefürworter blindlings geglaubt, werden geplante Privatisierungen heute weitaus kritischer betrachtet. Denn die negativen Erfahrungen aus den Privatisierungen der letzten Jahrzehnte haben sich in vielen Bereichen gezeigt und sind weder an den politisch Verantwortlichen in den Kommunen, noch an der Bevölkerung spurlos vorbei gegangen. Daher ist in den letzten Jahren auch der Druck der Bevölkerung gegen geplante Privatisierungen stetig gewachsen. Zu oft wurden Versprechen und Hoffnungen, die mit den Privatisierungen einhergingen, enttäuscht. Übrig blieb die Erkenntnis: Privat bedeutet nicht zwangsläufig besser. Privat bedeutet nicht unbedingt billiger. Und Privat bedeutet schon gar nicht sozialer. Diese Entwicklungen haben letztlich nicht nur dafür gesorgt, dass die Privatisierungstendenzen sich langsam abgeschwächt haben. Sie haben sogar das Gegenteil bewirkt. Denn sie haben dazu beigetragen, die Debatte über die Rückführung privatisierter Bereiche in die öffentliche Hand voranzutreiben.

¹⁰⁰ Sternatz (2013), 62

TEIL 3: REKOMMUNALISIERUNG IN DER THEORETISCHEN DISKUSSION

1. Argumente für Rekommunalisierung

Die Schwächen der privaten Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge sind in den negativen Erfahrungen mit der Privatisierung deutlich geworden. Im Gegenzug zeigt sich, dass die öffentliche Leistungserbringung Vorteile gegenüber der privaten hat. Denn es gibt eine Reihe politischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Argumente, die für die öffentliche Leistungserbringung bzw. eine Rekommunalisierung sprechen.

Übersicht: Argumente Rekommunalisierung	
Sicherstellung der Daseinsvorsorge	– Verhinderung von "Rosinenpicken" der privaten Akteure – keine Gewinn-, sondern Gemeinwohlorientierung
Gemeinwohlorientierung	– Sicherstellung für alle zu gleichen Preisen – Einhaltung Qualität-, Umwelt- und Sozialstandards
Verantwortung gegenüber BürgerInnen	– verlässlicherer Ansprechpartner – stärkere Bürgernähe
Druck der Bevölkerung	– mehr Vertrauen in öffentliche Hand – Bürgerinitiativen
verbessertes betriebswirtschaftliches Know-how	– stärkere ökonomische Ausrichtung – Konkurrenzfähig mit privaten Unternehmen
politische Gestaltungsmöglichkeiten	– Kontrolle als Basis für Gemeinwohlorientierung – Einhaltung von Standards – Stadtentwicklung
Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor	– Beschäftigungsangebot in der Kommune – faire Löhne und Arbeitsbedingungen – Stärkung der Kaufkraft in der Kommune

Tabelle 1: Übersicht Argumente Rekommunalisierung

▪ *Sicherstellung der Daseinsvorsorge*

Private Unternehmen sind in der komfortablen Lage, selbst zu entscheiden, welche Leistungen der Daseinsvorsorge sie übernehmen wollen. Im Unterschied zu den Kommunen tragen sie keine Gesamtverantwortung für die Gesellschaft und das Gemeinwohl. Ihre Auswahl erfolgt in erster Linie nach den zu erwartenden Gewinnen. Den Kommunen bleiben häufig nur die unprofitablen bzw. defizitären Bereiche der Daseinsvorsorge. In Kombination mit den fehlenden Einnahmen aus profitablen Bereichen führt das langfristig zu einer massiven budgetären Schieflage der Kommunen. Diese Entwicklung stellt jedoch nicht nur ein Problem für ein ausgeglichenes Budget, sondern auch eine Gefahr für die Zukunft dar. Wenn Private in erster Linie die gewinnbringenden Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen und die Kommunen ihren Verpflichtungen aus budgetären Gründen immer weniger selbst nachkommen können, ist die Daseinsvorsorge als solche in Gefahr. Denn was nicht finanziert werden kann, kann irgendwann von den Kommunen auch nicht mehr bereitgestellt werden.

Kommunen tragen gesellschaftliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge

Private sind in erster Linie ihren Teilhabern verpflichtet

Für die Privaten ist hingegen die Verpflichtung gegenüber Shareholdern wichtiger als eine lückenlose Versorgung für alle sicherzustellen. Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise haben die Big player in ihrem Bereich ihr Ziel nicht aus den Augen verloren. Das zeigt etwa ein Zitat des Vorstandsvorsitzenden der *E.ON AG* im Jahr 2010: „*Wir halten bei unserer Dividendenpolitik den bisherigen Kurs bei, 50 bis 60 Prozent des Konzernüberschusses auszuschütten.*“¹⁰¹ *E.ON* ist damit kein Einzelfall, sondern steht exemplarisch für andere Großanbieter, deren Geschäftsberichte sich ähnlich lesen.

durch Finanzkrise ist das Ansehen der Kommunen gestiegen

Doch gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise, die die Anfälligkeit des Marktes nur allzu deutlich gemacht hat, erfuhr das Ansehen der kommunalen Leistungserbringung, insbesondere in der Bevölkerung, eine Aufwertung. Im schlimmsten Fall haben die Privatisierungen dazu geführt, dass die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr in entsprechender Qualität erfolgen kann oder nur noch zu so hohen Kosten, dass ganze Bevölkerungsschichten davon ausgeschlossen werden. Die Kommune hingegen muss und wird die Leistungen der Daseinsvorsorge für die gesamte Bevölkerung bereitstellen. Denn die kommunale Daseinsvorsorge ist am Gemeinwohl orientiert, nicht am Profit.

▪ **Gemeinwohlorientierung**

kommunal bedeutet Versorgung für alle

Der Begriff des Gemeinwohls wurde bereits ausführlich behandelt, aber kurz zur Erinnerung: Gemeinwohlorientierung bedeutet die leistbare Ver- und Entsorgung für die Bevölkerung unter Ein- und Erhaltung von Qualität, Sozial- und Umweltstandards. Der Profit (möglicherweise auf Kosten anderer) steht nicht im Vordergrund. Ganz im Gegenteil dazu steht bei der kommunalen Erbringung die Versorgung aller im Vordergrund: „*Am Gewinn orientierte Privatunternehmen verlangen eher höhere Gebühren als Stadtwerke [...]. Kommunale Eigenbetriebe ermöglichen den Kreisen und Städten dagegen, die Gebühren mit Rücksicht auf die Bürger festzulegen [...].*“¹⁰²

Gemeinwohl steht im Widerspruch zu Profitmaximierung

Die Gemeinwohlorientierung steht im Widerspruch zu einer gewinnorientierten Unternehmensführung. Das ist, einfach ausgedrückt, einer der wesentlichen Unterschiede zwischen einem öffentlichen und einem privaten Unternehmen. Denn während kommunale Unternehmen dafür Verantwortung tragen, einen Mehrwert für die Bevölkerung sicherzustellen, den sogenannten citizen value, orientieren sich private Unternehmen an den Gewinnen und sind ihren Shareholdern gegenüber verpflichtet. Andere Kriterien kommen dagegen häufig zu kurz, vor allem wenn es sich dabei um nicht-monetäre Aspekte handelt.

Das Beispiel der Gebäudereinigung in Islington zeigt, wie die kommunale Erbringung einer Dienstleistung alle Auflagen erfüllen kann. Von Umweltauflagen bis hin zu tariflich bezahlten MitarbeiterInnen und einem Programm für

¹⁰¹ http://www.eon.com/content/dam/eon-com/de/downloads/e/E.ON_Rede_Bernotat_BPK_DE.pdf

¹⁰² <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html>

benachteiligte ArbeitnehmerInnen konnten hier alle Anforderungen erfüllt werden. Und das ohne die Dienstleistung für die Menschen teurer zu machen.

▪ **Verantwortung gegenüber BürgerInnen**

Die Kommune bleibt aus Sicht der Bevölkerung selbst dann in der Verantwortung, wenn die entsprechende Leistung (teil-)privatisiert wurde. Denn sie stellt für die Bevölkerung den ersten Ansprechpartner dar, gerade weil multinationale Konzerne nicht vor Ort greifbar sind. Dies bestätigen auch Meinungsumfragen, wie das *Deutsche Institut für Urbanistik* im Bereich der Abfallwirtschaft feststellen konnte. Die BürgerInnen gaben bei der Umfrage an, dass die Entsorgungspflicht in ihren Augen bei der Kommune verbleibt, auch wenn diese Dienstleistung nicht von ihr ausgeführt wird. Kommunale ExpertInnen bestätigen dies. Die BewohnerInnen der Gemeinde suchen zuerst den Weg zur Kommune, um sich über mangelhafte Qualität bei der Abfallentsorgung zu beklagen.¹⁰³ Die Kommune wird damit für eine schlecht erbrachte Dienstleistung verantwortlich gemacht, über die sie jedoch keine Handhabe mehr hat. Gleichzeitig bedeutet es für die Kommune zusätzlichen Arbeitsaufwand.

*Kommunen
bleiben in der
Verantwortung*

Im Falle einer Eigenerbringung können kommunale Anbieter von der leichteren Erreichbarkeit vor Ort profitieren. Das zeigt sich etwa im Energiesektor: „Für die Bürger gelten Stadtwerke [...] als Anbieter, die in der Regel Versorgungssicherheit gewährleisten und bei Problemen einfach erreichbar sind.“¹⁰⁴ Die bessere Erreichbarkeit und das Wissen über die Bedürfnisse vor Ort bietet den kommunalen Betrieben die Möglichkeit, kurzfristig auf Bürgerwünsche zu reagieren und flexibel zu handeln. In diesem Sinn kann eine Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge ein Instrument zu verstärkter Bürgernähe darstellen.

*Kommune ist
Ansprechpartner
vor Ort*

▪ **Druck der Bevölkerung**

Die BürgerInnen haben bei Aufgaben der Daseinsvorsorge mittlerweile mehr Vertrauen in öffentliche Unternehmen als in private. Nicht zuletzt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu beigetragen, dass das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit des Marktes und seiner wirtschaftlichen Akteure erschüttert wurde.¹⁰⁵ Das zeigt sich auch in Umfragen. In Österreich werden durch Privatisierungen in erster Linie Verschlechterungen der Arbeitsplatzqualität befürchtet: Fast zwei Drittel gehen von einer geringeren Arbeitsplatzsicherheit aus und jede/r Zweite befürchtet Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Ebenso wird ein Anstieg der Preisniveaus erwartet. Drei Viertel der ÖsterreicherInnen sind mit den Preisen öffentlich erbrachter Dienstleistungen zufrieden, fast die Hälfte befürchtet jedoch Verschlechterungen durch eine

*Menschen
befürchten
schlechtere
Arbeits-
bedingungen*

¹⁰³ vgl. Difu-Papers. (2009), 15

¹⁰⁴ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 2

¹⁰⁵ vgl. Röber (2012), 84

Privatisierung.¹⁰⁶ Im Gegenzug ist ein Großteil der ÖsterreicherInnen mit der öffentlichen Daseinsvorsorge zufrieden. Besonders positiv wird die Arbeitsplatzqualität bei öffentlichen Dienstleistern bewertet: Für neun von zehn Befragten sichern öffentlich geführte Dienstleistungen Arbeitsplätze, für vier von fünf Befragten gelten in den öffentlichen Betrieben faire Arbeitsbedingungen.

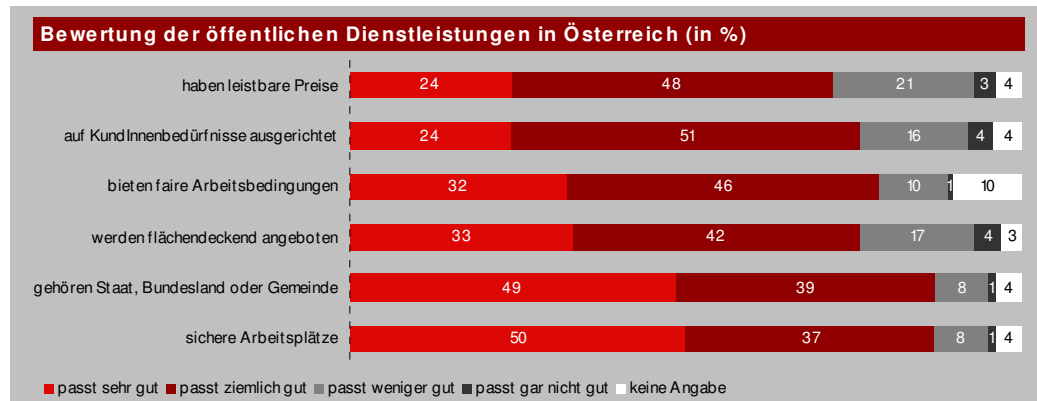


Abbildung 5: Bewertung der öffentlichen Dienstleistungen in Österreich (in %) ¹⁰⁷

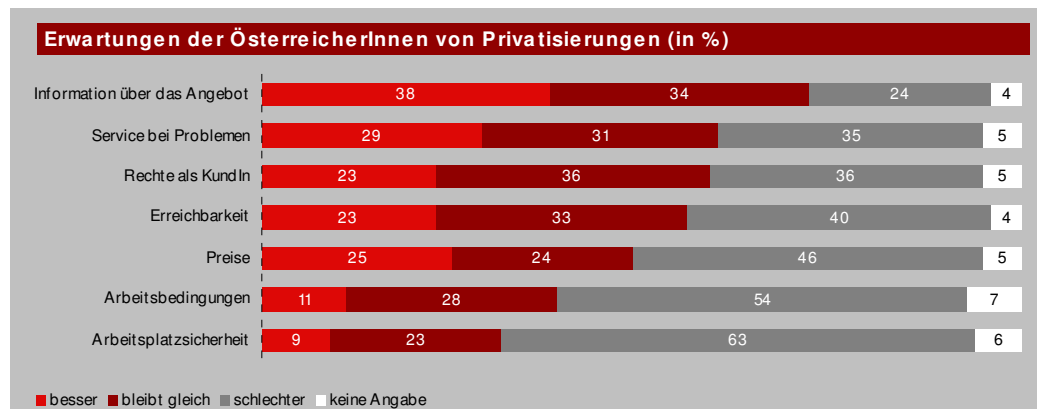


Abbildung 6: Erwartungen der ÖsterreicherInnen von Privatisierungen (in %) ¹⁰⁸

Darüber hinaus erwartet sich die Bevölkerung auch einen Mehrwert von der Versorgung durch ein kommunales Unternehmen: In Deutschland wollen „sich 75 Prozent aller Bundesbürger eher von Kommunalunternehmen versorgen lassen [...] als von rein privaten Eigentümern. Die Bürger erwarten von den Kommunalen stabilere Preise, mehr Versorgungssicherheit und dass die Gewinne – sofern es sie gibt – dem Nahverkehr, Kitas und Schwimmbädern zugutekommen.“¹⁰⁹

Es überrascht daher nicht, dass sich immer mehr BürgerInnen in Initiativen und lokalen Bündnissen zusammenschließen und gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums engagieren. „Hinter dieser breiten Unterstützung für den öffentlichen

¹⁰⁶ vgl. AK. Die Angebote der Daseinsvorsorge im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung – Teilergebnisse Öffentlicher Verkehr (2012)

¹⁰⁷ vgl. AK. Die Angebote der Daseinsvorsorge im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung – Teilergebnisse Öffentlicher Verkehr (2012)

¹⁰⁸ vgl. AK. Die Angebote der Daseinsvorsorge im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung – Teilergebnisse Öffentlicher Verkehr (2012)

¹⁰⁹ <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kommunen-die-renaissance-des-staates/1504000.html>

Sektor steht vor allem der Anspruch an eine nach sozialen und gemeinwohlorientierten Kriterien organisierte öffentliche Daseinsvorsorge, die nicht primär privatem Gewinnstreben unterliegt.“¹¹⁰

In Deutschland haben die BürgerInnen, auf Basis der seit den 1990er Jahren ausgebauten direkt-demokratischen Entscheidungsformen zunehmend die Möglichkeit, ihren „*Befürchtungen mit Hilfe von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden Ausdruck zu verleihen.*“¹¹¹ Durch diese Entscheidungen wurden in den letzten Jahren geplante (Teil-)Privatisierungen häufig schon vorab von den BürgerInnen abgelehnt. Zu beobachten war dies etwa in den Städten Freiburg, Heidelberg, Hamburg, Leipzig und Rostock, wo „*ganz massive Bürgerproteste, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide Privatisierungsmaßnahmen verhindert*“¹¹² haben.

Das Engagement der Bevölkerung ist auch bei Rekommunalisierungsbestrebungen zu beobachten. So bringen Bürgerinitiativen die Rückübertragung teils überhaupt erst auf die politische Agenda oder unterstützen diesbezügliche Bestrebungen der Politik. Prominente Beispiele sind die Bürgerinitiativen in Berlin und Stuttgart. Aber auch in Frankreich, etwa in Grenoble, setzte sich die Bevölkerung massiv für eine Rückübertragung der Daseinsvorsorge ein.

*direkte Demokratie
als Mittel gegen
Privatisierungen*

*Bürgerinitiativen
für Rekommunali-
sierungen*

▪ **Verbessertes betriebswirtschaftliches Know-how**

In der Vergangenheit wurde öffentlichen Unternehmen oft der Vorwurf der mangelnden Wirtschaftlichkeit gemacht. Tatsächlich steht zwar die „*Gemeinwohlorientierung im Widerspruch zum Ziel reiner Profitmaximierung, nicht aber zu betriebswirtschaftlichem Denken oder Gewinnerzielung.*“¹¹³ Daher haben die Kommunen in den letzten Jahren in die Aneignung und Verbesserung des betriebswirtschaftlichen Know-hows investiert. „*Unter Anwendung von New Public Management-Konzepten wurden weite Teile des öffentlichen Sektors nach betriebswirtschaftlichen Steuerungsmethoden neu strukturiert. Dies hat [...] dazu beigetragen, manche ineffizienten und bürokratischen Praktiken in öffentlichen Unternehmen und Behörden zu überwinden.*“¹¹⁴ Das Ziel einer „*stärkeren Orientierung an ökonomischen Leitbildern*“¹¹⁵ hat zu kommunalen Erfolgen geführt. In Deutschland konnte festgestellt werden, dass Kommunen „*inzwischen in der Lage [sind], mit Hilfe der Informationen aus ihrem Kostenmanagement zu zeigen, dass ihre Leistungen nicht generell teurer sind als die von privaten Anbietern und [...] die Behauptung, Private können grundsätzlich alles besser, billiger und schneller erledigen, nichts als reine Ideologie ist.*“¹¹⁶

*auch öffentliche
Unternehmen
arbeiten
wirtschaftlich*

¹¹⁰ Matecki, Schulten (2013), 15

¹¹¹ Röber (2009), 83

¹¹² Bauer (2012), 19

¹¹³ Schäfer (2012), 75

¹¹⁴ Matecki, Schulten (2013), 14

¹¹⁵ Difu-Papers (2009), 17

¹¹⁶ Röber (2009), 82

öffentliche Anbieter
können im
Wettbewerb
bestehen

Die stärkere Ausrichtung des kommunalen Handelns nach ökonomischen Leitbildern ermöglichte durch Optimierungen einzelner Arbeitsschritte auch Einsparungen. *„Kommunen konnten durch Modifizierungen und die Nutzung von Synergieeffekten EU-weit Ausschreibungen gegen private Konkurrenten gewinnen.“*¹¹⁷ Die Erfolge und das Wissen, im Wettbewerb mit privaten Unternehmen bestehen zu können, steigerten das Selbstbewusstsein der kommunalen Anbieter. Sie treten gegenüber privaten Anbietern heute weitaus selbstsicherer auf als früher. Dies hat auch in der Öffentlichkeit zu einem Bewusstseinswandel geführt, sodass kommunale Anbieter zusehends als leistungsstarke Dienstleister wahrgenommen werden.

durch
Privatisierungen
gehen kommunale
Gestaltungsspiel-
räume verloren

▪ **Politische Gestaltungsmöglichkeiten**

Die Kommunen haben die Erfahrung gemacht, *„dass die kommunale Selbstverwaltung trotz grundgesetzlicher Garantie faktisch dadurch ausgehöhlt wird, dass immer mehr öffentliche Aufgaben Schritt für Schritt aus der Kernverwaltung ausgelagert werden.“*¹¹⁸ Das bedeutet, dass mit der Zunahme der Privatisierungen der Handlungsspielraum der kommunalen Entscheidungsträger immer weiter eingeschränkt wurde. Denn es werden dadurch *„Koordination und Kontrolle der Leistungserbringung [...] komplexer und komplizierter, was gerade kleinere Kommunen vor Probleme stellt. Tendenziell verstärkt die Komplexität des Vergaberechts zudem die ohnehin bestehenden Informations- und Kompetenzasymmetrien zwischen Rat und Verwaltung, Kommunen werden stärker von externer Beratung abhängig und die lokale Demokratie geschwächt.“*¹¹⁹

Stärkung des
kommunalen
Einfluss wichtiges
Motiv für
Rekommunali-
sierung

Dementsprechend erweist sich die Stärkung des kommunalen Einflusses für die Kommunen auch als einer der wichtigsten Gründe für Rekommunalisierungen. Dies bestätigen auch Studien wie etwa eine Umfrage¹²⁰ aus dem Jahr 2011 in Deutschland.¹²¹ Fast ein Drittel nannte dabei die Wahrung des kommunalen Einflusses als Hauptgrund für Rekommunalisierungsüberlegungen, ein weiteres Fünftel gab die eng damit verwobene fehlende Kontrolle als Hauptmotiv an. Denn natürlich sind kommunale *„Einfluss-, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten [...] einfacher umzusetzen, wenn die operative Tätigkeit in der kommunalen Hand liegt.“*¹²²

¹¹⁷ Difu-Papers (2009), 16

¹¹⁸ Röber (2012), 86

¹¹⁹ Libbe (2013), 20

¹²⁰ Insgesamt nahmen 102 Kommunen an der Befragung teil. Die Studie wurde herausgegeben von der Hypo Vereinsbank in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig. Es waren nur Einfachantworten möglich. vgl. HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig

¹²¹ An der Befragung nahmen vorwiegend Kommunen mit über 20.000 EinwohnerInnen teil, die in der Vergangenheit öffentliche Leistungen (teil-)privatisiert haben.

¹²² Difu-Papers (2009), 13

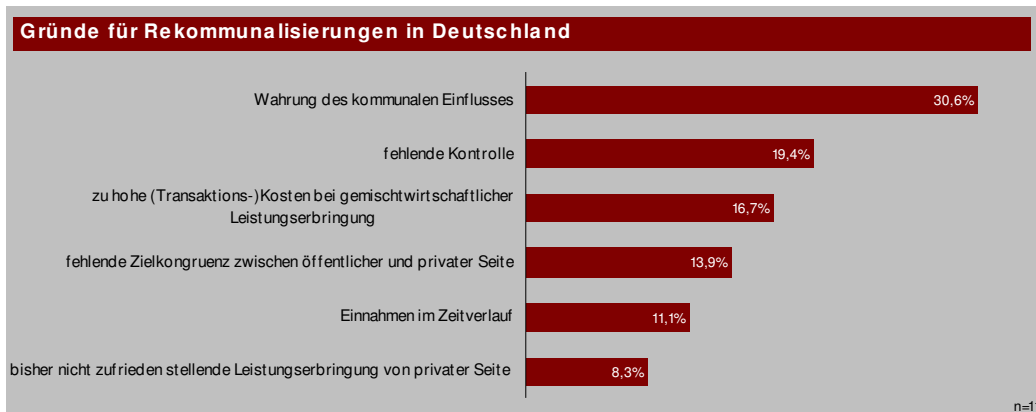


Abbildung 7: Gründe für Rekommunalisierungen in Deutschland¹²³

Der Verlust von Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten betrifft mehrere Ebenen und beginnt schon beim Unternehmen selbst. Öffentliche Unternehmen unterliegen einer strengeren Kontrolle als private. „An die Stelle der Kontrolle durch den Markt tritt die ausgeprägte öffentliche Gebarungsprüfung, nämlich:

- Die politische Kontrolle durch die demokratisch legitimierten Organe der öffentlichen Verwaltung,
- die administrative Kontrolle durch ein durchorganisiertes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, das öffentliche Vergabewesen sowie durch externe Organe der öffentlichen Kontrolle (Rechnungshof, Kontrollämter, Aufsichtsbehörden).“¹²⁴

Bei einer öffentlichen Leistungserbringung sind daher bürokratische Regulierungsapparate, wie sie etwa bei der Londoner Wasserversorgung notwendig waren, überflüssig. Öffentliche Unternehmen können also direkter durch demokratische Organe kontrolliert werden, weshalb auf Regulierungsvorschriften weitgehend verzichtet werden kann. Den demokratischen Organen der Stadt ist über kommunale Unternehmen ein direkter Einfluss auf den Bereich der Stadtentwicklung möglich. Bei Privatisierungen ist die Kommune hingegen dazu gezwungen, Absprachen mit den privaten Unternehmen zu treffen, um politische Vorgaben einhalten und gewährleisten zu können. Denn politisch bleiben die Kommunen auch im Falle einer Privatisierung in der Verantwortung.

Grundsätzlich gilt: die öffentliche Kontrolle ist die Basis für eine gemeinwohlorientierte Erbringung der Leistungen. Das zeigt sich nicht nur im Bezug auf Arbeitsplätze oder Sozialtarife, sondern auch am Willen, für eine umweltfreundliche Leistungserbringung einzutreten. Denn im Gegensatz zu privaten Anbietern halten Kommunen Umweltauflagen eher ein „und gehen in vielen Fällen aufgrund von politischen Vorgaben darüber hinaus.“¹²⁵ Wenn Kommunen für mehrere Bereiche der Daseinsvorsorge verantwortlich sind,

öffentliche Unternehmen unterliegen stärkerer Kontrolle als private

einfachere Kontrolle durch demokratische Organe (bei öffentlichen Unternehmen)

Kommune als Garant für Umweltschutz

¹²³ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 13

¹²⁴ Klug (2011), 35

¹²⁵ Difu-Papers (2009), 19

ergeben sich Synergieeffekte, sodass Umweltziele einfacher erreicht werden können. Zudem können notwendige Entscheidungen zu Gunsten des Umweltschutzes bei selbst erbrachten Dienstleistungen viel unmittelbarer umgesetzt werden, denn die Kommunen sind dabei nicht auf den guten Willen privater Anbieter angewiesen.

*Energiewende
treibt
Rekommunali-
sierungen voran*

Im deutschen Energiesektor hat die Weigerung privater Anbieter, die Energiewende voranzutreiben, zu Rekommunalisierungsbestrebungen beigetragen. Hier spricht, im Sinne einer nachhaltigen Klimapolitik, vieles dafür, dass die Kommunen *„über eine Erzeugungs- und Netzinfrastruktur verfügen, die sie selbst gestalten. Die Einbeziehung Privater steht diesem Ziel nicht grundsätzlich entgegen. Vergegenwärtigt man sich allerdings, welche Privatinvestoren für Stadtwerke in Frage kommen, sind Konflikte zwischen betriebswirtschaftlichen und ökologischen Zielen vorprogrammiert.“*¹²⁶ Eine an aktuellen Umweltstandards ausgerichtete Energieversorgung unter kommunaler Führung kann einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten: *„Rekommunalisierte Energieversorgungsstrukturen eröffnen den Kommunen [...] die Möglichkeit, den Ausbau volkswirtschaftlich relevanter Infrastrukturen lokal zu steuern und damit einen stärkeren Einfluss auf ihre Stadtentwicklung auszuüben. In diesem Rahmen spielen beispielsweise die Umsetzung von integrierten Klimaschutzkonzepten, die Realisierung einer nachhaltigen Energieversorgung oder die Ausweisung von Fernwärmeverranggebieten eine wichtige Rolle.“*¹²⁷ Gerade Kommunen, die die Energieversorgung bereits rekommunalisiert haben setzen stark auf erneuerbare Energie. Von Wasser- und Windkraft über Solaranlagen bis hin zu Biomasse ist die Palette hier groß.

*Kommunen setzen
auf erneuerbare
Energie*

In der Abfallwirtschaft zeigen sich die Vorteile einer kommunalen Erbringung einerseits anhand des ressourcenschonenderen Einsatzes der Fuhrparks, die in der Regel zentraler zu den abzuholenden Abfallbehältern liegen als bei privaten, möglicherweise überregional agierenden Anbietern.¹²⁸ Andererseits punkten kommunale Anbieter mit einer ökologischen Abfallverarbeitung. Zwar zeigen die bisherigen Erfahrungen (zumindest in Deutschland), dass diese Aufgabe von privaten Anbietern ebenso effizient erledigt werden kann wie von kommunalen Unternehmen. Diese zeigen jedoch erst Engagement, wenn ein Markt vorhanden oder im Entstehen begriffen ist, wo Gewinne erzielt werden können. Das zeigt sich etwa bei der Verarbeitung von biogenen Abfällen in Biogasanlagen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme.¹²⁹

*Ökologie als
wichtiger
Bestandteil
kommunaler
Leistungs-
erbringung*

*Beeinflussung der
Rahmenbedingung
z.B. modal split*

Im Verkehrsbereich ist die Reduktion des CO₂ Ausstoßes das oberste ökologische Ziel. Erreicht werden kann dies durch eine vermehrte Nutzung öffentlicher oder alternativer Verkehrsmittel. Über kommunale Verkehrsbetriebe kann die

¹²⁶ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 4

¹²⁷ Aden, Martin (2013), 84f.

¹²⁸ vgl. Difu-Papers. (2009), 19

¹²⁹ vgl. Difu-Papers (2009), 18

öffentliche Hand die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel vorantreiben und positiv auf den modal split einwirken. Ein Beispiel dafür ist etwa die Preissenkung der Jahreskarte in Wien seit Mai 2012 von 449 auf 365 Euro pro Jahr. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der Jahreskarten-BesitzerInnen um 125.000 auf 500.000 Personen erhöht.¹³⁰ Einen anderen Beitrag zu einem ökologisch nachhaltigeren Verkehr kann man etwa im deutschen Bergkamen beobachten. Dort wurden über die kommunalen Stadtwerke Förderprogramme für Erdgas-PKWs initiiert und eine eigene Erdgastankstelle errichtet.

Je mehr Bereiche der Daseinsvorsorge sich unter Kontrolle der Kommune befinden, desto einfacher sind Austausch und Kooperation der verschiedenen Bereiche. Gleichzeitig lassen sich dadurch auch monetäre Vorteile erzielen. Im Fall einer wirtschaftlich erfolgreichen Tätigkeit (z.B. im Bereich der Energieversorgung) fallen die Gewinne der Kommune und ihren BürgerInnen zu, und nicht einem Konzern und dessen Anteilseigentümern. Dies kann auch eine wichtige Bedeutung für wirtschaftlich defizitäre Segmente der Daseinsvorsorge haben, die mittels der Einnahmen querfinanziert werden können.¹³¹

*je mehr Bereiche
unter Kontrolle der
Kommune, desto
einfach ist die
Kooperation*

▪ **Kommune als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor**

Die Strategie privater Unternehmen im Personalbereich geht klar in Richtung Reduktion der Personalkosten durch Personalabbau und geringe Bezahlung. Öffentliche Unternehmen berücksichtigen im Idealfall arbeitsmarktpolitische Gegebenheiten. So wird in öffentlichen Unternehmen die Arbeitsplatzsicherheit stärker umgesetzt und in Krisenzeiten versucht, Personalabbau zu verhindern. In den letzten krisenbedingt schwierigen Jahren kam es deshalb in öffentlichen Unternehmen zu weniger Personalabbau als bei privaten Unternehmen. Ähnlich verhält es sich bei den Personalkosten. Im Gegensatz zu privaten Unternehmen haben die Kommunen ein höheres Interesse daran, faire Löhne zu bezahlen. Im Privatbereich werden die Löhne oft nicht nach Kollektivvertrag bzw. Tarif bezahlt und/oder die Menschen in prekäre Beschäftigungsformen gedrängt. Dabei wird übersehen, dass faire Löhne ein wesentlicher Faktor sind, um am sozialen Leben teilhaben zu können und gleichzeitig ein wichtiger Indikator für den Wirtschaftsstandort. Die Liste von Beispielen in diesem Segment ist lang. In Deutschland wurden in der privaten Abfallwirtschaft die Löhne bis unter die BDE-Tarife¹³² reduziert. So wurden im sächsischen Muldentalkreis die nach Personaleinsparungen noch übrig gebliebenen Beschäftigten der Müllabfuhr so schlecht bezahlt, dass der Staat mit Wohngeld und aufstockendem Hartz IV aushelfen musste.¹³³ Die Kommunen werden durch diese Vorgehensweise

*öffentliche
Unternehmen
sichern
Arbeitsplätze*

faire Löhne

¹³⁰ vgl.

<http://www.wienerlinien.at/eportal/ep/contentView.do/pageTypeld/9320/programId/9419/contentTypeld/1001/channelId/-26075/contentId/30609>

¹³¹ vgl. Bauer (2012), 23

¹³² BDE = Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V.

¹³³ <http://www.who-owns-the-world.org/2008/09/30/trend-zur-rekommunalisierung-vorwaerts-in-die-vergangenheit/>

Arbeitsmarkt-
integration für
benachteiligten
Gruppen

doppelt belastet: Obwohl die Einnahmen ausbleiben, muss der Staat Sozialleistungen ausbezahlen. Im Energiesektor führten die in den 1990er durchgeführten Privatisierungen der deutschen Stadtwerke *„in verschiedenen Fällen nachweislich zu einer Verschlechterung der tariflich geregelten Vergütungs-, Arbeitszeit- und sonstigen Beschäftigungsbedingungen.“*¹³⁴ Kommunal geführte Stadtwerke bieten hingegen für die Beschäftigten *„sichere Arbeitsplätze mit guten Entgeltstrukturen und Arbeitsbedingungen.“*¹³⁵

Faire (nach Tarif bzw. Kollektivvertrag bezahlte) Löhne stellen gerade bei gering qualifizierten und eher schwächer verdienenden BürgerInnen einen wichtigen sozialen Faktor dar. Dies gilt ebenso bei der Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen (wie etwa Menschen mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen, MigrantInnen oder Menschen mit Behinderung). Kommunale Unternehmen sollten mehr als Private daran interessiert sein, auch Personen zu beschäftigen, die im „Ersten Arbeitsmarkt“ wenig Chancen haben. *„Somit besitzt die Kommune als Arbeitgeber eine wichtige soziale Rolle [...]. Der Aspekt sollte gerade mit Blick auf derzeitige Diskussionen hinsichtlich der immer weiter auseinander gehenden Schere zwischen Arm und Reich sowie der Integration von Migranten [...] betrachtet werden. Kommunen können in diesen Bereichen eine gesellschaftlich wichtige Vorbildrolle übernehmen.“*¹³⁶ So galt der öffentliche Dienst lange Zeit als Musterarbeitgeber. Dieser Ruf hat sich in den letzten Jahren allerdings geändert. Unter dem Zwang der Wirtschaftlichkeit sind auch hier die Arbeitsbedingungen vermehrt von Personalabbau und Arbeitsverdichtung geprägt und befristete Verträge finden immer öfter Anwendung.¹³⁷

Kommune stärkt
als Arbeitgeber
die örtliche
Wirtschaftskraft

Die Kommune kann als Arbeit- und Auftraggeber auch zur Steigerung der örtlichen Wirtschaftskraft beitragen. *„In Regionen mit einer ohnehin schwachen Wirtschaftsstruktur werden öffentliche Unternehmen wieder vermehrt als ein Instrument angesehen, mit dem sich der regionale Arbeitsmarkt und die lokale Wirtschaft durch Vermeidung von Lohndumping stärken lassen.“*¹³⁸ Es gibt für kommunale Betriebe aber noch weitere Möglichkeiten, die kommunale Wirtschaftskraft zu stärken. Die gezielte Auftragsvergabe *„an heimische Unternehmen von Handwerk und Mittelstand als örtliche Wirtschaftsförderung“* ist kommunalen Unternehmen ein wesentliches Anliegen. Ein Beispiel hierfür ist die Errichtung eines Solarparks in der deutschen Stadt Wolfhagen. Dadurch können in den nächsten zwanzig Jahren rund 25 Mio. Euro an regionaler Wertschöpfung erzielt werden. *„Rekommunalisierung kann also zu einem Motor*

¹³⁴ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 3

¹³⁵ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 2

¹³⁶ Difu-Papers (2009), 18

¹³⁷ vgl. Schneider (2013), 158

¹³⁸ Libbe (2013), 19

der Wirtschaftsförderung werden (insbesondere in ländlichen Regionen), wenn lokale Akteure die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.“¹³⁹

2. Gefahren der Rekommunalisierung

Die eben dargelegten Vorzüge einer Rekommunalisierung für die Bevölkerung und die Kommune stellen sich nicht von selbst ein. Sie können am Ende eines Rekommunalisierungsprozesses stehen, aber davor steht ein langer Weg. Von einer unreflektierten Rekommunalisierungseuphorie muss daher gewarnt werden. Denn *„rekommunalisierte Infrastrukturen [sind] nicht per se bürgernäher, effizienter und wirtschaftlicher.“¹⁴⁰* Welches Potenzial Rekommunalisierungen haben, hängt davon ab, wie die Verantwortlichen agieren, ob sie vorhandene Chancen nutzen und die übertragenen Aufgaben umsetzen. Denn die Risiken einer Rekommunalisierung dürfen nicht übersehen werden.

*Rekommunali-
sierungen haben
Risiken*

Bereits vor der Rekommunalisierung müssen einige wesentliche Punkte berücksichtigt werden. Dazu zählen etwa der finanzielle Aufwand, eine gezielte und zeitlich realisierbare Vorbereitung und das in Betracht ziehen von möglichen Alternativen. So kann die Rekommunalisierung einer Aufgabe nur eine Handlungsoption neben anderen sein. In manchen Fällen stellen Mischformen der Aufgabenverteilung eine gangbare Alternative dar. Dieser Weg sollte aber gut überlegt sein, da er wiederum zu Einschränkungen der Kommune führt und nicht unumstritten ist: *„Öffentliche Aufgaben sollen [...] grundsätzlich öffentlich erledigt werden [...] – jede Vermischung durch hybride Gestaltungsformen der Gewährleistung durch Konzessionserteilung, Leasing, PPP-Modelle, Sale and Lease back, Contracting out, etc. birgt die Gefahr einer Verwirrung, rechtlicher Konfusion und Interessensdivergenz in sich, die unbedingt zu vermeiden ist.“¹⁴¹* Für welche Rechtsform sich die Kommune schließlich entscheidet, muss von der ökonomischen Sinnhaftigkeit und der Effektivität der Aufgabenerfüllung abhängig gemacht werden. Dafür lässt sich keine allgemeingültige Aussage treffen, denn es *„gibt nicht die optimale Rechtsform, und die Entscheidung für eine Rechtsform wird immer eine Abwägung von deren spezifischen Vor- und Nachteilen sein.“¹⁴²*

*finanziellen
Möglichkeiten
der Kommune*

Ein Gefahrenpotential stellt für die Kommunen das durch die Privatisierung verloren gegangene Know-how dar. *„Und nicht zuletzt fehlen ihnen oft die nötigen Erfahrungen mit den Bedingungen am Markt und den mit einem Engagement verbundenen kaufmännischen Risiken.“¹⁴³* Dies muss „im Zuge der

*Gefahr: fehlendes
Know-how*

¹³⁹ Aden, Martin (2013), 92

¹⁴⁰ <http://www.demo-online.de/content/rekommunalisierung-der-energieversorgung-ae-chancen-und-risiken>

¹⁴¹ Klug (2011), 29

¹⁴² Libbe (2013), 32

¹⁴³ Libbe (2013), 32

Re-Kommunalisierung erneut aufgebaut, ja von ‚außen‘ zugekauft werden.“¹⁴⁴ Zukunftsgerichtet machen sich Investitionen in diesem Bereich bezahlt, denn mangelt es an Fachkenntnissen und Entscheidungsbereitschaft und können etwaig vorhandene Zweifel und Unsicherheiten nicht ausgeräumt werden, sind Widerstand von Öffentlichkeit und Presse wahrscheinlich. Wenig förderlich sind dafür diffuse Verantwortungs- und Entscheidungsstrukturen in Verwaltung und Politik, die zu lang andauernden Entscheidungsprozessen führen. Bevor man Schritte in Richtung Rekommunalisierung macht, „ist daher in jedem Fall eine mehrdimensionale Machbarkeitsstudie mit entsprechenden Bewertungskriterien“¹⁴⁵ erforderlich.

Auch kommunale Unternehmen müssen am freien Markt agieren

Gewarnt werden muss außerdem vor einer zu großen Erwartungshaltung von außen. „Anders als von manchen behauptet, bilden auch rekommunalisierte Bereiche keine ‚Exklaven im Kapitalismus‘.“¹⁴⁶ Die Rückführung eines Versorgungsunternehmens in kommunale Hand bedeutet nämlich nicht automatisch die Rückkehr zur ausschließlich die Daseinsvorsorge erfüllenden Aktivitäten. Deregulierung und Flexibilisierung der entsprechenden Tätigkeitsfelder können durch eine Rekommunalisierung nicht zurückgenommen werden, wie ideologisierte Darstellungen gelegentlich glauben machen wollen. Denn auch rekommunalisierte Unternehmen müssen sich auf liberalisierten Märkten bewegen und Gewinne lukrieren. Die öffentlichen Unternehmen sind – auch aufgrund der angespannten budgetären Situation vieler Kommunen – dazu angehalten, mit den rückgeführten Unternehmen für zusätzliche Einnahmen zu sorgen, um defizitäre Bereiche quersubventionieren zu können.

International tätige kommunale Unternehmen – ein Widerspruch?

Andererseits könnte die wirtschaftliche Ausrichtung eines kommunalen Betriebes selbst zum Problem werden. Kommunale Unternehmen, die bundesweit oder gar international tätig sind (wie etwa der deutschen Energieriesen *EnBW* oder *Gelsenwasser AG*) stellen sich gewissermaßen selbst in Frage. Denn auf internationalen Märkten müssen sie wie jedes andere private Unternehmen agieren. Die äußere Erwartungshaltung trifft auch auf die Beschäftigungssituation zu. Denn es ist „keineswegs automatisch gesichert, dass die Beschäftigten in rekommunalisierten Betrieben automatisch auch wieder in den Geltungsbereich der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst zurückgeführt werden.“¹⁴⁷ Dies sollte im Vorhinein ausreichend kommuniziert und transportiert werden, sonst kann eine Rekommunalisierung auch zur Ablehnung der politisch Verantwortlichen von Seiten der Bevölkerung führen.

*Rekommunalisierung ja oder nein?
Abhängig vom Einzelfall!*

Die Entscheidung für oder gegen eine Rekommunalisierung zuvor privatisierter Aufgaben kann nur unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren erfolgen. „Rekommunalisierung ist nicht ‚an sich‘ gut oder ‚an sich‘ schlecht. [...]“

¹⁴⁴ Stieger (2011), 97

¹⁴⁵ Libbe (2013), 32

¹⁴⁶ Matecki, Schulten (2013), 14

¹⁴⁷ Matecki, Schulten (2013), 15

*Gradmesser für die richtige Balance zwischen Privatisierung und Kommunalisierung wird sein, in welcher Form die Absicherung der elementaren Bedürfnisse, die wir mit dem Begriff der Daseinsvorsorge umschreiben, am besten gelingt.*¹⁴⁸ Entscheidungen müssen in Hinsicht auf das Gemeinwohl getroffen werden und nicht als ideologische Entscheidungen. Eine polarisierende Gegenüberstellung von Privatisierung und Rekommunalisierung wäre verfehlt. Vielmehr müssen sie als „komplementäre Strategien zur Modernisierung des Gemeinwesens“¹⁴⁹ betrachtet werden, wenngleich sie „die Endpunkte einer Skala mit vielen hybriden Übergängen“¹⁵⁰ darstellen.

3. Verhinderung von Rekommunalisierungsvorhaben

Die sich häufenden Rekommunalisierungsbestrebungen werden von den privaten Anbietern häufig nicht gut aufgenommen. Sie fürchten um ihre Aufträge und versuchen anstehende Rekommunalisierungen zu verhindern. Das Auslaufen von Konzessionsverträgen bietet den Kommunen, zum Leidwesen der privaten Konzerne, aber die Möglichkeit, die jeweilige Leistung wieder in öffentliche Hand zu übernehmen. Für die Kommunen ist dieser Schritt mitunter mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, denn die privaten Akteure versuchen, ihre Aufträge zu behalten. Das Vorgehen der privaten Akteure hat dabei System, wie eine aktuelle Studie des *Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie* zeigt.

Private fürchten um Aufträge

Die effektivste Strategie, um eine Rekommunalisierung zu verhindern, ist die Forderung eines deutlich überhöhten Rückkaufspreises für die Infrastruktur. Bislang gibt es keine klare rechtliche Regelung zur Preisgestaltung beim Rückkauf der Netze. Die Konzerne orientieren sich bei den Preisen statt am Ertragswert häufig am weitaus höheren Sachzeitwert, was den Rückkauf für die Kommunen erschwert.

Strategie: überhöhter Rückkaufspreis

Eine häufige Vorgehensweise von Konzernen ist die Verzögerungstaktik. Bei den Verhandlungen mit der Kommune zur Rückübertragung der Leistung werden etwa Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt oder überflüssige Verhandlungsrunden eingeschoben. „*Ein Jahr nach Auslaufen des Konzessionsvertrages muss nach den derzeitigen Bestimmungen der Altkonzessionär keine Konzessionsabgabe mehr zahlen.*“¹⁵¹ Das bedeutet Einnahmeeinbußen für die Gemeinden, wohingegen die privaten Firmen doppelt davon profitieren.

Strategie: Verzögerung

Eine beliebte Methode ist auch die vorzeitige Verlängerung des Konzessionsvertrags. Unter Ausübung finanziellen Drucks kommt es zur beidseitigen Kündigung der Verträge und zu einem Neuabschluss für

Strategie: vorzeitige Verlängerung von Konzessionsverträgen

¹⁴⁸ Becker (2012), 58

¹⁴⁹ Bauer (2012), 31

¹⁵⁰ Bauer et al. (2012), 8

¹⁵¹ Wuppertaler Institut (2013), 5

	beispielsweise zwanzig weitere Jahre. Damit können die Altkonzessionsnehmer den Wettbewerb durch eine Ausschreibung bequem umgehen.
Strategie: Einschüchterung	Die Konzerne versuchen in manchen Fällen auch, mit Einschüchterungsversuchen den Druck zu erhöhen, indem etwa die Gemeinde oder der neue Konzessionsnehmer verklagt wird. Der häufigste Vorwurf ist dabei die Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung, gerade wenn die Gemeinden die Konzession an die eigenen Stadtwerke ausgelagert haben.
Strategie: Sponsoring	Das Sponsoring der Konzessionsnehmer in den Gemeinden wird häufig als Druckmittel verwendet. So sponsern etwa Stromkonzerne in vielen Gemeinden Feste oder die örtlichen Sportklubs. Stets betont wird allerdings, dass dieses Sponsoring in keinem Zusammenhang mit der Konzessionsnahme selbst steht. Diverse Beispiele lassen dieses Engagement aber in einem zweifelhaften und wenig schmeichelhaften Licht erscheinen. So kam es etwa zu kurzfristig verdoppelten Sponsoringleistungen vor der neuen Konzessionsvergabe, zur Bereitstellung von Feuerwehrautos oder zu direkten Geldzuwendungen für Stadtfeste oder ähnliches. ¹⁵² <i>„Dabei (Anm. Sponsoring) nutzen die Energiekonzerne die Tatsache, dass die meisten Städte und Gemeinden durch ein strukturelles Haushaltsdefizit gekennzeichnet sind. Diese Kommunen haben oftmals nicht einmal die notwendigen finanziellen Mittel, um laufende Pflichtaufgaben zu erfüllen.“</i> ¹⁵³ Viele Kommunen können auf das Sponsoring also oftmals kaum verzichten. Auf ähnliche Art und Weise nutzen die Konzerne die von ihnen geschaffenen Arbeitsplätze als Druckmittel. Sollte die Konzession anderwärtig vergeben werden, drohen sie, die Betriebsstellen zu schließen und die Arbeitsplätze abzubauen.
Strategie: Einbindung von MandatarInnen in Unternehmen	Besonders bedenklich ist schließlich die Taktik, GemeindevertreterInnen in Aktionärskreise und Beiräte der Unternehmen miteinzubinden. Diese Sitzungen werden von den Konzernen nicht nur gut entgolten, sondern dienen auch dazu, die kommunalen VertreterInnen für die Konzernpolitik zu vereinnahmen und gewogen zu stimmen. ¹⁵⁴ So bezahlt beispielsweise RWE den Beiratsmitgliedern eine jährliche Grundvergütung von 3.000 Euro, ein Sitzungsgeld von 1.000 Euro je Sitzung und eine Auslagenpauschale von 100 Euro pro Sitzung. ¹⁵⁵ Gleichzeitig motivieren die Konzerne ihre MitarbeiterInnen ausdrücklich dazu, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren und stellen sie bei erfolgreicher politischer Positionierung weitgehend von ihrer Arbeit im Konzern frei. <i>„Die Süddeutsche Zeitung fand heraus, dass im Jahr 2005 mehr als 200 Stadträte und Kreisverordnete auf der Gehaltsliste von RWE standen, ohne dass diese für den Konzern arbeiten mussten. Es sind Praxisfälle bekannt, dass kommunalpolitische Mandatsträger als leitende Angestellte in den Stromkonzernen mit den Konzessionsvertragsverhandlungen beauftragt wurden und/oder in den</i>

¹⁵² Vgl. Wuppertaler Institut (2013), 7

¹⁵³ Wuppertaler Institut (2013), 12

¹⁵⁴ Vgl. Wuppertaler Institut (2013), 8

¹⁵⁵ Vgl. Wuppertaler Institut (2013), 8; www.rwe.com

*Gemeinderäten dafür eintraten, dass der Konzessionsvertrag wieder mit ihrem Arbeitgeber abgeschlossen wurde.*¹⁵⁶

In Anbetracht der ohnehin vorhandenen Gefahren und Probleme, mit denen Kommunen bei einer Rückübertragung konfrontiert sind, stellen diese Verhinderungsstrategien der privaten Unternehmen eine weitere Hürde dar. Einfach sind Rekommunalisierungen also im seltensten Fall. Die Rückübertragung ist wesentlich schwerer als der Weg hin zur Privatisierung. Dennoch haben sich eine Vielzahl an Kommunen nicht abschrecken lassen und sind erfolgreich diesen Weg gegangen. Mit diesen Beispielen beschäftigt sich der Praxisteil der Studie.

Rückübertragungen sind schwer umsetzbar

¹⁵⁶ Wuppertaler Institut (2013), 8

TEIL 4: REKOMMUNALISIERUNG IN DER PRAXIS

1. Unterschiedliche Rekommunalisierungstrends in Europa

In den letzten Jahren hat die Anzahl der bereits durchgeführten oder angestrebten Rekommunalisierungen zugenommen und das obwohl die „europäischen Wettbewerbs- und Marktöffnungspolitiken [...] weiterhin tendenziell eher private denn öffentliche Strukturen“¹⁵⁷ stärken, wie zuletzt die Diskussion über die Konzessionsrichtlinie gezeigt hat. Allerdings hat der vom Europäischen Rat beschlossene Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, die öffentlichen Dienstleistungen nicht nur aufgewertet, sondern das kommunale Selbstverwaltungsrecht ausdrücklich anerkannt und die Kommunen somit gestärkt. „Erstmals wird das Recht auf kommunale Selbstverwaltung – welches bisher nicht in den europäischen Verträgen verankert war – als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten in das Primärrecht integriert.“¹⁵⁸ Von besonderer Bedeutung ist für die Kommunen dabei, „dass das europäische Primärrecht die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in sich verankert.“¹⁵⁹

*kommunales
Selbstverwaltungs-
recht*

Nicht in allen europäischen Ländern konnte man in den letzten Jahre Rückübertragungen beobachten. Das liegt jedoch auch an den unterschiedlichen Verwaltungstraditionen der einzelnen europäischen Länder. Während in einigen europäischen Ländern die öffentliche Erbringung von Dienstleistungen durch Kommunen dominiert, sind in anderen die Kompetenzen der Kommunen sehr eingeschränkt. Doch nur dort, wo Systeme der gemeinschaftlichen Erbringung von Dienstleistungen durch Gebietskörperschaften existiert haben, kommt es jetzt zu Rekommunalisierungen.

*unterschiedliche
Traditionen in
europäischen
Ländern*

Europäische Musterbeispiele für Länder mit einer starken Länder- und Kommunalebene sind etwa Deutschland und Österreich, beide föderale Republiken. Hier werden Leistungen der Daseinsvorsorge oft durch die Kommune selbst erbracht. In Deutschland spielen zusätzlich sogenannte Landkreise, der Zusammenschluss einzelner Kommunen bzw. kreisfreier Städte, eine wichtige Rolle in der Erbringung von sozialen Dienstleistungen (z.B. Krankenhäuser). Ähnlich verhält es sich auch in den skandinavischen Staaten wie Schweden oder Norwegen, die starke kommunale Strukturen aufweisen. So sind hier zum Beispiel die *Landsting* (Provinziallandräte)¹⁶⁰, der Zusammenschluss einzelner

*starke Kommunen:
Österreich +
Deutschland*

¹⁵⁷ Difu-Papers (2011), 13

¹⁵⁸ VKU (2011), 9

¹⁵⁹ VKU (2011), 9

¹⁶⁰ vgl. Crevel, Wagner (2003)

	Kommunen, die zentralen Träger der (öffentlichen) Gesundheitsversorgung in Schweden.
<i>schwache Kommunen: Frankreich + Spanien</i>	Einen starken Hang zu zentralistischen Lösungen bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen weisen hingegen etwa Frankreich oder Spanien auf. Dadurch sind Kommunen, aber auch Regionen in ihren Befugnissen und finanziellen Mitteln oft stark eingeschränkt, was ein deutlich reduziertes Angebot direkter, kommunaler Dienste mit sich bringt. ¹⁶¹
<i>Mischform: Italien</i>	Als Mischung beider Wege gilt etwa Italien, wo einer starken zentralen Ebene starke Regionen, aber schwache Kommunen gegenüberstehen. Das Vereinigte Königreich stellt wiederum eine eigene Form dar, da hier die einzelnen Teilstaaten (England, Wales, Schottland und Nord-Irland) einen anderen strukturellen Aufbau aufweisen, wobei die Kommunen und Landkreise über einen gewissen Einfluss verfügen (z.B. im Bereich sozialer Wohnbau). ¹⁶²
<i>unterschiedliche Privatisierungstendenzen nach Dienstleistungssektoren</i>	Das Vorhandensein ähnlicher kommunaler Strukturen bedeutet jedoch nicht eine gleiche Entwicklung. So haben sich mit dem Trend zur Privatisierung länderspezifische Unterschiede auch bezüglich der Dienstleistungssektoren noch stärker ausgeprägt. In einigen Ländern sind bestimmte Bereiche der Daseinsvorsorge traditionell kommunal organisiert und wurden deshalb nie privatisiert, weshalb es hier auch zu keinen Rekommunalisierungen kommen kann. In anderen Ländern hingegen dominiert in einigen Bereichen bereits seit langer Zeit die private Erbringung. Anhand der Energie- und Wasserver- und Abwasserentsorgung sollen diese unterschiedlichen Verläufe in Europa kurz skizziert werden.
<i>seit Ende 1980er: Liberalisierung Energiesektor</i>	▪ Energieversorgung: Der Energiesektor erlebt seit spätestens Ende der 1980er Jahre eine andauernde Phase der Privatisierung und Liberalisierung. „Die kommunalen Einflussmöglichkeiten auf die Bereitstellung, Übertragung und Verteilung von Energie waren und sind dabei in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU höchst unterschiedlich ausgeprägt.“¹⁶³ So haben etwa in England oder Ungarn „die Kommunen ihre direkten Einflussmöglichkeiten verloren.“¹⁶⁴ Anders verhält es sich bei den skandinavischen Ländern (Schweden, Norwegen) oder Deutschland, wo die Kommunen weiterhin eine große Entscheidungsmacht bzgl. des Eigentums oder des operativen Geschäfts haben. Rekommunalisiert wird im Energiesektor derzeit vor allem in Deutschland. Eifrigen Privatisierungen in den letzten Jahren folgen jetzt eine Reihe von Rückübertragungen, die auf die Unzufriedenheit von Kommunen wie Bevölkerung mit der privaten Leistungserbringung zurückzuführen sind. Begünstigt wird dies durch eine Reihe
<i>Rekommunalisierungen vor allem in Deutschland</i>	

¹⁶¹ vgl. Crevel, Wagner (2003)

¹⁶² vgl. Trewartha (2004) und Benner (1997)

¹⁶³ Difu-Papers (2011), 13

¹⁶⁴ Difu-Papers (2011), 13

von auslaufenden Konzessionsverträgen in den nächsten Jahren, die den Kommunen die Chance bietet, die Leistung wieder in Eigenregie zu erbringen.

▪ **Wasser- und Abwasserversorgung:**

Auch im Wasser- und Abwassersektor lassen sich keine allgemeinen Aussagen über Entwicklungen in den EU-Staaten treffen, da sich die Strukturen in den einzelnen Ländern teils stark voneinander unterscheiden. *„Während sie in Dänemark, Deutschland oder auch Italien eher kleinteilig mit einer entsprechend hohen Zahl an Versorgungsunternehmen sind, stellt sich die Anbieterstruktur in England/Wales Frankreich oder auch den Niederlanden zentralisiert dar.“*¹⁶⁵

Strukturen im Wassersektor sehr unterschiedlich

Unterschiede gibt es auch bei den Kompetenzen der Kommunen. So herrschen etwa in Schweden starke kommunale Strukturen, weshalb die Wasser- und Abwasserversorgung traditionell kommunal geführt wird. *„Formale Privatisierungen des operativen Geschäfts sind üblich, der materielle Verkauf jedoch ist die Ausnahme.“*¹⁶⁶

starke kommunale Versorgung: Schweden

In England, Wales und auch Frankreich dominiert hingegen das private Eigentum an der Wasserversorgung. In England haben die Kommunen ihren Einfluss komplett verloren, die (Ab-)Wasserversorgung wurde an *„Regional Water Authorities übertragen, die zentral reguliert werden.“*¹⁶⁷ In Frankreich wurde zwar auch eifrig privatisiert, jedoch ist die Lage eine vollkommen andere als in England, denn hier gilt die (Ab-)Wasserversorgung als Pflichtaufgabe der Kommunen. Dass die (Ab-)Wasserversorgung trotzdem durch überregionale oder auch internationale Konzerne geführt wird, liegt an der großen Zahl sehr kleiner Kommunen, die *„ihre operativen Aufgaben in der Vergangenheit an private Unternehmen delegiert“*¹⁶⁸ haben. *„Dies war die Basis zur Herausbildung großer Wasserkonzerne“* wie Veolia oder Suez in Frankreich. Die Kritik an den oligopolistischen Strukturen hat den französischen Staat dazu gezwungen, regulierend einzugreifen (etwa durch Verkürzung der Vertragslaufzeiten und Ausschreibungspflicht). Wie in Deutschland bei der Energieversorgung eröffnen auslaufende Verträge hier die Option, die Leistungserstellung wieder rück zu übertragen. Viele Kommunen haben, wie zu zeigen sein wird, diese Option bereits wahrgenommen.

viele private Versorger: Großbritannien + Frankreich

Anhand der Verwaltungsstrukturen und -traditionen ergibt sich, dass schon angesichts der unterschiedlichen (historischen) Gegebenheiten und Strukturen von keinem europaweit einheitlichen Trend hin zur Rekommunalisierung gesprochen werden kann. Umso interessanter gestaltet sich aber ein Blick in jene Länder, in denen die Voraussetzungen für Rückführungen gegeben sind und es auch schon zu Rekommunalisierungen gekommen ist.

¹⁶⁵ Difu-Papers (2011), 13

¹⁶⁶ Difu-Papers (2011), 13

¹⁶⁷ Difu-Papers (2011), 13

¹⁶⁸ Difu-Papers (2011), 13

2. Überblick: Rekommunalisierung in Europa

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Kommunen wie auch die Bevölkerung mit der privaten Leistungserbringung oftmals nicht zufrieden waren. Das hat zu einem Umdenken auch von Seiten der politisch Verantwortlichen geführt und viele Kommunen haben die Chance auslaufender Konzessionsverträge genutzt, um die Leistungserbringung wieder in eigene Hand zu nehmen. In einigen Kommunen hat der Druck der Bevölkerung sogar dazu geführt, dass Verträge frühzeitig gekündigt wurden, was meist einen enormen finanziellen Aufwand für die Kommune mit sich bringt. Es ist eindeutig zu beobachten, dass die Anzahl der Rekommunalisierungen in den letzten Jahren zugenommen hat. Rekommunalisiert kann aber nur dort werden, wo zuvor auch privatisiert wurde, deswegen ergeben sich hier branchen- und länderspezifische Unterschiede.

Rekommunalisierungen nehmen zu

Energiesektor: Deutschland

Im Energiesektor finden aktuell die meisten Rekommunalisierungen in Deutschland statt. Hier läuft bis zum Jahr 2015/2016 eine Vielzahl an Konzessionsverträgen aus und die Kommunen nutzen die Gelegenheit, um diesen Bereich wieder in Eigenregie zu übernehmen.

Wassersektor: Frankreich

Im Wassersektor lassen sich aktuell sehr viele Rekommunalisierungsbeispiele in Frankreich finden. Frankreich hat, im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, die Wasserversorgung bereits seit Jahrzehnten an private Unternehmen übertragen. Deshalb konnten sich hier mittlerweile global agierende Konzerne wie Veolia und Suez entwickeln. Seit einigen Jahren lässt sich jedoch auch in Frankreich eine Strömung Richtung Rekommunalisierung der Wasserversorgung beobachten. Hohe Wasserpreise, Korruptionsskandale und schlechte Wasserqualität haben in der Bevölkerung zu Protesten geführt und auch die Kommunen zu einem Umdenken bewegt. Mittlerweile haben bereits über 40 Kommunen die Wasserver- und Abwasserentsorgung wieder rückübertragen. Viele andere arbeiten derzeit daran, frühzeitig aus den Konzessionsverträgen aussteigen zu können oder die Wasserversorgung mit dem Ablauf der Verträge wieder zu übernehmen.

Abfallsektor: Deutschland, Frankreich, GB

In der Abfallwirtschaft waren in den letzten Jahren einige Rekommunalisierungen zu beobachten. Ob sich daraus ein breiterer Trend entwickelt, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. In Deutschland wird zwar ein Großteil der Entsorgungsleistungen immer noch von Privaten erbracht, aber es ist eine Zunahme von Insourcing-Entscheidungen zu beobachten. Auch in Frankreich und dem Vereinigten Königreich gab es vereinzelte Fälle von Rückübertragungen in diesem Bereich.

ÖPNV: derzeit noch weniger Beispiele

Im öffentlichen Personennahverkehr kann derzeit noch nicht von einer breiten Rekommunalisierungswelle gesprochen werden. Jedoch zeigen gerade Beispiele im Vereinigten Königreich, dem Mutterland der Privatisierung, dass die öffentliche Hand beim Versagen der privaten Akteure, die Verantwortung wieder

übernommen hat. Vereinzelt Beispiele lassen sich auch in anderen Ländern wie Frankreich oder Deutschland finden.

In anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, wie etwa dem Wohnbau oder dem Gesundheitsbereich, zeichnet sich bis jetzt keine breite Rekommunalisierungstendenz ab.

Neben Rekommunalisierungen gibt es auch vereinzelt Beispiele von Kommunalisierungen, also Aufgaben, die vormals nicht in öffentlicher Hand waren und jetzt von den Kommunen ausgeführt werden. Hier ist zwar von keinem flächendeckenden Trend zu sprechen, jedoch sind im Zusammenhang mit dem hier vorliegenden Thema auch diese Veränderungen einen Blick wert.

Der nun folgende Praxisteil beschäftigt sich mit Fallbeispielen der Rekommunalisierung in den unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge. Ziel ist es, die dahinterstehenden Überlegungen und Gründe darzustellen und den Weg der Rekommunalisierung sowie die daraus entstandenen bzw. entstehenden Konsequenzen zu beschreiben.

3. Energieversorgung

3.1. Einleitung

Die massiven Veränderungen in der Organisation des Energiesektors durch Liberalisierung und Privatisierung werden in einer kurzen Einführung dargestellt. Im Zuge dessen haben sich große, weltweit agierende Unternehmen herausgebildet, die näher betrachtet werden. Nach einem Überblick über den österreichischen Energiesektor folgt schließlich ein Praxisteil, der zeigt, wo private Versorger der kommunalen Aufgabenerfüllung wieder Platz machen mussten.

3.1.1. Liberalisierung und Privatisierung im Energiesektor

Der Energiesektor Europas war ab Mitte der 1990er Jahre von einer einsetzenden Liberalisierungs- und Privatisierungswelle geprägt. Gefördert wurden diese Bestrebungen von der EU, die im Jahr 1996 die erste Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie und zwei Jahre später die erste Erdgasbinnenmarktrichtlinie verabschiedete. Im Jahr 2003 wurde auch die zweite Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktrichtlinie angenommen. „Ziel der EU-Kommission war es, eine vollständige Öffnung der Märkte zu erreichen bei gleichzeitiger Gewährleistung hoher Standards öffentlicher Dienstleistungen und der Beibehaltung universaler Dienstleistungsverpflichtungen.“¹⁶⁹

1996:
EU – erste
Binnenmarktricht-
linie zur Öffnung
der Märkte

¹⁶⁹ ÖGPP (2008), 8

große Konzerne profitieren von Liberalisierung der Energiemärkte

Die Vorteile, die man sich von der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte erhoffte, sind nicht eingetreten. Profitieren konnten lediglich große Konzerne. Neue Anbieter konnten hingegen kaum Fuß fassen, denn die etablierten Anbieter verhinderten durch hohe Netzgebühren den Markteinstieg neuer Unternehmen. Zusehends wurden die Strompreise von einigen wenigen Stromanbietern kontrolliert. Dadurch kam es nicht zum erwarteten Wettbewerb, der die Kosten gesenkt und die Qualität erhöht hätte. Die Preise für die VerbraucherInnen wurden nicht günstiger und die Angebotsvielfalt führte zu Unübersichtlichkeit, so dass die VerbraucherInnen oft beim bestehenden Anbieter blieben.

Versorgungssicherheit ist gesunken – Stromausfälle

Im Zuge der Privatisierungen hat sich vor allem der Aspekt der Versorgungssicherheit verschlechtert. Unter der Prämisse von Rentabilität und Kosteneffizienz wurden die Investitionen in Infrastruktur und Stromspeicherung reduziert. Dies führte etwa im November 2006 zu einer durch *E.ON* verursachten Netzüberlastung und Stromausfällen in weiten Teilen Europas.

Privatisierungen: kaum finanzieller Gewinn für Kommunen

Die politische Seite verlor mit zunehmender Liberalisierung und Privatisierung auch im Energiesektor an Gestaltungsmöglichkeiten. Zusätzlich waren die finanziellen Gewinne durch den Verkauf bzw. die Vergabe kommunaler Unternehmen niedriger als erwartet: *„Die Verträge waren oft undurchsichtig, die finanziellen Entlastungen für die Gemeinden selten so groß wie erhofft.“*¹⁷⁰ Darüber hinaus entgehen den Kommunen laufende Einnahmen aus dem Energiesektor.

3.1.2. Big player der Energieversorgung

Markt-konzentration

Die Liberalisierungs- und Privatisierungswelle im Energiesektor brachte große Konzerne hervor, die weltweit operieren und Umsätze in Milliardenhöhe erwirtschaften. *„Eine weltweite Untersuchung zeigt, dass die Unternehmenskonzentration im Stromsektor und in der Festnetz-Telekommunikation in Westeuropa weltweit am höchsten ist. Die Konzentration steigt auch im Mobilfunkbereich und in der Abwasserentsorgung.“*¹⁷¹ Aus der Dominanz einzelner Anbieter ergibt sich geradezu zwangsläufig ein Problem für die Wettbewerbsführung.

größte Energieunternehmen Europas: E.ON, GDF Suez, ENEL

Das umsatzstärkste Energieversorgungsunternehmen (Strom, Gas und Fernwärme) ist derzeit der deutsche *E.ON*-Konzern, der im Jahr 2011 einen Umsatz von 157 Mrd. US-Dollar erwirtschaften konnte. Auf Platz zwei befindet sich der französische Energieversorgungskonzern *GDF Suez* mit einem Umsatz von 117 Mrd. US-Dollar. *GDF Suez* entstand aus einer Fusion von *Gaz de France (GDF)*, das sich mehrheitlich in staatlicher Hand befindet, und *Suez*, einem der

¹⁷⁰ <http://www.geo.de/GEO/natur/green-living/hessen-rekommunalisierung-mehrwert-fuer-die-buerger-69863.html?p=1&eid=68119>

¹⁷¹ Wieser (2007), 47

weltweiten Big Player im Bereich der privaten Dienstleistungserbringung von Wasserversorgung bis hin zu Abfallentsorgung. Mit einem Umsatz von 84,6 Mrd. US-Dollar befindet sich mit *EdF*¹⁷², einem der größten Stromerzeuger der Welt, noch ein weiteres französisches Unternehmen unter den Top fünf.¹⁷³

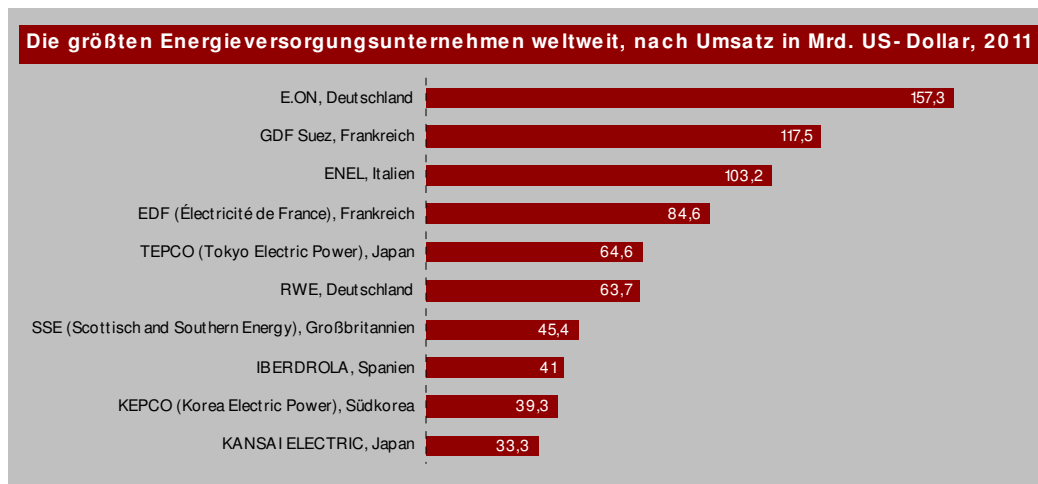


Abbildung 8: Die größten Energieversorgungsunternehmen weltweit, nach Umsatz in Mrd. US-Dollar, 2011¹⁷⁴

3.1.3. Energieversorgung in Österreich

Auch der österreichische Energiemarkt erlebte ab 1999 einen bedeutenden Wandel. Das 1. Binnenmarktpaket der EU bewirkte eine schrittweise Öffnung des Energiemarktes, der in Österreich schneller umgesetzt wurde als in der europäischen Regelung ursprünglich verlangt. Die Liberalisierung sollte den KundInnen einen stärkeren Wettbewerb und dadurch niedrigere Preise bringen. Die Regulierungsbehörde E-Control kommt zu dem Ergebnis: „Insgesamt wurden die Netzkosten sowohl im Strom- als auch Gasbereich seit Beginn der Liberalisierung bei gleichbleibend hoher Versorgungssicherheit massiv gesenkt. Für die Netzkunden ist es so zu Einsparungen bei den Netztarifen von rund 640 Millionen EUR gekommen.“¹⁷⁵

*ab Ende 1990er:
schrittweise
Öffnung des
österreichischen
Energiemarktes*

Trotz der strukturellen Veränderungen im Zuge der Liberalisierung hat sich an den Marktteilnehmern der österreichischen Energiewirtschaft wenig geändert. Die alteingesessenen Marktteilnehmer, die in ihrem Ursprung fast alle Versorger der einzelnen Bundesländer waren, dominieren den Energiemarkt auch weiterhin. „Die österreichische Strom- und Gaswirtschaft ist geprägt durch den hohen

*kaum Veränderung
der Markt-
teilnehmer*

¹⁷² EdF ging im Jahr 1946 aus der Verstaatlichung des Stromsektors in Frankreich hervor. „Im Jahr 2004 wurde EdF in eine börsennotierte Aktiengesellschaft umgewandelt (formal privatisiert), doch deren Aktien befinden sich weiterhin zu 80% in staatlichem Eigentum.“ (Wollmann (2013), 41)

¹⁷³ vgl. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/das-sind-die-groessten-energieversorger-der-welt/6994024.html>

¹⁷⁴ vgl. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/das-sind-die-groessten-energieversorger-der-welt/6994024.html>

¹⁷⁵ E-Control, 2011: 10 Jahre Energiemarktliberalisierung, 6

	<i>Anteil öffentlichen Eigentums und starker vertikaler und horizontaler Verflechtungen untereinander. Der Großteil der Unternehmen ist direkt oder indirekt an anderen Marktteilnehmern eigentumsrechtlich beteiligt.</i>¹⁷⁶ Die wenigen neuen Anbieter am Energiemarkt haben den Wettbewerb innerhalb Österreichs zusätzlich geschwächt.
ÖsterreicherInnen wechseln kaum Stromanbieter	Gleichzeitig gelten die österreichischen KundInnen bei Strom- und Gasanbietern als wenig wechselfreudig. Im Jahr 2012 haben laut Angaben von E-Control nur rund 64.500 KundInnen ihren Anbieter gewechselt (Wechselrate: 1,1 Prozent), etwas weniger als 2011 waren (88.000 KundInnen).¹⁷⁷ Die Situation unterscheidet sich vom Erdgasbereich kaum. In diesem Segment haben 2012 nur 23.000 KundInnen ihren Anbieter gewechselt, was einer Wechselrate von 1,7 Prozent entspricht. In anderen europäischen Ländern ist die Bevölkerung bei der Wahl ihres Energieversorgers wechselfreudiger.¹⁷⁸
Anteile an Landesversorgern wurden verkauft	Bei den Marktteilnehmern gab es seit der Liberalisierung kaum Fluktuation, aber die Eigentumsverhältnisse der Landesversorger haben sich in den letzten Jahren verändert. Die öffentliche Hand hat in vielen Fällen bedeutende Anteile verkauft, wie die Übersicht zeigt.
KELAG	Die <i>KELAG</i> wurde 1923 als <i>Kärntner Wasserkraftwerke AG (KÄWAG)</i> als landeseigener Stromversorger gegründet. Mittlerweile hat sich der deutsche Konzern <i>RWE</i> Anteile an der <i>KELAG</i> gesichert. Knapp 13 Prozent der Anteile gehören <i>RWE</i> direkt, auf 51 Prozent hat sie über die Beteiligung an der Kärntner Energieholding Einfluss.
EVN	Niederösterreich wird bereits seit 1907 vom Vorgänger der heutigen <i>EVN</i> mit Energie versorgt. Bereits im Jahr 1922 war die <i>EVN</i>, damals noch <i>NEWAG (Niederösterreichische Elektrizitätswirtschaftsaktiengesellschaft)</i> ein börsennotiertes Unternehmen. Auch heute noch ist die <i>EVN</i> Teilnehmer an der Wiener Börse, immerhin 16,50 Prozent der Aktien befinden sich im Streubesitz. Mehrheitseigentümer ist mit 51 Prozent die <i>NÖ Landesbeteiligungsholding</i>, nahezu ein Drittel befindet sich im Eigentum der <i>Energie Baden-Württemberg (EnBW)</i>. Über die Anteile an der <i>EVN</i> hält die <i>EnBW</i> auch indirekt Anteile an der <i>BEWAG</i>.
Energie Steiermark	Aber nicht nur deutsche Konzerne haben Interesse an den österreichischen Energieversorgern. An der <i>Energie Steiermark</i> hält der französische Konzern <i>Électricité de France</i> immerhin 25 Prozent plus eine Aktie.
Energie Klagenfurt	Einzig und allein in Klagenfurt hat sich im vergangenen Jahr der Einfluss der öffentlichen Hand auf die Energieversorgung erhöht. Die Stadt Klagenfurt hat im Dezember 2012 über die <i>Stadtwerke AG</i> die 2006 an den <i>Verbund</i> verkauften Anteile an der <i>Energie Klagenfurt GmbH</i> zurück gekauft. Der Rückkaufspreis der Anteile (49 Prozent befanden sich im Eigentum des Verbunds) lag bei 70 Mio.

¹⁷⁶ E-Control, 2011: 10 Jahre Energiemarktliberalisierung, 6

¹⁷⁷ E-Control: Jahresbericht 2012, 25

¹⁷⁸ E-Control, 2011: 10 Jahre Energiemarktliberalisierung, 136

Euro, knapp der Hälfte des damaligen Verkaufspreises von 130 Mio. Euro im Jahr 2006. Damit ist die Stadt Klagenfurt wieder Alleineigentümer der *Energie Klagenfurt GmbH*.¹⁷⁹

große Energieversorger in Österreich		
Stromversorger	Eigentümer	Besitzverhältnisse
BEWAG	51% Burgenländische Landesholding GmbH	73,63% EVN AG
	49% Burgenland Holding AG	> 10% Verbund AG 5–10% Wien Energie <5% Streubesitz
Energie Steiermark	75% (–1 Aktie) Land Steiermark	84,44% Französischer Staat
	25% (+1 Aktie) Électricité de France (EdF)	15,56% Anteilsnehmer jeweils unter 5%
Vorarlberger Kraftwerke AG	98,05% Illwerke	95,50% Land Vorarlberg
	~2% Streubesitz	4,50% Wertpapiererwerbsgesellschaft mbH
EVN AG	51% NÖ Landesbeteiligungsholding GmbH	46,75% Neckarpri-Beteiligungsgesellschaft mbH (100% Baden Württemberg)
	32,50% Energie Baden-Württemberg AG	46,75% OEW Energie-Beteiligungs GmbH
		6,52% Streubesitz und kleine Anteile
	16,50% Streubesitz	
Salzburg AG	42,56% Land Salzburg	
	31,31% Stadt Salzburg	
	26,13% Energie AG Oberösterreich	siehe Übersicht
Energie AG Oberösterreich	52,50% OÖ Landesholding GmbH	
	13,92% Raiffeisenlandesbank OÖ AG	
	10,31% Linz AG	Stadt Linz
	8,25% TIWAG	Land Tirol
	5,18% Verbund AG	siehe Übersicht
	Streubesitz	
KELAG	51% Kärntner Energieholding	51% Land Kärnten
	35,17% Verbund AG	49% RWE
	12,85% RWE	siehe Übersicht
	0,98% Streubesitz	86% Institutionelle Aktionäre
Verbund AG	51% Republik Österreich	
	25% EVN und Wiener Stadtwerke	siehe Übersicht
	5% TIWAG	Land Tirol
	20% Streubesitz	
Linz AG	100% Stadt Linz	
Wien Energie	100% Wiener Stadtwerke Holding	Stadt Wien
TIWAG	100% Land Tirol	
Energie Graz	49% Energie Graz Holding	
	49% Energie Steiermark AG	siehe Übersicht
	2% Stadt Graz	

Tabelle 2: große Energieversorger in Österreich

¹⁷⁹ <http://derstandard.at/1353206971768/BWB-segnete-Energie-Klagenfurt-Rueckkauf-ab>

Der Einfluss privater Konzerne am österreichischen Energiemarkt hat sich seit Beginn der Liberalisierung des Sektors vergrößert. Es gibt zwar noch Energieversorger wie *Wien Energie*, die *Linz AG* oder die *TIWAG*, die ausschließlich in öffentlicher Hand sind. Da Österreich zur Deckung des Energiebedarfs auf Importe angewiesen ist, werden private Unternehmen auch in Zukunft versuchen, sich ihren Einfluss am österreichischen Energiemarkt zu sichern.

3.1.4. Rekommunalisierungen im Energiesektor in Europa

Während Privatisierungen im Energiesektor in allen Ländern der Europäischen Union stattfanden bzw. gerade stattfinden, ist die Rekommunalisierung ein Phänomen, das bis dato fast ausschließlich in Deutschland zu finden ist. Zwar gibt es auch vereinzelte Beispiele in anderen europäischen Ländern, eine Tendenz zur flächendeckenden Rekommunalisierung zeichnet sich jedoch nicht ab. Es bleibt abzuwarten, ob Deutschland eine Vorbildwirkung für andere europäische Länder haben wird.

▪ *Deutschland*

Rekommunalisierungen im Energiesektor stellen derzeit im europäischen Raum besonders in Deutschland eine Gegenentwicklung zur vorherrschenden Privatisierungseuphorie dar. Eine Vielzahl an deutschen Kommunen haben nämlich nach der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Jahr 1998, welche eine Aufhebung der Gebietsmonopole nach sich zog, ihre Energieversorger (teil-)privatisiert. In Deutschland hatte 2001 bereits jede zweite Stadt mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen zumindest Anteile an ihren Stadtwerken privatisiert.¹⁸⁰ Vorteile brachte das kaum. Die Verbraucherpreise sind gestiegen, profitiert haben lediglich die großen privaten Akteure. Die Entwicklungen im Deutschen Stromsektor sind dafür ein plakatives Beispiel: „*Die Verbraucherpreise in Deutschland verdoppelten sich zwischen 2002 und 2008; im selben Zeitraum verdreifachten die Energiekonzerne Eon, Vattenfall, RWE und EnBW ihre Gewinne.*“¹⁸¹ Trotz der mehr als 1.000 Stromanbieter in Deutschland beanspruchen diese vier Konzerne 80 Prozent des deutschen Strommarktes für sich.¹⁸² Die drei großen Unternehmen *E.ON*, *RWE* und *EnBW* halten bei der Energieversorgung in Deutschland zusammen einen Marktanteil von insgesamt 45 Prozent.¹⁸³ In Deutschland trifft derzeit eine besondere Konstellation zusammen, die die zahlreichen Rekommunalisierungen begünstigt bzw. überhaupt erst ermöglicht. Dies ist auf drei Ursachen zurückzuführen:

*zahlreiche
Privatisierungen
im deutschen
Energiesektor*

*Folge der
Privatisierungen:
Preissteigerung*

*80% des
Strommarktes
werden von 4
Konzernen
beansprucht*

¹⁸⁰ vgl. Tesche, Otto (2011)

¹⁸¹ <http://www.geo.de/GEO/natur/green-living/hessen-rekommunalisierung-mehrwert-fuer-die-buerger-69863.html?p=1&eid=68119>

¹⁸² vgl. <http://www.stromauskunft.de/stromanbieter/stromerzeuger/>

¹⁸³ <http://www.stromversorger-energieversorger.de/energieversorger.php>

1. Auslaufende Konzessionsverträge. Hintergrund der Rekommunalisierungsbestrebungen in Deutschland sind in erster Linie die zahlreichen bis 2016 auslaufenden Konzessionsverträge mit privaten Anbietern und die dadurch notwendige Neuausschreibung. Genaue Zahlen über die auslaufenden Konzessionen gibt es zwar keine, aber der VKU geht von mindestens 20.000 auslaufenden Verträgen aus.¹⁸⁴ Allein zwischen 2009 und 2015 laufen rund 7.800 Stromkonzessionen aus.¹⁸⁵ Und: „by the end of 2016 almost all existing contracts in the energy sector are up for renewal.“¹⁸⁶ Die im Stromsektor tätigen Konzerne sind darum bemüht, ihre Verträge zu erneuern, Mitbewerber aus dem Rennen zu werfen und mögliche Rekommunalisierungsabsichten der Gemeinden zu verhindern. „Es geht um ein umkämpftes Milliardengeschäft, das durch Neuabschlüsse von Konzessionsverträgen zusätzlich abgesichert werden kann.“¹⁸⁷ Mit dem Auslaufen der Konzessionsverträge bieten sich für die Kommunen aber neue Handlungsoptionen. Viele Gemeinden haben sich dazu entschieden, die Energieversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen. „Nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände wurden seit 2007 über 60 Stadtwerke neu gegründet und über 170 Konzessionen zur Strom- und Gasversorgung nicht mehr an private Anbieter, sondern an die Kommunen oder kommunalen Unternehmen vergeben.“¹⁸⁸

auslaufende
Konzessions-
verträge

seit 2007:
60 neue
Stadtwerke + 170
Konzessionen in
öffentlicher Hand

Auswahl: Neugründung Stadtwerke in Deutschland			
Stadtwerke Korschenbroich	2013	Gemeindewerke Umkirch GmbH	2009
Stadtwerke Pfaffenhofen AÖR	2013	Stadtwerke Müllheim-Sstaufen GmbH	2009
Stadtwerke Lohmar GmbH & Co. KG	2012	Stadtwerke Pulheim GmbH	2009
Stadtwerke Gifhorn GmbH & Co. KG	2012	Energieversorgung Denzlingen GmbH	2009
Stadtwerke Stuttgart	2011	Stadtwerke Emmendingen GmbH	2009
Stadtwerke Ditzingen GmbH	2011	Energie Rellingen GmbH & Co. KG	2009
Stadtwerke Elm-Lappwald	2011	See-Region GmbH	2009
Stadtwerke Waldbröl GmbH	2011	Stadtwerke Weserbergland	2009
Grimmener Stadtwerke	2011	Stadtwerke Uetersen GmbH	2008
Friesen Energie GmbH	2010	Stadtwerke Schmalkalden GmbH	2008
Energie Horb am Neckar GmbH	2010	Stadtwerke Springe GmbH	2008
Stadtwerke Landsberg (Sparte Strom)	2010	Regionalwerk Bodensee GmbH & Co. KG	2008
Ahrtal-Werke GmbH	2010	Stadtwerke Plön Versorgungs GmbH	2008
Stadtwerke Großalmerode GmbH	2010	Stadtwerke Brunsbüttel GmbH	2008
Stadtwerke Heiligenhafen	2010	Gemeindewerke Hagenau GmbH	2007
Hamburg Energie GmbH	2009	Energieversorgung Ottobrunn	2006
Energieversorgung Olching GmbH	2009	Hochsauerland Energie GmbH	2005

Tabelle 3: Auswahl: Neugründung Stadtwerke in Deutschland¹⁸⁹

¹⁸⁴ vgl. Libbe (2013), 21

¹⁸⁵ vgl. Wuppertaler Institut (2013), 3

¹⁸⁶ Hall, Terhorst (2011)

¹⁸⁷ Wuppertaler Institut (2013), 3

¹⁸⁸ Matecki, Schulten (2013), 12

¹⁸⁹ vgl. Libbe (2013), 24

2. Initiative von Politik und BürgerInnen. „A growing number of public authorities want to [...] strengthen their influence in the energy sector, and at the same time increase public revenues through the provision of energy and the management of grid.“¹⁹⁰ Die finanziellen wie auch die politischen Einflusseinsparungen treten als Antrieb für Rekommunalisierungsbestrebungen in Erscheinung, die politisch vor allem von der SPD, den Grünen, der Linken, aber auch teils von kommunalen Gruppen der CDU getragen werden. Zusätzlichen Einfluss auf diese Entwicklung und das Agieren der politischen Führung hatten u.a. auch die Erfahrungen der Wirtschaftskrise und das momentan vergleichsweise niedrige Zinsniveau, die energiepolitischen Rahmenbedingungen (Reduktion von CO₂, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie, etc.) und der daraus resultierende Wunsch, dies politisch zu steuern. Zu diesem Schluss kommt auch eine Umfrage der Universität Leipzig.¹⁹¹

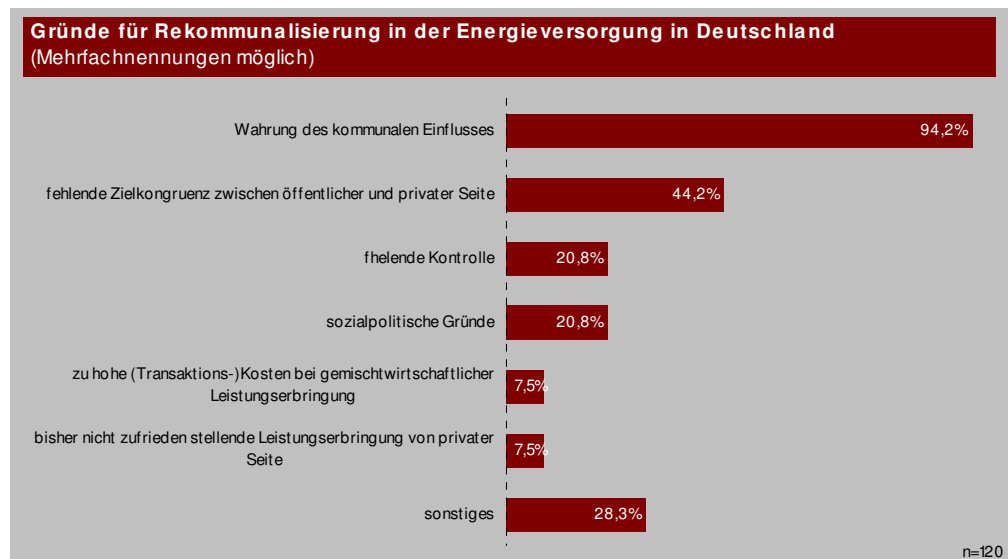


Abbildung 9: Gründe von Rekommunalisierungsbestrebungen in der Energieversorgung in Deutschland (Mehrfachnennungen möglich)¹⁹²

Die Kommunen begründen hier ein etwaiges Rekommunalisierungsvorhaben überwiegend mit der Wahrung bzw. der Steuerung des kommunalen Einflusses. Eine weitaus geringere Rolle spielt etwa die fehlende Zielkongruenz zwischen privater und öffentlicher Seite. Ein Leistungsversagen der privaten Energieversorger stellen die Kommunen hingegen nicht fest.¹⁹³ Bestätigt wird dieses Ergebnis durch eine weitere Umfrage¹⁹⁴ (der HypoVereinsbank). Auch hier war die Wahrung des kommunalen Einflusses

¹⁹⁰ Hall, Terhorst (2011)

¹⁹¹ Das deutsche Institut für den öffentlichen Sektor e.V. hat zusammen mit dem Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig eine Umfrage über Rekommunalisierung in der Energieversorgung in deutschen Kommunen über 20.000 EinwohnerInnen durchgeführt. vgl. public governance (2011)

¹⁹² public governance (2011), 8

¹⁹³ vgl. public governance (2011), 8

¹⁹⁴ Keine Mehrfachnennungen möglich

(34,5 Prozent) der wichtigste Grund für Rekommunalisierungsbestrebungen in der Energieversorgung. Die effektive Erfüllung der Daseinsvorsorge wurde von rund einem Fünftel (20,7 Prozent) der Kommunen angeführt. Sozialpolitische Gründe (6,9 Prozent) spielten hingegen kaum eine Rolle.¹⁹⁵ Der Trend zur Rekommunalisierung der Energieversorgung in Deutschland ist eindeutig: *„around two thirds of all German communes are considering buying back both electricity suppliers and the distribution network.“*¹⁹⁶

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss in der gegenwärtigen Entwicklung des deutschen Energiesektors haben Bürgerinitiativen. Tatsächlich waren diese häufig ausschlaggebend, um Rekommunalisierung durchzusetzen oder auch geplante Privatisierungen zu verhindern: *„many citizen campaigns and public referenda initiatives are taking place in major cities like Hamburg, Stuttgart, Bielefeld, Bremen, Frankfurt und Berlin. This builds on the campaigns and referenda which successfully defended Stadtwerke from privatisation in previous years, for example in Leipzig.“*¹⁹⁷

*Bürgerinitiativen
betreiben Agenda-
Setting*

3. Wettbewerbsrechtliche Bedenken gegenüber Großkonzernen. Die großen privaten Energieversorgungsunternehmen spürten in den letzten Jahren, aufgrund wettbewerbsrechtlicher Bedenken vor allem der EU, zunehmend Druck, einige ihrer Errungenschaften wieder zu verkaufen. *“German and EU regulators have insisted that the companies sell some of their operations after takeovers of other large companies.”* Die Kommunen stellten sich hierbei häufig als die einzigen realisierbaren Käufer dar.

*Wettbewerbs-
rechtliche
Regulierung*

Die durchgeführten Rekommunalisierungen der deutschen Energieversorgungsunternehmen bergen aber in einem liberalisierten Energiemarkt auch eine Gefahr: *„The danger is that the new Stadtwerke turn into corporatized public utilities that compete with private corporations for a piece of the energy market, as the VKU proclaims is the case. [...] Four large public player are gaining more weight in the energy market as energy producers as well as service providers; these are the Stadtwerke conglomerates of Thüga (based in Munich), Trianle (based in Aachen), the MVV from Mannheim and Pfalzenergie.“*¹⁹⁸

▪ **Europa**

Neben Deutschland gibt es nur vereinzelte Beispiele in anderen europäischen Ländern für Rekommunalisierungen bzw. Renationalisierungen im Energiesektor. In Großbritannien wird die Stromversorgung seit dem Privatisierungsboom unter Margaret Thatcher zu Beginn der 1990er Jahre von privaten Unternehmen beherrscht. Die internationalen Big player am Energiemarkt wie *EdF, Iberdrola,*

*Großbritannien:
Dominanz der big
player*

¹⁹⁵ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 17

¹⁹⁶ Hall, Terhorst (2011)

¹⁹⁷ Hall, Terhorst (2011)

¹⁹⁸ Hall, Terhorst (2011)

RWE und *E.ON* spielen in Großbritannien eine bestimmende Rolle. Die Bedeutung der Kommunen hat diesbezüglich abgenommen. Sie haben ihr Engagement in den letzten Jahren jedoch verstärkt, nachdem der Local Government Act des Jahres 2000 sie dazu aufforderte, für das Wohlbefinden der BürgerInnen Sorge zu tragen. Seither gibt es einige energiepolitische Projekte der Kommunen *„insbesondere in der Verbindung von Kraftwärme-Kopplung und Fernwärme [...] beispielsweise in Kirkdees, Peterborough, Leicester, Aberdeen und Woking.“*¹⁹⁹ Tatsächliche Rekommunalisierung im Energiesektor gibt es in Großbritannien bis dato aber nicht.

Frankreich:
EdF, GDF Suez

In Frankreich wird die Energieversorgung von den internationalen Mega-Anbietern *EdF* und *GDF Suez* beherrscht. Die Kommunen spielen nur eine Nebenrolle, haben aber seit den 1980er Jahren ihr energiepolitisches *„Potential erweitert, etwa Wasserfälle für die Energiegewinnung stärker zu nutzen“*²⁰⁰. Die vorhandenen kommunalen Energieunternehmen sind gesetzlich darauf beschränkt, ihren regionalen Versorgungsbereich zu bedienen. Rekommunalisierungen zeichnen sich in Frankreich im Energiesektor, im Unterschied zur Wasserversorgung, derzeit nicht ab.

Renationalisierungen im
Norden (Finnland,
Litauen)

Vereinzelte Beispiele von Renationalisierungen sind im Norden Europas zu finden. So ist in Finnland das Stromnetz im Besitz des Unternehmens *Fingrid*, an dem die öffentliche Hand mittlerweile wieder mit 53 Prozent beteiligt ist.²⁰¹ Auch in Litauen wird der nationale Stromnetzanbieter *Lietuvos energija* – nach weitreichenden Privatisierungen ab 1999 – seit Ende des Jahres 2011 wieder gänzlich durch den Staat kontrolliert.²⁰²

3.2. Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis

3.2.1. Berlin

„Vermögens-
aktivierung“ nach
Wiedervereinigung

In der deutschen Bundeshauptstadt Berlin leben aktuell knapp 3,4 Mio. EinwohnerInnen. Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 war die Haushaltssituation der Stadt katastrophal. Deshalb startete die damalige schwarz-rote Koalition von Eberhard Diepgen unter dem Schlagwort *„Vermögensaktivierung“*²⁰³ eine groß angelegte Privatisierungsoffensive. Die Schulden und ein hohes Zinsniveau ließen Privatisierungen als eine notwendige und vernünftige Alternative zur Eigenerbringung erscheinen. Die Stadt verkaufte daher ihre Anteile an der städtischen Wasserversorgung ebenso wie die Anteile am Wohnungseigentum.

¹⁹⁹ Wollman (2013), 40

²⁰⁰ Wollman (2013), 41

²⁰¹ <http://www.fingrid.fi/en/investors/shares/Pages/default.aspx>

²⁰² EPSU (2012), 6

²⁰³ vgl. Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 96

Von der Privatisierungseuphorie war auch die Energieversorgung betroffen. Im Jahr 1997 wurde der städtische Stromversorger *BEWAG* in mehreren Schritten an *Vattenfall* verkauft, nur ein Jahr später folgte die vollständige Privatisierung des städtischen Gasversorgers *GASAG*. Anteilseigner an der *GASAG* sind zu jeweils 31,6 Prozent *Suez* und *Vattenfall*, zu 36,9 Prozent *E.ON*.

Privatisierung von Strom und Gas

Zeitgleich mit der Privatisierung der städtischen Versorger wurden auch Konzessionsverträge für die Verteilungsnetze von Strom und Gas abgeschlossen. Für Betrieb, Entwicklung und Ausbau des Berliner Stromnetzes ist bis Ende des Jahres 2013 das Unternehmen *Stromnetz Berlin GmbH* verantwortlich, eine Tochterfirma von *Vattenfall*. Das Gasnetz wird von der *Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg (NBB)* betreut, das wiederum ein Tochterunternehmen der *GASAG* ist. Diese Konzession läuft im Jahr 2014 aus.

Konzessionsverträge über Strom- und Gasnetz

In den letzten Jahren hat sich in Berlin eine heftige Debatte darüber entwickelt, ob die Stadt die Stromversorgung wieder selbst übernehmen soll. Am bisherigen Netzeigentümer und Grundversorger *Vattenfall* wird vor allem das mangelnde Engagement bei der Umsetzung der Energiewende kritisiert. Denn *Vattenfall* fährt Gewinne auf Kosten der Umwelt ein, indem es noch immer auf Braunkohle und AKWs zur Energiegewinnung setzt.

Kritik an privatem Betreiber Vattenfall

Im Jahr 2011 hat die regierende SPD auf ihrem Landesparteitag die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze als politisches Ziel festgelegt.²⁰⁴ Der Koalitionspartner CDU erteilte diesen Absichten jedoch eine klare Absage. Sie befürchtet ein zu hohes finanzielles Risiko durch den Rückkauf des Netzes.

Einen ähnlichen Standpunkt wie die SPD vertritt hingegen die BürgerInneninitiative „Berliner Energietisch“. Seit dem Jahr 2011 setzt sie sich für eine vollständige Rekommunalisierung der Netz-Infrastruktur und die Gründung eines eigenen Stadtwerks ein, um eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung zu gewährleisten.²⁰⁵

Bürgerinitiative „Berliner Energietisch“

Der Druck der BürgerInneninitiative und die Entwicklungen in Hamburg, wo bereits ein neues Stadtwerk gegründet und die Netze rekommunalisiert wurden, bewogen die Koalitionsparteien in Berlin zur Gründung eines neuen Stadtwerks.²⁰⁶ Die Abstimmung darüber hat am 24. Oktober 2013 im Berliner Abgeordnetenhaus stattgefunden. Dies geschah knapp vor einem Volksentscheid am 3. November 2013, den die BürgerInneninitiative „Berliner Energietisch“ initiiert hatte und der sowohl über den Rückkauf der Berliner Stromnetze als auch über die Gründung eines neuen Stadtwerks entscheiden sollte. In diesem Kontext kann die Gründung des neuen Stadtwerks kurz vor dem Volksentscheid auch als Entgegenkommen gegenüber den Rekommunalisierungsbefürwortern gewertet werden, sollte wohl aber auch dem Volksentscheid den Wind aus den Segeln nehmen. Schließlich hatten sich beide Koalitionsparteien gegen die

neues Stadtwerk gegründet

²⁰⁴ <http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/11320-berlin-spd-unterstuetzt-energietisch>

²⁰⁵ <http://www.berliner-energietisch.net/images/eckpunkt Papier%20ge.pdf>

²⁰⁶ <http://www.morgenpost.de/kolumne/meine-woche/article120490679/Ein-Berliner-Stadtwerk-wird-zum-Risiko-fuer-den-Steuerzahler.html>

Rekommunalisierung der Netze ausgesprochen. Auch andere politische Akteure standen dem Rückkauf der Netze skeptisch gegenüber, betrachteten den kaum abschätzbaren Investitionsbedarf der Netze als zu hohes Risiko. Befürworter der Stromnetzrekommunalisierung argumentierten hingegen damit, dass *Vattenfall* mit den Berliner Netzen zuletzt (2012) einen Gewinn von 70–80 Mio. Euro vor Steuern eingefahren hatte. Im Durchschnitt lag der Gewinn der vergangenen sechs Jahre bei immerhin 55 Mio. Euro.

*Volksentscheid:
Beteiligung zu
gering*

Die Stimmung in der Bevölkerung schien vor der Abstimmung eindeutig: immerhin drei von vier BerlinerInnen sprachen sich für die Rekommunalisierung aus.²⁰⁷ Der Volksentscheid im November 2013 brachte dennoch keinen Rückkauf der Berliner Stromnetze. Nur 24,1 Prozent der Stimmberechtigten befürworteten die Rekommunalisierung bei der Abstimmung. Damit verfehlte der Volksentscheid das notwendige Quorum von 25 Prozent der Stimmberechtigten knapp.

*Netzbetrieb
ausgeschrieben*

Die neu gegründeten Berliner Stadtwerke haben sich aber bereits um die Konzession des Netzbetriebes beworben. Doch auch andere Marktteilnehmer zeigen Interesse an den Versorgungsnetzen. Neben *Vattenfall* haben bereits die Genossenschaft *Bürgerenergie Berlin*, der Stadtwerkeverbund *Thüga*, ein chinesisches und ein holländisches Unternehmen sowie die *Energie AG* und die landeseigene Gesellschaft *Berlin Energie* Interesse an der Konzession gezeigt.²⁰⁸

3.2.2. Bremen

*1999:
Energieversorgung
privatisiert*

In der etwa 550.000 EinwohnerInnen zählenden deutschen Stadt Bremen wurde die Energieversorgung bis zum Jahr 1998 durch die eigenen *Stadtwerke Bremen* erbracht. Im Jahr 1999 wurden diese gänzlich privatisiert und treten seither unter dem Namen *swb AG* auf. Die *swb* versorgt neben Bremen auch Bremerhaven mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser und hat auch die Entsorgungsdienstleistungen für die beiden Städte übernommen. Mittlerweile befindet sich die *swb* im vollständigen Besitz der *EWE AG* (ehemals *Energieversorgung Weser-Ems AG*), das als eines der größten Energieversorgungsunternehmen Deutschlands gilt.

*2014:
Konzession endet*

Der Konzessionsvertrag der Stadt Bremen mit *swb* endet im Jahr 2014. Die Ausschreibung der Nutzungsverträge für die nächsten 20 Jahre ist bereits erfolgt. Nach Auskunft der Stadt haben eine Reihe von Unternehmen, darunter auch *swb*, Angebote gelegt. Ursprünglich sollte im Frühjahr 2013 bekanntgegeben werden, wer von der Stadt den Zuschlag für die neue

²⁰⁷ <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/rekommunalisierung-berliner-bevorzugen-staatstrom,10809148,23973740.html>

²⁰⁸ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/volksentscheid-berliner-stromnetz-der-stille-kampf-von-vattenfall/8864438.html>

Konzession erhält.²⁰⁹ Die Verhandlungen dauern allerdings noch an, ein genauer Endtermin ist nicht bekannt.

Die Stadt Bremen will im Zuge der erneuten Konzessionsausschreiben einen Anteil von 25,1 Prozent des Netzes rekommunalisieren. Es geht vor allem um grundsätzliche Überlegungen wie stabile Preise oder die Energiewende. Teuer wird dies für Bremen auf alle Fälle. Sollte die Konzession wieder an *swb* gehen, müsste sich die Stadt hier einkaufen. Im Moment spricht übrigens vieles dafür, dass die Wahl erneut auf *swb* fällt, da sie im Besitz der Infrastruktur und Materialien sind. Ein anderer Konzessionsnehmer müsste *swb* die Netze erst abkaufen. Sollte man sich dennoch für einen anderen Konzessionsnehmer entscheiden, dann liefere eine *„Beteiligung Bremens [...] vermutlich auf die Neugründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft hinaus.“*²¹⁰ In beiden Fällen würde eine Teilrekommunalisierung der Stadt *„einen dreistelligen Millionenbetrag kosten“*²¹¹. Das Beispiel macht deutlich, wie schwierig die Rekommunalisierung vormalig privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge sein kann. Mit dieser Problematik ist Bremen jedoch kein Einzelfall: *„Nicht selten wurden im Rahmen der Privatisierung vertragliche Regelungen getroffen, die eine Rekommunalisierung jedenfalls nicht ganz einfach machen.“*²¹²

Wunsch zum Rückkauf

Schwierigkeiten bei Rekommunalisierung

Ein Detail am Rande: Auch wenn *swb* die besten Karten für eine erneute Konzessionsnahme in der Hand hat, so sind in Bremen keineswegs alle mit dem Energieanbieter zufrieden. Im Jahr 2005 hat sich, im Zuge der Unzufriedenheit mit dem Strom- und Gasanbieter, die Bürgerinitiative gegen Gaspreiserhöhung gegründet. Von Seiten der *sbw* wurden Auskünfte über die Preiskalkulation verweigert. Erst eine Klage zwang das Unternehmen, dem nachzukommen. *„In dieser Situation gründeten einige Initiatoren der Bürgerinitiative 2006 die Bremer Energiehaus-Genossenschaft eG.“*²¹³ Diese sollte mehr Transparenz schaffen. Die Genossenschaft beliefert seither Bremen und das niedersächsische Umland bei Bedarf mit Gas- und hundertprozentigem Naturstrom aus süddeutschen Wasserkraftwerken. Das Ziel der Genossenschaft ist dabei, leistbaren Strom unter dem Postulat der ressourcenschonenden Stromgewinnung: *„Uns geht es darum, unseren Mitgliedern preiswerte Energie zu liefern. Wir sehen nicht ein, dass sich Konzerne und andere an uns bereichern. Wenn wir jedoch verantwortungsvoll handeln wollen, müssen wir berücksichtigen, dass die Energie-Ressourcen nicht endlos zur Verfügung stehen. Wir müssen mit Energie sorgsam umgehen und einsparen, wo immer es geht.“*²¹⁴ Die wachsende Kundschaft bestärkt das Modell

Energie-Genossenschaft gegründet

²⁰⁹ vgl. http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Neuer-Netzbetreiber-gesucht-_arid,347131.html

²¹⁰ http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Neuer-Netzbetreiber-gesucht-_arid,347131.html

²¹¹ http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Neuer-Netzbetreiber-gesucht-_arid,347131.html

²¹² Becker (2012), 51

²¹³ <http://www.benergie.de/genossenschaft/unsere-geschichte/>

²¹⁴ <http://www.benergie.de/genossenschaft/unsere-ziele-und-der-markt/>

der Genossenschaft. Zu Beginn des Jahres 2011 zählte sie bereits 4.500 KundInnen, diese Anzahl ist seither gestiegen.²¹⁵

3.2.3. Dresden

*Ende 1990er Jahre:
(Teil)privatisierung
von Energie-
versorger Drewag
(an EnBW)*

Die deutsche Stadt Dresden, rund 530.000 EinwohnerInnen, hat Ende der 1990er Jahre große Teile des kommunalen Energieversorgers *Drewag* privatisiert. 45 Prozent des Unternehmens wurden damals um 82 Mio. Euro an private Unternehmen veräußert. Den größten Anteil davon, nämlich 35 Prozent der *Drewag*, sicherte sich die *Energie Baden-Württemberg (EnBW)* über ihre Tochterfirma *Geso*.

2010: Rückkauf

*EnBW muss als
Auflage des
Kartellamts
verkaufen*

Im Jahr 2010 kam es zum Rückkauf dieser Anteile – über den Umweg, einen anderen Energieversorger zu kaufen. Doch der Reihe nach. Die *EnBW* hatte kurz davor (im Jahr 2007) wesentliche Anteile am Oldenburger Energiekonzern *EWE* gekauft. Als Bedingung für diesen Deal verlangte das deutsche Bundeskartellamt von der *EnBW* den Verkauf des süddeutschen Energieversorger *Geso*. Die *Geso* hielt nicht nur 35 Prozent der Anteile an der *DREWAG*, sondern auch 50,11 Prozent an der *Energie Sachsen Ost AG (ENSO)* sowie weitere Beteiligungen an diversen Stadtwerken.²¹⁶ Beim anschließenden Bieterverfahren nutzte die Stadt Dresden die Chance, ihre Anteile am kommunalen Energieversorger wieder zu erhöhen. Dazu kaufte sie den Energieversorger *Geso* um 836 Mio. Euro.²¹⁷ Wenn auch der Kaufpreis der *Geso* 10 Mal höher war als der Verkaufspreis der *DREWAG*-Anteile, so hat sich Dresden mit diesem Deal auch zum Anteilseigner an anderen Stadtwerken und Versorgungsunternehmen gemacht. Mit dem Kauf der *Geso*, die in die Stadtwerkeholding *Technische Werke Dresden (TWD)* eingegliedert werden, hält die Stadt Dresden nun wieder 90 Prozent am Energieversorger *Drewag*. Die restlichen 10 Prozent der Anteile an der *Drewag* hält weiterhin die *Thüga*.²¹⁸ Doch es gibt Überlegungen, auch diese Anteile wieder zurück zu kaufen.²¹⁹

Stadt kauft Geso

²¹⁵

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ra&dig=2011%2F01%2F12%2Fa0030&cHash=fcf1c6792c>

²¹⁶ *Meißener Stadtwerke*: 49 Prozent; *Stadtwerke Elbtal*: 30 Prozent; *Freitaler Strom + Gas*: 30 Prozent; *Stromversorgung Pirna*: 49 Prozent; *Gasversorgung Pirna*: 10,6 Prozent; *Stadtwerke Zittau*: 25,1 Prozent; *Energie- und Wasserwerke Bautzen*: 49 Prozent.

²¹⁷ <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Wirtschaft/d/939848/stadt-dresden-kauft-enbw-tochter-geso.html>

²¹⁸ <http://www.solar-und-windenergie.de/blog/?p=608>

²¹⁹ vgl. http://ratsinfo.dresden.de/vo0050.php?__kvonr=6742, öffentliche Niederschrift der Stadtratsitzung vom 28.2.2013

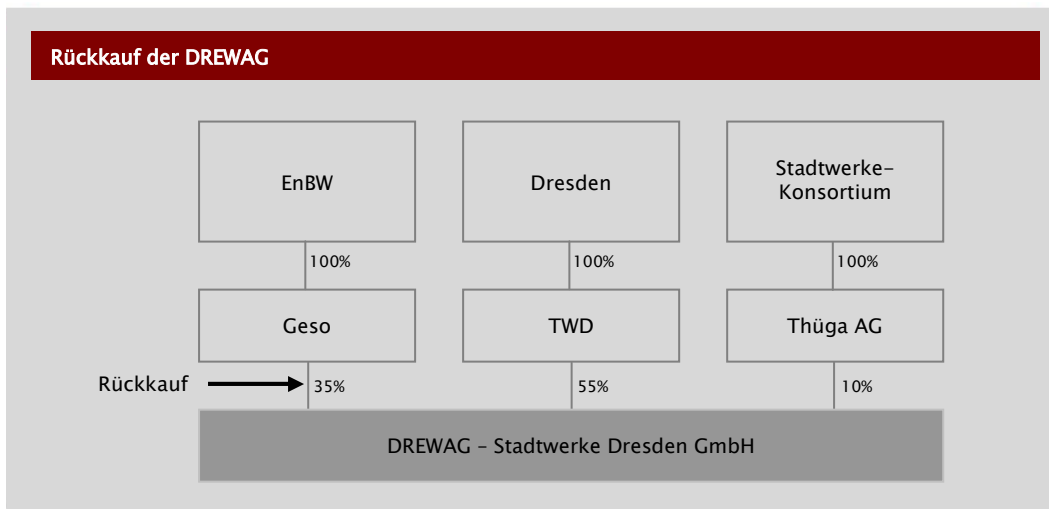


Abbildung 10: Rückkauf der DREWAG

Vom Kauf der *Geso* und der damit verbundenen Rekommunalisierung der *Drewag* sollen die Stadt und die BürgerInnen gleichermaßen profitieren. Die Leistungen sollen zu angemessenen Preisen für die BürgerInnen angeboten werden, die anfallenden Gewinne an die Stadt fließen. Während der 12 Jahre der Privatisierung haben die Miteigentümer rund 203 Mio. Euro an Gewinnanteilen lukrieren können. Diese Gewinne sollen nun wieder an die Stadt fließen, um etwa den Öffentlichen Personennahverkehr zu subventionieren.

Gewinne sollen an Stadt fließen

3.2.4. Hamburg

Hamburg, mit 1,7 Mio. EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt Deutschlands, wurde ab Ende der 1990er Jahre, wie viele andere Städte auch, von einer Privatisierungswelle erfasst. Davon betroffen waren auch die *Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW)*, deren noch bei der Stadt verbliebenen Anteile im Jahr 2002 an das private Unternehmen *Vattenfall* veräußert wurden.²²⁰

2002: Verkauf der Elektrizitätswerke an Vattenfall

Die Folge für die KonsumentInnen waren steigende Energiepreise. Deshalb kritisierte der der Bürgermeister Ole von Beust (CDU) schon wenige Jahre später die damals getroffene Entscheidung: „*Wir haben einen Fehler gemacht mit der Privatisierung. Und man möchte dieses Rad gerne zurück drehen.*“²²¹ Diese Unzufriedenheit mündete Ende des Jahres 2008 in einem Senatsbeschluss zum Aufbau eines neuen städtischen Energieversorgers. Das städtische Unternehmen *Hamburg Wasser* wurde damit beauftragt, ein Konzept zur Erzeugung und Vermarktung von umweltfreundlicher Energie (Strom und Gas) auf den Markt zu bringen. Entstanden ist daraus im Jahr 2009 das Unternehmen *Hamburg Energie*, ein Tochterunternehmen der *Hamburger Wasserwerke*. Im „Gründungsmanifest“ der *Hamburg Energie* bekennt sich die Stadt Hamburg zur Rekommunalisierung

Privatisierung schnell als Fehler erkannt

2009: Hamburg Energie als Tochter von Hamburg Wasser gegründet

²²⁰ <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article106153496/Hamburg-kehrt-zur-Staatwirtschaft-zurueck.html>

²²¹ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/firmen/1317410/>

*Investitionen in
erneuerbare
Energie*

der Energieerzeugung unter dem besonderen Aspekt des Umweltschutzes sowie der sozialen Preisgestaltung und ökologischen Nachhaltigkeit. Die Energieerzeugung unterliegt dabei der Souveränität der Stadt.²²² Um die Energieerzeugung sicherzustellen, hat *Hamburg Energie* in den letzten Jahren in erneuerbare und effiziente Technologien investiert und wird dieses Engagement auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Das geplante Investitionsvolumen bis zum Jahr 2016 beträgt über 100 Mio. Euro. Der Schwerpunkt der nachhaltigen Energiegewinnung liegt in der Windenergie, aber auch in Biomasse, Blockheizkraftwerke und Photovoltaikanlagen wird investiert.

*Stadtwerke als
Vorreiter bei
Klimaschutz*

Die Stadt Hamburg liegt mit der Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energie voll im Trend. Viele Beispiele belegen, „dass Stadtwerke die Vorreiter einer klimaschutzmotivierten Energieversorgung sein können [...]“. ²²³ Hamburg und auch andere Kommunen nehmen damit ihre Chancen wahr, die Energiewende aktiv mitzugestalten. „Die kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten zur Umsetzung örtlicher Klimaschutzmaßnahmen steigen durch eigene Stadtwerke enorm an und werden vielerorts zur Realisierung örtlicher und regionaler Wertschöpfungspotenziale genutzt.“ ²²⁴ *Hamburg Energie* hat verschiedene innovative Projekte im Bereich erneuerbare Energie gestartet, die auch Aspekte der BürgerInnen- und Unternehmensbeteiligung berücksichtigen. Ein Beispiel ist der *Energieberg Georgswerder*. Der Hügel wurde zuvor als Deponie genutzt und war danach für die Öffentlichkeit nicht nutzbar (Probleme mit Dioxidaustritt, etc.). *Hamburg Energie* hat dort Windräder und Photovoltaikanlagen zur Energiegewinnung errichtet, die mittlerweile 4.000 Haushalte mit Energie versorgen. Gleichzeitig hat sich der Hügel zu einem beliebten Ausflugsziel entwickelt, bietet er doch einen Blick über ganz Hamburg. Das Unternehmen versucht durch derartige Projekte eine Vorbildfunktion bei der Nutzung erneuerbarer Energien einzunehmen, ist aber gleichzeitig auf eine breite Palette von Energielieferungsmöglichkeiten angewiesen. Denn nur so ist eine ausschließliche Versorgung durch erneuerbare Energie sicher zu stellen. Im Moment ist es *Hamburg Energie* in keinem der beiden Geschäftsfelder möglich, den Bedarf aus eigenen Quellen zu decken. Dieses Manko versucht die Gesellschaft durch den großflächigen Zukauf von Strom und Erdgas aus nachhaltigen Quellen auszugleichen.²²⁵

*Hamburg Energie
etabliert sich als
Arbeitgeber –
wachsende
Mitarbeiterzahlen*

Hamburg Energie hat sich mittlerweile nicht nur als nachhaltiger Energieversorger etabliert, sondern auch als Arbeitgeber. Aktuell hat das Unternehmen 40 interne und 57 externe MitarbeiterInnen, die Zahl soll weiter ansteigen. Die Grundlage dafür ist eine ständig wachsende Zahl an KundInnen. Im Jahr 2010, kurz nach dem Start, versorgte *Hamburg Energie* 20.000 Haushalte

²²² <http://www.hamburgenergie.de/ueber-uns/energieerzeugung.html>

²²³ Wuppertaler Institut (2013), 1

²²⁴ Wuppertaler Institut (2013), 4

²²⁵ http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article108278458/Nicht-alle-finden-den-Erfolg-von-Hamburg-Energie-gut.html

mit Strom und 3.500 mit Gas. Nur zwei Jahre später, im Jahr 2012, wurden bereits 74.600 Haushalte mit Strom und 9.700 Haushalte mit Gas versorgt. Dieses Wachstum soll sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, zumal sich *Hamburg Energie* durchaus mit den großen Anbietern messen kann. Das Unternehmen hat erst in diesem Jahr eine europaweite Ausschreibung über die Stromversorgung aller öffentlichen Gebäude der Stadt gewonnen. Außerdem liegt der Preis für PrivatkundInnen im Moment leicht unter dem des Konkurrenten *Vattenfall*. Dadurch ist *Hamburg Energie* innerhalb kurzer Zeit zum drittgrößten Energieanbieter der Hansestadt geworden.

*steigende
KundInnenzahlen*

Im Gegensatz zu vielen anderen Rekommunalisierungen im Energiesektor handelte es sich bei *Hamburg Energie* um die eher seltene Form einer Stadtwerkgründung ohne eigenes Versorgungsnetz. Denn dieses war im Eigentum des schwedischen Unternehmens *Vattenfall* (Strom) und *E.ON* (Gas). Die 2010 ins Leben gerufene Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“ hat sich seit Jahren für die Rekommunalisierung der Hamburger Netze eingesetzt. Im Jahr 2012 hat der Hamburger Senat schließlich den Rückkauf von 25,1 Prozent der Netze beschlossen. Die BürgerInneninitiative setzte sich jedoch für einen vollständigen Rückkauf der Netze ein und konnte ausreichend Unterschriften sammeln, um einen Volksentscheid zu erwirken. Am 22. September 2013 stimmten 50,9 Prozent der Hamburger BürgerInnen für einen Rückkauf der Energienetze.

*Volksentscheid:
Rückkauf der
Netze*

Kritiker befürchten, dass die Kosten für den Rückkauf der Netze eine zu hohe finanzielle Belastung für die Stadt Hamburg bedeuten könnten. Die Verhandlungen über die Netzübernahme haben bereits begonnen, der Rückkaufspreis ist aber noch unbekannt. Auch wenn die Kosten für den Rückkauf eine Belastung für das städtische Budget darstellen, ist die langfristige Sicht positiv. Der bisherige Netzbetreiber *Vattenfall* konnte im Jahr 2012 immerhin 48 Mio. Euro Gewinn (vor Steuern) erwirtschaften.²²⁶

Die Stadt Hamburg hat die Energieversorgung damit wieder komplett in eigene Hände genommen. Nach der Gründung eines neuen, städtischen Energieunternehmens, wird sie in Kürze auch wieder Eigentümerin der Netze sein. Damit ist die Stadt nicht nur ein Garant für die kommunale Daseinsvorsorge, sondern kann langfristig auch wirtschaftlich von dem eingeschlagenen Weg profitieren. Denn bereits im dritten Jahr nach der Gründung schrieb „Hamburg Energie *schwarze Zahlen und erwirtschaftet[e] so mittelfristig Deckungsbeiträge für den öffentlichen Haushalt.*“²²⁷

*Energieversorgung
wieder komplett in
öffentlicher Hand*

²²⁶ <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2013-09/28123191-vattenfall-berliner-stromnetz-wirft-gewinn-von-80-millionen-euro-ab-003.htm>

²²⁷ http://www.vku.de/fileadmin/get/?21841/2012_HamburgEnergie-Neugr%C3%BCndung.pdf

3.2.5. Nümbrecht

*auch kleine
Kommunen
rekommunali-
sieren*

Im deutschen Energiesektor sind in den letzten Jahren nicht nur Großstädte zur öffentlichen Erbringung zurückgekehrt, auch in kleinen Gemeinden wurde dieser Trend aufgenommen. So haben Bad Vilbel, Ahrenburg, Rüsselsheim, mehrere Gemeinden am Bodensee und eben auch Nümbrecht die Energieversorgung rekommunalisiert.²²⁸

*kaum Gewinne für
Stadt durch alte
Verträge*

*Streit um Rück-
kauf mit RWE
endet vor Gericht*

*Initiative von
Politik und
BürgerInnen*

*Investitionen in
Infrastruktur*

Nümbrecht ist eine Stadt mit etwa 17.000 EinwohnerInnen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, etwa 40 km von Köln entfernt. Die Energieversorgung wurde in Nümbrecht bis Mitte der 1990er Jahre durch den privaten Betreiber *RWE* erbracht. Bereits seit Anfang der 1980er Jahre gab es jedoch die Idee des Netzzurückkaufes, die von GemeinderätInnen immer wieder propagierte wurde. Die alten Verträge, die der Gemeinde kaum Geld einbrachten, waren der Hauptgrund für die Unzufriedenheit mit dem privaten Betreiber. In den 1990er Jahren wurde die Rekommunalisierung des Stromnetzes vorangetrieben, da der Konzessionsvertrag mit *RWE* dem Ende zuging. Es entbrannte ein langjähriger juristischer Streit zwischen der Kommune und *RWE*, da diese das Stromnetz nicht abgeben wollte und von Nümbrecht einen für die Kommune zu hohen Kaufpreis von 13,8 Mio. DM forderte. Erst das Oberlandesgericht Düsseldorf ordnete in zweiter Instanz im Jahr 1995 „durch eine einstweilige Verfügung an, dass der Konzern sein Stromnetz der Gemeinde vorläufig für die geforderten 13,8 Millionen Mark überlassen musste. Die Parteien wurden ferner verpflichtet, sich innerhalb von zehn Jahren auf einen neuen Kaufpreis zu einigen.“²²⁹ So einigte man sich schließlich im Jahr 1996 auf einen Kaufpreis von 11 Mio. DM. Die Infrastruktur befand sich jedoch teils in desolatem Zustand. Die Kommune musste deshalb 2,5 Mio. Euro in Modernisierung des Stromnetzes investieren. Die technische Übernahme des Stromnetzes verlief unkompliziert. „Mit einem Seitenschneider trennte man alte Kabel durch, die in andere Gemeinden führten, und verlegte andernorts neue. Das Ergebnis war ein geschlossener Stromkreis, der nur noch einen Berührungspunkt zur Stromspeisung mit dem RWE-Netz besaß.“²³⁰

*Gewinne gehen
zurück an
Kommune*

Das Stromnetz wird seit dem 1. Mai 1998 durch die *Gemeindewerke Nümbrecht (GWN)*, die im Jahr 1994 gegründet wurden, betrieben.²³¹ Diese „sind ein lokales Unternehmen, welches der Gemeinde Nümbrecht gehört.“²³² Damit fließen alle finanziellen Gewinne sowie die Gewerbesteuer wieder in die Gemeinde zurück. „Gewinne, die sonst für einen großen Konzern entstanden, können nunmehr

²²⁸ vgl. Engartner (2010)

²²⁹ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-eine-kommune-kauft-ihr-stromnetz-1464483.html>

²³⁰ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-eine-kommune-kauft-ihr-stromnetz-1464483.html>

²³¹ http://www.g-w-n.de/3_g_geschichte.htm

²³² http://www.g-w-n.de/2_gwn.htm

*sinnvoll in der Gemeinde Nümbrecht genutzt werden.*²³³ Außerdem erhält „die örtliche Politik durch die Gemeindewerke die Entscheidungsgewalt für die lokale Energieversorgung“²³⁴ wieder zurück, was gerade in Zeiten des Energiewandels eine besondere Rolle spielt.

Das Konzept der Gemeindewerke Nümbrecht ist „die starke Verwurzelung in der Region, der persönliche Service, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen [...] vor Ort und die konsequenten Anstrengungen, um alternative und langfristig sichere Energiekonzepte zu entwickeln.“²³⁵ Bei der Unternehmensphilosophie der GWN spielt vor allem die Kundennähe eine wichtige Rolle. Die GWN verstehen sich als „kommunales Dienstleistungszentrum für den Bürger und die Gemeinde.“²³⁶ Mit dem persönlichen Service (im Gegensatz zu einem RWE-Callcenter) sollen anderwärtige Schwächen ausgeglichen werden. Denn der kommunale Anbieter ist am liberalisierten Strommarkt nicht der günstigste, was bei der Konkurrenz durch Billiganbieter auch unmöglich ist. Die Geschäftsführerin der GWN sieht darin aber auch nicht die primäre Aufgabe: „Wir können der Partner der Bürger werden. Das hat mit Gemeinwohl zu tun, nicht mit dem Strompreis.“²³⁷ So bieten die GWN etwa Tarife wie das Babyjahr²³⁸ oder den Familientarif²³⁹ an.²⁴⁰

Gemeindewerke
sind in der Region
verwurzelt

KundInnennähe als
Erfolgsrezept

Die GWN engagieren sich seit Jahren für die Ausweitung von erneuerbaren Energien (EEG). „Bereits seit dem Jahr 2008 werden alle Haushalte der Gemeinde Nümbrecht ausschließlich (und ohne besonderen Tarif) mit TÜV-zertifizierten Naturstrom beliefert.“²⁴¹ Seit 2011 wurde dies auch auf die gewerblichen KundInnen ausgeweitet. „Der Strom für alle Haushaltskunden ist in 2011 zu 100% EEG-Strom, der aus neuen deutschen Wasserkraftwerken stammt.“²⁴² Die GWN streben aber für die Zukunft an „soviel ökologischen Strom wie möglich dezentral [...] vor Ort zu erzeugen, um die Abhängigkeit von den großen Stromanbietern weiter abzubauen.“²⁴³ Im Jahr 2011 wurden in Nümbrecht bereits 2,1 Mio. kWh Strom durch Photovoltaik, Windenergie, Wasserkraft und Blockheizkraftwerke, produziert. Damit können bereits 600 Haushalte ihren Bedarf an Energie decken.

seit 2008:
Naturstrom

²³³ http://www.g-w-n.de/2_gwn.htm

²³⁴ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-eine-kommune-kauft-ihr-stromnetz-1464483.html>

²³⁵ http://www.gwn24.de/2_aktuell.htm

²³⁶ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-eine-kommune-kauft-ihr-stromnetz-1464483.html>

²³⁷ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-eine-kommune-kauft-ihr-stromnetz-1464483.html>

²³⁸ Eltern von Neugeborenen werden 50 Euro, das entspricht den Kosten des durchschnittlichen Mehrverbrauchs, die im ersten Jahr durch ein Baby entstehen, von der Stromrechnung gestrichen.

²³⁹ Ein Haushalt verbraucht pro Jahr durchschnittlich etwa 3.500 kWh Energie. Für Haushalte, deren Energieverbrauch über 5.000 kWh jährlich liegt, haben die GWN einen speziellen Familientarif eingeführt.

²⁴⁰ vgl. http://www.gwn24.de/2_aktuell.htm; vgl. http://www.gwn24.de/3_t_familie.htm

²⁴¹ http://www.gwn24.de/2_aktuell.htm

²⁴² http://www.gwn24.de/2_aktuell.htm

²⁴³ http://www.gwn24.de/2_aktuell.htm

<i>Gebietserweiterung</i>	Am 1.1.2013 übernahmen die <i>GWN</i> das Netz im Gebiet der <i>Elektrizitätsgenossenschaft Bierenbachtal eG</i> , die die Nümbrechter Ortsteile Bierenbachtal und Stockheim mit Energie versorgten. Damit erweiterten die <i>GWN</i> ihr Geschäftsfeld um weitere 1.000 StromkundInnen. ²⁴⁴
<i>Erweiterung zur Mehrsparten-unternehmen</i>	Die <i>Gemeindewerke Nümbrecht</i> sind mittlerweile ein Mehrspartenunternehmen. Neben der Wasserversorgung beliefern die <i>GWN</i> seit 1. Oktober 2011 ihre KundInnen auch mit Gas, was davor von einem privaten Betreiber durchgeführt wurde. ²⁴⁵ Mittlerweile zählen die <i>GWN</i> 20 MitarbeiterInnen und zwei Auszubildende. Ein Erfolg, den ihnen viele nicht zugetraut haben. Damit leisten die Gemeindewerke einen wichtigen Beitrag in der Gemeinde: „Inzwischen können die Gemeindewerke [...] Aufgaben übernehmen, für die in der Kommune keinerlei Mittel mehr vorhanden sind.“ ²⁴⁶ So stellen sie einen Teil der Weihnachtsbeleuchtung zur Verfügung, „spenden für Vereine, die Feuerwehr und Schulen in Nümbrecht, unterstützen Vereine mit Rat und Tat bei Dorffesten und ähnlichem und haben einen [...] Anteil am Nümbrechter Musik- und Lichterfest.“ ²⁴⁷
<i>unterstützt Vereine und Schule im Ort</i>	
<i>Auftragsvergabe an Betriebe vor Ort</i>	Die <i>Gemeindewerke Nümbrecht</i> sind ein gutes Beispiel dafür, dass auch kleine Kommunen ihre Energieversorgung wieder in eigene Hand nehmen können. Davon profitiert die ganze Gemeinde. Die <i>GWN</i> tragen dazu bei, die „Lebensqualität in Nümbrecht aufrecht zu erhalten“ ²⁴⁸ . Sie fördern Beschäftigung in der Gemeinde, da „viele Leistungen an eigenständige dritte Unternehmen vergeben werden. Dieses ‚Outsourcing‘ kommt den Firmen vor Ort zugute und schafft weitere Arbeitsplätze.“ ²⁴⁹ Nach dem die <i>GWN</i> seit nunmehr 15 Jahren einen erfolgreichen Weg beschreiten, sind sie noch nicht am Ende des Ziels angekommen: „Als Endausbau ist vorgesehen, dass die Gemeindewerke sich zu einem hochwertigen Bürgerservicezentrum entwickeln. Darüber hinaus könnten weitere finanzielle Vorteile entstehen, wenn defizitäre Bereiche aus anderen kommunalen Einrichtungen – wie beispielsweise das Schwimmbad – in das Stromversorgungsunternehmen eingebunden würden.“ ²⁵⁰

3.2.6. Solingen

<i>2001: Teilprivatisierung</i>	Solingen ist eine kreisfreie Stadt in Nordrhein-Westfalen mit knapp 160.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 2001 entschied sich die Stadt, 49,9 Prozent der <i>Stadtwerke Solingen (SWS)</i> für 125 Mio. Euro an die <i>MVV Energie AG</i> zu verkaufen.
-------------------------------------	---

²⁴⁴ vgl. http://www.gwn24.de/2_aktuell.htm

²⁴⁵ vgl. http://www.gwn24.de/pdf/gwn-aktuell_03_2011.pdf

²⁴⁶ http://www.g-w-n.de/2_gwn.htm

²⁴⁷ http://www.g-w-n.de/2_gwn.htm

²⁴⁸ http://www.gwn24.de/3_g_geschichte.htm

²⁴⁹ http://www.gwn24.de/3_g_geschichte.htm

²⁵⁰ http://www.gwn24.de/3_g_geschichte.htm

Die *MVV Energie AG*, früher *Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH*, gehört zu den führenden Energieversorgungsunternehmen Deutschlands. Im März 1999 wurde sie als erstes kommunales Versorgungsunternehmen durch den Börseengang teilprivatisiert. Die Stadt Mannheim ist mit Anteilen von 50,1 Prozent nach wie vor Mehrheitseigentümerin, weitere Anteile an der *MVV Energie AG* halten aber Energieriesen wie *EnBW*, *Rheinenergie* und *Suez*.

Die Erwartungen durch die Privatisierung war groß: Solingen sollte zum „Brückenkopf“ der Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen werden.²⁵¹

Von den Versprechungen blieb aber nicht viel übrig. *„Stattdessen wurden Arbeitsplätze abgebaut [Anm. 200 der 750 Arbeitsplätze wurden während der Privatisierung abgebaut]²⁵², forderte die MVV AG immer höhere Renditen, versuchte die verschiedenen Geschäftsbereiche von Solingen nach Mannheim auszulagern und die Netzgewalt zu erlangen. Investitionen für die Erzeugung dezentraler nachhaltiger Energie wurden von der MVV AG stets blockiert.“²⁵³*

Erwartungen an Privatisierung hoch, stattdessen Abbau von Arbeitsplätzen

Die Unzufriedenheit mit dieser Entwicklung sowie der sich rasch wandelnde Energiemarkt und die fortschreitende Regulierung (Stichwort Konzessionsrichtlinie) führten am 25. März 2010 zum Beschluss des Stadtrates, *„die Verkaufsentscheidung von 2001 ergebnisoffen auf den Prüfstand zu stellen.“²⁵⁴* Der Untersuchungsprozess dauerte rund ein Jahr und kam zum Ergebnis, die Kooperation mit der *MVV* in eine neue Form zu bringen. Der Oberbürgermeister wurde mit den Verhandlungen beauftragt und sollte für den Fall, dass es keine Einigung zur Erneuerung und Weiterentwicklung gab, einen neuen Partner suchen. Ende des Jahres 2011 präsentierte der Oberbürgermeister dem Stadtrat das Verhandlungsergebnis und schlug vor, die Zusammenarbeit fortzusetzen. *„Der Stadtrat folgte dem Vorschlag mehrheitlich nicht, sondern beauftragte die Verwaltung, Alternativen zu prüfen, insbesondere den ‚(Teil)-Rückkauf der von MVV erworbenen Anteile und möglicher alternativer Kooperation/Partnerschaften bzw. eine Rekommunalisierung der SWS.‘“²⁵⁵*

2010: Überprüfung der Kooperation mit privaten Anbietern

Beschluss Stadtrat: Rekommunalisierung statt neuen Partner

Nach intensiven Beratungen entschied sich der Stadtrat im September 2012 schließlich zum Rückkauf der Anteile um 115 Mio. Euro. *„Die schwache Verhandlungssituation Solingens bei einseitiger Kaufinitiative in einem laufenden Vertrag ohne Kündigungsmöglichkeit hat sich zweifelsfrei preistreibend*

²⁵¹ <http://berliner-wassertisch.info/stadtwerke-solingen-erst-teilprivatisiert-jetzt-wieder-vollstaendig-rekommunalisiert/>

²⁵² <http://www.annotazioni.de/post/911>

²⁵³ <http://berliner-wassertisch.info/stadtwerke-solingen-erst-teilprivatisiert-jetzt-wieder-vollstaendig-rekommunalisiert/>

²⁵⁴

<http://www2.solingen.de/C12572F80037DB19/0/A13065A83B4F9749C1257A67002A6D55?OpenDocument>

²⁵⁵

<http://www2.solingen.de/C12572F80037DB19/0/A13065A83B4F9749C1257A67002A6D55?OpenDocument>

*Unterstützung
durch
BürgerInnen-
initiative „Solingen
gehört uns“*

*ausgewirkt.*²⁵⁶ Unterstützt wurde das Vorgehen des Stadtrates von der BürgerInneninitiative „Solingen gehört uns“, die sich ebenfalls für den Rückkauf der Anteile einsetzte.

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten hatte Solingen die Gewinne durch den damaligen Verkauf nicht zur Schuldentilgung verwendet, sondern, wenn auch wenig, so doch gewinnbringend veranlagt. Dadurch mussten für den unplanmäßigen Rückkauf keine Schulden gemacht werden. Die Rekommunalisierung bietet für die Stadtwerke Solingen auch neue Chancen. So soll vermehrt in erneuerbare Energien investiert werden, was in den über zehn Jahren der privaten Energieversorgung vernachlässigt wurde.

3.2.7. Springe

*Stromversorgung
durch E.ON*

In der Region Hannover liegt Springe, eine etwa 30.000 EinwohnerInnen zählende deutsche Stadt. Die Stromversorgung leistete über Jahrzehnte hinweg *E.ON Avacon*, ein regionaler Energieversorger in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, der aus diversen Fusionen entstand und seit 2005 zum *E.ON*-Konzern gehört. Der letzte Konzessionsvertrag der Stadt Springe mit *E.ON Avacon* lief im Jahr 2006 aus.²⁵⁷

*2004:
Alternativen
werden in Betracht
gezogen*

Im Jahr 2004 begann die Stadt Springe Alternativen zur Vertragsverlängerung zu erwägen. Eine davon war die Übertragung der Stromversorgung an die eigenen Stadtwerke. Die *Stadtwerke Springe* hatten seit ihrer Gründung im Jahr 1901 lange Zeit die Strom-, Gas- und Wasserversorgung der Stadt übernommen. Nach der Privatisierung der Stromversorgung fiel aber schließlich im Jahr 1988 auch die Wasser- und Gasversorgung in private Hände. Die Stadtwerke wendeten sich von da an dem sozialen Wohnungsbau als einzig verbliebener Aufgabe zu.²⁵⁸

*Gutachten 2007:
Rekommunali-
sierung realisierbar*

Eine Rechtsanwaltskanzlei und ein energiewirtschaftlich-technisches Beratungsbüro sollten nun prüfen, ob die Übernahme der Stromversorgung durch die Stadtwerke eine wirtschaftlich realistische Option darstellt. Das Resultat war ein Gutachten im Jahr 2007: „Eine Übernahme der Stromkonzession durch die *Stadtwerke Springe* ist auch wirtschaftlich realisierbar.“²⁵⁹ Allerdings mit dem Zusatz, „dass eine Netzübernahme nur gemeinsam mit einem strategischen Partner wirtschaftlich sei.“²⁶⁰ An einem daran anschließenden Auswahlverfahren nahmen, neben *E.ON Avacon*, ein Bieterkonsortium aus den *Stadtwerken Braunschweig (BS/ENERGY)* und *Veolia Wasser* sowie die *Stadtwerke Hameln*, die sich in weiterer Folge dem Bieterkonsortium anschlossen, teil. *E.ON Avacon* unterbreitete ein Angebot zur Pacht und eines zur Betriebsführung, das

*Konsortium als
strategischer
Partner*

²⁵⁶

<http://www2.solingen.de/C12577D50055FA64/html/5329AE85F103FBB7C1257A7E0066721A?open=document>

²⁵⁷ vgl. <http://www.eon-avacon.com/CMS/Default.aspx?id=196&ch=1>; vgl. Aden, Martin (2013), 85

²⁵⁸ vgl. <http://www.stadtwerke-springe.de>

²⁵⁹ Aden, Martin (2013), 86

²⁶⁰ Aden, Martin (2013), 86

Bieterkonsortium zur Betriebsführung. Die Berater empfahlen nach Prüfung der Angebote die Betriebsführungslösung durch das Bieterkonsortium, dem schloss sich der Stadtrat im Juli 2008 an. Die Kriterien, die bei der Entscheidung besonders berücksichtigt wurden, waren „*der kommunale Einfluss auf die Investitionstätigkeit, das Engagement im Klimaschutz, das Engagement vor Ort und die unmittelbaren (Preis-)Vorteile für die BürgerInnen.*“²⁶¹ Das Bieterkonsortium erhielt einen Anteil an der *Stadtwerke Springe GmbH* von 49,5 Prozent, die restlichen 50,5 Prozent blieben im Eigentum der Stadt. Die neu aufgestellten Stadtwerke erhielten nun die Konzession für die Stromversorgung. Umgehend wurde mit dem Aufbau der technischen Infrastruktur begonnen und ein Kundenbüro in der Innenstadt eingerichtet. Am 1. Oktober 2008 wurde mit dem Vertrieb von Strom und Gas begonnen.

Stadt hält Mehrheit an Stadtwerken

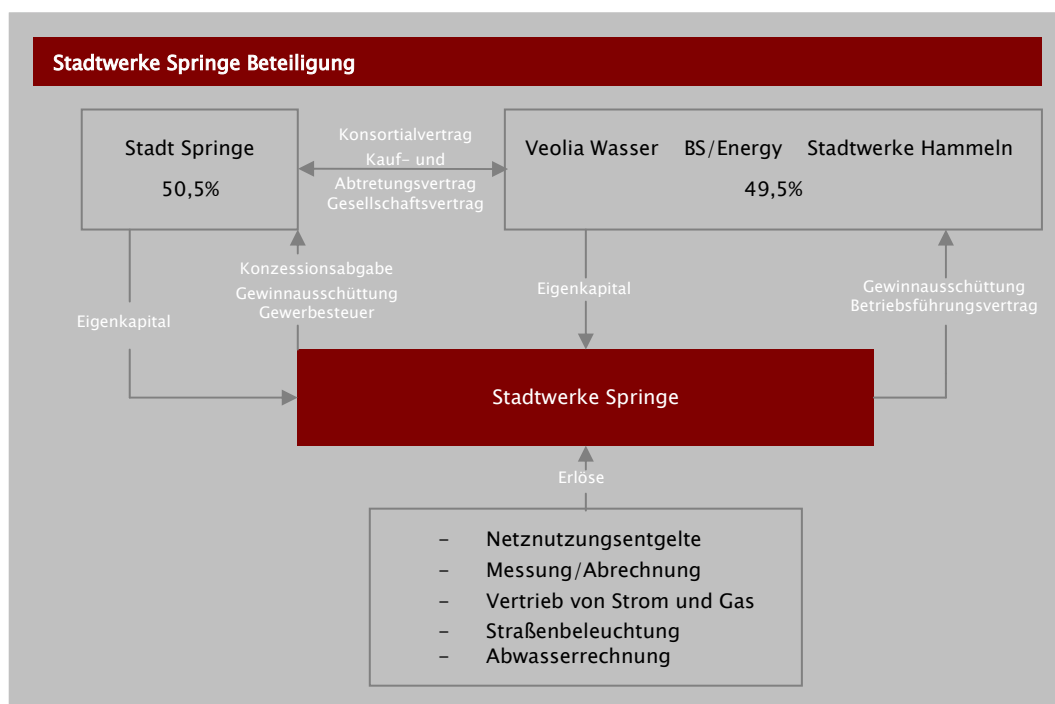


Abbildung 11: Stadtwerke Springe Beteiligung²⁶²

Bis heute nicht abgeschlossen ist jedoch die Netzübernahme. Die Verhandlungen mit *E.ON Avacon* waren von Anfang an schwierig, hatte das Unternehmen doch selbst auch ein Angebot zur Betriebsführung gelegt. Infolge der Niederlage verweigert das Unternehmen bis heute die Übertragung des Netzes an die Stadtwerke. „*Aktuelle Vertragsgrundlage ist ein unter Vorbehalt angenommener Pachtvertrag über das Stromnetz auf Basis des von Eon vorgegebenen Sachzeitwerts.*“²⁶³ Momentan befindet sich der Fall vor Gericht, ein Abschluss ist vor 2014 nicht zu erwarten. Die überhöhten Pachtzahlungen belastet derzeit die finanzielle Situation der Stadtwerke, „*auch wenn die Effekte niedriger ausfallen als befürchtet: Sahen die Planungen aus dem letzten Jahr noch ein Minus von*

Netzübernahme noch nicht abgeschlossen

²⁶¹ Aden, Martin (2013), 87

²⁶² vgl. Aden, Martin (2013), 88

²⁶³ Aden, Martin (2013), 88f.

erneuerbare
Energie statt
Kernenergie

Stadtwerke
initiiieren Projekte
zur umwelt-
schonenden
Stromproduktion

seit 2012:
Grundversorger

Preise sinken seit
Rekommunali-
sierung

538.000 Euro [...] für 2012 vor, fällt der tatsächliche Fehlbetrag mit 135.000 Euro deutlich niedriger aus.“²⁶⁴ Nach der gerichtlichen Klärung geht man bei den Stadtwerken Springe sogar von deutlichen Gewinnen aus.

„Die Stadtwerke Springe legen großen Wert auf den Bezug nachhaltig produzierter Energie, die ressourcenschonend und mit hohem Wirkungsgrad erzeugt wird.“²⁶⁵ Der Anteil an Kernenergie betrug bis zur Rekommunalisierung 18 Prozent. Dieser Anteil wurde mittlerweile durch Strom aus erneuerbarer Energie ersetzt, so dass seit April 2011 nur noch ein kernkraftfreier Energieträgermix angeboten wird – und das ohne Strompreiserhöhung.²⁶⁶ Von den Stadtwerken initiierte Projekte sollen die umweltschonende Stromproduktion weiter vorantreiben. Der Bau einer Photovoltaik-Anlage am Schulzentrum war eines der ersten Projekte der Stadtwerke, das Ende 2009 fertig gestellt wurde. Die Anlage erzeugt Strom für 50 Zwei-Personen-Haushalte.²⁶⁷ Ergänzend dazu wurde in Springe auch die Stromproduktion mit Biomasse vorangetrieben. „Bei der zukünftigen Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien hat Biomasse eine wichtige Rolle, denn sie ist flexibel einsetzbar, dezentral und steht rund um die Uhr zur Verfügung.“²⁶⁸ Im Jahr 2011 wurden zwei Biogas-Blockheizkraftwerke fertig gestellt. „Diese sollen für rund 3.000 Haushalte Bio-Strom produzieren. Die Bio-Wärme würde ausreichen, um rund 500 Haushalte zu versorgen.“²⁶⁹ Die Stadtwerke Springe investieren auch in Zukunftstechnologien wie die Elektromobilität. Seit Mai 2011 kann bei der ersten Elektro-Tankstelle vor dem Kundenbüro kostenlos getankt werden. Der Strom stammt ausschließlich aus erneuerbarer Energie. Gefördert wird außerdem der Einsatz von Elektrofahrrädern. Beim Kauf eines Elektrofahrrads bei einem Kooperationshändler der Stadtwerke erhalten bestehende KundInnen einen Gutschein im Wert von 200 Euro.²⁷⁰

Das ökologische Engagement der Stadtwerke seit ihrer Neuaufstellung hat sich bereits bezahlt gemacht. Immer mehr KundInnen konnten gewonnen werden, seit Ende des Jahres 2012 sind die Stadtwerke Strom- und Gasgrundversorger und versorgen damit die meisten Haushalte in der Stadt.²⁷¹ Für die BürgerInnen bedeutete die Rekommunalisierung eine Einsparung von „pro Jahr rund 90 Euro [...] für Strom bzw. über 60 Euro für Gas. Damit ergibt sich ein Mehrwert von über 870.000 Euro, der der Wertschöpfung vor Ort zu Gute kommt (Preisstand 6/2012).“²⁷² Seit Oktober 2010 zählen auch 57 städtische Gebäude zu den

²⁶⁴ <http://www.stadtwerke-springe.de/unternehmen/presse-und-aktuelles/details/stadtwerke-springe-bilanz-und-optimistischer-ausblick/>

²⁶⁵ Aden, Martin (2013), 90

²⁶⁶ vgl. Aden, Martin (2013), 90

²⁶⁷ vgl. <http://www.stadtwerke-springe.de/photovoltaik-anlage/>

²⁶⁸ <http://www.stadtwerke-springe.de/biogasprojekt/bhkw-springe-sued/>

²⁶⁹ <http://www.stadtwerke-springe.de/biogasprojekt/bhkw-springe-sued/>

²⁷⁰ vgl. <http://www.stadtwerke-springe.de>

²⁷¹ vgl. <http://www.stadtwerke-springe.de>

²⁷² Aden, Martin (2013), 92

Stromkunden der Stadtwerke. Neben der Vergrößerung des Kundenstamms hat sich auch das Geschäftsfeld der *Stadtwerke Springe* ausgeweitet. Mittlerweile haben sie die Abwasserabrechnung und die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung als Aufgaben übernommen.²⁷³

Die Stadtwerke sind über ihren eigentlichen Tätigkeitsbereich hinaus aktiv und engagieren sich in der Gemeinde. *„Als Stadtwerke verstehen wir uns als ein Teil der Stadt und möchten die Gemeinschaft in Springe und der Region fördern. Daher engagieren wir uns auf der gesamten gesellschaftlichen Breite als Sponsor und mit Spenden [...] und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Stadtleben.“*²⁷⁴ Die *Stadtwerke Springe* unterstützen Institutionen und Vereine aus den Bereichen Sport (z.B. Handballfreunde Springe, Fußballmuseum Springe) und Kultur (z.B. Musikschule Springe), spenden für soziale Zwecke (z.B. Insektenhotel für Naturschutzbund Springe, Spende für Kinderschutzbund Springe) und bieten eine kostenlose Umweltbildung an Schulen und Kindergärten an.²⁷⁵

Stadtwerke als Sponsor

Die *Stadtwerke Springe* sind ein Beispiel für ein funktionierendes PPP-Modell. *„Die Erfahrungen zeigen, dass die Rekommunalisierung letztlich dadurch wirtschaftlich effizient gestaltet werden kann, dass zur Durchführung der operativen Tätigkeiten ein erfahrener Partner und Betriebsführer einbezogen wird. Durch eine partnerschaftliche Kooperation zwischen kommunalen Dienstleistern lassen sich Synergieeffekte erzielen, wobei die kommunalpolitische Steuerung und Flankierung aufrechterhalten wird.“*²⁷⁶ Andere Beispiele zeigen jedoch die Gefahr von PPP-Modellen. Es ist also im Vorhinein zu prüfen, ob sich dieses Modell wirklich als gewinnbringend für die Kommune erweist. Denn die Erfahrungen zeigen, dass bei weitem nicht jedes PPP-Modell für Stadt und BewohnerInnen von Vorteil ist.

erfolgreiche Rekommunalisierung durch PPP-Modell

3.2.8. Stuttgart

Stuttgart ist die Hauptstadt des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg und hat etwa 605.000 EinwohnerInnen. Die Stadt hielt bis Ende des Jahres 1996 die Energie- und Wasserversorgung in eigener Hand. Die *Technischen Werke der Stadt Stuttgart (TWS)* erfüllten diese Aufgabe als Tochterunternehmen der Stadt. Darüber hinaus waren die *TWS* zu jeweils einem Drittel am *Zweckverband Landeswasserversorgung (LWW)* und am *Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung (BWV)* beteiligt.²⁷⁷ Damit konnte die Stadt indirekt auch ihren Einfluss auf die Wasserversorgung des Landes sicherstellen.

bis Ende 1990er: Energie- und Wasserversorgung kommunal

²⁷³ vgl. Aden, Martin (2013), 89

²⁷⁴ <http://www.stadtwerke-springe.de/engagement-in-springe/>

²⁷⁵ vgl. <http://www.stadtwerke-springe.de>

²⁷⁶ Aden, Martin (2013), 85

²⁷⁷ Die beiden Quellen Donauniederungen bei Ulm (Landeswasserversorgung) und der Bodensee (Bodensee Wasserversorgung) stellen die Versorgung der Landeshauptstadt Baden-Württembergs sicher.

1997: <i>Fusion zweier Stadtwerke (mit privater Beteiligung)</i>	Im Jahr 1997 fusionierten die <i>Technischen Werke der Stadt Stuttgart</i> und die <i>Neckarwerke Esslingen (NW)</i> zum Unternehmen <i>Neckarwerke Stuttgart (NWS)</i> . Die neu gegründeten <i>Neckarwerke Stuttgart</i> waren nach der Gründung zu 42,5 Prozent im Eigentum der Stadt Stuttgart, zu 30 Prozent im Besitz des <i>Neckar-Elektrizitätsverbandes</i> und 25,5 Prozent der Anteile hielt die <i>Energie Baden-Württemberg</i> (EnBW). Die restlichen zwei Prozent befanden sich im Streubesitz. Sie übernahmen die Versorgung der Region Stuttgart mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Trinkwasser.
<i>Stadt verkauft Anteile an regionalem Versorger an EnBW</i>	Die Stadt Stuttgart verkaufte im Jahr 1999 17,5 Prozent ihrer Anteile am regionalen Versorgungsunternehmen <i>Neckarwerke Stuttgart</i> an die <i>EnBW</i> . Im Jahr 2002 übertrug man „[...] auch den restlichen 25-prozentigen Anteil an den NWS [...] an die EnBW.“ ²⁷⁸ Mit dem Verkauf der <i>Neckarwerke Stuttgart</i> wurde auch das „Stimmrecht in den Zweckverbänden der Landes- und der Bodenseewasserversorgung mit veräußert“ ²⁷⁹ . Die Stadt hatte ihre Anteile von je einem Drittel an den beiden Zweckverbänden ²⁸⁰ an die <i>Energie Baden-Württemberg</i> verkauft. ²⁸¹ Seit dem Jahr 2002 hat Stuttgart damit (auch indirekt) keine Anteile mehr an der Energie- und Wasserversorgung der Stadt und des Umlandes und damit ihren Einfluss gänzlich verloren.
<i>Verkauf wegen sinkender Strompreise</i>	Der Verkauf der <i>Neckarwerke Stuttgart</i> ging innerhalb kürzester Zeit von statten und wurde letztendlich, trotz Vorbehalten mancher PolitikerInnen, einstimmig im Gemeinderat beschlossen. Die Zustimmung zum Verkauf basierte auf den sinkenden Strompreisen und Erlösen der <i>NWS</i> nach der Liberalisierung des Energiemarktes Ende der 1990er Jahre. Ein Fehler, wie sich später zeigte, denn die Strompreise stiegen kurz darauf wieder kräftig an.
2009: <i>Verhandlungen über Neu- organisation der Wasserversorgung</i>	Bereits im Jahr 2009 nahm die Stadt Verhandlungen mit der <i>EnBW</i> auf, um die Wasserversorgung in Stuttgart neu zu organisieren. Denn mit dem Auslaufen der Konzessionsverträge für Strom, Wasser, Gas und Fernwärme Ende 2013 gab es auch Überlegungen bezüglich einer Netzübernahme durch die Stadt. Noch bevor sich die Verhandlungsparteien einigen konnten, änderten sich die Rahmenbedingungen völlig. Die BürgerInneninitiative „Wasserforum“ hatte zwischenzeitlich begonnen, Unterschriften für ein BürgerInnenbegehren zu sammeln. Im März 2010 wurden rund 27.000 Unterschriften an das Rathaus übergeben, die sich allesamt für eine Rekommunalisierung der Wasserversorgung aussprachen. Die hohe Anzahl an Unterschriften verpflichtete die Stadt zu einem Bürgerentscheid, alle bisherigen Verhandlungen zwischen der Stadt und der <i>EnBW</i> waren dadurch obsolet. Der Gemeinderat übernahm die
<i>BürgerInnen- initiative „Wasserforum“ sammelt 27.000 Unterschriften</i>	

²⁷⁸ <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.energieversorgung-ein-historischer-fehler-wird-korrigiert-page3.70c4fa89-335c-4543-b07a-5022a7524eb9.html>

²⁷⁹ <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.energieversorgung-ein-historischer-fehler-wird-korrigiert-page3.70c4fa89-335c-4543-b07a-5022a7524eb9.html>

²⁸⁰ Zweckverbände stellen interkommunale Zusammenschlüsse dar, welche der Erreichung eines konkreten Zieles dienen müssen (hier z.B. Wasserversorgung).

²⁸¹ vgl. Arenz (2010)

Forderungen des Bürgerbegehrens, sodass der Bürgerentscheid ausgesetzt werden konnte. Unterstützt wurde die angestrebte Rekommunalisierung durch ein in Auftrag gegebenes Gutachten.²⁸² Die Abstimmung des Gemeinderates über die Rekommunalisierung endete schließlich mit einem einstimmigen Beschluss.²⁸³

Gemeinderat beschließt Rekommunalisierung der Wasserversorgung

Schon kurz nach dem Beschluss wurden die Weichen für die Umsetzung gelegt. Im Jahr 2011 beschloss der Stuttgarter Gemeinderat die Gründung einer eigenen vollständig kommunalen Stadtwerkegesellschaft in Form der *Stadtwerke Stuttgart GmbH (SWS)*. Die *SWS* ist eine Tochterfirma der stadteigenen *Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (SVV)*.

2011: Gründung Stadtwerke Stuttgart GmbH

Die *Stadtwerke Stuttgart GmbH* bietet seit dem Jahr 2012 Strom und Gas aus ökologischer Erzeugung an. Das Ziel ist es, bis 2015 40.000 Haushalte mit Ökostrom und 15.000 Haushalte mit Biogas zu versorgen. Weitere 10.000 KundInnen sollen von den *Elektrizitätswerken Schönau (EWS)* übernommen werden. Diese wurden als strategischer Partner für die Strom- und Gasversorgung gewonnen. Gemeinsam wurde noch im Jahr 2012 die *Stadtwerke Vertriebsgesellschaft mbH* zum Vertrieb von Strom und Gas gegründet. Möglicherweise soll das Angebot des kommunalen Anbieters in Zukunft um Fernwärme erweitert werden.

Strom und Gas aus ökologischer Erzeugung

Dies hängt wohl nicht zuletzt vom Ausgang der Ausschreibung über die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze der Stadt ab. Obwohl die Konzession bereits Ende des Jahres 2013 ausgelaufen ist und sich sieben Unternehmen um die Konzession beworben haben (darunter *EnBW*, *Veolia*, und auch die Stadtwerke), wurde bislang keine Entscheidung getroffen. Bis zu einer Entscheidung werden die Netze weiter von der *EnBW* geführt. Die rechtzeitige Übernahme durch einen anderen Betreiber wird jedoch immer unwahrscheinlicher, bedarf diese doch einer längeren Vorlaufzeit.

Ausschreibung der Netze noch ohne Erfolg

Die Rekommunalisierung der Stuttgarter Wasserversorgung ist dagegen noch nicht abgeschlossen. Der Gemeinderat hatte die Forderungen des Bürgerbegehrens übernommen, bereits ab 2014 sollte die Wasserversorgung wieder von der Stadt selbst durchgeführt werden. Dazu wurde der bestehende Eigenbetrieb der Stadtentwässerung um den Bereich der Wasserversorgung erweitert und wird zukünftig unter dem Namen *Kommunale Wasserwerke Stuttgart (KWS)* betrieben.

Rekommunalisierung der Wasserversorgung noch nicht abgeschlossen

Die langwierigen Verhandlungen über den Rückkauf müssen mittlerweile als gescheitert betrachtet werden. *EnBW* verlangt von der Stadt einen Kaufpreis von 600 bis 750 Mio. Euro und orientiert sich dabei am Sachzeitwert. Die Stadt ist hingegen der Ansicht, dass der Kaufpreis sich am Ertragswert messen muss. Und dieser liegt bei schätzungsweise 160 bis 180 Mio. Euro. Nachdem sich die Verhandlungspartner nicht auf einen Preis einigen konnten, müssen nun die

Wassernetze – Verhandlungen über Preis dauern an

²⁸² vgl. Horváth&Partners (2011)

²⁸³ vgl. http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2010/stgt_fuer_rekommunalisierung_wasser.htm

transparentes
Vorgehen der
Politik

Gerichte entscheiden, was das Stuttgarter Wassernetz wert ist.²⁸⁴ „Mit der Klage soll festgestellt werden, ob die EnBW dazu verpflichtet ist, das Wasserversorgungsvermögen zum 1. Januar 2014 gegen Zahlung des Ertragswerts herauszugeben.“²⁸⁵ Bis die Gerichte zu einem Urteil kommen, wird noch einige Zeit vergehen. In der Zwischenzeit bleibt die Wasserversorgung bei der EnBW.

Wenngleich sich in Stuttgart zeigt, wie schwierig die Rückübertragung privatisierter Leistungen ist, so ist das transparente Vorgehen der Politik positiv zu beurteilen. Die politisch Verantwortlichen wollten, im Gegensatz zur Privatisierung, die BürgerInnen von Beginn an über die Pläne und vorhandenen Optionen informieren (und in den Prozess einbinden). Deshalb wurden auch alle Phasen der Entwicklung in öffentlichen Gemeinderatssitzungen und bei Informationsveranstaltungen für die BürgerInnen offen gelegt und diskutiert.²⁸⁶ Im Zuge einer Rekommunalisierung sollten gerade in diesem Punkt nicht die Fehler der Privatisierungen, die häufig hinter verschlossenen Türen stattfanden, wiederholt werden.

3.2.9. Wolfhagen

Stromversorgung
je nach Stadtteil
entweder durch
E.ON oder
Stadtwerke

Wolfhagen ist eine Kleinstadt, gelegen im Norden des deutschen Bundeslandes Hessen, mit etwa 13.800 EinwohnerInnen. Die Stadt besteht aus insgesamt 13 Stadtteilen und der Kernstadt. Die Stromversorgung erfolgte in elf Stadtteilen über E.ON²⁸⁷, nur in der Kernstadt und zwei weiteren Stadtteilen wurde sie von den Stadtwerken Wolfhagen erbracht, die damit aber zwei Drittel der EinwohnerInnen Wolfhagens mit Strom versorgten.²⁸⁸ Die Stadtwerke Wolfhagen GmbH befinden sich zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Wolfhagen. Neben der Stromversorgung beliefern die Stadtwerke die Bevölkerung auch mit Wasser.²⁸⁹

2002:
Stadtverordneten-
versammlung
beschließt
einstimmig
Rekommunali-
sierung

Der Konzessionsvertrag mit E.ON lief am 31.12.2004 aus. Bereits im Vorfeld des Vertragsendes wurde die Rückübertragung der elf Stadtteile an die Stadtwerke politisch diskutiert. Als Risiken galten der unkalkulierbare Kaufpreis sowie eventuell langwierige Verhandlungen. Dem standen Effizienzpotentiale für die Stadtwerke als Argument entgegen. Schließlich beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2002 einstimmig, den Vertrag mit E.ON nicht mehr zu verlängern und die Stromversorgung für die elf Stadtteile durch die Stadtwerke Wolfhagen wieder selbst zu erbringen.²⁹⁰ „Diese klare Willensbildung und Geschlossenheit gab den handelnden Akteuren in der

²⁸⁴ vgl. http://www.hundert-wasser.org/files/EnBW_Kadi.pdf

²⁸⁵ <http://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/507536?>

²⁸⁶ vgl. <http://www.stuttgart.de/stadtwerke>

²⁸⁷ ursprünglich Energie-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (heute E.ON Mitte)

²⁸⁸ vgl. Rühl, 1

²⁸⁹ vgl. <http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/>

²⁹⁰ vgl. Rühl, 1

*Verwaltung und den Stadtwerken bei den langwierigen Verhandlungen die nötige Sicherheit, um die Netzübernahme standhaft voranzutreiben.*²⁹¹ Dies war auch notwendig, denn die Verhandlung des Kaufpreises war ein schwieriger und langwieriger Prozess, der sich von 2002 bis 2006 hinzog. Die erste Forderung von *E.ON* lag fast 100 Prozent über der schlussendlich bezahlten Summe. Letztlich konnte im Februar 2006, mehr als ein Jahr nach Ende des Konzessionsvertrages, das Stromnetz durch die *Stadtwerke Wolfhagen* erworben werden.²⁹² Den Rückkauf sollte Wolfhagen bis spätestens 2015 wirtschaftlich verdaut haben.²⁹³

Verhandlungen mit E.ON schwierig und langwierig



Abbildung 12: Aufgabenbalance Stadtwerke Wolfhagen²⁹⁴

Die Stadtwerke Wolfhagen können durch die Rekommunalisierung ihre Aufgaben effizienter erledigen und dabei gleichzeitig eine Balance zwischen den Anliegen der Stadtwerke und den BürgerInnen verfolgen. Die Grafik zeigt – auch stellvertretend für andere Stadtwerke – das Konzept eines effizienten Stadtwerkes. Der Besitz der Stadtwerke ermöglicht die Umsetzung energiepolitischer Ziele auf politischer Ebene. In Wolfhagen wird dabei in erster Linie auf ökologische Nachhaltigkeit durch die Förderung erneuerbarer Energien gesetzt. Damit sollen langfristig auch Preissenkungen realisierbar sein. Die Erträge, die nun in die Stadtkasse und nicht an ein privates Unternehmen fließen, kommen letzten Endes der Bevölkerung zugute. Denn die Stadtwerke versuchen, ihren KundInnen Strom zu billigen Preisen anzubieten. Immer wieder gilt als Vorteil der kommunalen Versorgung auch eine größere Bürgernähe und dadurch besseres KundInnenservice.

effizientes Stadtwerk

²⁹¹ Rühl, 2

²⁹² vgl. Rühl, 2

²⁹³ vgl. <http://www.wlz-fz.de/Lokales/Waldeck/Bad-Arolsen/Offene-Liste-informiert-sich-in-Wolfhagen-ueber-kommunales-Energiekonzept>

²⁹⁴ vgl. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

Musterbeispiel
Förderung
erneuerbarer
Energien

Wolfhagen gilt als Musterbeispiel in der Förderung erneuerbarer Energie. Seit dem Jahr 2008 beziehen die Stadtwerke den Strom aus 100 Prozent Wasserkraft vom größten österreichischen Erzeuger.²⁹⁵ Langfristig strebt Wolfhagen jedoch eine ökologische Energieversorgung aus eigener Kraft an. „Bis 2015 soll die vollkommene Selbstversorgung durch Windkraft, Solaranlagen und Biomasse-Kraftwerke gewährleistet sein.“²⁹⁶ Im April des Jahres 2008 wurde deshalb von den Stadtverordneten der Bau eines Windparks sowie einer Biomasseverstromung und BürgerInnenbeteiligungsprojekte für Fotovoltaikanlagen beschlossen.²⁹⁷ „Ein wesentlicher Baustein dieser Strategie ist dabei ein Windpark mit fünf hochmodernen Windrädern“²⁹⁸, der die Energieerzeugung durch Windkraft massiv vorantreibt. Bis 2015 sollen zwei Drittel des Energiebedarfes durch Energie aus Windkraft abgedeckt werden (siehe Grafik).²⁹⁹

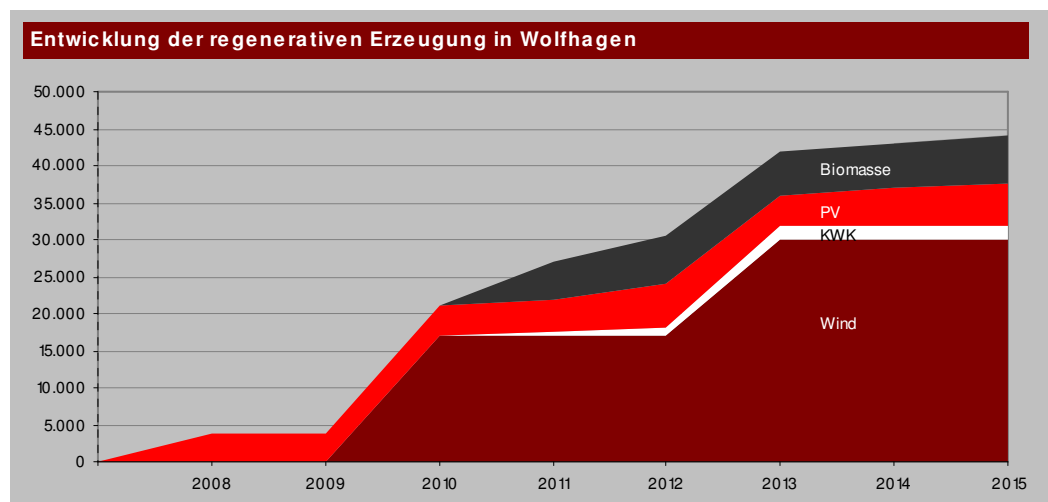


Abbildung 13: Entwicklung der regenerativen Erzeugung in Wolfhagen³⁰⁰

Windpark:
direkte
BürgerInnen-
beteiligung

Dies soll sich auch für die BürgerInnen rechnen, die über eine Bürgerbeteiligung eine direkte Teilhabe am Windpark haben. Durch die Investitionen in Windkraft soll der prognostizierte Strompreis für Haushalte im Jahr 2020 um über 20 Prozent geringer sein als ohne Windenergie.³⁰¹

²⁹⁵ vgl. http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=25&Itemid=105; vgl. http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1&Itemid=104

²⁹⁶ Engartner (2010)

²⁹⁷ vgl. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

²⁹⁸ <http://www.wlz-fz.de/Lokales/Waldeck/Bad-Arolsen/Offene-Liste-informiert-sich-in-Wolfhagen-ueber-kommunales-Energiekonzept>

²⁹⁹ vgl. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

³⁰⁰ vgl. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

³⁰¹ vgl. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

Ein neues Projekt, das erst im Oktober 2012 fertig gestellt wurde, ist der Solarpark Wolfhagen, der rund 42.000 Solarmodule umfasst. Damit kann derzeit Strom für ca. 3.000 3-Personen-Haushalte erzeugt werden. Durch die „Stromverdrängung aus dem deutschen Strommix“³⁰² werden jährlich in etwa 5.700 Tonnen CO₂ eingespart. Die Investitionskosten, die 6 Mio. Euro betrugen, rechnen sich für die Stadtwerke: „Dem Gutachten des Wirtschaftsprüfers ist zu entnehmen, dass eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite von 5 bis 6 % zu erwarten ist.“³⁰³ Der Solarpark ist auch ein Beispiel dafür, wie kommunale Unternehmen die regionale Wertschöpfung steigern können. In das Projekt waren ausschließlich regionale Akteure involviert: „Regionale Unternehmen [...] lieferten hocheffiziente Solarmodule [...]. Ortsansässige Banken finanzierten und zahlreiche örtliche Betriebe wurden mit dem Bau beauftragt.“³⁰⁴ Von den Investitionen profitierten damit vor allem die ortsansässigen Betriebe. „Im Ergebnis werden mit dem Solarpark über 20 Jahre rund 24,5 Mio. Euro an Wertschöpfung in der Region generiert.“³⁰⁵ Gleichzeitig konnte durch die Rekommunalisierung „die Zahl der örtlichen Arbeitsplätze [...] erhöht“³⁰⁶ werden.

Solarpark

ortsansässige
Betriebe profitieren

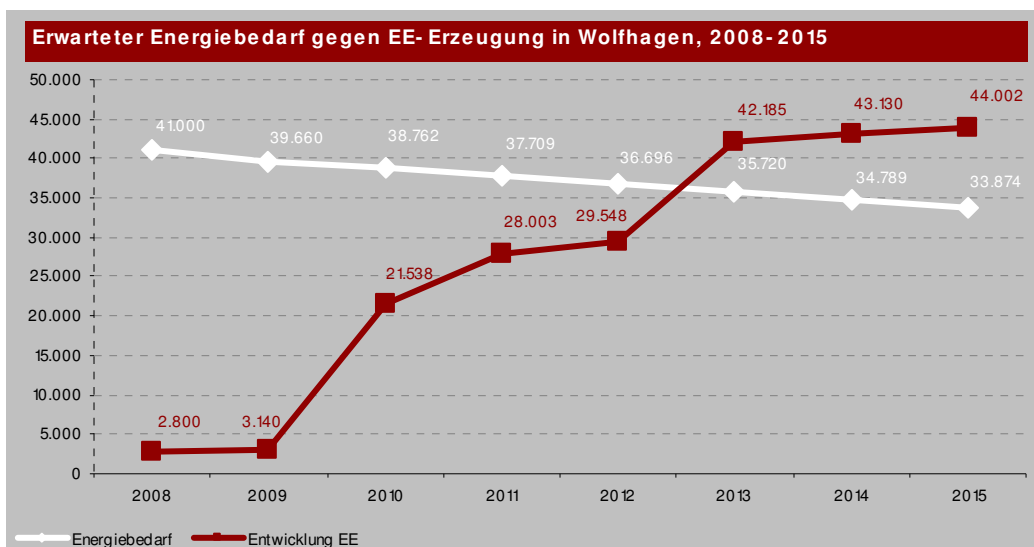


Abbildung 14: Erwarteter Energiebedarf gegen EE-Erzeugung in Wolfhagen, 2008–2015³⁰⁷

Investiert werden soll aber auch in Energiesparmaßnahmen. Durch neue technologische Möglichkeiten (Energiesparlampen, Stromsparprogramme etc.) und einer zusätzlichen offensiven Energieberatung der Stadtwerke wird erwartet, dass der Energiebedarf der Haushalte im Jahr 2015 um 17 Prozent geringer sein

Energiespar-
maßnahmen

³⁰² <http://de.slideshare.net/StadtwerkeWolfhagen/stadtwerke-wolfhagenwolfhager-energiweg>

³⁰³ <http://de.slideshare.net/StadtwerkeWolfhagen/stadtwerke-wolfhagenwolfhager-energiweg>

³⁰⁴ <http://de.slideshare.net/StadtwerkeWolfhagen/stadtwerke-wolfhagenwolfhager-energiweg>

³⁰⁵ <http://de.slideshare.net/StadtwerkeWolfhagen/stadtwerke-wolfhagenwolfhager-energiweg>

³⁰⁶ Rühl, 3

³⁰⁷ vgl. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

wird als im Jahr 2008.³⁰⁸ Die Stadtwerke selbst haben im Sinne des Energiesparens im Jahr 2011 einen Großteil der Straßenlampen durch LED-Leuchten ersetzt, „die Energieeinsparung liegt in Anwohnerstraßen bei bis zu 75%.“³⁰⁹

Die Stadtwerke Wolfhagen bewerten „die Übernahme der Stromnetze [...] als vollen Erfolg.“³¹⁰ Die Netzübernahme führte zu den angestrebten Effizienzsteigerungen und die Aufgaben konnten gebündelt und kostenneutraler umgesetzt werden. „Durch die Vergrößerung des Netzgebietes können sowohl Allgemeinkosten als auch Aufwendungen zur Vorhaltung des Bereitschaftsdienstes, die Verbrauchsabrechnung und die Kundenberatung auf eine größere Anzahl an Kunden umgelegt werden. Dies führt zu Effizienzsteigerungen im Kerngebiet und zur Senkung der spezifischen Kosten pro Kunde und pro kWh.“³¹¹ Es ist den Stadtwerken auch gelungen, ihre KundInnenzahl zu vergrößern: „Neben der deutlichen Umsatzsteigerung im Netzbetrieb haben auch viele Wolfhager Bürger in den Stadtteilen zwischenzeitlich einen Stromliefervertrag mit ihrem öffentlichen Versorger abgeschlossen.“³¹² Die Liberalisierung des Strommarktes nutzen aber auch die Stadtwerke Wolfhagen und beliefern StromkundInnen außerhalb ihres kommunalen Einzugsgebietes. „Und das überall hin, egal ob der Tarifikunde im niedersächsischen Northeim oder im hessischen Wetzlar sitzt.“³¹³

3.2.10. Rekommunalisierung deutscher Energieriesen

„Die Stadtwerke feiern auf dem deutschen Energiemarkt ein aufsehenerregendes Comeback.“³¹⁴ Zur Jahrtausendwende „wurden viele staatliche Stromanbieter privatisiert, nachdem die gesamte Energiebranche liberalisiert worden war. Jetzt übernehmen Kommunen wieder selbst die Versorgung, verbünden sich gegen die Branchenriesen Eon und RWE – und gehen selbst auf Einkaufstour.“³¹⁵ In den letzten Jahren haben deutsche Kommunen bzw. kommunale Zusammenschlüsse drei große Energieversorgungsunternehmen wieder rekommunalisiert: die Steag, Thüga und EnBW. Diese Rekommunalisierungen sind ob ihrer Ergebnisse aber nicht unumstritten: Verschuldete Kommunen, die hunderte Millionen Euro für den Kauf der Energieunternehmen in die Hand nehmen, Engagements im

³⁰⁸ vgl. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

³⁰⁹ <http://de.slideshare.net/StadtwerkeWolfhagen/stadtwerke-wolfhagenwolfhager-energiweg>

³¹⁰ Rühl, 3

³¹¹ Rühl, 3

³¹² Rühl, 3

³¹³ <http://www.stadtwerke->

[wolfhagen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1&Itemid=104](http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1&Itemid=104)

³¹⁴ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

³¹⁵ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

Ausland, was den Auftrag der kommunalen Daseinsvorsorge in Frage stellt und fragwürdige Ein-Personen-Entscheidungen haben die Rekommunalisierungen von großen deutschen Energieunternehmen in die Kritik geraten lassen.

3.2.10.1. *Steag (ursprünglich: Steinkohlen Elektrizitäts AG)*

Die *Steag* (ursprünglich *Steinkohlen Elektrizitäts AG*) gehörte seit dem Jahr 2002 vollständig dem *RAG*-Konzern (ehemals *Ruhrkohle AG*). Dieser hatte die Anteile von den großen deutschen Energieversorgern *E.ON* und *RWE* erworben. Die *Steag* war in der *RAG* Tochterfirma *RAG Beteiligungs-AG* untergebracht, die im Jahr 2007 in *Evonik Industries* umbenannt wurde. Als Geschäftsfeld von *Evonik Industries* wurde die *Steag* in *Evonik Steag* umbenannt.

Steag vollständig privatisiert

Im Jahr 2010 formierte sich ein Bieterkonsortium des Rhein-Ruhrgebietes von sechs Kommunalversorgern (Dortmund, Duisburg, Bochum, Essen, Oberhausen, Dinslaken) und kaufte 51 Prozent der Anteile an der *Evonik Steag* von *Evonik Industries* für einen Kaufpreis von 649 Mio. Euro. Der Vertrag wurde im März 2011 wirksam, mit Juni 2011 entfiel der Namensteil *Evonik*. Die restlichen 49 Prozent der *Steag*-Anteile, die sich noch im Besitz von *Evonik Industries* befinden, sollen nach dem Ablauf einer Fünf-Jahres-Frist um geschätzte 600 Mio. Euro vom Stadtwerke-Konsortium-Rhein-Ruhr erworben werden.³¹⁶ Unterstützt hat den Deal die Landesregierung von SPD und Grüne, die die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung ändern mussten, damit der Kauf möglich wurde.³¹⁷ Der Kaufpreis wird allerdings als finanzielle Überbelastung der defizitären Kommunen betrachtet und führte öffentlich zu viel Kritik. Denn die beteiligten Kommunen weisen zusammen Schulden in Höhe von 11 Milliarden Euro auf. Die Finanzierung müsste über Kreditaufnahmen erfolgen. Angesichts der günstigen Zinslage soll der Kauf dem Vernehmen nach nun sogar früher erfolgen als zunächst angedacht.³¹⁸ Die Kommunalaufsicht überprüft derzeit, ob die Übernahme der Auslandsgeschäfte der *Steag* durch die Stadtwerke rechtens ist. Geht die Prüfung positiv aus, soll der Rückkauf bis spätestens Ende 2014 abgewickelt werden, möglicherweise sogar noch vor dem Sommer, da Ende Mai 2014 die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen anstehen.

Konsortium von Kommunalversorgern kauft 51% der Anteile

Kritik: Kaufpreis finanzielle Überbelastung für defizitäre Kommunen

Das Ziel hinter der Rekommunalisierung war die Schwäche in der Stromproduktion der Stadtwerke, die in einem Ballungsraum mit 5 Mio. KundInnen an Rhein und Ruhr operieren. Mit dem Kauf der *Steag* sollten die

³¹⁶ vgl. <http://www.verivox.de/nachrichten/steag-stadtwerke-konsortium-ist-neuer-mehrheitseigentuermer-70032.aspx>; vgl.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

³¹⁷ vgl. <http://m.faz.net/aktuell/politik/energiewende/energiewende-das-verlangen-am-ganz-grossen-rad-zu-drehen-12123504.html>

³¹⁸ http://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/wirtschaft/aktuelles_berichte/Rhein-Ruhr-Konsortium-Stadtwerke-wollen-Steag-noch-in-diesem-Jahr-komplett-kaufen;art318,2261242

Steag soll als big player etabliert werden

Expansion ins Ausland

Gewinne unter Erwartungen

Engpässe bei der Stromproduktion überwunden werden.³¹⁹ Gleichzeitig betonte das Stadtwerke-Konsortium, das die *Steag* als fünftgrößten Stromerzeuger Deutschland übernommen hat, „sein Ziel sei es, die *Steag* als großen Player der Energieversorgung zu etablieren.“³²⁰ Die *Steag*, die sich selbst als „international tätiges Unternehmen“³²¹ bezeichnet, betreibt deshalb neben mehreren Steinkohlekraftwerken in Deutschland auch drei in Kolumbien, der Türkei und auf den Philippinen.³²² Weiters unterhält die *Steag* Tochtergesellschaften auf der ganzen Welt, so etwa in Indien, Brasilien, der Türkei, der Schweiz und den USA.³²³ Für die Zukunft ist die Erschließung neuer Märkte in Rumänien und Indien geplant.³²⁴ „Und auch investieren wird die *Steag* vor allem im Ausland – rund eine Milliarde Euro sollen es in den kommenden Jahren sein.“³²⁵ Der Kommunalversorger expandiert damit (weiter) ins Ausland. Inwieweit dies mit dem Auftrag der kommunalen Daseinsvorsorge in Einklang zu bringen ist, scheint immer fragwürdiger. Selbst Befürworter des Deals stellen diese Vorgehensweise mittlerweile in Frage, wie etwa der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Reiner Priggen: „Es muss geprüft werden, ob eine Ausweitung der *Steag* [...] mit dem Gemeindewirtschaftsrecht vereinbar ist. Es ist eigentlich nicht Aufgabe von kommunalen Unternehmen, derartig offensiv weltweit tätig zu werden.“³²⁶

Neben der Kritik an der weltweiten Ausweitung des Geschäftsfeldes konnte der Energiekonzern aber auch die Renditenerwartungen bis dato nicht erfüllen. Denn mit der *Steag*-Übernahme waren zunächst auch finanzielle Gewinnerwartungen der Kommunen verbunden. „Just im Jahr eins nach der Übernahme brach der Gewinn des Stromerzeugers ein – auf nur noch fünf Millionen Euro nach Steuern.“³²⁷ Den Kommunen und der *Evonik* wurden trotzdem Dividenden in Höhe von 120 Mio. Euro ausgeschüttet.³²⁸

³¹⁹ vgl. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

³²⁰ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

³²¹ http://www.steag.com/ueber_uns1.html

³²² vgl. <http://www.verivox.de/nachrichten/steag-stadtwerke-konsortium-ist-neuer-mehrheitseigentuemer-70032.aspx>

³²³ vgl. http://www.steag.com/ueber_uns1.html

³²⁴ vgl. <http://m.faz.net/aktuell/politik/energie/wende/energie/wende-das-verlangen-am-ganz-grossen-rad-zu-drehen-12123504.html>;

³²⁵ <http://m.faz.net/aktuell/politik/energie/wende/energie/wende-das-verlangen-am-ganz-grossen-rad-zu-drehen-12123504.html>

³²⁶ <http://m.faz.net/aktuell/politik/energie/wende/energie/wende-das-verlangen-am-ganz-grossen-rad-zu-drehen-12123504.html>;

³²⁷ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

³²⁸ vgl. <http://m.faz.net/aktuell/politik/energie/wende/energie/wende-das-verlangen-am-ganz-grossen-rad-zu-drehen-12123504.html>; vgl.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

Eines der erklärten Ziele des Stadtwerke-Konsortiums ist der Ausbau erneuerbarer Energien. Der Anteil erneuerbarer Energien soll bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent ausgebaut werden. Derzeit liegt er bei unter 10 Prozent, da die *Steag* bislang auf Kohlekraftwerke setzt. Für sie werden ab 2013 sogar teure Zertifikate notwendig sein, weil sie eine große Menge an CO₂ ausstoßen.³²⁹ Das schmälert nachhaltig den Gewinn des Unternehmens.³³⁰ Für einen Ausbau erneuerbarer Energie im Inland ist derzeit kaum Geld vorhanden, fließen die Investitionen doch zu rund zwei Drittel ins Ausland: „*Wir hätten es gerne gesehen, wenn der größere Teil [der Investitionen; Anm. d. Verf.] im Inland geblieben wäre, aber die Rahmenbedingungen nach der Energiewende sprechen leider absolut gegen einen solchen Weg*“³³¹, sagt der Aufsichtsratschef der *Steag*, Guntram Pehlke.

Anteil erneuerbarer Energie soll auf 25% erhöht werden

Die Bilanz der Rekommunalisierung ist bislang zwiespältig. Während die einen den Rückkauf als ein kalkulierbares finanzielles Risiko betrachten, sorgen sich andere um die Haushaltssituation der beteiligten Kommunen. Um eine endgültige Beurteilung vorzunehmen, muss wohl die weitere Entwicklung abgewartet werden.

zweispältige Bilanz

3.2.10.2. Thüga (ursprünglich: Thüringer Gas AG)

Die *Thüga AG* (*Thüringer Gas AG*) ist ein Versorgungsunternehmen, das die Geschäftsfelder Gas und Strom bedient. Versorgt werden durch die *Thüga AG* insbesondere die deutschen Bundesländer Bayern, Thüringen und Sachsen. Die *Thüga AG* war die Tochterfirma eines der größten privaten Energieversorger Europas – der *E.ON AG*.³³² Neben *E.ON* besaßen auch viele kommunale Unternehmen Anteile an der *Thüga AG* (z.B. *N-Energie Nürnberg*, *Mainova Frankfurt*).³³³ Sie stellt somit eine historisch gewachsene Mischform zwischen öffentlichem und privatem Eigentum dar.

Thüga Mischform zwischen privat und öffentlich

³²⁹ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

³³⁰ vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

³³¹ <http://m.faz.net/aktuell/politik/energiewende/energiewende-das-verlangen-am-ganz-grossen-rad-zu-drehen-12123504.html>

³³² Die *E.ON AG* bildet eine Fusion der beiden bis dahin (2000) staatlich dominierten Mehrheitseigentümer von *VIAG* und *VEBA*.

³³³ http://www.welt.de/welt_print/wirtschaft/article4957445/Geschaefte-perfekt-Stadtwerke-kaufen-E-on-Tochter-Thuega.html sowie

http://www.gerald-gruenert.de/Privatisi_Aufgaben/13052011/Rekommunalisierung_best_practice.pdf

Wer wir sind: Die KOM9-Gruppe

K9M

K9M

Unternehmen des
KOM9 Konsortiums



Abbildung 15: KOM 09 Gruppe³³⁴

*E.ON musste
wegen zu starker
Macht-
konzentration
verkaufen*

Der *E.ON*-Konzern geriet jedoch unter zunehmenden Druck der EU-Kommission, die wettbewerbsrechtliche Bedenken hinsichtlich der starken Machtkonzentration des Konzerns hatte.³³⁵ Deshalb verkaufte *E.ON* im Jahr 2009 seine lokale Stadtwerke-Tochtergesellschaft *Thüga* um 4 Mrd. Euro an zwei kommunale Konsortien.³³⁶ Einerseits an die *KOM09* (ein Zusammenschluss 45 regionaler Stadtwerke vor allem kleinerer Kommunen), die 38 Prozent an der *Thüga* erlangte, andererseits an die *Integra* (ein Verbund aus den *Stadtwerken Nürnberg* (*N-ERGIE AG*), *Stadtwerken Frankfurt* (*Mainova*) und *Stadtwerken Hannover* (*enercity*), die 62 Prozent an der *Thüga* erwarb.³³⁷ Damit war die *Thüga* wieder zur Gänze in der Hand kommunaler Unternehmen.

*E.ON verkaufte nur
„verkleinerte
Thüga“*

Der *E.ON*-Konzern brachte jedoch nicht die komplette Tochtergesellschaft zum Verkauf, sondern behielt sich gezielt einige Teile der *Thüga* vor. So wurden etwa die Berliner Gaswerke durch Nutzung von Vorkaufsrechten durch die *E.ON AG* selbst erworben. Der Kaufpreis der „verkleinerten“ *Thüga* lag bei 2,9 Mrd. Euro.³³⁸ Insgesamt haben durch den Verkauf 90 regionale

³³⁴ http://www.sw-meerane.de/cms/Unternehmen/Profil/Beteiligungen/KOM9_Gruppe2.JPG

³³⁵ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/versorger-eon-verkauft-thuega-an-kommunen-seite-all/3236896-all.html>

³³⁶ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/konkurrenz-fuer-e-on-co-experten-feiern-deutschlands-neue-energie-macht-a-642026.html> sowie Arenz (2010)

³³⁷ Hall, Terhorst (2011)

³³⁸ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/konkurrenz-fuer-e-on-co-experten-feiern-deutschlands-neue-energie-macht-a-642026.html> sowie Arenz (2010)

Versorgungsunternehmen über die beiden kommunalen Bieterkonsortien *KOM09* und *Integra* Anteile an der *Thüga*.³³⁹

Seit dem Jahr 2009 konnte die *Thüga Holding* ihren kommunalen Anteilseignern jedes Jahr Gewinne ausschütten und ein hohes Maß an Investitionen in die Infrastruktur und besonders in die Erzeugung erneuerbarer Energie aufweisen.³⁴⁰ Die *Thüga* dient außerdem lokalen Stadtwerken und Versorgungsbetrieben als strategischer Partner und versucht weitere Anteile an kommunalen Versorgungsunternehmen zu erwerben.³⁴¹ Um die Kosten von neuen Beteiligungen und Investitionen in Infrastruktur finanziell zu verkraften, strebt das Unternehmen für das Jahr 2012 eine Kapitalerhöhung an. Dafür sollen bis zu 25 Prozent des Unternehmens an der Börse verkauft werden.³⁴² Dabei zeigt sich auch, wodurch für den Konzern Probleme entstehen könnten: Die *„Geschäftspolitik des kommunalen Konzerns steht vor dem Konflikt, durch den kommunalen Zusammenschluss Marktmacht auszubauen gegen die Konzerne [...], um die nötigen Finanzmittel zum Erwerb von Konzessionsverträgen und zur Durchführung nachhaltiger Investitionen zu erhalten, und dies zu vermitteln mit der Grundausrichtung des Unternehmens an dem dreifachen Unternehmensziel: der CO₂-freien Energiewende, der Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft sowie die Bereitstellung sozialverträglicher Tarife.“*³⁴³

*kontinuierliche
Gewinn-
ausschüttungen*

*angedacht:
Kapitalerhöhung
durch Teil-
privatisierung*

3.2.10.3. *EnBW (Energie Baden-Württemberg)*

Die *Energie Baden-Württemberg (EnBW)* ist, mit einem Umsatz von über 19 Mrd. Euro, eines der größten Energieunternehmen Deutschlands und Europas.³⁴⁴ Es entstand im Jahr 1997 durch eine Fusion von *Badenwerk* und *Energie-Versorgung Schwaben (EVS)*. Die ursprüngliche Idee dazu, die Energieversorgung des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg auf eine gemeinsame Basis zu stellen, reicht in die späten 1980er Jahre zurück.

*EnBW eines der
größten Energie-
unternehmen
Europas*

Im Jahr 2000 verkaufte Baden-Württemberg seine Anteile von 25,01 Prozent für 2,4 Mrd. Euro an das französische Unternehmen *EdF*. In weiterer Folge hat *EdF* ihren Anteil am Unternehmen auf 45,01 Prozent erhöht. Der *Zweckverband*

*2000:
EdF erwirbt Anteile*

³³⁹ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/versorger-eon-verkauft-thuega-an-kommunen-seite-all/3236896-all.html>

³⁴⁰ Thüga (2011), 12f. sowie Thüga (2012), 17

³⁴¹

http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/Presse/Jahrespressekonferenz_110527_Praesentation.pdf

³⁴² http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/roundup-thuega-hofft-auf-milliardeneinnahme-durch-kapitalerhoehung_aid_765444.html

³⁴³ http://www.gerald-gruenert.de/Privatisi_Aufgaben/13052011/Rekommunalisierung_best_practice.pdf

³⁴⁴ vgl. <http://www.enbw.com/unternehmen/karriere/wer-wir-sind/unternehmensportraet/index.html>

Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) hält einen Anteil von 45,01 Prozent. Die restlichen Anteile befinden sich im Besitz mehrerer kleiner Anteilsnehmer.

Ende 2010:
überraschender
Rückkaufbeschluss
von Baden-
Württemberg

Ende 2010 entschloss sich das Bundesland Baden-Württemberg überraschend, die 45 Prozent Anteile von *EdF* wieder zurück zu kaufen. Der Kaufpreis betrug 4,7 Mrd. Euro. Damit war es „*die größte Verstaatlichung in der Bundesrepublik.*“ Gleichzeitig war es „*das am dilettantischsten abgeschlossene Geschäft dieser Größenordnung, das je eine staatliche Organisation einfädelte. Es verstieß gegen Recht und Gesetz, es missachtete die Hoheit des Parlaments sowie verschiedene Rechts- und Haushaltsgrundsätze.*“³⁴⁵

EnBW-Rückkauf als
Wahlkampfthema

Für den Deal war der damalige CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus verantwortlich. Erste Gespräche zwischen Mappus und *EdF* gab es im Sommer 2010. Dabei habe der Chef von *EdF* angekündigt, die Führung der *EnBW* übernehmen zu wollen. Diese Möglichkeit hätte ihm der im Herbst 2011 auslaufende Konsortialvertrag geboten, „*der die paritätische Führung zwischen den beiden Großaktionären*“³⁴⁶ – *EdF* und *OEW* – regelt. Sollte dies nicht gelingen, wolle *EdF* die Anteile abschieben, die sich dann ein ausländischer Investor aneignen hätte können. So die Version von Stefan Mappus, der damit in einer späteren Stellungnahme sein Handeln verteidigte. Ganz so unter Zeitdruck wie Mappus den Eindruck vermitteln wollte, stand er aber nicht. Denn der Konsortialvertrag lief noch über ein Jahr und auch die *OEW* hätten den Einstieg eines ausländischen Investors verhindern können. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Wahlen in Baden-Württemberg im März 2011 und die sinkenden Umfragewerte für die CDU Mappus angetrieben haben, um als Retter der *EnBW* aufzutreten: „*Mappus und sein Medienberater [...] sahen im EnBW-Geschäft ein entscheidendes Wahlkampfthema. Mappus wollte als entschlossener und wirtschaftserfahrener Ministerpräsident auftreten.*“³⁴⁷

Rückkauf
Alleingang von
Ministerpräsident
Stefan Mappus

Stefan Mappus kontaktierte nach Beginn der Gespräche mit der *EdF* die Investmentbank *Morgan Stanley* bzw. deren Deutschlandchef, Dirk Notheis, zu dem Mappus eine freundschaftliche Beziehung unterhielt. Notheis war fortan Stefan Mappus' Berater und Organisator des Rückkaufs der *EnBW*. Später wird kritisiert werden, dass dieser Auftragsvergabe keine Ausschreibung voranging.³⁴⁸ Nach einer Reihe von weiteren Gesprächen im Herbst 2010 entschied sich Mappus schließlich dazu, die *EnBW*-Anteile zurückzukaufen. Man hat sich schließlich auf einen Kaufpreis von 41,50 Euro pro Aktie geeinigt, was in Summe 4,7 Mrd. Euro ergab. Zum Erwerb des Aktienpakets wurde die *Neckarpri GmbH*

³⁴⁵ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rueckkauf-von-enbw-muehsame-spurensuche-im-milliardengrab/5132706.html>

³⁴⁶ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rueckkauf-von-enbw-muehsame-spurensuche-im-milliardengrab/5132706.html>

³⁴⁷ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rueckkauf-der-enbw-aktien-mappus-vermaechtnis-11484728.html>

³⁴⁸ vgl. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rueckkauf-von-enbw-muehsame-spurensuche-im-milliardengrab/5132706.html>

gegründet. Geschäftsführer wurde der CDU-Staatsminister Helmut Rau, der neben Mappus, Notheis und der Rechtsanwaltskanzlei Gleiss Lutz der einzig in den Deal Eingeweihte war. Das Landesparlament informierte Mappus nicht, nur den zuständigen Ressortchef, Finanzminister Willi Stächele, weihte er einen Tag vor Bekanntgabe der Übernahme in den Deal ein. Am 6. Dezember 2010 wurde der Rückkauf der Anteile offiziell bekannt gegeben.

Parlament wurde nicht informiert

Anteilseigner der EnBW	
NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH (zu 100% im Besitz des Landes)	46,75%
OEW Energie-Beteiligungs GmbH (OEW)	46,75%
Badische Energieaktionärs-Vereinigung (BEV)	2,45%
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau (G.S.D.)	0,97%
Neckar-Elektrizitätsverband (NEV)	0,63%
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	2,08%
Streubesitz	0,39%

Tabelle 4: Anteilseigner der EnBW³⁴⁹

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 führte zu einem Regierungswechsel. Die CDU war zwar weiterhin stärkste Partei, kam zusammen mit der FDP aber nicht mehr auf eine Mandatsmehrheit. Aufgrund des guten Abschneidens der Grünen konnten sie mit der SPD eine Koalition bilden. Der Kauf der *EnBW* war bereits im Wahlkampf Thema und wurde von der neuen Regierung nach Amtsantritt in die Arbeitsagenda aufgenommen. Die Klärung der genauen Umstände erwies sich allerdings als überaus schwierig, denn die Vorgängerregierung ließ kaum Unterlagen zurück. *„Bei dem Verkauf einer Gewerbeimmobilie in Gammertingen gibt es mehr Unterlagen als bei der Milliardenübernahme der EnBW-Anteile“³⁵⁰*, so der derzeitige Landesminister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid. Der neue Ministerpräsident hat lediglich *„den äußerst dünnen Kaufvertrag mit 50 Seiten, ein paar Seiten Beiwerk und ein sechsseitiges Rechtsgutachten von Gleiss Lutz gefunden“³⁵¹*, wobei dieses auf den 15. Dezember 2010 datiert ist, also erst nach dem Deal erstellt wurde.

kaum schriftliche Dokumente über Rückkauf vorhanden

Im Oktober 2011 hat der Staatsgerichtshof (Verfassungsgerichtshof in Baden-Württemberg) die Umgehung des Parlaments als Verfassungsbruch beurteilt. *„Es fehlte das Tatbestandsmerkmal der Unabweisbarkeit, weil die Entscheidung als aufschiebbar angesehen werden kann“³⁵²*, so die Begründung.

Das war jedoch nur der Beginn der Untersuchungen. Es folgte eine Schiedsgerichtsklage Anfang 2012, die klären sollte, ob ein überhöhter Rückkaufpreis an *EdF* bezahlt wurde. Gegen Stefan Mappus wurde wegen

Schiedsgericht und parlamentarischer U-Ausschuss

³⁴⁹ vgl. <http://www.enbw.com/unternehmen/investoren/anleihen-und-aktien/aktie/aktionaersstruktur.html>

³⁵⁰ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rueckkauf-von-enbw-muehsame-spurensuche-im-milliardengrab/5132706.html>

³⁵¹ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rueckkauf-von-enbw-muehsame-spurensuche-im-milliardengrab/5132706.html>

³⁵² <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rueckkauf-der-enbw-aktien-mappus-vermaechtnis-11484728.html>

Verdachts der Untreue ermittelt. Zudem wird ihm vorgeworfen, dass er „sich die Konditionen für das Geschäft von seinem Freund, dem Investmentbanker Dirk Notheis, diktieren ließ.“³⁵³ Bereits seit Ende 2011 gibt es einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der die Abläufe des Rückkaufs untersucht. Doch selbst dieser wurde zum Skandal, nachdem bekannt wurde, dass der Ausschussvorsitzende, Ulrich Müller (CDU), Stefan Mappus heimlich Informationen zukommen ließ. Behandelt werden in dem Ausschuss auch Akten, die bei Mappus zu Hause beschlagnahmt wurden.³⁵⁴ Derzeit befindet sich der Ausschuss auf der Zielgeraden, der Abschlussbericht soll noch im März 2014 vorliegen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt währenddessen noch immer gegen Mappus, Anklage wurde bislang keine erhoben.³⁵⁵

Negativbeispiel EnBW

Die Rekommunalisierung der EnBW zeigt, wie solche Projekte nicht durchgeführt werden sollten. Der Deal wurde ohne reifliche Überlegung, unter Zeitdruck und unter Ausschluss des Parlaments durchgeführt. Es sollte als Prestigeobjekt einem regierenden Politiker in die Hände spielen und seine Position absichern. Doch nicht nur demokratiepolitisch ist die Vorgehensweise problematisch. Mittlerweile ist auch klar, dass der Rückkauf ein Verlustgeschäft für das Land war. Baden-Württemberg bezahlte beim Rückkauf im Jahr 2010 noch 41,50 Euro pro Aktie, derzeit (Februar 2014) notiert diese bei knapp 27 Euro pro Stück, also nur mehr zwei Drittel des Werts.³⁵⁶ Ein Gutachten aus dem Untersuchungsausschuss geht davon aus, dass für den Rückkauf der Aktien rund 800 Mio. Euro zu viel gezahlt wurden.³⁵⁷

4. Wasserver- und Abwasserentsorgung

4.1. Einleitung

Die Wasserversorgung hat bei den Leistungen der Daseinsvorsorge aufgrund der Besonderheit der Ressource Wasser einen speziellen Stellenwert. Nichts desto trotz gab es auch hier bereits Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen, die zur Herausbildung von großen, weltweit agierenden Unternehmen geführt hat. Die bisherigen Entwicklungen sollen in einer kurzen Einführung dargestellt werden. Ein Überblick über den europäischen Wasserver- und Abwasserentsorgungssektor soll schließlich zeigen, welche Städte wieder zur kommunalen Aufgabenerfüllung zurückgekehrt sind.

³⁵³ <http://www.stern.de/politik/deutschland/enbw-untersuchungsausschuss-staatsanwaltschaft-uebergibt-mappus-akten-an-landtag-1970769.html>

³⁵⁴ vgl. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article113651394/Untersuchungsausschuss-wird-zu-Blamage-fuer-CDU.html>

³⁵⁵ <http://www.n-tv.de/politik/Dem-Krokodil-fehlen-die-Reisszaehne-article12271211.html>

³⁵⁶ vgl. www.finanzen.net/chart/EnBW

³⁵⁷ <http://www.n-tv.de/politik/Dem-Krokodil-fehlen-die-Reisszaehne-article12271211.html>

4.1.1. Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor

Die EU hat, trotz der besonderen Eigenschaft des Wassers, die Liberalisierung der Wasserversorgung in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben. Bereits Mitte der 1990er Jahre hat die EU-Kommission die Liberalisierung des EU-Wassersektors als Ziel postuliert.³⁵⁸ „Die wichtigste Antriebskraft hinter der Liberalisierung der EU waren diverse Lobbying-Organisationen.“³⁵⁹ Daran wird das starke Interesse von privaten Unternehmen an der Trinkwasserversorgung deutlich. Die Kostenintensität der notwendigen Infrastruktur zur Wasserver- und Abwasserentsorgung stellte vor allem kleine Gemeinden oft vor finanzielle Probleme und so war die Versuchung einer Privatisierung groß. Dass eine weitreichende Privatisierung wie im Energiesektor verhindert werden konnte, lag einzig an der besonderen Stellung, die das Wasser im ganzen Versorgungssystem einnimmt.

*seit Mitte 1990er:
Liberalisierung von
Wasser auf EU-
Ebene voran-
getrieben*

*Wassersektor als
profitabler Bereich
im Fokus Privater*

Zu Beginn des neuen Jahrtausends waren zwar nur fünf Prozent der weltweiten Wasserversorgung in privater Hand, „die Erwartung an eine schnelle Kommerzialisierung des Wassersektor“³⁶⁰ waren jedoch hoch. Private Firmen erhofften sich rasche Gewinne und die Ausweitung ihrer Geschäftsgebiete. Dies gelang ihnen zu Beginn auch. Über zehn Jahre später muss aber festgestellt werden, dass diese Erwartungen sich nicht so erfüllt haben wie zunächst erhofft. Die privaten Wasserversorger mussten in den letzten Jahren einige Rückschläge hinnehmen, wenn auch nicht von einer allgemeinen Trendumkehr gesprochen werden kann. Soziale Bewegungen und auch politische Parteien waren gegen angedachte Privatisierungen zunehmend kritisch eingestellt, was zur Verhinderungen von Privatisierungsvorhaben oder auch zu Rekommunalisierungen führte. Die Unternehmen wurden durch den zunehmenden Widerstand „gezwungen“, ihre Strategie zu ändern und tendieren jetzt stärker in Richtung Public-Private-Partnerships, „in denen ihre unternehmerischen Risiken minimiert sind, da diese meist von der öffentlichen Hand getragen werden.“³⁶¹ Weiters spielen Finanzinvestoren (wie Hedge-Fonds) eine zunehmende Rolle im Bereich der Wasserversorgung, wie unter anderem das Beispiel der Wasserversorgung in London zeigt. Die Konzerne verlagern außerdem ihr Arbeitsfeld und „investieren mehr in die ‚zweite Linie‘, in Technologie und Beratung, in die Abwasseraufbereitung und Meerwasserentsalzung, also in Felder, in denen sie weniger potentiell Protest [...] ausgesetzt sind.“³⁶² Wie die Entwicklung im Wassersektor in Europa weitergeht wird, ist derzeit nicht abschätzbar. Die europäische Initiative Right2Water, die sich rund um die Diskussion Konzessionsrichtlinie gebildet hat, hat gezeigt dass die Bevölkerung Privatisierungen in diesem Bereich skeptisch

*kritische
Einstellung zu
Wasser-
privatisierung*

*neue Strategie
Privater:
Investitionen in
„zweite Linie“*

³⁵⁸ vgl. ÖGPP (2008), 12

³⁵⁹ ÖGPP (2008), 12

³⁶⁰ Hachfeld (2009), 87

³⁶¹ Hachfeld (2009), 87

³⁶² Hachfeld (2009), 87

gegenüberstehen. Der Wassersektor wurde aus der Konzessionsrichtlinie vorerst ausgenommen, die Übergangsfrist läuft jedoch 2020 aus. Danach könnte auch dieser Bereich wieder in den Fokus von Privatisierungsbestrebungen gelangen.

*lokales Monopol –
Konzentration in
kommunaler Hand*

In den meisten europäischen Ländern hat bis jetzt der Eigencharakter des Wassers als notwendiges, nicht ersetzbares Produkt und das „lokale Monopol“ des Wassers, also der teure und strukturell schwer mögliche Transport über weite Strecken, zu einer Konzentration der Wasserver- und Abwasserentsorgung in der Hand der Kommunen geführt. Im europäischen Raum stellen Großbritannien und Frankreich diesbezüglich Ausnahmen dar. Hier hat die private Wasserversorgung eine lange Tradition. In Frankreich wurde die Verwaltung der Wasserversorgung für einen beschränkten Zeitraum privatisiert, in Großbritannien sogar die gesamte Infrastruktur zur Wasserversorgung. In den letzten Jahren kam es auch in vielen osteuropäischen Städten wie Bukarest, Prag und Sofia zu Privatisierungen und Konzessionsvergaben an private Firmen. Damit war das Ziel verbunden, Kapital und Know-how zu lukrieren. Tatsächlich konnten diese Ziele aber kaum erreicht werden.

4.1.2. Die Ressource Wasser

*Wasser als Quelle
des Lebens*

Wasser hat als Ressource und Lebensmittel, das nicht substituierbar ist, bei der Daseinsvorsorge einen besonderen Stellenwert. *„Wasser wird in allen Lebensbereichen benötigt und ist gleichzeitig elementar für die Aufrechterhaltung der Biosphäre.“*³⁶³ Das Vorhandensein einer flächendeckenden Wasserver- und Abwasserentsorgung hat enorme Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Menschen und der sie umgebenden Umwelt. Die Besonderheit des Gutes Wasser sorgte dafür, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28. Juli 2010 *„das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht an[erkannte, Anm. d. Verf.], das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist.“*³⁶⁴ Auch rechtliche Bestimmungen in den verschiedenen Ländern heben die Bedeutung der Wasserversorgung hervor. So ist etwa in Südafrika das Recht auf Wasser in der Verfassung verankert, ebenso wie in Uruguay, wo außerdem eine Privatisierung verboten wurde. Auch in der österreichischen Bundeshauptstadt Wien *„wurde der Verkauf der öffentlichen Wasserversorgung und der Liegenschaften der Quellschutzgebiete verfassungsrechtlich unterbunden.“*³⁶⁵

*UN 2010:
Wasser als
Menschenrecht*

³⁶³ ÖGPP (2008), 12

³⁶⁴ <http://www.un.org/Depts/german/gv-64/band3/ar64292.pdf>

³⁶⁵ ÖGPP (2008), 17

4.1.3. Vergleich: Wasserpreise und –qualität in europäischen Ländern

Bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge werden bei der Diskussion privat vs. öffentlich Qualität und Preis stets als Kriterien herangezogen. Es wird dabei häufig der Standpunkt vertreten, dass Private auch im Wassersektor eine bessere Qualität zu niedrigeren Preisen liefern könnten. Der Bundesverband deutscher Energie- und Wasserversorger (BDEW) hat Qualität und Preis der Wasserversorgung in einer Vergleichsstudie für die Wasserwirtschaft untersucht. Dazu wurden sechs Länder miteinander verglichen, die einerseits einen Querschnitt aus alten und neuen bzw. großen und kleinen EU-Mitgliedsstaaten bilden, andererseits eine unterschiedliche Tradition in der Wasserver- und Abwasserentsorgung aufweisen. So werden in Deutschland, Österreich und den Niederlanden die Wasserver- und Abwasserentsorgung primär durch öffentliche Leistungsträger erbracht, in Frankreich und England jedoch vorwiegend durch private Akteure. Das wichtigste Ergebnis dieses Vergleichs: Öffentlich erbrachte Leistungen in der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind nicht teurer als private, und das bei weitaus besserer Wasserqualität.

*europäische
Vergleichsstudie
zur Wasser-
wirtschaft*

*öffentliche
Versorger liefern
bessere Qualität zu
gleichen Preisen*

Die Studie war sehr umfassend angelegt und beinhaltet neben dem landesspezifischen Preis auch Zuschüsse über Steuern und auch eine Schätzung über den Preis bei einer Qualitätsverbesserung. Beim Vergleich der Wasserpreise wird vom landesspezifischen Preis, den die VerbraucherInnen direkt mittels Rechnung bezahlen, ausgegangen (Stufe I). Dazu werden die Kosten gerechnet, die der Staat bzw. die Kommune der nationalen Wasserwirtschaft zuschießt und die vom Verbraucher indirekt durch Steuern und Abgaben gedeckt werden (Stufe II). Zuletzt wird der Wasserpreis für die KonsumentInnen geschätzt, wenn das deutsche Leistungsniveau, das zu den qualitativsten in Europa zählt, erreicht werden soll (Stufe III).

In Frankreich und England, wo die Trinkwasserversorgung vorwiegend durch private Unternehmen erbracht wird, würden bei einem Anstieg des Leistungsniveaus die Wasserpreise deutlich jene in Deutschland, Österreich und den Niederlanden überschreiten, die allesamt die Wasserversorgung überwiegend durch öffentliche Versorgungsbetriebe sicherstellen. Das gleiche Bild zeigt sich bei der Abwasserentsorgung.

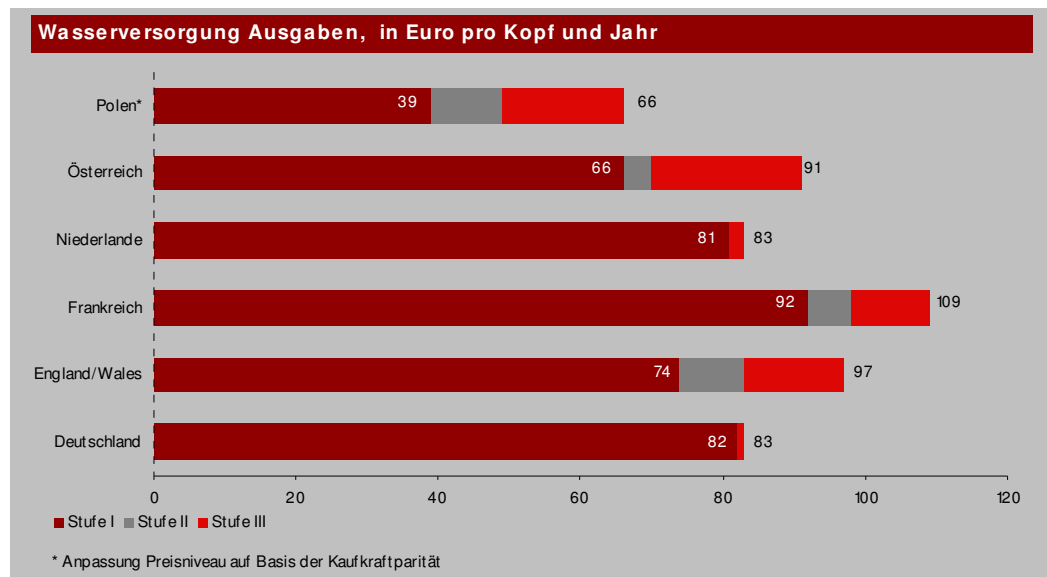


Abbildung 16: Wasserversorgung Ausgaben, in Euro pro Kopf und Jahr³⁶⁶

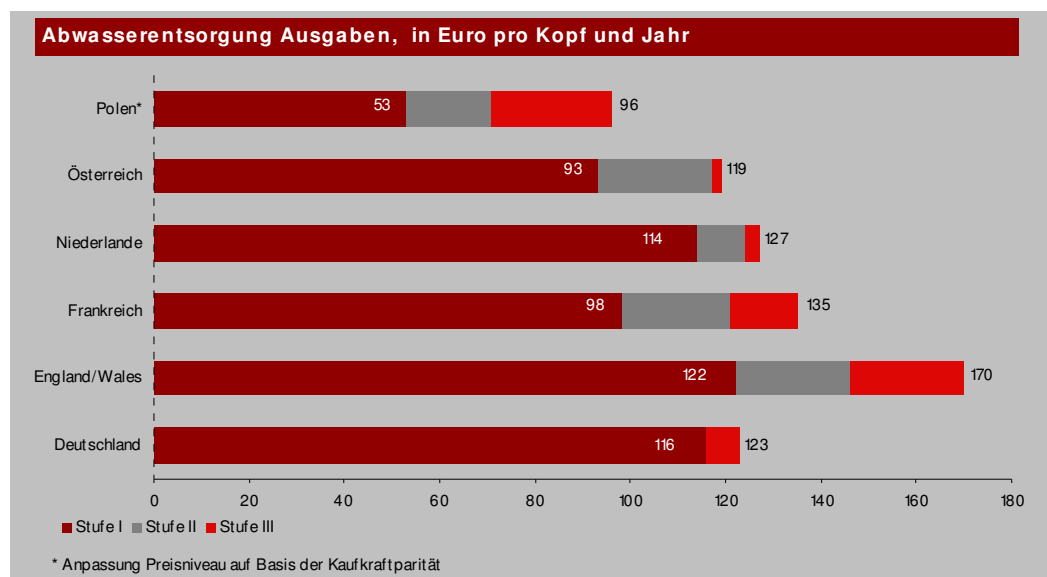


Abbildung 17: Abwasserentsorgung Ausgaben, in Euro pro Kopf und Jahr³⁶⁷

Die jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben für das Trinkwasser lagen in Österreich bei 66 Euro, in den Niederlanden bei 81 Euro und in Deutschland bei 82 Euro. In den von privaten Wasserversorgungsunternehmen dominierten Ländern England und Frankreich lag der Preis bei 74 bzw. 92 Euro. Bei der Abwasserentsorgung zahlten ÖsterreicherInnen mit 93 Euro pro Jahr vergleichsweise wenig. In den Niederlanden lag der Preis bei 114, in Deutschland bei 116 Euro. Teurer war die Abwasserentsorgung in England mit 122 Euro.

Eine Studie der Universität Barcelona hat in einer Metaanalyse die Kosten privater Wasserversorgung überprüft. Die These, wonach die private Leistungserbringung

³⁶⁶ vgl. BDEW (2010), 5

³⁶⁷ vgl. BDEW (2010), 6

günstiger sei als die öffentliche, konnte auch hier nicht bestätigt werden: „*Our meta-regression analysis does not reveal a systematic relationship between cost savings and private production. Indeed, we find that the most recent studies, those from the U.S., and those on water services, are less likely to show any savings.*”³⁶⁸ Bei der Wasserversorgung bleiben die Kostenersparnisse aus, da die Monopolbildung die Wettbewerbsmöglichkeit verhindert: „*Expectations for cost savings stem primarily from the notion that competition increases the pressure to achieve efficiency at lower costs. However, water distribution is a service characterized by high asset specificity and tends toward a natural monopoly with few expectations of competition.*”³⁶⁹ Das Fehlen des Wettbewerbs hebt auf Dauer die Preise: „*Many public services are natural monopolies with high asset specificity, as in the case of water distribution, and private production in these cases is unlikely to yield cost savings.*”³⁷⁰ Damit wird deutlich, dass die versprochenen Kostenersparnisse durch die Privatisierung im Bereich der Wasserversorgung nicht gehalten werden konnten.

*Studien belegen:
Kosten bei privater
Erbringung nicht
geringer*

*fehlender
Wettbewerb lässt
die Preise steigen*

Geringere Kosten, bessere Qualität – so die Devise der Privatisierungsbefürworter. Nachdem die Kostenerwartungen nicht das gehalten haben, was sie versprochen, stellt sich die Frage, ob die Versprechen hinsichtlich einer besseren Qualität gehalten werden konnten? Als Qualitätsmerkmale der Wasserwirtschaft gelten geringe Verluste des Trinkwassers während des Transports und der Umfang der Reinigung des Abwassers.

In den öffentlichen Trinkwassernetzen gingen in Deutschland nur 6,5 Prozent, in den Niederlanden nur 7 Prozent und in Österreich 11 Prozent des Trinkwasser verloren. Im England und Frankreich war der Verlust mit 15,5 bzw. 20,9 Prozent weitaus höher.

*Trinkwasser-
verluste bei
öffentlichen
Versorgern
geringer*

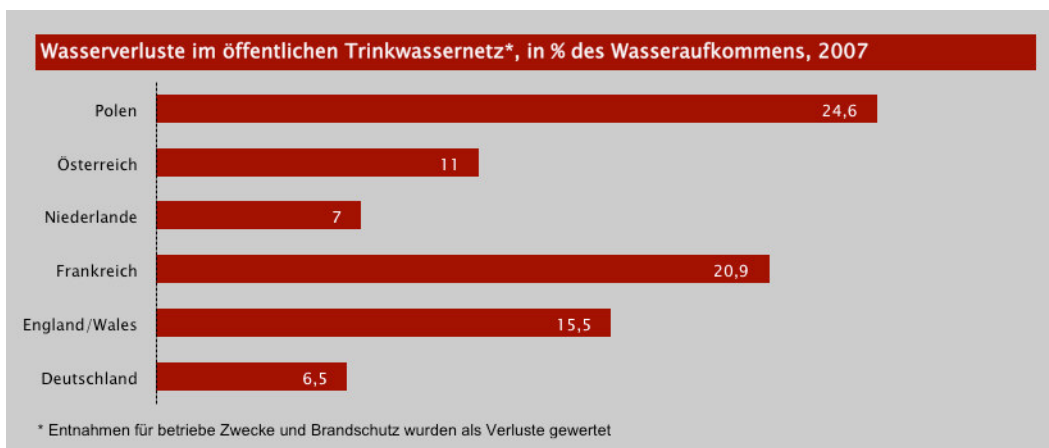


Abbildung 18: Wasserverluste im öffentlichen Trinkwassernetz, in % des Wasseraufkommens, 2007³⁷¹

Bei der Abwasserbehandlung schreibt eine EG-Richtlinie (91/271/EWG) die Reduktion von Phosphor und Stickstoff um 75 Prozent in den Kläranlagen vor.

³⁶⁸ Bel, Fageda, Warner, 2008

³⁶⁹ Bel, Fageda, Warner, 2008

³⁷⁰ Bel, Fageda, Warner, 2008

³⁷¹ vgl. BDEW (2010), 10

schlechtere
Abwasserqualität
bei Privaten

Denn der Anteil der Stickstoff- und Phosphorverbindungen liegt im häuslichen Abwasser „über dem, den die Mikroorganismen (neben den Kohlenstoffverbindungen) für das normale Zellwachstum benötigen. Es sind daher Verfahrensschritte notwendig, damit diese nicht in die Gewässer gelangen“³⁷² um Reaktionen wie Algenwachstum, Sauerstoffgehaltsabsenkung im Wasser oder „Fischsterben durch toxisch wirkendes Ammoniak, der bei höherem pH-Wert aus Ammonium gebildet wird“³⁷³, verhindert werden können. Dies geschieht in der letzten von drei Reinigungsstufen durch die biologische Nährstoffelimination. In Deutschland, Österreich und den Niederlanden werden 95 Prozent durch das Klärverfahren entfernt, was auf eine gute Abwasserqualität schließen lässt. In Frankreich und England liegt dieser Anteil lediglich bei 50,5 bzw. 43,4 Prozent.

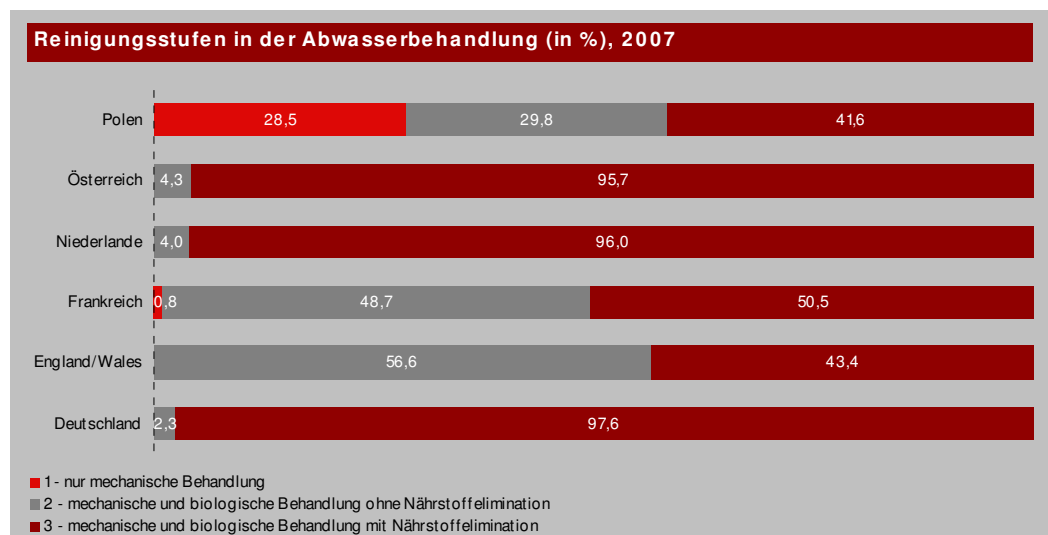


Abbildung 19: Reinigungsstufen in der Abwasserbehandlung (in %), 2007³⁷⁴

4.1.4. Big player der Wasserversorgung

größte
Wasserversorger
aus Frankreich –
Veolia und Suez

Die beiden größten internationalen privaten Wasserversorger – *Veolia* und *Suez* – kommen aus Frankreich. *Veolia* ist neben der Wasserwirtschaft auch noch in der Abfall- und Energiewirtschaft und dem Öffentlichen Personennahverkehr tätig. „It is one of the two leading multinationals in each of these sectors (the other being GDF-Suez).“³⁷⁵

Der Wasserzweig von *Veolia* (*Veolia Water*) hatte im Jahr 2012 weltweite Einnahmen von 12,1 Mrd. Euro. Davon stammten 37,2 Prozent aus Frankreich und weitere 30,2 Prozent aus anderen Ländern Europas. Insgesamt konnten

³⁷² <http://www.wasser-wissen.de/abwasserlexikon/b/biologischennaehrstoffelimination.htm>

³⁷³ <http://www.wasser-wissen.de/abwasserlexikon/b/biologischennaehrstoffelimination.htm>

³⁷⁴ vgl. BDEW (2010), 11

³⁷⁵ Hall, Lobina (2012), 4

damit in Europa Einnahmen von etwa 8 Mrd. Euro erwirtschaftet werden.³⁷⁶ Die Einnahmen von *Suez* lagen in Europa im Jahr 2012 bei rund 4,3 Mrd. Euro.³⁷⁷

Der französische Staat besitzt an beiden Unternehmen indirekte Beteiligungen. *Veolia* ist als börsennotiertes Unternehmen auf verschiedenste Anteilseigner aufgeteilt: 9,21 Prozent der Anteile werden von der staatlichen französischen Finanzgruppe *Caisse des depots* und 3,96 Prozent von *EdF* gehalten, die wiederum zu einem Großteil dem französischen Staat gehört. Ähnlich verhält es sich bei *Suez Environment*, dem ausgegliederten Tochterunternehmen von *Suez*, das die Sparten Wasser und Abfall bedient. 35,7 Prozent der Anteile gehören *GdF-Suez*. Auch an *GdF* ist der französische Staat mit 35,7 Prozent beteiligt.

*französischer Staat
besitzt
Beteiligungen an
Suez und Veolia*

Big player der Wasserwirtschaft	
Veolia	Frankreich
Suez	Frankreich
SAUR	Frankreich
FCC	Spanien
Gelsenwasser	Deutschland
RWE	Deutschland

Tabelle 5: Big player der Wasserwirtschaft

Außer *Veolia* und *Suez* gibt es noch weitere weltweit agierende private Wasserunternehmen, die jedoch eine bedeutend geringere Rolle spielen. Dazu zählt etwa das französische Unternehmen *SAUR*. Davon gehören 38 Prozent dem *Fonds Stratégique d'Investissement (FSI)*, welche überwiegend *Caisse des dépôts et consignations* und dem französischen Staat gehört, weitere 33 Prozent gehören *Séché Environment*, an dem wiederum *FSI* 20 Prozent der Anteile hält.

Neben französischen gibt es auch noch andere größere europäische Wasserunternehmen. Dazu gehört etwa das spanische Wasserunternehmen *FCC*, das weltweit tätig und neben der Wasserversorgung auch in anderen Dienstleistungsbereichen aktiv ist. Für einige Zeit wurde es de facto durch *Veolia* kontrolliert, die ihre Anteile jedoch im Jahr 2004 wieder verkauft haben. Mit *Veolia* zusammen operiert *FCC* auch in Südamerika im Unternehmen *Proactiva*. Mit *Gelsenwasser* und *RWE* kommen zwei der großen, international tätigen Konzerne aus Deutschland.

4.1.5. Wasserversorgung in Österreich

Österreich verfügt über große Wasserressourcen. Jährlich steht Österreich ein Wasserangebot von schätzungsweise 84 Milliarden Kubikmetern zur Verfügung.³⁷⁸ Von diesen Ressourcen werden tatsächlich nur rund 3 Prozent jährlich verbraucht. In das österreichische Wasserversorgungssystem wurden seit

*Österreich:
große
Wasserressourcen*

³⁷⁶ vgl. <http://www.veoliawater.com/about/key-figures/>

³⁷⁷ vgl. http://www.suez-environnement.fr/wp-content/uploads/2013/02/EN_VA_SE_RA2012_Def_avec_script.pdf

³⁷⁸ <http://www.ovgw.at/wasser/themen/?uid:int=294>

dem Jahr 1959 rund 12 Mrd. Euro investiert. Dies macht sich bezahlt, denn in dem rund 80.000 km langen Netz, gehen nur 11 Prozent des Wassers verloren.

Die Wasserversorgung ist in Österreich überwiegend kommunal organisiert. Es gibt knapp 5.500 öffentliche Versorger, die 90 Prozent der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen. Die restlichen 10 Prozent der Bevölkerung versorgen sich über Hausbrunnen selbst mit Trinkwasser. Bis auf einige wenige große Versorger ist die Wasserversorgung sehr kleinteilig organisiert. In ganz Österreich gibt es nur 28 Wasserversorger, die mehr als 20.000 Haushalte beliefern.³⁷⁹ Die nachstehende Tabelle bietet eine Übersicht über die wichtigsten Wasserversorgungsunternehmen Österreichs und ihre Eigentumsverhältnisse.

Übersicht: die größten Wasserversorger Österreichs			
Stadt/Region	Betreiber	Eigentumsverhältnisse	KundInnen
Wien	MA 31	Stadt Wien	1.760.000
Linz (OÖ)	Linz AG	Stadt Linz	270.000
Graz (Stmk)	Holding Graz GmbH	Stadt Graz	250.000
Salzburg	Salzburg AG	42,56% Land Salzburg, 31,31% Stadt Salzburg, 26,13% Energie AG Oberösterreich (daran halten auch private Konzerne Anteile)	155.000
Triestingtal (K)	Wasserleitungsverband Triestingtal	Gesellschaftsgemeinden	150.000
Innsbruck (T)	Innsbrucker Kommunalbetriebe IKB	50% plus 1 Aktie Stadt Innsbruck, 50% minus 1 Aktie TIWAG	144.000
Leibnitz (Stmk)	Leibnitzerfeld Wasserversorgung GmbH	Gesellschaftsgemeinden	100.000
Klagenfurt (K)	Stadtwerke Klagenfurt AG	Stadt Klagenfurt	93.000
Mühlviertel (OÖ)	Fernwasserverband Mühlviertel	Verbandsmitglieder	60.000
Wels (OÖ)	Elektrizitätswerke Wels AG	E_Werke Wels (49% Stadt Wels, 51% Holding Wels (wiederum 100% Eigentum Stadt Wels))	57.000
Villach (K)	Wasserwerk Villach	Stadt Villach	56.300
St. Pölten (NÖ)	Stadtwerke St. Pölten	Stadt St. Pölten	49.000
Lavanttal (K)	Wasserverband Verbundschiene Lavanttal	Verbandsmitglieder	42.000
Steyr (OÖ)	Stadtwerke Steyr GmbH	Stadt Steyr	42.000
Wr. Neustadt (NÖ)	Wiener Neustädter Stadtwerke und Kommunal Service GmbH	Stadt Wiener Neustadt	40.000
Feldkirch (V)	Stadtwerke Feldkirch	Stadt Feldkirch	33.600
Klosterneuburg (NÖ)	Teil der Bauabteilung der Gemeinde	Stadtgemeinde Klosterneuburg	32.000

Tabelle 6: Übersicht: die größten Wasserversorger Österreichs

Die Übersicht macht deutlich, dass die internationalen Konzerne in der österreichischen Wasserversorgungslandschaft noch nicht Fuß fassen konnten. Rein private Wasserversorger gibt es hierzulande bislang nicht, jedoch kam es auch hier im Zuge der allgemeinen Privatisierungseuphorie zu privaten Beteiligungen an öffentlichen Wasserversorgern. So halten Private etwa über den Umweg der Energie AG Oberösterreich Anteile an der Salzburger Wasserversorgung. In einigen Bundesländern gibt es außerdem private Wassergenossenschaften.³⁸⁰

³⁷⁹ Telefonische Auskunft der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach

³⁸⁰ <http://derstandard.at/1358305116986/90-Gemeinden-beziehen-ihr-Wasser-von-Privaten>

Der größte Teil der österreichischen Wasserversorger sind Mischkonzerne, die auch andere Leistungen der Daseinsvorsorge (Energie, Abfall, Bestattung, usw.) übernehmen. Eine Möglichkeit für private Beteiligung bietet der Netzbereich, auch wenn die Wasserversorgung selbst in öffentlicher Hand bleibt. Zu nennen ist hier vor allem *EVN Wasser*, ein Tochterunternehmen des Stromversorgers *EVN AG*. An der *EVN AG* hält die *Niederösterreichische Landesbeteiligungsholding GmbH* (die dem Land Niederösterreich zuzurechnen ist) 51 Prozent und die *Energie Baden-Württemberg AG* 32,5 Prozent der Anteile. Die restlichen Anteile (15,5 Prozent) befinden sich im Streubesitz.³⁸¹

österreichische Wasserversorger oft Mehrspartenunternehmen

Bereits seit den 1960er Jahren engagiert sich *EVN Wasser*, damals noch unter dem Namen *NÖSIWAG*, in der überregionalen Wasserversorgung Niederösterreichs. Mittlerweile wird ein Drittel der niederösterreichischen Bevölkerung mit Trinkwasser beliefert, was *EVN Wasser* zum größten regionalen Trinkwasserversorger Niederösterreichs macht.³⁸² Mit Ende des Jahres 2010 zählten bereits 658 Katastralgemeinden in Niederösterreich zu den Kunden von *EVN Wasser* im Trinkwasserbereich.³⁸³ Um weitere wird stetig geworben.

EVN Wasser

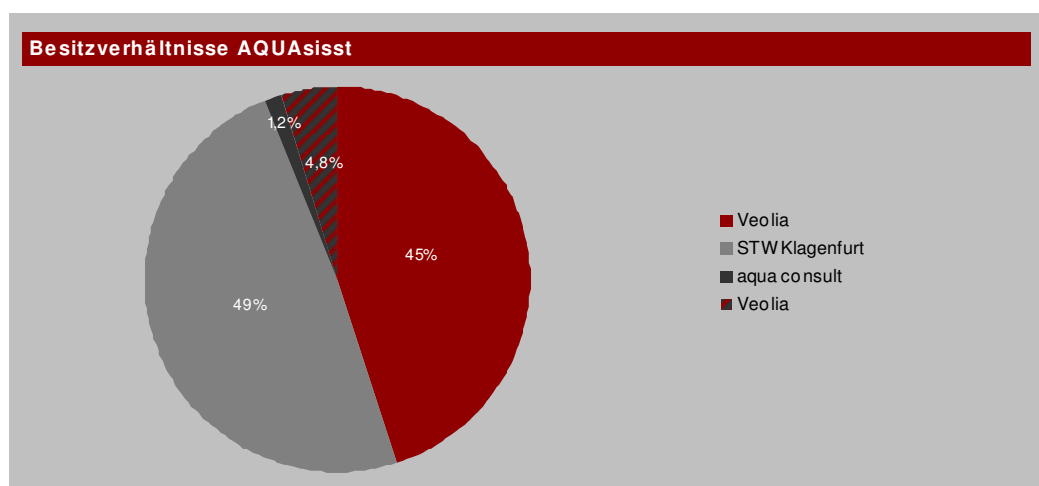


Abbildung 20: Besitzverhältnisse AQUAsist

Ein weiterer interessanter Fall ist Klagenfurt. Hier hat 2006 der Weltkonzern *Veolia* versucht, in der österreichischen Wasserwirtschaft Fuß zu fassen. *AQUAssist*, eine Tochtergesellschaft der *STW Klagenfurt*, war seit 2005 für die Instandhaltung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung Klagenfurts zuständig. Nun sicherte sich *Veolia* 45 Prozent der Anteile an *AQUAssist*, 6 Prozent gingen an *aqua consult*. *Aqua consult* gehörte jedoch wiederum zu 80 Prozent dem *Veolia*-Konzern. *Veolia* hatte damit die Kontrolle über die Mehrheit von *AQUAssist* und damit auch die Mehrheit in der Gesellschafterversammlung. Kritiker prangerten die schrittweise Umwandlung der öffentlichen in eine private Wasserversorgung an. *Veolia* erhoffte sich von Klagenfurt ausgehend den lang ersehnten Einstieg in die österreichische Wasserwirtschaft, um neue

Wasserversorgung Klagenfurt

Veolia versuchte den Einstieg in den österreichischen Markt

³⁸¹ vgl. <https://www.evn.at/EVN-Group/Investor-Relations/Aktie/Aktionarsstruktur.aspx>

³⁸² vgl. http://www.evnwasser.at/EVN_Wasser.aspx

³⁸³ http://www.evnwasser.at/EVN_Wasser.aspx

Geschäftsfelder im Wasserbereich in Kärnten und Slowenien erschließen zu können.

Im Endeffekt kam es aber zu keinem echten Einstieg von *Veolia* in Klagenfurt, denn die *AQUAssist* musste im Jahr 2010 aus nicht genauer bekannten Gründen liquidieren. Außerdem dürfte auch der politische Wille abhanden gekommen sein, wenn man Matthias Köchl (von den Klagenfurter Grünen) Glauben schenkt: *„Zunächst einmal kam die Krise dazwischen. Mit dem Wechsel des Bürgermeisters war das auch politisch nicht mehr gewollt. Außerdem konnte Aquassist seine Tätigkeit nicht auf den Boden bringen.“*

hohe Trinkwasser-
qualität

Trotz dieser vereinzelt Beispiele, ist die Wasserversorgung in Österreich nahezu ausschließlich in öffentlicher Hand. Die politische Einflussnahme hat sich durch die Ausgliederungen der Stadtwerke in den letzten Jahren jedoch verringert. Die Qualität der Wasserversorgung in Österreich spricht dennoch für sich, geben beim Städtebarometer 2012 doch immerhin 97 Prozent der Bevölkerung an, mit der Trinkwasserversorgung zufrieden zu sein.³⁸⁴

4.1.6. Rekommunalisierungen im Wassersektor in Europa

Die Wasserversorgung ist in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedlich organisiert. Während in Österreich private Akteure kaum eine Rolle spielen, sind sie in anderen europäischen Ländern, wie etwa Großbritannien oder Frankreich, starke Mitbewerber. Das starke Engagement Privater in diesem Bereich hat einerseits historische Gründe. Andererseits handelt es sich bei(m) Wasser(markt) um einen lukrativen Geschäftszweig, so dass das Interesse der privaten Unternehmen besonders groß ist. Aber gerade im Vorreiterland der privaten Wasserversorgung – Frankreich – begannen die Kommunen, den eingeschlagenen Kurs zu korrigieren. Dies hat auch Kommunen in anderen Ländern Europas zum Umdenken bewegt.

▪ *Deutschland*

in Deutschland
überwiegt
kommunale
Versorgung

Anteil Privater
wächst

In Deutschland ist die Wasser- und Abwasserversorgung primär in kommunaler Hand, dennoch wächst der Anteil von privaten Beteiligungen: *„In Deutschland gibt es über 6.000 Wasserversorgungseinrichtungen der Kommunen, bereits 46 Prozent davon unter Beteiligung privater Unternehmen.“*³⁸⁵ Dennoch lässt sich in der deutschen Wasserwirtschaft *„keine Breite Bewegung hin zur Rekommunalisierung“*³⁸⁶ verzeichnen, wie das etwa im Energiesektor oder bei der Abfallwirtschaft der Fall ist. Es lassen sich aber Fallbeispiele aufzeigen, wo die Kommunen bestrebt waren bzw. sind, die privatisierte Wasserversorgung wieder

³⁸⁴ <http://www.staedtebund.gv.at/presse/presseaussendungen/presse-archiv/details/artikel/staedtebarometer-2012-leistungen-der-staedte-auf-hohem-niveau.html>

³⁸⁵ <http://www.factory-magazin.de/news/beitrag/artikel/rekommunalisierung-statt-privatisierung.html>

³⁸⁶ Libbe (2013), 26

zu rekommunalisieren oder bereits tatsächlich rekommunalisiert haben. Dennoch haben auch private Unternehmen eine gesicherte Position im deutschen Wasserversorgungssektor. Es existieren *„öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Unternehmensformen [...] seit Jahrzehnten nebeneinander, wobei innerhalb der privatrechtlichen Organisationsformen gemischtwirtschaftliche Unternehmen überwiegen.“*³⁸⁷ Ein Unterschied zeigt sich primär zwischen Wasserver- und Abwasserentsorgung: Die Wasserversorgung ist kaum ausschließlich in der Hand privater Anbieter und selbst bei anteilmäßigen Besitzen zeigen sich Tendenzen, diese rückzukaufen. Bei der Abwasserentsorgung hingegen *„überwiegen öffentlich-rechtliche Unternehmen, wobei verschiedene Formen öffentlich-privater Zusammenarbeit in Form von Betriebsführungs-, Betreiber- und Kooperationsmodellen seit langer Zeit gang und gäbe sind.“*³⁸⁸

Rekommunalisierungsbestrebungen im Wassersektor gehen mit dem Schutz des Wassers *„vor dem Zugriff privatwirtschaftlicher Interessen“*³⁸⁹ einher. Dies lässt sich auch empirisch nachweisen, denn anders als bei der Energieversorgung sind die Rekommunalisierungsgründe im Wassersektor vorwiegend sozialpolitischer Natur (40 Prozent). Für ebenso viele stellt sich die effektive Erfüllung der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand als wichtig dar. Die Wahrung des kommunalen Einflusses spielt hingegen bei der Wasserversorgung eine untergeordnete Rolle.

*Motiv Rekommunalisierung:
Schutz des Wassers*

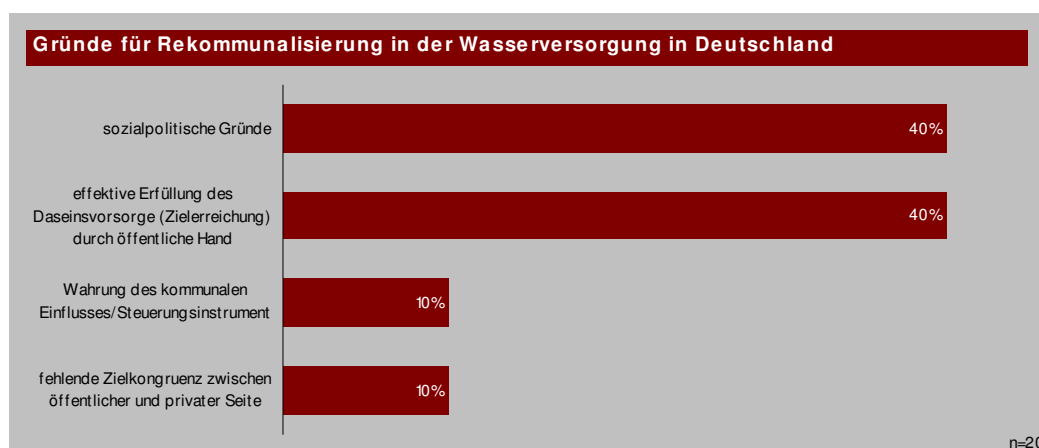


Abbildung 21: Gründe für Rekommunalisierung in der Wasserversorgung in Deutschland³⁹⁰

Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung wird (zumindest für Deutschland) erwartet, dass in Zukunft nicht Rekommunalisierungen, sondern interkommunale Kooperationen eine zentrale Rolle spielen werden.³⁹¹ Diese sind

interkommunale Zusammenarbeit als Zukunftsmodell

³⁸⁷ Difu-Papers (2011), 8

³⁸⁸ Difu-Papers (2011), 8

³⁸⁹ Difu-Papers (2011), 8

³⁹⁰ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 19

³⁹¹ vgl. Difu-Papers (2011), 9

„langfristig angelegt und bieten gerade für die Wasserwirtschaft als langfristige Daseinsvorsorgeaufgabe eine verlässliche Organisationsstruktur.“³⁹²

▪ **Frankreich**

private Wasser-
versorgung hat
Tradition

2/3 der Haushalte
werden von den
drei großen
Privaten (Veolia,
Suez, SAUR)
versorgt

ab 2000er:
Trendwende zur
kommunalen
Versorgung

Der Wasserversorgung in Frankreich *„ist seit langem die Organisationsform der gestion déléguée eigentümlich, indem die Kommunen in einer Variante funktionaler Privatisierung zwar Eigentümerinnen des Leitungsnetzwerks bleiben, jedoch die Wasserlieferung auf Basis zeitlich befristeter Konzessionsverträge an externe Dienstleister vergeben.“³⁹³* Die private Wasserversorgung hat in Frankreich eine lange Tradition, die ins 19. Jahrhundert zurückreicht und ihren *„Ursprung in der fehlenden operativen Fähigkeit der für Frankreich typischen Vielzahl kleiner und kleinster Gemeinden“³⁹⁴* hatte. Dies hat die Herausbildung von großen privaten Wasserversorgern begünstigt und vorangetrieben. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Vorgängerunternehmen von *Veolia Environnement* und *Suez Environnement* gegründet, die sich mittlerweile zu multi-utility-Unternehmen ausgeweitet haben, und deren Sitz noch heute in Paris ist.³⁹⁵ Die drei großen französischen Unternehmen *Veolia*, *Suez* und *SAUR* versorgen mittlerweile 70 Prozent der französischen Haushalte mit Wasser. Den Kommunen ist nach Ablauf der Konzession zwar die Möglichkeit gegeben, die Versorgung wieder in Eigenregie zu übernehmen, *„jedoch sehen sie sich hierbei [mit] der überlegenen Marktmacht“³⁹⁶* der international operierenden Großkonzerne konfrontiert. Dennoch ist in Frankreich derzeit eine Trendwende zu beobachten. So gab es bereits zu Beginn des neuen Jahrtausends einige Beispiele für Rekommunalisierungen in französischen Kommunen. Einen wesentlichen Beitrag zur Trendumkehr leistete aber die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in der Hauptstadt Paris. Hier hat im Jahr 2010 die rot-grüne Ratsmehrheit entschieden, die Wasserversorgung nach dem Ende der Konzessionsverträge wieder selbst zu erbringen. Die erfolgreiche Umsetzung hatte Vorbildwirkung für andere französische Kommunen: *„inspired by the example of Paris, a further 40 French municipalities have also decided to re-municipalise water services.“³⁹⁷* Mittlerweile hat sich der Anteil der Bevölkerung *„deren Wasserversorgung von den Kommunen selber [...] betrieben wird, von 18% im Jahr 1970 [...] auf 28%“³⁹⁸* im Jahr 2010 erhöht.

³⁹² VKU (2011), 5

³⁹³ Wollmann (2013), 42

³⁹⁴ Wollmann (2013), 42

³⁹⁵ vgl. Pigeon et al. (2012), 25f

³⁹⁶ Wollmann (2013), 42

³⁹⁷ EPSU (2012), 5

³⁹⁸ Wollmann (2013), 43

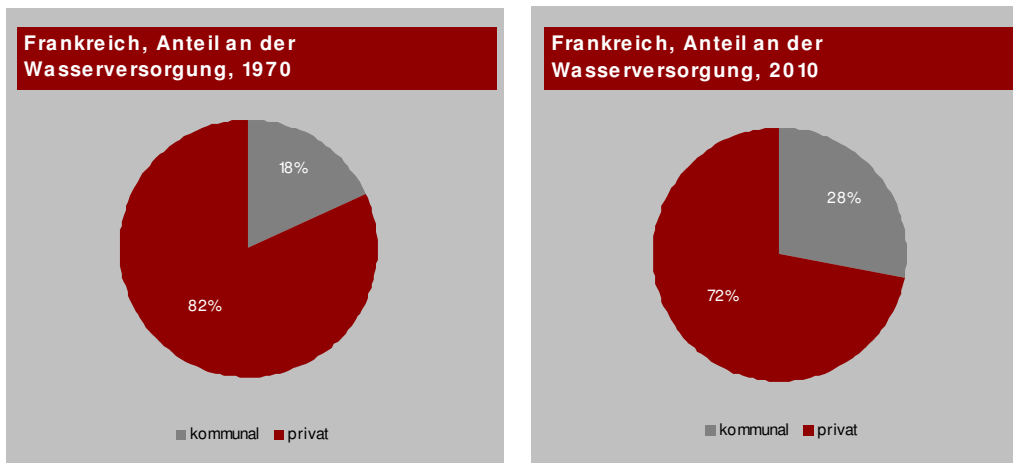


Abbildung 22: Anteil an der Wasserversorgung in Frankreich 1970 und 2010³⁹⁹

▪ Europa

Neben Frankreich und einigen Fällen in Deutschland gibt es auch in anderen europäischen Ländern vereinzelte Beispiele von Rekommunalisierung der Wasserversorgung.

In Italien fand am 12. und 13. Juni 2011 ein abrogatives Referendum⁴⁰⁰ zur Abschaffung eines Gesetzes zur Privatisierung statt. Das Gesetz wurde von der Berlusconi-Regierung verabschiedet und beinhaltete die Ausschreibungspflicht von Leistungen der Daseinsvorsorge, darunter auch (Ab)Wasser, sowie das Verbot der Inhouse-Vergabe ab Dezember 2010. An der Abstimmung nahmen 54 Prozent der Wahlberechtigten teil, von denen 95 Prozent für die Abschaffung des Gesetzes stimmten. *„The vote has also prevented the Italian government from selling water services as part of the privatisation programme required under the EU rescue deal, and the constitutional court has ruled against subsequent attempts to reintroduce the rejected law. There are now new campaigns to re-municipalise water and reduce water prices.“*⁴⁰¹ Als Reaktion auf das Referendum wurde etwa in Neapel im Jahr 2012 mit *ABC Napoli* ein neuer öffentlicher Wasserversorger gegründet. In seinen Statuten verweist das Unternehmen auf Wasser als öffentliches Gut und zollt damit dem Referendum Tribut.⁴⁰²

Italien

In Ungarn kam es in den letzten Jahren zu einigen Rekommunalisierungen. Neben Budapest wurde auch die Wasserversorgung der fünftgrößten ungarischen Stadt Pecs mit ihren 157.000 EinwohnerInnen rückgeführt. Dies wurde vom Gemeinderat im September 2009 beschlossen. Seit 1993 die Wasserversorgung von *Pecsi Vizmu*, das sich zu 48 Prozent im Besitz von *Suez* und zu 52 Prozent in jenem der Kommune befand, durchgeführt. Aufgrund der hohen

Ungarn

³⁹⁹ Vgl. Wollmann (2013), 43

⁴⁰⁰ Mit einem abrogativen Referendum kann ein Gesetz oder ein Teil davon aufgehoben werden, wenn 50 Prozent der Stimmberechtigten daran teilnehmen und die Mehrheit dafür stimmt.

⁴⁰¹ Hall, Lobina (2012), 29

⁴⁰² vgl. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Naples>

Unternehmensgewinne bei gleichzeitig hohen Wasserpreisen entschloss man sich zur Rückübertragung. Dazu wurde mit *Tettye Forrásház Zrt* ein neuer kommunaler Wasseranbieter gegründet.⁴⁰³ Weiters wurde etwa in Kaposvár, einer 68.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt, im Jahr 2009 der auslaufende Vertrag mit *Suez* nicht mehr verlängert und die Wasserversorgung rekommunalisiert.⁴⁰⁴

Großbritannien

In Großbritannien kann bis dato keine Rückübertragung des Wasserversorgung verzeichnet werden, jedoch wächst die Zustimmung in der Bevölkerung dazu. Mittlerweile wollen über 70 Prozent der Bevölkerung die Wasserversorgung wieder in kommunalen Händen, vor sechs Jahren waren es noch 56 Prozent.⁴⁰⁵

4.2. Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis

4.2.1. Arenys de Munt

2011: Rekommunali- sierung

Arenys de Munt ist eine Kleinstadt in der spanischen Provinz Barcelona mit etwa 8.500 EinwohnerInnen. Im Oktober 2011 rekommunalisierte Arenys de Munt, als erste Gemeinde der Region, die Wasserversorgung. Federführend in diesem Prozess war der Bürgermeister der Gemeinde, Josep Manel Ximenis, dem es nach harten Verhandlungen gelang, die Konzessionen des Unternehmens *Sorea* (einer Tochtergesellschaft der *AGBAR*-Gruppe) dem kommunalen Betrieb *Aigües d'Arenys* zu überschreiben.

Probleme durch Privatisierung: schlechte Wasser- qualität, hohe Verluste

Ursachen für die Rekommunalisierung waren die niedrige Wasserqualität, der Vorwurf der Veruntreuung öffentlicher Gelder und die mangelnde Instandhaltung der Leitungen. Bei der Verwaltungsübernahme des Wasserwerks wurde festgestellt, dass 36 Prozent des Wassers durch Rohrschäden verloren gingen. Die ursprüngliche Konzessionsvereinbarung setzte jedoch einen Verlust von maximal 25 Prozent als zulässig fest. Daher ist der Zustand des Versorgungsnetzes ebenso umstritten wie die Summe von 700.000 Euro, die *Sorea* als Entschädigung für die Auflösung der Konzession verlangte.

Eine Senkung des Wasserpreises ist vorerst nicht vorgesehen. Es droht jedoch eine Erhöhung: Die geplante Privatisierung der staatlichen Wasserversorgungsdienstleister, *Aguas Ter-Llobregat*, die auch diese Region betreffen würde, würde der Wasserpreis vermutlich steigen.⁴⁰⁶

⁴⁰³ vgl. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Pecs>, vgl. Hall, Lobina (2012), 30

⁴⁰⁴ vgl. Hall, Lobina (2012), 30

⁴⁰⁵ vgl. Hall, Lobina (2012), 30f

⁴⁰⁶ vgl. <http://unionensesporlopublico.blogspot.co.at/2013/03/retorno-del-agua-a-manos-publicas-si-se-puede.html>; vgl. http://www.eldiario.es/catalunya/agua-derecho-publico-mercancia_0_103239805.html

4.2.2. Berlin

Berlin war nach der Wiedervereinigung vor immense finanzielle Herausforderungen gestellt, die durch Privatisierungen gelöst werden sollten. Neben den städtischen Energieversorgern und der Berliner Wohnbaugesellschaft waren auch die *Berliner Wasserbetriebe (BWB)* von dieser Privatisierungswelle betroffen. Die finanziellen Ressourcen der *BWB* waren für die Aufrechterhaltung des operativen Betriebs (Wartung, Reparaturen, etc.) kaum ausreichend. Dieser Ressourcenmangel ergab sich jedoch nicht aufgrund einer defizitären Unternehmensführung der *BWB*, sondern vielmehr durch politische Entscheidungen. Der entstandene Eigenkapitalmangel war darauf zurückzuführen, dass die Stadt große Teile des Eigenkapitals der *BWB* in das Budget der Stadt transferiert hatte.⁴⁰⁷ Neben dem Schuldenabbau sollte durch einen Teilverkauf auch der weitere Ausbau der Berliner Wasserversorgung finanziert und ein strategischer Partner mit betriebswirtschaftlichem Know-how gewonnen werden.⁴⁰⁸ Aus diesen Beweggründen wurden die Berliner Wasserbetriebe im Jahr 1999 teilprivatisiert. Eine Entscheidung mit Folgen: *„Mehrere Verfassungsgerichtsverfahren, ein erfolgreicher Volksentscheid zur Offenlegung der damals vertraulich geschlossenen Privatisierungsverträge, ein parlamentarischer Sonderausschuss, ein Verfahren des Bundeskartellamts wegen Preismissbrauchs und schließlich Bestrebungen zur Rekommunalisierung markieren die Meilensteine dieser nun seit fast 15 Jahren dauernden Auseinandersetzung um die Privatisierung von Deutschlands größtem Wasserunternehmen.“*⁴⁰⁹

*Teilprivatisierung
zur Budget-
sanierung*

*Ausbau sollte
durch Teilverkauf
finanziert werden*

Für die Durchführung der Teilprivatisierung wurde ein komplexes juristisches Gebilde ausgestaltet. Als problematisch stellt sich im Nachhinein vor allem das zur Teilprivatisierung geschaffene Holdingmodell heraus. Die *BWB* waren wenige Jahre vor der Teilprivatisierung als „Anstalt des öffentlichen Rechts“ (AöR) organisiert worden. Diese Rechtsform lässt eine Beteiligung Privater jedoch nicht zu. Die *BWB* wurden daraufhin einer privatrechtlich organisierten Holding unterstellt. 50,1 Prozent der Anteile behielt das Land Berlin, die restlichen 49,9 Prozent wurden im Juni 1999 um 1,63 Mrd. Euro (damals 3,3 Mrd. Mark) an ein Konsortium aus *RWE* und *Vivendi* (später *Veolia*) verkauft.

Der Preis für den Verkauf ergab sich aus den Kalkulationsgrundsätzen für die künftigen Wasserpreise und den daraus zu erwartenden Gewinnen für die privaten Investoren. Um beim Verkauf hohen Einnahmen für das Haushaltsbudget zu lukrieren, wurden die zu erwartenden Gewinne hoch angesetzt – was letztlich nur über hohe Wasserpreise erreicht werden kann. Teile der damals geschlossenen Vereinbarungen zwischen *RWE*, *Vivendi* und dem Berliner Stadtssenat unterliegen einer strengen Geheimhaltungsklausel. Der Öffentlichkeit

*Verträge teilweise
geheim*

⁴⁰⁷ vgl. Wasserkolloquium (2008), 61

⁴⁰⁸ vgl. Wasserkolloquium (2008), 59

⁴⁰⁹ Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 95

wurden somit wichtige Informationen im Bezug auf die Teilprivatisierung vorenthalten, etwa die den beiden privaten Teilhabern eingeräumte „Gewinngarantie“. Im Falle einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigerklärung der Kalkulationsgrundsätze für den zukünftigen Wasserpreis hat sich das Land Berlin damals dazu verpflichtet, den privaten Investoren den entgangenen Gewinn direkt auszugleichen.⁴¹⁰ Die Opposition kritisierte die Vorgehensweise schon damals: *„Indem das Land ‚ein öffentliches Monopolunternehmen einer privatwirtschaftlichen Leistung (unterstellt) und den privaten Investoren eine feste Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals (garantiert)‘, bilde man eine ‚Gemeinschaft von Staat und Investoren zur Ausplünderung der Berliner Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler‘.“*⁴¹¹ Um die Diskussion zu beruhigen, wurden die Wasserpreise bis Ende 2003 festgeschrieben.

enorme
Preisanstiege

Im Jahr 2004 entbrannte die Diskussion um die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe erneut. Grund dafür war ein drastischer Preisanstieg um 15 Prozent im Jahr 2004, der sich auch in den Folgejahren kontinuierlich fortsetzte. Die neue rot-rote Koalition zwischen SPD und Linkspartei setzte sich im Jahr 2006 daher die Rekommunalisierung der *BWB* zum Ziel. Wie dieses Ziel erreicht werden sollte, war zum damaligen Zeitpunkt noch völlig unklar. Denn für *Veolia* und *RWE* gab es keinen Grund, aus dem für sie lukrativen, vertraglich abgesicherten und weitgehend risikolosen Geschäft auszusteigen.⁴¹² Doch die Stimmung zwischen den Vertragspartnern wurde in den folgenden Monaten schlechter.

BürgerInnen-
initiative „Berliner
Wassertisch“

Der wachsende Unmut der Bevölkerung über die hohen Wasserpreise führte zur Bildung der BürgerInneninitiative „Berliner Wassertisch“, die im Jahr 2007 ein Volksbegehren zur Offenlegung aller „Geheimverträge“ startete. Im November 2010 hatte das Volksbegehren 280.000 Unterschriften erreicht. Mittlerweile teilten auch der Senat und die Koalitionsparteien die Initiative zur Offenlegung, doch *RWE* und *Veolia* verweigerten weiterhin die Veröffentlichung der Verträge. Eine Änderung des „Berliner Informationsfreiheitsgesetzes“ sollte die Veröffentlichung im November 2010 möglich machen. Letztlich kam die „Tageszeitung“ (TAZ) der Offenlegung jedoch zuvor und veröffentlichte bereits einige Tage davor große Teile der bis dahin geheim gehaltenen Verträge.⁴¹³ Dennoch ist mit dieser Gesetzesänderung eine entscheidende Weiche für die Zukunft gestellt, denn das Gesetz hält fest, *„dass im Falle einer Übertragung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an Private die entsprechenden Verträge [...] zu veröffentlichen sind.“*⁴¹⁴

Volksentscheid:
Offenlegung der
Verträge

Im Jahr 2011 kam es schließlich zu einer Volksentscheid, bei dem 98,2 Prozent der WählerInnen (Beteiligung 27,5 Prozent) für eine Offenlegung aller Verträge in

⁴¹⁰ vgl. Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 100

⁴¹¹ Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 98

⁴¹² vgl. Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 103

⁴¹³ vgl. <http://www.taz.de/!60523/>

⁴¹⁴ Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 104

Bezug auf den Teilverkauf der *Berliner Wasserbetriebe* und mehr Transparenz im Umgang mit dem Verkauf öffentlichen Eigentums stimmten.⁴¹⁵ Etwa zeitgleich veröffentlichte das Kartellamt die vorläufigen Ergebnisse der kartellrechtlichen Überprüfung der Wasserpreise. Demnach war der Wasserpreis in Berlin im Vergleich zu anderen deutschen Millionenstädten um 50 Cent pro m³ überhöht. „Nach umfangreichen Stellungnahmen der BWB und zwei Abmahnschreiben des Kartellamtes erließ dieses am 4.6.2012 eine Preissenkungsverfügung von 18,2% auf den Trinkwasserpreis.“⁴¹⁶

Bereits im November 2010 hatte sich *RWE* bereit erklärt, ihre Anteile an den *Berliner Wasserbetrieben* dem Land verkaufen zu wollen. Begründet wurde dieser Entschluss mit der Konzentration des Unternehmens auf sein eigentliches Kerngeschäft im Bereich Stromerzeugung und Stromnetze. Das erste Angebot von *RWE* lag bei 844 Mio. Euro, was vom Land Berlin als überhöht abgelehnt wurde. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich im Juli 2012 auf einen Rückkaufspreis von rund 650 Mio. Euro.⁴¹⁷

2010: RWE erklärt sich bereit Anteile zu verkaufen

Das Problem daran: solange *Veolia* noch Anteile hielt, bleibt die Konstruktion als Holding erhalten „[...] und damit alle in der Kritik stehenden Regelungen wie die garantierte Verzinsung und die Ausgleichspflicht des Landes.“⁴¹⁸ Um dieses Problem zu lösen, muss Berlin wieder alleiniger Eigentümer der *Berliner Wasserbetriebe* sein. Dieses Ziel ist mittlerweile erreicht. Am 15. Juni 2013 beauftragte der Berliner Senat den Finanzsenator mit den Vertragsverhandlungen zum Rückkauf der *Veolia*-Anteile. Schließlich hatte *Veolia* in der Zwischenzeit ebenfalls Interesse am Verkauf seiner Anteile bekundet. Mitte September 2013 konnte man sich mit *Veolia* über eine Rückkaufsumme von 590 Mio. Euro (zuzüglich 12 Mio. Euro allfälliger Zahlungen und anteiliger Gewinn- und Zinsansprüche) einigen.⁴¹⁹ Die vollständige Rekommunalisierung erfolgte mit der Vertragsunterzeichnung am 2. Dezember 2013.⁴²⁰ Der Rückkauf ist rückwirkend mit 1.1.2013 gültig, was einen Schlusspunkt unter den Ausflug in die Privatisierung der *Berliner Wasserbetriebe* setzen sollte.

2013: Rekommunalisierung

Finanziell war die Teilprivatisierung für die Stadt Berlin ein schlechtes Geschäft. Die privaten Anteilseigner haben allein zwischen 1999 und 2009 einen Gewinn von 784 Mio. Euro erzielt, außerdem Einnahmen durch die Kapitalherabsetzung im Jahr 2008 von 263 Mio. Euro. Diesen insgesamt 1,047 Mrd. Euro stehen einer

Privatisierung war Verlustgeschäft

⁴¹⁵ vgl. http://blogs.taz.de/rechercheblog/2010/11/19/das_geheime_wassergutachten/; vgl. <http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=8943&title=Wasser-Volksbegehren%3A+Erfolg+als+%22Ohrfeige+f%FCr+die+Privatisierungspolitik%22+%&storyid=1001297671643>

⁴¹⁶ Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 105

⁴¹⁷ vgl. <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article108305657/Berlin-beschliesst-Rueckkauf-der-Wasserbetriebe.html>

⁴¹⁸ Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 106

⁴¹⁹ vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/stadt-berlin-steht-vor-rueckkauf-der-wasserversorgung-von-veolia-a-921510.html>

⁴²⁰ <https://www.berlin.de/sen/finanzen/vermoegen/nachrichten/artikel.30112.php>

Zinsersparnis des Landes Berlin von 620 Mio. Euro gegenüber. Die hätte das Land zahlen müssen, wenn sie den Verkaufserlös von 1,63 Mrd. Euro durch einen Kredit finanzieren hätte müssen.⁴²¹

Nachteil PPP-
Modelle: nehmen
kommunale
Gestaltungs-
möglichkeiten

Die Privatisierung der *BWB* ist eines der vielen abschreckenden Beispiele für die Beteiligung privater Akteure im Bereich der Daseinsvorsorge.⁴²² „Die Auseinandersetzung um Teilprivatisierung und Rekommunalisierung der *BWB* [...] zeigt beispielhaft, wie Kommunen unter dem Druck der Finanznot fatale Privatisierungsentscheidungen treffen, sich durch einen verengten Blick auf kurzfristig erzielbare hohe Privatisierungserlöse nachhaltiger und größerer Finanzierungsmöglichkeiten begeben und wie Public-Private-Partnership-Modelle die Kommune des Einflusses und der Gestaltungsmöglichkeiten auf Unternehmen der Daseinsvorsorge berauben.“⁴²³

4.2.3. Bordeaux

1991:
Suez übernimmt
Versorgung

Im Jahr 1991 hat die rund 240.000 EinwohnerInnen zählende französische Stadt Bordeaux die Wasserver- und Abwasserentsorgung an *Lyonnaise des Eaux* (Suez) übertragen. Der ursprüngliche Vertrag sah vor, dass Suez die Wasserversorgung bis 2021 und die Abwasserentsorgung bis 2012 übernimmt.⁴²⁴ Seither hat sich jedoch viel geändert.

in 3 Jahren
Preisanstieg um
ein Drittel

Innerhalb von nur drei Jahren stieg der Wasserpreis in Bordeaux um 30 Prozent. Von Suez wurde offiziell jedoch nur eine Preissteigerung von 15 Prozent angegeben.⁴²⁵ Diese Diskrepanz entsteht durch eine Reihe von Maßnahmen und Tricks. Da private Unternehmen nicht nur in Bordeaux nach dieser Logik verfahren sind, sollen die Mechanismen anhand zweier Beispiele kurz angerissen werden:

fehlerhafte
Kalkulation
zugunsten des
privaten
Unternehmens

- Einen Vorteil verschaffte sich Suez etwa indem es die durchschnittliche Lebensdauer eines Wasserzählers für Privatkunden mit 12 Jahren angab. In den Kalkulationen wurde der Zähler deshalb auch mit dieser Lebensdauer berechnet. Die Untersuchung eines Wirtschaftsprüfers, der diese Angabe sowohl finanziell als auch technisch überprüfte, kam zu dem Ergebnis, dass dieser Zähler in Wirklichkeit eine durchschnittliche Lebensdauer von 24 Jahren aufweist.⁴²⁶ Der Konzern berechnete also für die Zeit von 24 Jahren zwei Zähler, während er selbst nur die Kosten für einen trug. Der Kunde zahlte mit seiner Wasserrechnung hingegen die Kosten für zwei Zähler. Die Differenz ging als Gewinn an das private Unternehmen.

⁴²¹ vgl. Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 103

⁴²² vgl. Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 95

⁴²³ Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 95f.

⁴²⁴ vgl. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Bordeaux>

⁴²⁵ vgl. Water makes money

⁴²⁶ vgl. Water makes money

- Im Jahr 1995 gab *Suez* bekannt, dass sie aufgrund einer demnächst in Kraft tretenden EU-Auflage für Bleianschlüsse den Austauschrythmus für Bleianschlüsse erhöhen muss. Von der angegebenen Stückzahl wurde aber im Endeffekt über die Jahre im Durchschnitt nur ein Viertel (ca. 1.500 statt 6.000 pro Jahr) getauscht.⁴²⁷

Die Privatisierung der Wasserversorgung in Bordeaux führte nicht nur zu offenbar zweifelhaften Abrechnungsmethoden, sondern zeigt auch eines der Hauptprobleme der privatisierten Wasserversorgung – die fehlenden Investitionen in die Infrastruktur und Wartung. Mangelhafte Wartung und nicht regelmäßig überholte und reparierte Rohre führen zum Eindringen von Schmutz in das Trinkwasser. Ein auch in Frankreich beliebtes Mittel, um das Wasser zu desinfizieren, ist die Beigabe von Chlor. Auf Dauer gesehen erweist sich dies für die privaten Unternehmen als effizient, denn es spart Geld und Personal für die Instandhaltung. Für den Verbraucher besteht jedoch, neben ungenießbarem Trinkwasser, ein Gesundheitsrisiko, da die Chlorung, durch das Entstehen schädlicher Reaktionsprodukte als Nebenprodukt, das Krebsrisiko erhöht.⁴²⁸

*fehlende
Investitionen
führen zu
verunreinigtem
Wasser*

Die schlecht gewarteten und nicht reparierten Rohre bringen durch den enormen Wasserverlust noch weitere Gesundheitsrisiken mit sich. In Bordeaux ist der Grundwasserspiegel durch die hohen Wasserverluste bereits zurückgegangen. Um diesen wieder anzuheben, wird Wasser aus der Garonne, einem der Stadt naheliegendem Fluss, genutzt. Im Flusswasser befinden sich jedoch eine Reihe von Schadstoffen (pharmazeutische Stoffe, Pestizide, Reinigungsmittel, ...), die nicht herausgefiltert werden können. Diese gelangen damit ins Trinkwasser.⁴²⁹

Im Jahr 2005 gab es in Bordeaux eine Reihe von Audits⁴³⁰ über die Verträge mit *Suez*. Im Rahmen derer gab es eine öffentliche Untersuchung, die die Ergebnisse eines Wirtschaftsprüfers, der die Vertragstricks und Machenschaften von *Suez* untersuchte und aufdeckte, kontrollieren sollte. *Suez* gab die Unterlagen für die Untersuchung jedoch erst nach einer gerichtlichen Zwangsanordnung frei. Der Ergebnisse der Untersuchung decken sich mit jenen des Wirtschaftsprüfers: *Suez* konnte mithilfe diverser Finanz- und Abrechnungstricks hohe Gewinne einfahren. Entgegen eigener Angaben konnte *Suez* eine jährliche Rendite von 29 Prozent verbuchen. Zwischen 1992 und 2003 konnte *Suez* aufgrund der zu hohen Preise Mehreinnahmen von 233 Mio. Euro verbuchen. Die Gemeinde konnte im Jahr 2006 schließlich erreichen, dass diese von *Suez* wieder rückerstattet werden müssen.⁴³¹ Doch damit nicht genug: „*various audits of the*

*2005:
Verträge mit Suez
werden überprüft*

*Vertragstricks
werden aufgedeckt
→ Suez musste
Mehreinnahmen
rückerstatten*

⁴²⁷ vgl. Water makes money

⁴²⁸ vgl. water makes money

⁴²⁹ vgl. water makes money

⁴³⁰ Als Audits werden Untersuchungsverfahren bezeichnet, die die Erfüllung von Anforderungen und Richtlinien in Prozessen und Verträgen untersuchen.

⁴³¹ vgl. <http://www.globalwaterintel.com/archive/12/6/general/bordeaux-vote-re-municipalisation.html>, <http://www.arte.tv/de/3752030,CmC=3774332.html>, Water makes money

*contract had enabled the CUB⁴³² to be reimbursed more than €300 millions since 2005.*⁴³³

Die Schlussfolgerung all dieser Entwicklungen bringt der Vizepräsident der Communauté Urbaine de Bordeaux (CUB), Jean-Pierre Turon, auf den Punkt: *„They can no longer take for granted big profits and complete control over operations that they enjoyed in the past. Water is a special kind of consumer good, not like other merchandise.”*⁴³⁴ Deshalb hat die CUB am 8. Juli 2011 dafür gestimmt, den Vertrag für die Wasserversorgung mit Suez vorzeitig zu beenden. *„The move to in-house control of water and sewerage is the culmination of a process which began several years ago, and which is designed to give CUB a direct hands-on role in the running and oversight of services in total transparency.”*⁴³⁵ Sowohl die Wasserver- als auch die Abwasserentsorgung wird mit 1. Jänner 2019 wieder von der Kommune selbst erbracht.⁴³⁶ Der Vertrag der Abwasserentsorgung, der eigentlich 2012 ausgelaufen wäre, wurde bis 2019 verlängert. Suez *„will continue six sewage plants serving 239,000 people under the new mandate until January 2019, when the municipalities take over the business.”*⁴³⁷ Dabei wurde der neue Vertrag für die Abwasserentsorgung mit härteren und strengen Konditionen für den Betreiber versehen. Überprüfen soll das ganze ein Unternehmen, in dessen Gremium Vertreter der Gemeinde sowie von öffentlichen und gemeinnützigen Vereinigungen sitzen.⁴³⁸

Die Wasserversorgung wird drei Jahre früher als vorgesehen wieder rückgeführt. Dies ist allerdings mit erheblichen Kosten verbunden. *„The city will need to pay between €50 and 70 millions penalties to Suez for terminating the water supply contract 3 years before its legal term.”*⁴³⁹ In einem Statement des CUB heißt es dazu: *„It is no longer acceptable to delegate a major part of [water and sewerage] services to private companies, despite their high technical standards, for periods of between 20 and 30 years,’ adding that the planned changes ‘will enable CUB to consolidate its political project for the control of the public water service.’”*⁴⁴⁰ Die CUB schließt eine neuerliche Beteiligung Privater aber nicht gänzlich aus: *„We want to have complete control, but not necessarily do everything. We are not closing the door on private companies altogether,”*⁴⁴¹ so

⁴³² Die Communauté Urbaine de Bordeaux (CUB) ist ein Gemeindeverbund, dem Bordeaux sowie 26 Vorstädte angehören.

⁴³³ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Bordeaux>

⁴³⁴ <http://www.bloomberg.com/news/2012-07-30/bordeaux-water-squeeze-may-be-end-of-era-for-veolia-suez.html>

⁴³⁵ <http://www.globalwaterintel.com/archive/12/6/general/bordeaux-vote-re-municipalisation.html>

⁴³⁶ vgl. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Bordeaux>

⁴³⁷ <http://www.bloomberg.com/news/2012-07-30/bordeaux-water-squeeze-may-be-end-of-era-for-veolia-suez.html>

⁴³⁸ vgl. <http://www.globalwaterintel.com/archive/12/6/general/bordeaux-vote-re-municipalisation.html>

⁴³⁹ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Bordeaux>

⁴⁴⁰ <http://www.globalwaterintel.com/archive/12/6/general/bordeaux-vote-re-municipalisation.html>

⁴⁴¹ <http://www.globalwaterintel.com/archive/12/6/general/bordeaux-vote-re-municipalisation.html>

Verträge werden
vorzeitig beendet

2019:
Kommune
übernimmt
Versorgung wieder
selbst

der Vize-Präsident Jean-Pierre Turon. Ob die Rekommunalisierung in Bordeaux die gewünschten Effekte der Qualitätssteigerung bei gleichzeitiger Preissenkung erreichen kann, wird sich erst nach 2019 zeigen.

4.2.4. Budapest

In Budapest, der mit 1,7 Mio. EinwohnerInnen größten Stadt Ungarns, begannen im Jahr 1994 die Privatisierungsverhandlungen der Budapester Wasserwerke (*Fővárosi Vízművek Zrt*). Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erhielt 1997 ein Konsortium aus *RWE* und *Suez* den Zuschlag für eine Konzession über 25 Jahre.⁴⁴² Für 56,60 Mio. Euro (16,5 Mrd. Forint) bekamen *RWE* und *Suez* einen gemeinsamen Firmenanteil von 25 Prozent plus einer Aktie. Weitere 1,4 Prozent der Anteile befanden sich im Besitz von Verwaltungen von Umlandgemeinden, die durch die Budapester Wasserwerke mitversorgt werden. 73,6 Prozent der Gesellschaft hielt die Stadt Budapest.⁴⁴³

*1997:
Anteile des
Wasserversorgers
an Suez und RWE
verkauft*

Im Laufe der Zeit wurde Kritik an den beiden privaten Unternehmen laut. Ihnen wurde vorgeworfen, ihre dominante Marktposition ausnützen und übersteuerte Preise für ihre Angebote zu verlangen. Der Wasserpreis ist zwischen 1997 und 2012, bereinigt nach Inflation und Kursverlust des Forint, um mehr als das Doppelte angestiegen. Die Wartung und Instandhaltung des Netzes wurden außerdem vernachlässigt. Zudem seien insgesamt mehr als 100 Mio. Euro an Erfolgsprämien an *Suez* und *RWE* geflossen.⁴⁴⁴

*Wasserpreis stieg
in 15 Jahren um
das Doppelte*

Im Jahr 2010 bekam Budapest mit Istvan Tarlos einen neuen Oberbürgermeister, der den eben genannten Kritikpunkten politische Forderungen folgen ließ und bereits kurz nach seiner Wahl den Rückkauf der Anteile ankündigte. Im Frühjahr 2012 hat der Budapester Stadtrat schließlich den Rückkauf von 25 Prozent plus einer Aktie an den Budapester Wasserwerken beschlossen.⁴⁴⁵

*2010: Stadtrat
beschließt
Rückkauf*

Nach anfänglichen Streitigkeiten und monatelangen Verhandlungen über die Höhe der Verkaufssumme konnte im Mai 2012 eine vorläufige Vereinbarung zwischen der Stadt Budapest und den Anteilseignern *RWE* und *Suez* über den Rückkauf getroffen werden.⁴⁴⁶ Als Kaufpreis wurden etwa 52 Mio. Euro (15,1 Mrd. Forint) angegeben, also knapp weniger als man im Jahr 1997 für den Verkauf erhalten hatte.⁴⁴⁷ Als potenzielle Einsparungsmöglichkeit wurden vor allem die über 100 Mio. Euro an „Servicegebühren“ angeführt. Diese wären bis

⁴⁴² vgl. http://www.suez-environnement.fr/wp-content/uploads/2012/04/CP-Budapest-17-april-2012_VA.pdf?9d7bd4

⁴⁴³ vgl. <http://wirtschaftsblatt.at/archiv/1228863/index>

⁴⁴⁴ vgl. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Budapest>

⁴⁴⁵ vgl. <http://wirtschaftsblatt.at/archiv/1228863/index>

⁴⁴⁶ Vgl. http://www.suez-environnement.fr/wp-content/uploads/2012/04/CP-Budapest-17-april-2012_VA.pdf?9d7bd4

⁴⁴⁷ vgl. <http://wirtschaftsblatt.at/archiv/1228863/index>, vgl.

<http://pesterlloyd.net/html/1212wasserwerke.html>, vgl.

<http://www.remunicipalisation.org/cases#Budapest>,

zum Vertragsende im Jahr 2022 von der Stadt an die beiden Unternehmen zu zahlen gewesen.⁴⁴⁸ Durch den Rückkauf entfallen diese Gebühren nun. Die Preise für Wasser- und Abwasserdienste sollen zukünftig gesenkt werden. Ähnlich wie im Energiesektor soll von der Regierung eine staatliche Verpflichtung zur Senkung der Preise für Privathaushalte um 10% eingeführt werden.

4.2.5. Figaró-Montmany

2012: Rekommunalisierung

Figaró-Montmany ist eine kleine Gemeinde in der spanischen Provinz Barcelona mit etwa 1.100 EinwohnerInnen. Im Sommer 2012 wurde die kommunale Wasserversorgung vom Unternehmen *Cassa Aigües i Depuració* an die Gemeinde rückübertragen.

höhere Effizienz des Versorgungsnetzes

Die Rekommunalisierung hat zu einer Reihe von positiven Effekten geführt. Die Effizienz des Versorgungsnetzes, die im Jahr 2010 noch bei 30 Prozent lag, konnte im ersten Quartal 2013 auf 70 Prozent gesteigert werden. Erreicht wurde dieses Ergebnis durch die Reparaturen von Lecks, die Aktualisierung der Zähleinheiten und die daraus folgende Wassereinsparung. Dadurch konnte auch die Erhöhung der Gebühren durch die Privatisierung kompensiert werden. Es wird erwartet, dass der Wasserpreis auch in den nächsten Jahren stabil gehalten werden kann. Im Jahr 2014 soll weiter in das Versorgungsnetz investiert werden.⁴⁴⁹

4.2.6. Grenoble

1989: Bürgermeister setzt Konzessionsvergabe an Suez durch

Grenoble ist eine Stadt im Südosten Frankreichs und hat derzeit etwa 155.000 EinwohnerInnen. Im November 1989 vergab die konservative Stadtregierung Grenobles, unter maßgeblichem Einfluss des damaligen Bürgermeisters Alain Carignon, die Wasserver- und Abwasserentsorgung der Stadt an *COGESE (Compagnie de Gestion des Eaux du Sud-Est)*, eine Tochterfirma der *Lyonnaise des Eaux (Suez)*, für eine Laufzeit von 25 Jahren. Dies geschah gegen den Widerstand von Zivilgesellschaft, politischer Opposition und Gewerkschaften.⁴⁵⁰

Verträge bevorzugen Suez

Der Konzessionsvertrag übertrug *COGESE* den Betrieb der Wasserversorgung, die Infrastruktur blieb formal in öffentlicher Hand. Die Vertragskonstruktion enthielt dabei für die private Seite vorteilhafte Bedingungen. So musste *COGESE* den Preis für die Betriebsrechte in der Höhe von 23 Mio. Euro (150 Mio. Francs) nicht sofort bezahlen, sondern über einen Zeitraum von 15 Jahren. Dadurch schmälerte sich

⁴⁴⁸ vgl. <http://pesterlloyd.net/html/1212wasserwerke.html>, vgl.

<http://www.remunicipalisation.org/cases#Budapest>

⁴⁴⁹ vgl. <http://www.lavanguardia.com/local/valles-oriental/20130411/54371150505/figaro-montmany-aumenta-eficiencia-gestion-agua-municipalizacion-servicio.html>; vgl.

<http://www.lavanguardia.com/medio-ambiente/20120812/54336954260/figaro-montmany-municipaliza-servicio-agua.html>

⁴⁵⁰ Wasserkolloquium (2008), 92/93

der Privatisierungserlös für die Stadtkasse wesentlich. Die Kosten für die Betriebsrechte wurden aber nicht nur später gezahlt, sondern darüber hinaus – über höhere Wasserpreise – auf die KonsumentInnen abgewälzt. Profitabel erwies sich für das Unternehmen außerdem die Vergabe lukrativer Aufträge an andere Teile des *Suez*-Konzerns. Der lokale Rechnungshof bezifferte den Schaden dieser Geschäftspraktiken mit knapp einer Milliarde Franc (ca. 150 Mio. Euro).⁴⁵¹

Mitte der 1990er Jahre wurden die Hintergründe der Privatisierung bekannt, die zu einem Aufruhr in Politik und Bevölkerung führten. Der Bürgermeister Alain Carignon, der den Deal eingefädelt hatte, war für seine Mühe von *COGESE* entsprechend entlohnt worden: er erhielt Wahlkampfunterstützung, Freiflüge, eine Wohnung und andere Geschenke im Wert von 2,7 Mio. Euro.⁴⁵² Sowohl der Bürgermeister als auch die verantwortlichen Manager wurden wegen Korruption und Bestechung zu mehrjährigen Haft- und Geldstrafen verurteilt. An dem Deal selbst änderte das freilich nichts.

*Hintergrund:
Bürgermeister
bestochen*

Im Jahr 1995 verloren die Konservativen, auch aufgrund der Korruptionsaffäre, bei den Kommunalwahlen die Mehrheit und eine Mitte-Links Koalition übernahm die Stadtregierung. Einer ihrer Schwerpunkte war die Rückgewinnung der Kontrolle über öffentliche (Dienst-)Leistungen, insbesondere der Wasserversorgung. *„Aus Angst vor befürchteten Entschädigungszahlungen wurde die Rekommunalisierung vom neuen Stadtsenat zuerst jedoch nur zaghaft angegangen.“*⁴⁵³ Daher wurde im Jahr 1996 die *Société des Eaux de Grenoble (SEG)* als neuer öffentlich-privater Wasserversorger gegründet. Die Stadt behielt 51 Prozent des Unternehmens, die restlichen 49 Prozent wurden an *Suez* vergeben. Das operative Geschäft wurde an eine Tochterfirma der *Suez*, *SGEA (Société Grenobloise de l'Eau et de l'Assainissement)* ausgelagert.⁴⁵⁴ *„Auch übernahm die Stadt 30 Mio. Franc (4,6 Mio. Euro) Schulden der COGESE, stimmte einer disproportionalen Gewinnverteilung und der Übernahme von Verlusten der SGEA zu, die vor allem aus weiteren Subcontracting-Verträgen dieser Gesellschaft mit anderen Suez-Töchtern resultierten.“*⁴⁵⁵ Außerdem wurde dem Unternehmen Veto-Rechte in maßgeblichen Entscheidungen eingeräumt. Das Ergebnis dieser öffentlich-privaten Gesellschaft war: keine Wasserpreissenkung und noch höhere Profite für *Suez*.

*1995:
neue Regierung
will Rück-
übertragung*

*Versuch PPP-
Modell*

*Nachteile für Stadt
und KundInnen*

Zur vollständigen Rekommunalisierung der Wasserversorgung kam es schließlich im Jahr 2000. Die Kehrtwende brachte eine Reihe von Gerichtsentscheiden (die Annullierung der mit *COGESE* geschlossenen Konzessionsverträge wegen Korruption, Erklärung der Illegalität der Tarifgestaltung von *COGESE*, Annullierung der Entscheidung der Überführung der Wasserversorgung in die öffentlich-private *SEG*) begleitet von der Kampagne einer BürgerInneninitiative

*Gerichtsurteil
ermöglichte
Rekommunali-
sierung*

⁴⁵¹ vgl. Wasserkolloquium (2008), 92/93, vgl. Hachfeld (2009), 93

⁴⁵² http://www.zeit.de/1995/41/Der_Patron_von_Grenoble

⁴⁵³ Hachfeld (2009), 93

⁴⁵⁴ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Grenoble> sowie Paffhausen (2010), 128–132

⁴⁵⁵ Hachfeld (2009), 93f

Rekommunali-
sierung als Erfolg
der Zivil-
gesellschaft

(Eau secours). Dies führte letztlich zu einem Kurswechsel des Stadtsenates, der am 20. März 2000 beschloss, die Wasserversorgung zu rekommunalisieren.⁴⁵⁶ Der Betrieb der Wasserwerke und die Infrastruktur werden nun durch eine autonome Gesellschaft öffentlichen Rechts im Besitz der Stadt Grenoble abgewickelt (*Regime des Eaux Grenoble*). Der operative Betrieb der Abwasserklärwerke wurde an einen Verband kommunaler Unternehmen in der Region Grenoble vergeben.⁴⁵⁷

Die Rekommunalisierung in Grenoble ist ein Vorbild für den Einsatz der Zivilgesellschaft. Die Bürgerinitiative hat die Bevölkerung aufgeklärt, informiert und mit Lobbying aktiv auf eine Rekommunalisierung hingearbeitet. Und der Erfolg der Rekommunalisierung blieb nicht aus: *„Die neue Rechtsform hat zu einer Stabilisierung der Wasserpreise und zu einem deutlichen Anstieg der Investitionsleistungen geführt. Durch die Ersetzung von Fremdvergaben durch Eigenleistungen wurden Kosten eingespart, und das Unternehmen ist nicht mehr darauf ausgerichtet, Profite zu erwirtschaften.“*⁴⁵⁸

4.2.7. Paris

Wasserversorgung
der Stadt aufgeteilt
auf Suez und
Veolia

Die französische Hauptstadt Paris ist für die Wasserversorgung von rund 2,2 Mio. EinwohnerInnen verantwortlich. Bereits im Jahr 1984 hat die konservative Mehrheit im Pariser Stadtsenat unter Führung von Jacques Chirac die Wasserversorgung (operativer Betrieb, Wartung, Investitionen) an die zwei größten privaten Wasserversorger Frankreichs vergeben: *Veolia* und *Suez*. Während die *Veolia*-Tochter *Compagnie des eaux de Paris (CEP)* für den Stadtteil nördlich der Seine verantwortlich war, erhielt die Tochterfirma von *Suez*, *Eau et Force (EF)*, die Kontrolle über den südlichen Teil der Stadt, links der Seine. Der Konzessionsvertrag wurde über eine Laufzeit von 25 Jahren geschlossen. Drei Jahre später, im Jahr 1987, erfolgte die Teilprivatisierung der städtischen Wasserwerke, wobei *Suez* und *Veolia* jeweils 14 Prozent der neuen Betreiberfirma *SAGEP* erwarben. Der Rest der Anteile verblieb im Besitz der Stadt Paris (70 Prozent) bzw. der staatsnahen französischen Investitionsbank (*CDC*, 2 Prozent).

Netze teilweise
verkauft

Netzinvestitionen
blieben aus –
Folge: Rohrbrüche

Die dringend notwendigen Investitionen in das Versorgungsnetz, die das kommunale Haushaltsbudget massiv belastet hätten, waren eines der Motive für die Privatisierung der Wasserversorgung. Die privaten Unternehmen kamen den getroffenen Vereinbarungen jedoch nicht ausreichend nach und investierten in den ersten Jahren kaum in die Infrastruktur. So hat sich der Anteil der Rohrbrüche, der im Jahr 1985 noch bei 22 Prozent lag, bis 2003 nur auf 17 Prozent reduziert. Erst auf massiven Druck der Stadt Paris haben *Suez* und *Veolia* ihr Investitionsvolumen erhöht, so dass der Anteil der Rohrbrüche im Jahr 2009

⁴⁵⁶ vgl. Hachfeld (2009), 94

⁴⁵⁷ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Grenoble>
<http://www.arte.tv/de/3752030,CmC=3774332.html>

⁴⁵⁸ Hachfeld (2009), 94

auf 3,5 Prozent gesenkt werden konnten. Im Gegenzug kam es allerdings zu einer deutlichen Verteuerung der Wasserpreise. Von 1985 bis 2009 nahm der Preis pro Kubikmeter Wasser um 265 Prozent zu, die Inflation betrug im selben Zeitraum allerdings nur 70,5 Prozent. Die Kunden spürten diesen Preisanstieg durch deutliche Preissprünge alle drei Monate.⁴⁵⁹

Die enormen Preisanstiege waren nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die zwei privaten Firmen die anstehenden Arbeiten untereinander aufgeteilt haben und die Leistungen dadurch teurer wurden. „*There was a serious lack of financial transparency, and no control over any work that was carried out.*“⁴⁶⁰ Die Entwicklung macht deutlich, dass die Versprechen der Privatisierungsbefürworter und der privaten Firmen nicht gehalten werden konnten: „*The simplistic idea that the private sector is naturally better equipped to manage urban water systems was proven wrong in Paris, where a private duopoly by powerful companies was operating at the expense of the residents of the city.*“⁴⁶¹

enorme
Preisanstiege

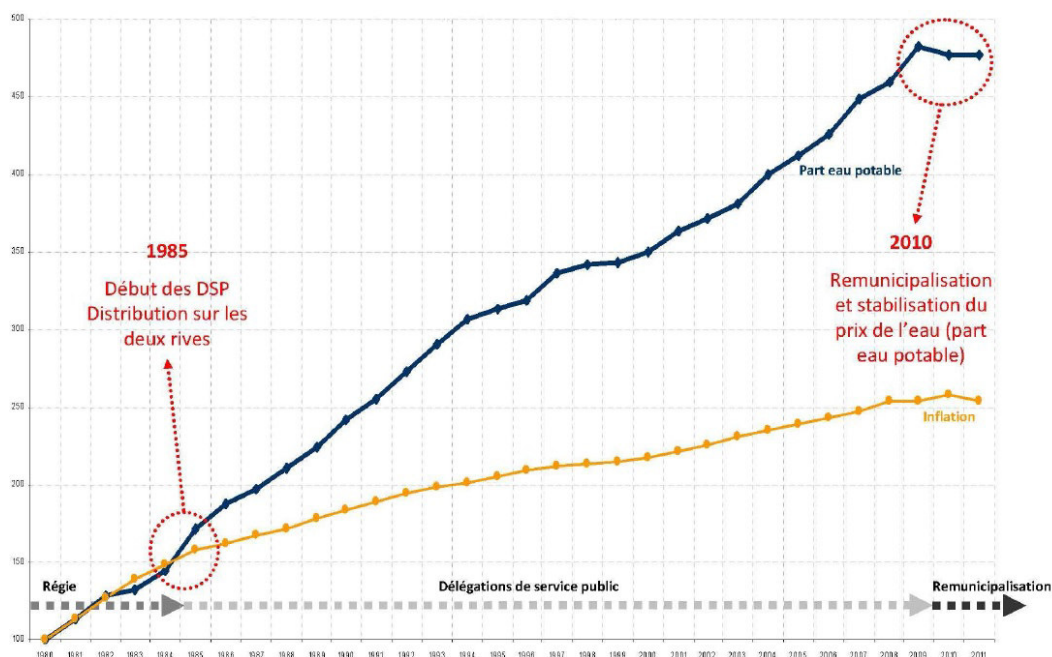


Abbildung 23: Entwicklung der Wasserpreise in Paris im Vergleich zur Inflation

Im Jahr 2001 verkündete der neu gewählte Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë (Parti socialiste), das Ziel seiner Regierung sei die stärkere Kontrolle der kommunalen Hand über die öffentlichen Dienstleistungen. Einer der angesprochenen Bereiche war die Wasserversorgung im Raum Paris. In einem Beschluss des Stadtsenates im Jahr 2007 bekannte sich die Stadt zur vollständigen Verantwortung für die Wasserversorgung (vom operativen Betrieb bis hin zum Netzausbau). Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, wurde die kommunale Betreibergesellschaft *Eau de Paris (EP)* gegründet. Nach

2001:
Regierung will
Wasserversorgung
wieder in
kommunaler Hand

Gründung Eau de
Paris

⁴⁵⁹ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Paris>

⁴⁶⁰ <http://www.tni.org/article/paris-local-authorities-regain-control-water-management>

⁴⁶¹ Vgl. Pigeon et al. (2012), 38

2010:
Eau de Paris
übernimmt
Versorgung

Ende der regulären Verträge mit *Veolia* und *Suez* übernahm die Stadt Paris mit 1. Januar 2010 die Wasserversorgung wieder selbst.⁴⁶²

Einsparungen
ermöglichen
Preissenkungen

Eau de Paris ist eine halb-autonome Körperschaft, wobei alle operativen Entscheidungen vom Stadtsenat bestätigt werden müssen. „*Ein partizipatives Kontrollgremium, ‚L’Observatoire parisien de l’eau’, in dem Vereine des Verbraucher- und Umweltschutzes und unabhängige Wissenschaftler vertreten sind, sichert, vorerst mit beratender Funktion, die demokratische Kontrolle.*“⁴⁶³ Dadurch kann der Einfluss der Stadt auf das operative Geschäft sichergestellt werden. Im Zuge des Übergangs von privater zu kommunaler Versorgung konnten außerdem beträchtliche Einsparungen erzielt werden. Der unmittelbare Einsparungseffekt durch den Wegfall der Konzessionszahlungen lag bei 35 Mio. Euro. Außerdem konnten durch einen einheitlichen Aufbau von *EP* (Vereinheitlichung von drei verschiedenen Führungsebenen zu einer) weitere Einsparungen erzielt werden.⁴⁶⁴ Diese Einsparungen ermöglichten es, den Wasserpreis im Jahr nach der Rekommunalisierung erstmals wieder zu senken. So konnte der Wasserpreis je Kubikmeter für Privatverbraucher im Jahr 2011 um immerhin 8 Prozent reduziert werden. Seit dem 1.1.2013 liegt er bei nunmehr 3,11 Euro pro Kubikmeter.⁴⁶⁵ Zum Vergleich: der Wasserpreis in Wien liegt aktuell bei 1,73 Euro pro Kubikmeter.⁴⁶⁶ Die Rekommunalisierung hat aber auch einen sozialen Aspekt: die Stadt bietet nun günstigere Tarife für sozial schwache Menschen an.⁴⁶⁷ Insgesamt profitieren bereits 44.000 Haushalte von den Solidarpreisen.⁴⁶⁸

günstige Tarife für
sozial Schwache

Durch die Rekommunalisierung werden die Gewinne nun wieder in das Unternehmen investiert. Dadurch ist eine langfristige Planung der Investitionen möglich, was die Qualität der Wasserversorgung insgesamt verbessert.

Auch auf die Bedürfnisse MitarbeiterInnen wurde bei der Rekommunalisierung Rücksicht genommen. In einem insgesamt sechs Monate dauernden Prozess wurde mit VertreterInnen aller zuvor involvierten Firmen (*Suez*, *Veolia*, Mitarbeiter der Stadt und von *Eau de Paris*) eine Einigung über Gehaltsbezüge und Arbeitsbedingungen getroffen. Viele der Führungspositionen mussten allerdings mit externem Personal besetzt werden, da die Erfahrung im operativen

⁴⁶² vgl. Pigeon et al. (2012), 24–33

⁴⁶³ <http://forumfuerberlin.wordpress.com/2013/08/27/rekommunalisierung-der-berliner-wasserbetriebe-keine-geschenke-fur-wassermulti-veolia/>

⁴⁶⁴ Pigeon et al. (2012), 35 sowie

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/wasserversorgung-in-paris-anstossen-mit--eau-de-paris-,1472780,7192666.html>

⁴⁶⁵ http://www.eaudeparis.fr/leau-au-quotidien/une-eau-au-juste-prix/#prix_eau

⁴⁶⁶ <http://www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/wasserwerk/wasseranschluss/wassergebuehr.html>

⁴⁶⁷ http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtpolitik/529569_Rekommunalisieren-ist-sozialer.html

⁴⁶⁸ <http://www.stern.de/politik/deutschland/trend-rekommunalisierung-ick-will-meinen-strom-zurueck-2017345.html>

Geschäft eines Wasserunternehmens durch die lange Privatisierungsphase fehlte.⁴⁶⁹

4.2.8. Potsdam

Potsdam, eine deutsche Stadt mit ca. 160.000 EinwohnerInnen im neuen Bundesland Brandenburg nahe Berlin, hat sich im Zuge des allgemeinen Privatisierungsbooms in der ehemaligen DDR in den 1990er Jahren zur Teilprivatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung entschlossen. Am 17. Dezember 1997 stimmten die Stadtverordneten von Potsdam einer Kooperation mit *Eurawasser*, einem Tochterunternehmen der beiden Großkonzerne *Thyssen Krupp* und *Suez*, zu. *Eurawasser* kaufte 49 Prozent der *Wasserbetriebe Potsdam GmbH*⁴⁷⁰ zu einem Kaufpreis von etwa 85 Mio. Euro. Die Geschäftsführung ging faktisch an *Eurawasser* über.⁴⁷¹

1997:
Teilprivatisierung

Die Motive waren die gleichen wie in anderen Städten auch: „*Entlastung des Haushalts, Anlockung privater Investoren, Flexibilisierung der Personalstrukturen, Erschließung privaten Know-hows und privater Innovationskraft, Gewährleistung sicherer Wasserver- und Abwasserentsorgung, Kostenminimierung, Verbesserung der Servicequalität usw.*“⁴⁷² Die Erwartungen konnten jedoch nicht ansatzweise erfüllt werden: Die Folgen waren Preiserhöhungen, Personalabbau und ein geringer werdender Einfluss der Stadt auf das Unternehmen.⁴⁷³ Die Entwicklung der Wasserpreise war ein wichtiger Grund für das baldige Ende der Public Private Partnership. „*Auf der Grundlage einer kooperationsvertraglich vereinbarten Preisgleitklausel kam es [...] zu wiederholten Gebührenerhöhungen.*“⁴⁷⁴ Im Jahr 1997 betrug der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser noch 3,49 Euro/m³. Dieser stieg im Jahr der Teilprivatisierung 1998 auf 4,01 Euro/m³ und 1999 auf 4,49 Euro/m³. Das entsprach einer Preissteigerung von 29 Prozent. Für das Jahr 2000 war eine Erhöhung auf 5,19 Euro/m³ geplant und „*für das Jahr 2017 wiesen die von Eurawasser vorgelegten Unterlagen eine Gesamtgebühr für Trink- und Abwasser von*“⁴⁷⁵ 8,36 Euro aus. Das hätte einen Anstieg der Wassergebühren um 140 Prozent im Vergleich zu 1997 bedeutet.

Folgen:
Preiserhöhung und
Personalabbau

⁴⁶⁹ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Paris>

⁴⁷⁰ vgl. Bauer (2012), 13

⁴⁷¹ vgl. Hachfeld (2009), 90f

⁴⁷² Bauer (2012), 14

⁴⁷³ vgl. <http://www.zeit.de/2006/26/Priv-Flucht-ins-Private>; vgl. Bauer (2012), 13ff

⁴⁷⁴ Bauer (2012), 14

⁴⁷⁵ Bauer (2012), 15

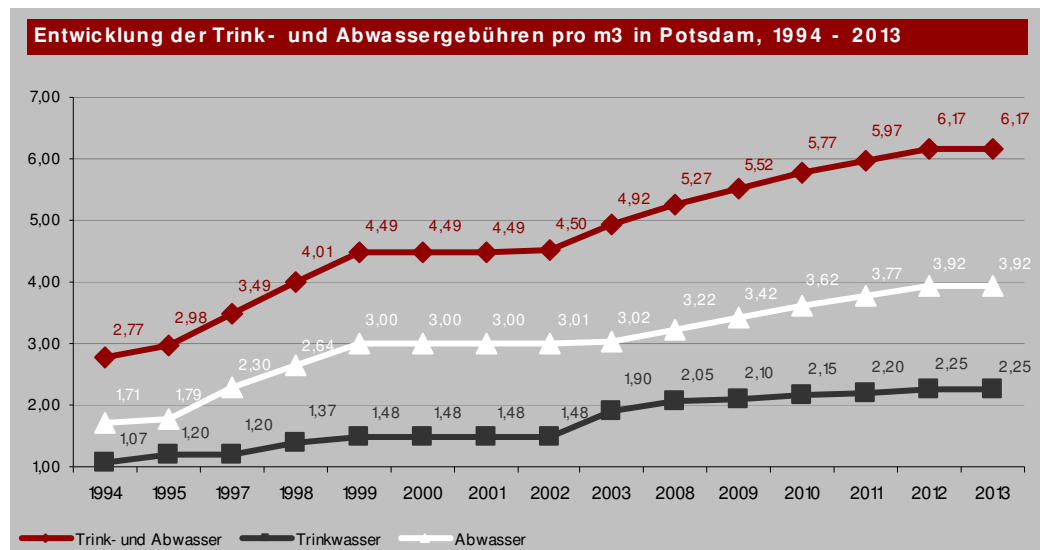


Abbildung 24: Entwicklung der Trink- und Abwassergebühren pro m³ in Potsdam, 1994–2013⁴⁷⁶

„Außerdem kam es zu politischen Kontroversen wegen einer von Eurawasser mit dem Betriebsrat abgeschlossenen Vereinbarung über die ‚sozialverträgliche Beendigung von Arbeitsverhältnissen‘, die zu einem Personalabbau führte.“⁴⁷⁷ Und schließlich ist der Einfluss der Stadt auf die Betriebsführung trotz Halten der Mehrheitsanteile nur gering gewesen. Schließlich versuchte *Eurawasser* sich über die getroffenen Vereinbarungen der gleichberechtigten Partnerschaft hinwegzusetzen. Im Zuge dessen kam es im Jahr 1999 zu einem folgenschweren Konflikt der beiden Partner, als sich der neue städtische Geschäftsführer weigerte, Vorhaben, die zum Nachteil der Stadt gewesen wären, zuzustimmen. „Dies betraf unter anderem Beschlüsse über Auftragsvergaben zu Gunsten von *Eurawasser* und die Verbuchung von Ausgaben: *Eurawasser* hatte ein Interesse daran, Ausgaben nicht als Betriebskosten, sondern als Investitionen auszuweisen, da diese allein von der Stadt hätten getragen werden müssen.“⁴⁷⁸ Da eine Lösung ausblieb, begann die Stadt hinter verschlossenen Türen eine Rekommunalisierung vorzubereiten. Dies dauerte aufgrund der komplizierten Vertragskonstruktion fünf Monate. Dabei kam folgendes ans Licht: Der Kaufpreis von 85 Mio. Euro wurde bei der Privatisierung gar nicht von *Eurawasser* bezahlt, sondern „über eine Forfaitierung von einer Bank eingebracht, als Gegenleistung erhielt die Bank Anspruch auf Einnahmen aus dem Wassergebühren über eine Laufzeit von mehr als 20 Jahren.“⁴⁷⁹ Die Stadt hatte bis zu diesem Zeitpunkt von einer Rekommunalisierung Abstand genommen, weil sie den Rückkaufpreis nur schwer hätte aufbringen können. Dieses Ergebnis ließ für die Stadt aber den Rückschluss zu, dass sie für einen Rückkauf auch keine Summe zu zahlen hat. „Die tatsächliche Rekommunalisierung erfolgte dann für *Eurawasser* überraschend auf der Sitzung der Gesellschafterversammlung des Wasserbetriebs

1999:
Konflikt zwischen
privaten und
öffentlichen
Teilhabern

Rekommunali-
sierung kam für
privaten Betreiber
überraschend

⁴⁷⁶ Anfrage an Stadtwerke Potsdam GmbH

⁴⁷⁷ Bauer (2012), 15

⁴⁷⁸ Hachfeld (2009), 91

⁴⁷⁹ Hachfeld (2009), 91

am 19.6.2000.⁴⁸⁰ *Eurawasser* war überrumpelt, protestierte zunächst und stellte schließlich Regressforderungen. Anfang des Jahres 2001 konnte man sich nach diversen Gesprächen doch einigen. Es kam zu einem Vergleich, „*der Eurawasser in einer geschätzten Höhe von [...] rund 12,8 Millionen Euro [...] eine finanzielle Entschädigung zusprach.*“⁴⁸¹ Und die Stadt Potsdam wurde wieder alleiniger Eigentümer der *Stadtwerke Potsdam GmbH*.⁴⁸²

Potsdam ist es gelungen, durch geschicktes Agieren eine Rekommunalisierung einzuleiten. Dabei wurde belegt, „*dass sich eine Stadt trotz eines komplizierten und zu ihren Lasten gestrickten Vertragswerks gegen einen privaten Investor wehren kann.*“⁴⁸³ Jedoch waren die negativen Effekte der Teilprivatisierung nicht mehr abzuwenden. Der Hauptgrund für die Rekommunalisierung waren die hohen prognostizierten Wasserpreise, die jedoch auch nach der Rekommunalisierung bestehen blieben. Die Rekommunalisierung konnte die Erwartungen in diesem Fall nicht erfüllen, denn die „*Hauptursache der Preissteigerung liegt in der Forfaitierungsfinanzierung, die im Ergebnis eine teure Kreditaufnahme für die Stadt darstellt, deren Tilgung über die Gebühren von den WassernutzerInnen zu tragen sind.*“⁴⁸⁴ Die Preise sind deshalb auch nach der Rekommunalisierung gestiegen, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie zur Zeit der Public-Private-Partnership von *Eurawasser* prognostiziert. Durch die Rekommunalisierung konnte dem prognostiziert hohen Anstieg der Gebühren entgegen gewirkt werden, dennoch sind die Wasserpreise seither um 37 Prozent angestiegen. Zur Zeit der Public-Private-Partnership betrug die Preissteigerung des Trinkwassers 23 Prozent (von 1,20 auf 1,48 Euro/m³), während jene des Abwassers 30 Prozent (von 2,30 auf 3 Euro/m³) ausmachte. Seit der Rekommunalisierung ist jedoch der Wasserpreis massiver angestiegen: Die Trinkwassergebühren haben sich seither um 52 Prozent erhöht, jene des Abwassers um 31 Prozent. Damit verlangt Potsdam bis heute deutschlandweit eine der höchsten Wassergebühren von ihren KundInnen.⁴⁸⁵

*weiterhin hohe
Wasserpreise
durch
Finanzierungs-
modell*

4.2.9. Toulouse

Toulouse ist eine Stadt im Süden Frankreichs und mit etwa 450.000 EinwohnerInnen die viertgrößte des Landes. Im Jahr 1990 wurde die Wasserversorgung der Stadt von *Veolia* übernommen. Das Unternehmen zahlte dafür ein Eintrittsgeld von 435 Mio. Franc, umgerechnet 66,3 Mio. Euro. Das sogenannte Eintrittsgeld wird bei der Konzessionsübernahme als Kaufsumme bzw. Geschenk an die Kommune bezeichnet. Diese in Frankreich übliche Vorgehensweise ist jedoch nichts anderes als ein Kredit, den die

⁴⁸⁰ Hachfeld (2009), 91

⁴⁸¹ Bauer (2012), 15

⁴⁸² vgl. Bauer (2012), 13ff, vgl. Hachfeld (2009), 91

⁴⁸³ Hachfeld (2009), 95

⁴⁸⁴ Hachfeld (2009), 92

⁴⁸⁵ vgl. Bauer (2012), 13ff

Eintrittsgeld:
KundInnen
kommen durch
hohe Wasser-
rechnung dafür auf

kommunale
Versorgung
gewünscht

Verträge laufen
noch bis 2020

WasserkundInnen mit ihren Wasserrechnungen samt hohen Zinsen und Zinseszinsen wieder zurückzahlen müssen. Präziser ausgedrückt: Das Eintrittsgeld wird über den Wasserpreis von den KundInnen bezahlt. Deshalb kam es bei der Privatisierung der Wasserversorgung auch stets zu Preiserhöhungen.⁴⁸⁶ In Toulouse wurde das Eintrittsgeld vom Bürgermeister genutzt, um die lokalen Steuern zu senken und damit Sympathie bei der Bevölkerung zu erlangen. Tatsächlich musste auch in diesem Fall die Bevölkerung das Eintrittsgeld aber über hohe Wasserrechnungen zurückzahlen. Denn: „*CGE*⁴⁸⁷ has not offered any money: this is a loan with a 10% interest rate, increasing to 13% in 2003“⁴⁸⁸, so die Präsidentin von Eau Secours 31, einer Organisation, die sich für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in Toulouse einsetzt. Eine Untersuchung hat ergeben: „*When the contract ends [...], Toulousians will have reimbursed ,more than 266 million euros‘*“⁴⁸⁹ Seit diese Vorgangsweise von Veolia im Zuge eines Audits auch offiziell bestätigt wurde, wünscht Toulouse eine Rückkehr zur öffentlichen Kontrolle. Der Konzessionsvertrag mit Veolia läuft aber noch bis zum Jahr 2020.

In anderen französischen Kommunen wurde ähnlich verfahren und das Eintrittsgeld zur Finanzierung politischer Projekte genutzt: In Montpellier wurde mit dem Eintrittsgeld ein Kongresszentrum und in Lille ein Stadion gebaut. Andernorts wurden mit dem Eintrittsgeld kommunale Schulden bezahlt. So können PolitikerInnen mit den Projekten, die sie mit dem Eintrittsgeld finanzieren bei den WählerInnen punkten. Das Absurde daran: Die Wähler bzw. Wasserkunden zahlen die Rechnung dafür samt Zinsen selbst!⁴⁹⁰

4.2.10. Rekommunalisierung eines deutschen Wasserriesen: Gelsenwasser AG

traditionell
öffentlich-privater
Mischbetrieb

Die *Gelsenwasser AG*, mit Sitz in Gelsenkirchen (250.000 EinwohnerInnen), wurde im Jahr 1887 unter dem Namen *Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier* gegründet, welches vor allem die Wasserversorgung der ehemaligen Kohlebergwerke in der Region sicherstellen sollte. Hervorgegangen aus einem industriellen Infrastrukturbetrieb, notierte das Unternehmen bereits 1895 an der Börse. Im Jahr 1891 wandelte sich das Unternehmen zum Regionalversorger. In Hinsicht auf seine Eigentumsverhältnisse war das Unternehmen stets als Mischbetrieb aus privatem und öffentlichem Eigentum zu kategorisieren.⁴⁹¹

Im Jahr 1973 wurde das Unternehmen zur *Gelsenwasser AG* umfirmiert. Durch die Betätigung des Unternehmens über seine ursprüngliche Wirkungsstätte hinaus gehört der Konzern heute zu den größten

⁴⁸⁶ vgl. Water makes money

⁴⁸⁷ *Compagnie Générale des Eaux* ist der frühere Name von Veolia.

⁴⁸⁸ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Toulouse>

⁴⁸⁹ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Toulouse>

⁴⁹⁰ vgl. Water makes money

⁴⁹¹ vgl. <http://www.gelsenwasser.de/chronik.html>

Trinkwasserversorgungsunternehmen Deutschlands und ist auch international ein bedeutender Dienstleister für Wasser, Abwasser und Energie.⁴⁹²

Die *E.ON AG* war bis zum Jahr 2003 Mehrheitseigentümer der *Gelsenwasser AG*, musste ihre Mehrheitsanteile an *Gelsenwasser* jedoch verkaufen, um den angestrebten Kauf der *Ruhrgas AG* durchführen zu können. Um eine unlautere Marktverzerrung zu verhindern, wollte das Bundeskartellamt dem Kauf nur nach einem vorherigen Verkauf der Anteile an *Gelsenwasser* zustimmen. „*Gelsenwasser fällt der Strategie der Eon zum Opfer, sich auf Strom und Gas zu konzentrieren. Gelsenwasser gehört zu einer Reihe von Beteiligungen, von denen sich Eon im Zuge der Ruhrgas-Übernahme trennen muss.*“⁴⁹³ Mehrere nationale (Rethmann, Konsortium Mannheimer Versorger MVV und Hamburger Wasserwerke) wie internationale Konzerne (Veolia, Suez) zeigten Interesse an den Anteilen von *E.ON*.⁴⁹⁴ Den Zuschlag erhielten schließlich die *Stadtwerke Bochum GmbH* und die *Stadtwerke Dortmund*, die sich zur *Gas und Wasser Westfalen GmbH* formierten und *E.ON* ihre Anteile von 80,5 Prozent an *Gelsenwasser* für einen Kaufpreis von 835 Mio. Euro abkauften.⁴⁹⁵ Mittlerweile besitzen die beiden Stadtwerke 92,9 Prozent der Anteile an der *Gelsenwasser AG*, weitere 5,8 Prozent befinden sich in kommunaler Hand.⁴⁹⁶

einer der größten Wasserversorger Deutschlands

E.ON muss Anteil verkaufen – Auflage des Kartellamts

zwei kommunale Stadtwerke gewinnen Ausschreibung

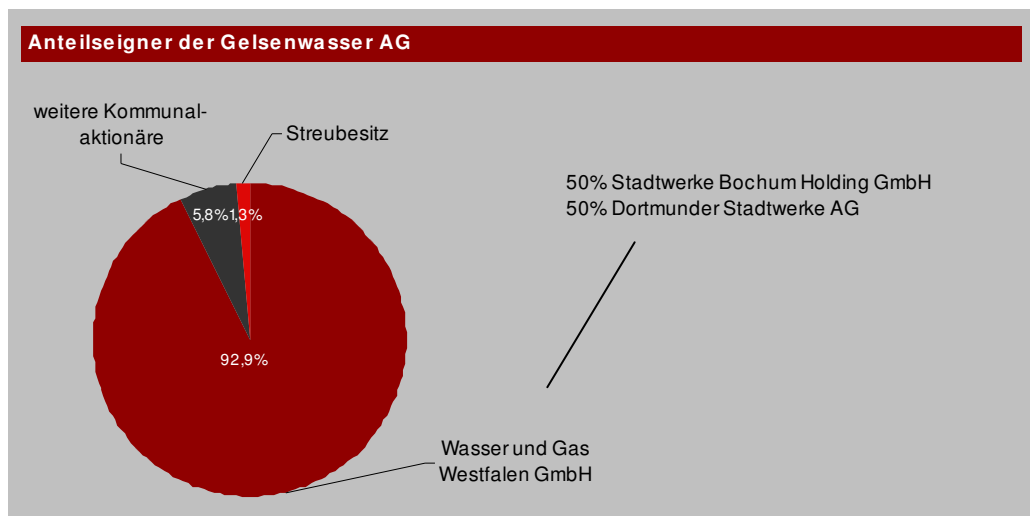


Abbildung 25: Anteilseigner der Gelsenwasser AG⁴⁹⁷

Der Kauf der Anteile durch die beiden finanziell angeschlagenen Kommunen war stark umstritten. In Bochum und Dortmund war die Finanzlage derart prekär, dass die beiden Städte ohne Genehmigung der Landesbehörden keine weiteren Ausgaben mehr tätigen durften. Möglich wurde der Deal durch die staatsnahe

Kritik: Überschuldung der involvierten Städte

⁴⁹² vgl. http://www.zeit.de/2006/26/Wasserversorgung_Zusammenarbeit_mit_Konzernen; vgl. <http://www.gelsenwasser.de/chronik.html>

⁴⁹³ <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-259379.html>

⁴⁹⁴ vgl. http://www.zeit.de/2003/39/Versorger_zu_versorgen; vgl. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-259379.html>

⁴⁹⁵ vgl. http://www.zeit.de/2003/39/Versorger_zu_versorgen;

⁴⁹⁶ vgl. http://www.gelsenwasser.de/die_aktie.html

⁴⁹⁷ vgl. http://www.gelsenwasser.de/die_aktie.html

Westdeutsche Landesbank, die „als Führer eines Bankenkonsortiums den Kaufpreis zunächst vollständig über einen Kredit“ finanzierte. „Nach sechs Monaten sollen rund 40 Prozent des Darlehens abgelöst werden, Zinsen und Tilgungen für die gepumpten Millionen sollen aus den Gelsenwasser-Gewinnen bezahlt werden.“⁴⁹⁸

Heftige Kritik erntete der Deal bereits zu Beginn, denn die *Gelsenwasser AG* ist mehr als nur ein lokaler oder regionaler Versorgungsbetrieb, besitzt das Unternehmen doch mehrere nationale und internationale Beteiligungen an Versorgungsunternehmen. Löste dies schon bei der Rekommunalisierung deutscher Energieriesen heftige Kritik aus, so stellt sich die Situation bei einem kommunalen Wasserunternehmen noch einmal verschärft dar.

Beteiligungen von Gelsenwasser in Deutschland			
Wasser		WESTFALICA GmbH	
Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH	100,0%	Stadtwerke	100,0%
Wassergewinnung Essen GmbH	50,0%	Städtische Werke Magdeburg GmbH	19,3%
Wasserversorgung Herne GmbH & CO. KG	50,0%	Gas- und Wasserversorgung Höxter GmbH	50,0%
Wasserbeschaffung Mittlere Ruhr GmbH	50,0%	PVU Prignitzer Energie- und	50,0%
Wasserversorgung Voerde GmbH	50,0%	Wasserversorgungsunternehmen GmbH	
Wasserwerke Westfalen GmbH	50,0%	Altmärkische Gas-, Wasser- und	37,5%
hertenwasser GmbH	50,0%	Elektrizitätswerke GmbH Stendal	
Wastfälische Wasser- und Umweltanalytik GmbH	60,0%	Stadtwerke Burg GmbH	49,0%
GSW Wasser-plus GmbH	50,0%	Stadtwerke Kaarst GmbH	50,0%
Abwasser		Stadtwerke Kalkar GmbH & Co. KG	49,0%
Abwassergesellschaft Gelsenkirchen mbH	51,0%	Stadtwerke Weißenfels GmbH	24,5%
AWS GmbH	100,0%	Stadtwerke Wesel GmbH	20,0%
hanseWasser Bremen GmbH	ca. 36,7%	Stadtwerke Holzminden GmbH	24,9%
Stadtentwässerung Dresden GmbH	49,0%	Stadtwerke Zehdenick GmbH	74,9%
Stadtentwässerung Herne GmbH & Co. KG	?	Technische Werke Delitzsch GmbH	?
Technische Werke Emmerich am Rhein	49,9%	Stadtwerke Zeitz GmbH	24,5%
Stadtentwässerung Höxter GmbH	?	Netz/Speicher	
Energie		GELENWASSER Energienetze GmbH	100,0%
energiehoch 3 GmbH	100,0%	Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG	25,0%
Erdgasversorgung Schwalmatal GmbH & Co. KG	50,0%	Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	16,2%
Gasversorgung Hünxe GmbH	90,0%	novogate GmbH	20,0%
NGW GmbH	100,0%		

Tabelle 7: Beteiligungen von Gelsenwasser in Deutschland⁴⁹⁹

Die Gelsenwasser AG besitzt in Deutschland zahlreiche Beteiligung im Wasser-, Abwasser- und Energiesektor, ist Anteilseigner an Stadtwerken und Mitbesitzer von Stromnetzen. Zudem ist sie im Besitz einiger Tochterunternehmen und ist in mehreren deutschen Kommunen Konzessionsnehmer im Wasser- und Gassektor. Für einen kommunalen Anbieter fragwürdig ist aber vor allem das Auslandsengagement des Unternehmens. So besitzt Gelsenwasser beispielsweise Beteiligungen an Wasserver- und Abwasserentsorgungsbetriebe in Tschechien und Frankreich, an Fernwärmeunternehmen in Tschechien oder an der Verwaltung kommunaler Wohnungsbestände in Tschechien.⁵⁰⁰

⁴⁹⁸ http://www.zeit.de/2003/39/Versorger_zu_versorgen

⁴⁹⁹ vgl. <http://www.gelsenwasser.de/fileadmin/flash/beteiligungen/index.html>

⁵⁰⁰ vgl. <http://www.gelsenwasser.de/fileadmin/flash/beteiligungen/index.html>

Beteiligungen von Gelsenwasser im Ausland		
Frankreich		
Nantaise des Eaux Services SAS	100%	Wasser- und Abwasser
Polen		
PWiK w Glogowie Sp. z.o.o.	46%	Wasser- und Abwasser
Tschechische Republik		
CHEVAK Cheb a.s.	30,58%	Wasser- und Abwasser
KMS KRASLICKA MESTSKA SPOLECNOST s.r.o	50%	Wasser- und Abwasser
TEREA Cheb s.r.o	50%	Fernwärme, Warmwasser, Betriebsführung Wohnungsbestand

Tabelle 8: Beteiligungen von Gelsenwasser im Ausland⁵⁰¹

5. Abfallentsorgung

5.1. Einleitung

Abfall ist aufgrund der Wiederverwertbarkeit der Rohstoffe ein besonders lukrativer Bereich der Daseinsvorsorge. Deshalb hat die Liberalisierung und Privatisierung auch davor nicht Halt gemacht und eine Reihe an großen Unternehmen konnte sich in diesem Bereich etablieren. Ein kurzer Überblick über den europäischen Abfallsektor soll schließlich zeigen, wo bereits ein Umdenken stattgefunden hat und die Aufgabenerfüllung rekommunalisiert wurde.

5.1.1. Liberalisierung und Privatisierung im Abfallsektor

Die Abfallwirtschaft wurde ebenso wie die Energie- und Wasserversorgung von der Privatisierungswelle erfasst. In den meisten EU-Mitgliedsstaaten ist die Abfallwirtschaft ähnlich organisiert: *„Zumeist liegt die Kompetenz für die Hausmüllsammlung bei den Gemeinden, die entweder selbst Sammel- und Entsorgungsbetriebe unterhalten oder private Unternehmen mit dieser Aufgabe betrauen.“*⁵⁰² Durch diese Wahlmöglichkeit ist die Organisation der Abfallsammlung und Weiterverarbeitung in den EU-Ländern unterschiedlich ausgeprägt: *„In Spanien etwa werden bereits 75% der Hausabfälle von privaten Unternehmen gesammelt und mehr als 90% von Privaten weiterbehandelt. In Finnland dagegen ist die Müllsammlung fast zur Gänze privatisiert, die Weiterbehandlung der Abfälle hingegen fast ausschließlich öffentlich.“*⁵⁰³ Häufig kommt es also zu einer organisatorischen Trennung bei Sammlung und Verwertung von Abfällen. Dies führt dazu, dass die Aufgaben auch oft zwischen öffentlichen und privaten Anbietern aufgeteilt werden.

*ähnliche
Organisation der
Abfallwirtschaft in
den EU-Staaten*

*unterschiedliche
Aufgaben-
verteilung
zwischen privat
und öffentlich*

Die Privatisierungserfahrungen in der Abfallwirtschaft waren jedoch nicht überall positiv und konnten die in sie gesetzten Erwartungen bezüglich Preis und Qualität auch nicht in allen Fällen erfüllen. Empirisch können die versprochenen Kostenvorteile der privaten Erbringung im Abfallsektor allerdings nicht belegt

⁵⁰¹ vgl. <http://www.gelsenwasser.de/fileadmin/flash/beteiligungen/index.html>

⁵⁰² ÖGPP (2008), 22

⁵⁰³ ÖGPP (2008), 22

interkommunale
Zusammenarbeit:
ländliche Gebiete
profitieren

werden. So kommt eine Analyse der Universität Barcelona, die bereits vorhandene Studien über die Kosten der Abfallentsorgung vergleicht⁵⁰⁴, zu dem Ergebnis: *„no systematic support for lower costs with private production. [...] We do not find a genuine empirical effect of cost savings resulting from private production.”*⁵⁰⁵ Die These, dass private Leistungserbringung in der Abfallwirtschaft günstiger ist, kann also nicht gestützt werden. Im Gegenteil zeigte eine andere Studie auf, dass in ländlichen Regionen die interkommunale Zusammenarbeit Kosten reduziert, während dies beim Outsourcing nicht feststellbar ist: *„small towns that cooperate incur lower costs for their waste collection service. Cooperation also raises collection frequency and improves the quality of the service in small towns. By contrast, the form of production, whether it is public or private, does not result in systematic differences in costs.”*⁵⁰⁶

Die privaten Entsorger konnten zudem die geforderten Qualitätsaspekte in vielen Fällen nicht erfüllen. So mussten die Kommunen die Aufgabenerledigung der Privaten kontrollieren oder ihnen gar hinterherfahren, um die Abfuhr sicherzustellen (siehe etwa Böblingen).

auch bei
Auslagerung
bleiben Kommunen
Aufgaben erhalten

Für die Kommunen ergibt sich durch die Auslagerung bestimmter Dienstleistungen aber noch ein viel größeres Problem. Die notwendigen, aber unprofitablen Dienstleistungsbereiche verbleiben häufig den Kommunen, dann aber bei ausbleibenden Gewinnen aus den profitablen Bereichen. Denn obwohl die Kommunen die Abfallentsorgung auf private Akteure übertragen haben, fallen „extra“ Dienstleistungen an, die von den Privaten nicht übernommen werden. So verbleiben Aufgaben wie Littering⁵⁰⁷ oder die Reinigung von Straßenfesten häufig bei der Kommune.⁵⁰⁸ Neben der immer noch vorhandenen Verantwortung der Kommunen bedeutet das vor allem Kosten- und Personalaufwand. Dieses „Rosinen picken“ bedeutet aber eine Gefahr für die Zukunft der Daseinsvorsorge. Im Zuge des demografischen Wandels könnten durch vermehrte Privatisierung der Abfallwirtschaft ländliche Regionen von der Grundversorgung ausgeschlossen werden. *„In vielen ländlichen Regionen sind schon heute die Entfernungen zwischen den einzelnen Abfallbehältern aufgrund einer geringen Bevölkerungsdichte relativ groß.”*⁵⁰⁹ Während die Kommunen dem *„Postulat der Gleichwertigkeit ländlicher Gebiete“*⁵¹⁰ unterliegen, ist die Entsorgung abgelegener Gebiete für die privaten Unternehmen ökonomisch nicht

„Rosinen picken“

⁵⁰⁴ Diese Analyse hat den Vorteil, einen Überblick über zahlreiche zuvor erstellte Studien zu geben und so unabhängig von möglichen Einflüssen der Auftraggeber oder Eigeninteressen die Gesamtwirkung der Privatisierung zu analysieren.

⁵⁰⁵ Bel, Fageda, Warner (2008)

⁵⁰⁶ Bel, Mur (2009), 1

⁵⁰⁷ Unter Littering versteht man das Liegenlassen und Wegwerfen von Abfall vor allem auf öffentlichen Grund.

⁵⁰⁸ vgl. Difu-Papers (2009), 16

⁵⁰⁹ Difu-Papers (2009), 18

⁵¹⁰ Difu-Papers (2009), 18

interessant bzw. nur dann, wenn die Personen höhere Preise bezahlen. Das ist ein erheblicher Einschnitt in die soziale Fairness, der bei einer kommunal geführten Abfallwirtschaft nicht denkbar wäre. Dies müsste z.B. auch in Österreich befürchtet werden, wo die Zersiedelung ein immer größeres Problem darstellt.

5.1.2. Die Ressource Müll

Der Müll hat als wieder verwertbares Gut eine Sonderstellung in der Daseinsvorsorge. Die zunehmende ökonomische Attraktivität der Abfallsammlung und Vermarktung stellt für viele Kommunen einen Anreiz dar, die Abfallwirtschaft wieder in Eigenregie zu übernehmen. Derzeit erweist sich der Abfall- und Sekundärrohstoffmarkt zwar noch als schwankend, doch für einige Fraktionen werden bereits hohe Preise bezahlt. Und dieser Trend wird aufgrund der begrenzten Rohstoffressourcen anhalten. *„Es ist davon auszugehen, dass sich durch die weltweite demografische Entwicklung und den Aufstieg verschiedener Schwellenländer Rohstoffe weiter verteuern und Sekundärmaterialien als Substitut immer interessanter werden. Dies könnte in den kommenden Jahren durchaus als weiterer Treiber für Rekommunalisierungen wirken.“*⁵¹¹

Möglichkeit zur Wiederverwertung macht Müll interessant

5.1.3. Big player der Abfallentsorgung

In Europa wird die Abfallwirtschaft von großen Unternehmen dominiert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Kommunen zwar zumeist den Versorgungsauftrag haben, aber die tatsächliche Aufgabenerfüllung auslagern. Das hat zur Entstehung und der Konzentration von Big playern geführt. Die beiden führenden privaten Anbieter in der Abfallwirtschaft sind *Veolia* und *Suez*, die außerdem die private Wasserversorgung dominieren. Neben den beiden französischen Unternehmen hat *Remondis* einen hohen Marktanteil. Der deutsche Dienstleister verfügt derzeit über *„rund 500 Standorte in 34 Ländern.“*⁵¹² Die Gewinnzahlen belegen die Vorherrschaft dieser drei Unternehmen. Ebenfalls aus Deutschland kommt *Alba*, der über Standorte in ganz Europa und mittlerweile auch außerhalb Europas verfügt. Unter den Big playern der Abfallwirtschaft findet sich außerdem das spanische Unternehmen *FCC (Fomento de Construcciones y Contratas)*, das neben dem Ver- und Entsorgungssektor auch im Bauwesen tätig ist.⁵¹³

größte Abfallentsorger: Veolia und Suez

⁵¹¹ Difu-Papers (2011), 10

⁵¹² <http://www.remondis.de/standorte/>

⁵¹³ vgl. Hallo, Nguyen (2012), 6ff

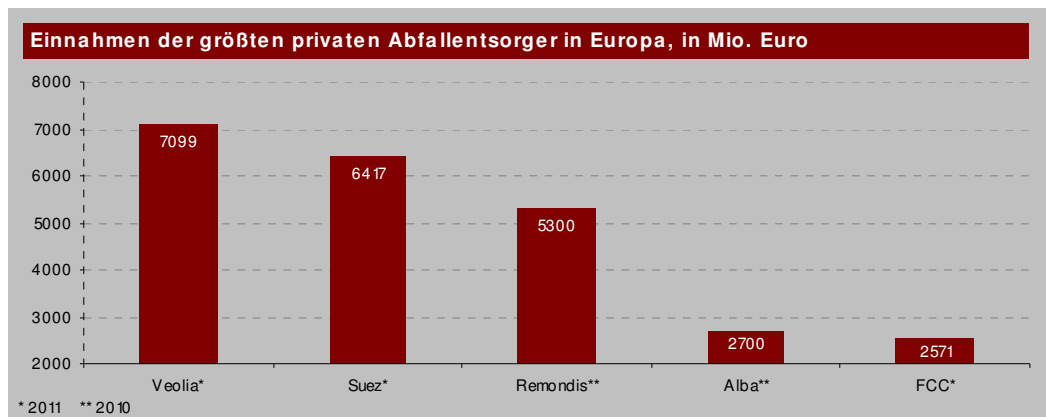


Abbildung 26: Einnahmen der größten privaten Abfallentsorger in Europa, in Mio. Euro⁵¹⁴

5.1.4. Abfallentsorgung in Österreich

In Österreich fallen pro Jahr rund 53,54 Millionen Tonnen Müll an. Der größte Teil des Abfallaufkommens sind Aushubmaterialien (43 Prozent), Abfälle aus dem Bauwesen (13 Prozent) oder Holzabfälle (8 Prozent). Nur ein geringer Teil des gesamten Abfalls ist den Haushalten zuzurechnen (3,7 Millionen Tonnen oder 7 Prozent). Das Aufkommen von Abfällen aus Haushalten ist in den letzten Jahren gestiegen, gleichzeitig haben sich die Sammelergebnisse bei der Abfalltrennung verbessert.⁵¹⁵

Die Sammlung und der Abtransport von anfallenden Rest- und Sperrmüll ist in Österreich Aufgabe der Gemeinden. Viele der Gemeinden erfüllen diese Aufgabe jedoch nicht selbst, sondern beauftragen damit private Unternehmen, die auch in Österreich eine immer größere Rolle spielen. Denn schließlich sind Private zwecks Gewinnmaximierung darum bemüht, ihre Aufgabenbereiche und ihr regionales Zuständigkeitsgebiet zu erweitern. Erfolgt die Leistungserbringung hingegen durch kommunale Entsorgungsbetriebe, so konzentrieren diese „ihre Tätigkeiten zumeist auf jene Abfallkategorien und Leistungen, für die laut der verschiedenen Bundes- und Landesgesetze die Gemeinden zuständig sind.“⁵¹⁶

Kommunale Abfallsammlungen sind vor allem in den bevölkerungsstarken Städten Österreichs tätig. In ungefähr 75 Prozent der bevölkerungsreichsten Städte Österreichs wird die Restmüllsammlung von kommunalen Betrieben durchgeführt.⁵¹⁷ In Wien und dem Burgenland sind kommunale Betriebe bzw. Verbände flächendeckend für die Abfallsammlung zuständig. In allen anderen Bundesländern zeigt sich flächenmäßig eine Dominanz der privaten Entsorger. Diese reduziert sich jedoch, „wenn man die gesammelten Restmüllmengen betrachtet und zwar weil kommunale Betriebe vor allem in den größeren

*Abfallentsorgung
in Österreich
Aufgabe der
Gemeinden*

*beauftragen oft
Private*

*kommunale
Versorgung vor
allem in großen
Städten*

⁵¹⁴ vgl. Hallo, Nguyen (2012), 6ff

⁵¹⁵ Lebensministerium: Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2011, 17

⁵¹⁶ Lebensministerium, (2009): Organisatorische Aspekte der österreichischen Abfallwirtschaft, 105

⁵¹⁷ Lebensministerium, (2009): Organisatorische Aspekte der österreichischen Abfallwirtschaft, 105

*bevölkerungsreichen Städten sammeln [...].*⁵¹⁸ Genauere Schätzungen über die Marktaufteilung zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen fehlen jedoch.

Der österreichische Abfallentsorgungssektor ist, neben einigen relativ großen Entsorgungsunternehmen, vor allem von Klein- und Mittelbetrieben geprägt. Insgesamt werden in Österreich rund 850 private Entsorgungsbetriebe gezählt, wobei ausgegliederte kommunale Betriebe mit privatrechtlicher Organisationsform hier bereits beinhaltet sind.⁵¹⁹

Dominiert wird der private Sektor von vier Unternehmen: von *Saubermacher*, *Brantner*, *AVE* und die *Abfall Service AG (ASA)*. Die Firma *AVE* ist durch den hohen Anteil an Landeseigentum über die *Energie AG Oberösterreich* nicht als klassischer Privatbetrieb einzuordnen, dennoch *„entspricht ihr Agieren am Markt [...] völlig dem von Privatbetrieben.“*⁵²⁰ *ASA* befindet sich im Eigentum des spanischen *FCC*-Konzerns und ist damit die *„derzeit wesentlichste Beteiligung eines ausländischen Unternehmens an einem österreichischen Entsorgungsbetrieb“*⁵²¹. Gemeinsam kommen diese vier Unternehmen auf einen Marktanteil von rund 40 Prozent. *Saubermacher* alleine kommt als größter Entsorger Österreichs auf einen Jahresumsatz von knapp 300 Mio. Euro (2012).⁵²²

4 große private Anbieter dominieren den Markt

Bis auf diese wenigen Ausnahmen präsentiert sich der österreichische Markt der Abfallentsorger noch immer stark fragmentiert, was den Einstieg für ausländische Großkonzerne unattraktiv macht. Dennoch lassen sich Veränderungen feststellen: *„Innerhalb der österreichischen Entsorgungsszene ist [...] ein allmählicher, jedoch kein dramatischer Konzentrationsprozess auf immer weniger und immer größere Unternehmen zu beobachten.“*⁵²³ In dieses Bild passt auch das Engagement des Abfallentsorgungsriesen *Remondis* in Österreich, der mittlerweile mehrere Standorte betreibt und sich etwa um das Recycling von Kühlgeräten kümmert.

österreichischer Abfallmarkt stark fragmentiert

Trotz der starken Präsenz privater Unternehmen ist die Abfallentsorgung in der Wahrnehmung der Bevölkerung noch immer öffentlich. Bei einer Umfrage des Gallup Instituts nennen 62 Prozent spontan den kommunalen Abfallentsorger. Aber immerhin jede/r Dritte assoziiert damit eine private regionale oder überregionale Firma. Gleichzeitig trauen die Befragten öffentlichen Organisationen auch eher eine verantwortungsvolle und umweltschonende

Vertrauen der Bevölkerung in kommunale Entsorger

⁵¹⁸ Lebensministerium, (2009): Organisatorische Aspekte der österreichischen Abfallwirtschaft, 106

⁵¹⁹ Lebensministerium: Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2011, 28

⁵²⁰ 112

⁵²¹ Lebensministerium, (2009): Organisatorische Aspekte der österreichischen Abfallwirtschaft, 131

⁵²² <http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/steiermark/1545080/Saubermacher-AG-ordnet-ihren-Vorstand-neu>

⁵²³ Lebensministerium, (2009): Organisatorische Aspekte der österreichischen Abfallwirtschaft, 129

Abfallentsorgung zu. Zwei von drei Befragten würden einer Privatisierung der öffentlichen Abfallentsorgung daher auch nicht zustimmen.⁵²⁴

hohe Qualität der
Abfallentsorgung

Festgestellt werden kann jedoch eine hohe Qualität der Abfallentsorgung in Österreich, die auch bei einer privaten Leistungserbringung durch die kommunale Kontrolle sichergestellt werden kann. *„Staaten wie Deutschland und Österreich gehören nicht zuletzt wegen der kommunalen Verantwortung im Bereich der Wasser-, Abwasser- und auch Abfallwirtschaft zu den Ländern mit der höchsten Umweltqualität und einem hohen Verbraucherschutz bei gleichzeitig sozialverträglichen Gebühren.“*⁵²⁵

5.1.5. Rekommunalisierungen im Abfallsektor in Europa

noch kein
eindeutiger
Rekommunali-
sierungstrend im
Abfallsektor
beobachtbar

Die europäischen Staaten haben aufgrund der unterschiedlichen Organisation der Abfallentsorgung und -verwertung und deren Aufteilung zwischen privaten und öffentlichen Akteuren unterschiedliche Ausgangspositionen hinsichtlich der aktuellen Rekommunalisierungsbestrebungen. In einigen europäischen Staaten kam es in den letzten Jahren zu einer Reihe von Rekommunalisierungen in der Abfallwirtschaft. Wie diese Entwicklung einzuordnen ist und ob im Bereich der Abfallwirtschaft von einem Rekommunalisierungstrend gesprochen werden kann, wird sich wohl erst in den nächsten Jahren zeigen: *„Since the mid-2000s, there has been some re-municipalisation of refuse collection contracts in Germany, France and the UK. The overall effect has certainly been to halt the earlier trend towards privatisation, although there are still cases of new privatisation, so it remains unclear if the overall result is towards public sector operation.“*⁵²⁶

▪ Deutschland

in Deutschland
wird immer öfter
rekommunalisiert

In Deutschland kam es in der Vergangenheit zu einer Reihe von Privatisierungen im Bereich der Abfallwirtschaft. In den letzten Jahren ist jedoch eine Zunahme von Insourcing-Entscheidungen zu beobachten.⁵²⁷ *„In Germany, there was a slight net remunicipalisation between 2004–2007. [...] There was still a tendency to remunicipalisation in 2011.“*⁵²⁸ *„[...] improving the quality of service, greater control over policy, desire to avoid oligopolies, and social concerns for the workers' pay and conditions“*⁵²⁹ waren die Ursachen für den Trend zur Rekommunalisierung. Die Gemeinden wollten nicht länger dabei zusehen, wie die Branchenriesen *Sulo* und *Remondis* üppige Gewinne durch ehemals kommunal erbrachte Aufgaben erwirtschafteten. Bereits im Jahr 2010 hatten „rund 150

Gewinne sollen
nicht an Private
gehen

⁵²⁴

http://195.58.166.60/noeav/user/awv/dokumente/Praesentation_ARGE_Abfallwirtschaft_NOE_LPK.pdf

⁵²⁵ ÖGPP (2008), 24

⁵²⁶ Hall, Nguyen (2012)

⁵²⁷ vgl. Difü-Papers (2011), 9

⁵²⁸ Hall, Nguyen (2012)

⁵²⁹ Hall, Nguyen (2012)

*Städte und Gemeinden ihre Müllabfuhr wieder in kommunale Organisationseinheiten eingegliedert.*⁵³⁰ Dennoch wird ein großer Teil der Entsorgung und Abfallbehandlung nach wie vor von Privaten durchgeführt. Dabei ist die private Abfallentsorgung in Deutschland von einer Konzentration auf einige wenige bundes- und europaweit agierende Großkonzerne (wie *Remondis* und *Veolia*) gekennzeichnet. Derzeit werden etwa weiterhin 60 Prozent der Entsorgungsleistungen von Kommunen an Private vergeben. Ebenfalls zu einem Großteil von Privaten übernommen werden Behandlungs- und Kompostierungsanlagen. Das Insourcing betrifft also überwiegend „*Sammlung und Transport [...], während das Outsourcing den Bereich der kapitalintensiven Anlagen betraf.*“⁵³¹ Lediglich in den deutschen Großstädten ist eine kommunale Leistungserbringung mit eigenen Abfallwirtschaftsbetrieben zu beobachten.⁵³² Der Rekommunalisierungstrend in der Abfallwirtschaft ist in Deutschland europaweit am stärksten zu beobachten.

60% der Leistungen werden an Private vergeben

▪ **Europa**

In Frankreich dominieren die beiden Konzerne Veolia und Suez nicht nur die private Wasserversorgung, sondern auch den privaten Abfallsektor. In einigen Kommunen kam es in Folge von Problemen mit den beiden Firmen zu Rekommunalisierungen. Die mangelhaften Kontrollmöglichkeiten der Kommunen gegenüber den privaten Akteuren werden als Ursache für die teilweise sehr rapide angestiegenen Kosten gesehen. Ein Bericht des französischen Rechnungshofes kommt zu dem Schluss: „*real problems in their relations with private contractors [...] including breaches of competition rules, and successive substantial modifications to contracts, in favour of the companies, after contracts have been awarded.*“⁵³³

Frankreich: Private dominieren

Im Vereinigten Königreich haben in den letzten Jahren einige Kommunen die Abfallsammlung wieder rekommunalisiert, wie etwa in North Tyneside und dem Londoner Bezirk Islington.

Großbritannien: einige Rückübertragungen

5.2. Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis

5.2.1. Bergkamen

Bergkamen ist eine etwa 50.000 EinwohnerInnen zählende Stadt in Nordrhein-Westfalen, gelegen im östlichen Ruhrgebiet zwischen Dortmund und Hamm. Seit dem Jahr 1994 kam es in Bergkamen schrittweise zu Rekommunalisierungen in verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge. Damit verbunden war der Versuch die jeweils vorteilhafteste Lösung für die BürgerInnen zu finden. Dabei wurden

schrittweise Rekommunalisierung

Ziel: beste Lösung für BürgerInnen

⁵³⁰ Engartner

⁵³¹ Difu-Papers (2011), 10

⁵³² vgl. Difu-Papers (2011), 10

⁵³³ Hall, Nguyen (2012)

sowohl die öffentliche als auch die private Leistungserbringung in den verschiedenen Bereichen angedacht.⁵³⁴ In vielen Fällen stellte sich die Rückführung zur kommunalen bzw. interkommunalen Leistungserbringung als die effizienteste Variante heraus.

1995:
Energieversorgung
rekommunalisiert

interkommunale
Stadtwerke

Den Beginn machte die Strom- und Erdgasversorgung, die bis zum Jahr 1995 durch das private Unternehmen *VEW AG (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen; fusionierte im Jahr 2000 mit RWE)* erbracht und danach schrittweise rekommunalisiert wurden. Dazu wurden mit zwei weiteren Kommunen die interkommunalen *Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH (GSW)* gegründet, die mit 1. Jänner 1995 ihre operativen Tätigkeiten aufnahmen. Die Stromnetze wurden von *VEW* für 50 Mio. Euro gekauft.⁵³⁵ Ab dem Jahr 1996 wurde die Stromversorgung und ab 1999 die Erdgasversorgung von dem interkommunalen Stadtwerk übernommen. Später (2003) kam die Fernwärmeversorgung hinzu. Außerdem betreiben die Stadtwerke seit 1999 eine eigene Telekommunikationsgesellschaft (*GSWcom*).⁵³⁶ Nach über 100 Jahren

2008:
Wasserversorgung
rekommunalisiert

privater Erbringung befindet sich mittlerweile auch die Wasserversorgung wieder in kommunaler Hand und wird durch die *GSW* erbracht. Ende des Jahres 2008 wurde der Vertrag mit der *Gelsenwasser AG*, dem bisherigen Wasserversorger, fristgerecht gekündigt. „Die Auseinandersetzungen mit dem bisherigen Versorger – unter anderem bezüglich des Kaufpreises für das Wasserrohrnetz und der Entflechtungskonzeption – haben sich bis 2010 hingezogen.“⁵³⁷ Letztendlich hat Bergkamen aufgrund der hohen Kosten das Wassernetz nicht von *Gelsenwasser* gekauft, „aber mit dem Privatversorger eine gemeinsame Netzgesellschaft gegründet“, die „allerdings eine reine Back-Office-Funktion“ hat und die technische Betreuung des Netzes übernimmt, „sodass die Stadtwerke seit Oktober 2010 die Wasserversorgung allein gegenüber den Kunden wahrnehmen.“⁵³⁸ Wasserqualität und Wasserpreise sind nach der

Gewinne fließen an
Gemeinde

Rekommunalisierung der Wasserversorgung gleich geblieben.⁵³⁹ Die Gewinne aus der Trinkwasserversorgung, die früher an die AktionärInnen verteilt wurden, schaffen heute einen Mehrwert für die BürgerInnen der Kommunen. Außerdem hat sich das Service für die WasserkundInnen verbessert, denn durch die interkommunale Zusammenarbeit und die eingerichteten Büros in jedem Ort gibt es jetzt wieder einen Ansprechpartner vor Ort.

Bergkamen nutzt
Gestaltungsspiel-
raum

Die *GSW* zeigen, wie kommunale Unternehmen nicht nur die ihnen verantworteten Aufgaben erfüllen, sondern gleichzeitig ihre Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Wirkungsbereich geltend machen können. So wurden über die *GSW* etwa Förderprogramme für Erdgas-PKWs und Erdgas-Heizungsanlagen initiiert und eine Erdgastankstelle errichtet. Mit städtischen

⁵³⁴ vgl. Schäfer (2012), 76

⁵³⁵ vgl. Engartner

⁵³⁶ vgl. http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf; vgl. Schäfer (2012), 76

⁵³⁷ Schäfer (2012), 76

⁵³⁸ Schäfer (2012), 76

⁵³⁹ <http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-06/gesellschaft/politik/seite-11/A0>

Gebäuden wurden Contractingverträge zur Energiereduzierung abgeschlossen und sie wurden mit Solaranlagen ausgestattet. Außerdem bieten die GSW Öko-Strom aus österreichischer Wasserkraft an. Und für Haushalte mit geringem Verbrauch wurde ein Spartarif ohne Grundpreis geschaffen.⁵⁴⁰ Die Einnahmen in lukrativen Bereichen helfen den Betrieb von Schwimmbädern und anderen Sport- und Freizeitstätten zu finanzieren.⁵⁴¹ Wie auch in anderen Städten ermöglichen es kommunale Betriebe so, *„Dinge auf kommunaler Ebene zu realisieren, die sonst außerhalb der kommunalpolitischen Entscheidungssphäre lägen und finanziell nicht zu leisten wären.“*⁵⁴² So sind seit dem Jahr 1995 zwei Bäder *„sowie eine Eissporthalle eigentumsmäßig auf die Gemeinschaftsstadtwerke übertragen worden; der technisch-wirtschaftlich[e] Verbund zur Verrechnung der Bäderverluste mit den Gewinnen der Stadtwerke aus dem Versorgungsbereich wurde von der Finanzverwaltung anerkannt.“*⁵⁴³

Im Jahr 2002 hat der Baubetriebshof von Bergkamen die bis dahin von *Remondis AG & Co. KG* (zuvor *Rethmann*) privat durchgeführte Straßenreinigung nach Vertragsende wieder rückgeführt. Dadurch konnte eine Senkung der Straßenreinigungsgebühr von 25 Prozent erzielt werden.⁵⁴⁴

2002:
Straßenreinigung
rekommunalisiert

Als Vorbildprojekt gilt die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung in Bergkamen. Zur Ausgangslage sei erwähnt, dass in Nordrhein-Westfalen die kreisangehörigen Kommunen für das Einsammeln und den Transport des Hausmülls (Siedlungsabfälle) verantwortlich sind⁵⁴⁵, der Landkreis hingegen ist für die eigentliche Entsorgung (Verbrennung, Deponierung und Kompostierung) zuständig. Der Kommune bleibt aber überlassen, ob sie die Müllabfuhr kommunal erbringt oder an Private auslagert. Bergkamen hatte sich bis dahin stets dazu entschieden, die Müllsammlung auszuschreiben. Bei der letzten Vergabe im Jahr 1994 erhielt der Branchenriese *Remondis* eine Konzession bis zum 31.12.2005. Ende des Jahres 2003 begannen die Überlegungen der Stadt über die erneute Ausschreibung der Konzession.⁵⁴⁶ Obwohl die Zusammenarbeit mit *Remondis* als *„angenehm und konstruktiv“* eingestuft wurde, sah es die Verwaltungsführung als Pflicht *„im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt mögliche Alternativen [...] ernsthaft zu untersuchen.“*⁵⁴⁷ Zu diesem Zweck wurden unterschiedliche Möglichkeiten (automatische Vertragsverlängerung, europaweite Ausschreibung, interkommunale Abfallentsorgung, Einbeziehung in

2005:
Abfallentsorgung
rekommunalisiert

gilt als
Vorzeigeprojekt

⁵⁴⁰ vgl. http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf; vgl.

<http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422>

⁵⁴¹ <http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422>

⁵⁴² Wuppertaler Institut (2013), 4

⁵⁴³ <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

⁵⁴⁴ vgl. Schäfer (2012), 76; vgl. <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

⁵⁴⁵ *„Zur Müllabfuhr gehörte die Sammlung und der Transport von Restmüll (graue Tonne), Biomüll (grüne Tonne) und Altpapier (blaue Tonne) sowie die Sperrmüll- und Grünschnittabfuhr.“* (<http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>)

⁵⁴⁶ vgl. http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf; vgl. <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

⁵⁴⁷ <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

*Gutachten:
Kostenreduktion
durch Eigen-
erbringung*

*Gründung Ent-
sorgungsbetrieb*

*Senkung der
Müllgebühren*

GSW, alleinige Eigenerbring in Eigenbetrieb) ausgelotet. Dies geschah mittels Erfahrungsaustausch mit Entsorgungsbetrieben aus Nachbarstädten, einer Kostenkalkulation und der Beauftragung einer Unternehmensberatung für ein vergleichendes Wirtschaftlichkeitsgutachten. Das Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass mit einer Eigenerbringung der Leistung eine Kostenreduktion um 30 Prozent möglich sei. Nach langen Diskussionen beschloss der Stadtrat im Mai 2005 schließlich die Rekommunalisierung der Müllabfuhr. Kurz darauf wurde eine Vertragsverlängerung um ein halbes Jahr sowie eine Einigung über den Kauf der Müllgefäße im Stadtgebiet mit dem privaten Betreiber vereinbart.⁵⁴⁸ Danach sollte der *Entsorgungsbetrieb Bergkamen (EBB)* den Betrieb übernehmen. „Im Herbst 2005 wurde vom Stadtrat die Satzung zur Gründung des ‚EBB‘ [...] als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt zum 01.01.2006 beschlossen.“⁵⁴⁹ In den Betrieb sollte auch die Straßenreinigung, die bis dahin vom städtischen Baubetriebshof durchgeführt wurde, eingebunden werden. Seine operative Tätigkeit nahm der *EBB* am 3. Juli 2006 auf. „Die Gesamtinvestition zur Gründung des *EBB* belief sich auf 1,6 Mio. €: neben den neuen Fahrzeugen gehörte dazu u.a. der Erwerb des Gefäßbestandes vom bisherigen Entsorger, Ersatzgefäßbeschaffung für 1 ½ Jahre, Arbeitskleidung, Büroeinrichtung, EDV-Software und der Bau von zwei Fahrzeugunterständen.“⁵⁵⁰

Der Übergang vom privaten Entsorger auf die städtische *EBB* verlief reibungslos. Die Übernahme von *EBB* führte wie prognostiziert zu einer Kostenreduktion von 30 Prozent bei der städtischen Müllabfuhr. Diese verursacht etwa ein Drittel der Gesamtkosten für die Abfallentsorgung (zwei Drittel verursacht der Kreis für die Verbrennung usw.).⁵⁵¹ Die Kostenreduktion wurde auch an die KundInnen weitergegeben. Die Müllgebühren wurden seither um etwa 12 Prozent gesenkt.⁵⁵² Diese Senkung verteilt sich nicht gleich auf die unterschiedlichen Abfuhrleistungen. So konnte die Müllgebühr für eine Bioabfalltonne mit 120l sukzessive gesenkt werden und war im Jahr 2012 um 26 Prozent geringer als vor der Rekommunalisierung im Jahr 2005. Die anfängliche Preissenkung bei der Restmülltonne (120l) konnte nicht auf Dauer gehalten werden und so entspricht der Preis hierfür seit dem Jahr 2010 wieder dem Preis vor der Rekommunalisierung. Möglich sind diese Kostensenkungen für die Bevölkerung auch dadurch, dass die *EBB* „als gebührenfinanzierte, kostenrechnende Einrichtung der Stadt [...] – abgesehen von der Eigenkapitalverzinsung – lediglich kostendeckend“⁵⁵³ arbeiten muss. Profitiert haben davon auch die Angestellten der *EBB*, die nach Tarif (TVÖD) bezahlt werden.

⁵⁴⁸ vgl. http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf

⁵⁴⁹ <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

⁵⁵⁰ <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

⁵⁵¹ vgl. http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf

⁵⁵² vgl. Schäfer (2012), 76

⁵⁵³ http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf

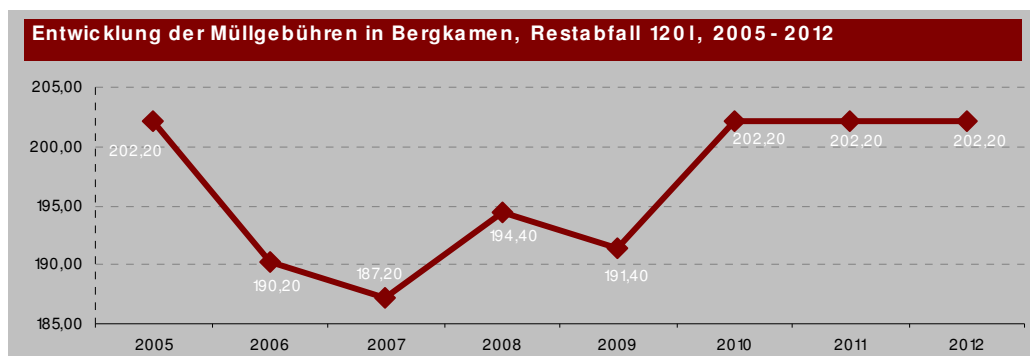


Abbildung 27: Entwicklung der Müllgebühren in Bergkamen, Restabfall 120l, 2005–2012⁵⁵⁴

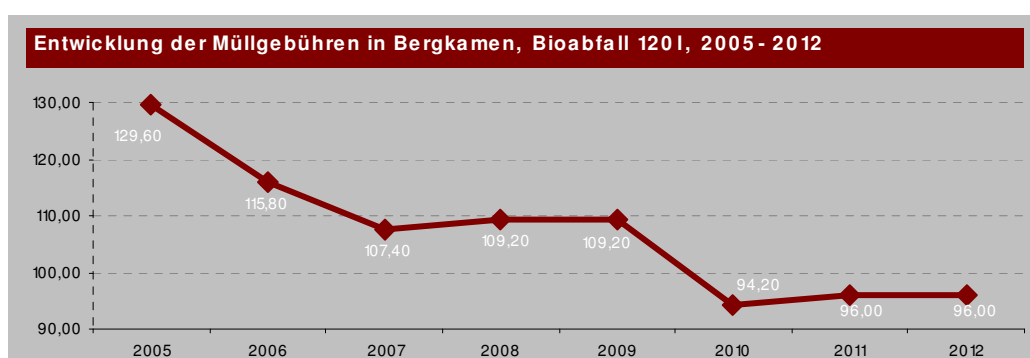


Abbildung 28: Entwicklung der Müllgebühren in Bergkamen, Bioabfall 120l, 2005–2012⁵⁵⁵

Verbesserungen konnten auch im Serviceangebot erzielt werden. Der Abfuhr-Rhythmus konnte vereinheitlicht werden, für die Sperrmüllabfuhr wurden zusätzliche Angebote (Express-Service, Voll-Service) geschaffen und für spezielle Ereignisse wurden zusätzliche Sammelbehälter zur Verfügung gestellt (Veranstaltungstonne, Laub-Sammelbox).⁵⁵⁶ Ein spezielles Service sind die Windeltonnen. Seit dem 1. Jänner 2007 bieten die *EBB* für „Eltern von Kindern, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben“ ein „zusätzliches Restabfallvolumen mit einer 50-prozentigen Ermäßigung“⁵⁵⁷ an. Die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung wurde durch diese positiven Entwicklungen zu einem Vorzeigeprojekt.

*verbessertes
Serviceangebot*

Das Beispiel Bergkamen zeigt, wie man mit dem Wunsch, der Bevölkerung die bestmögliche und kostengünstigste Leistung anzubieten, für jeden Sektor eine individuelle und optimale Lösung finden kann. Die *GSW* beweisen eindrucksvoll, dass die interkommunale Zusammenarbeit einen Weg zu einer zufriedenstellenden Daseinsvorsorge darstellt. Anhand der *EBB* lässt sich erkennen, wie mit gezielter Vorbereitung eine erfolgreiche Rekommunalisierung möglich ist. Das Ziel einer kostensenkenden Leistungserbringung bei gleichzeitiger Erweiterung des Serviceangebots wurde erreicht. Dies führte auch

⁵⁵⁴ Anfrage an EBB

⁵⁵⁵ Anfrage an EBB

⁵⁵⁶ vgl. <http://www.bergkamen.de/veranstaltungstonne.html>; vgl.

http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf

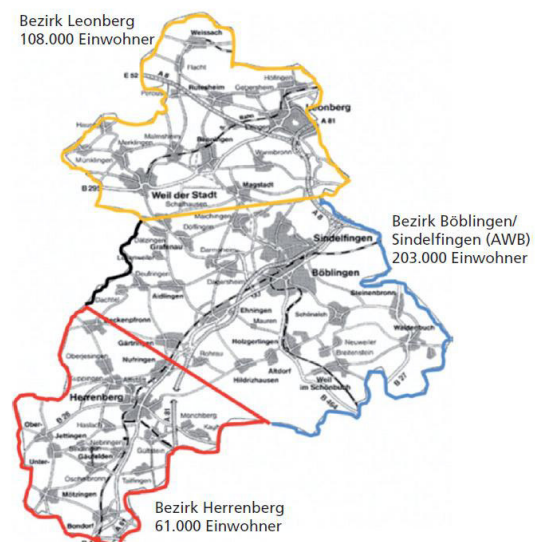
⁵⁵⁷ <http://www.bergkamen.de/windeltonne.html>

zu Zufriedenheit in der Bevölkerung: „Die anfängliche Skepsis in der Bürgerschaft [...] ist nach dem reibungslosen Arbeitsbeginn des EBB einer breiten Zustimmung und Zufriedenheit gewichen.“⁵⁵⁸

5.2.2. Böblingen (Landkreis)

Der Landkreis Böblingen liegt im deutschen Bundesland Baden-Württemberg, unweit der Landeshauptstadt Stuttgart. Zum 372.000 EinwohnerInnen zählenden Landkreis gehören 26 Städte und Gemeinden. Die einwohnerreichsten Städte sind die großen Kreisstädte Böblingen (ca. 47.000 EinwohnerInnen), Herrenberg (ca. 31.000), Leonberg (ca. 45.000) und Sindelfingen (ca. 60.000).⁵⁵⁹

Im Jahr 1972 beschloss das Land Baden-Württemberg das Gesetz, dass die Pflicht zur Abfallbeseitigung nun bei den Landkreisen und nicht länger bei den Städten und Gemeinden liegt. Nach einer Übergangszeit ging in den Räumen Herrenberg und Leonberg die Abfallentsorgung 1977/78 auf den Landkreis über. In Böblingen, Sindelfingen und Schönbuchlichtung⁵⁶⁰ verblieb die Aufgabe zunächst „in eigener Zuständigkeit mit eigener Satzungshoheit, eigenem Personal und eigenem Fuhrpark“⁵⁶¹ und wurde erst Mitte der 1990er Jahre schrittweise an den Landkreis übertragen. Im Jahr 1994 übernahm der landkreiseigene Abfallbetrieb die Abfallsammlung in Schönbuchlichtung, 1995 in Böblingen und Sindelfingen.



dualer Weg:
Aufteilung des
Landkreises in 3
Abfuhrbezirke

Mit der „Übernahme der kommunalen Abfallabfuhr in eigener Regie bot sich für den Landkreis Böblingen die Möglichkeit eines dualen Wegs: Vergabe von Abfuhrleistungen an private Unternehmen und Aufbau einer schlagkräftigen

⁵⁵⁸ <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

⁵⁵⁹ vgl. Eisenmann (2012); vgl.

http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/berichte/11_rekommunalisierung/sendersky_text.pdf

⁵⁶⁰ Die Schönbuchlichtung ist eine Region nördlich des Naturparks Schönbuch zu der mehrere Orte auch außerhalb des Landkreises Böblingen gehören. Im Landkreis Böblingen umfasst die Region Schönbuchlichtung mehrere Orte mit zusammen etwa 57.000 EinwohnerInnen.

⁵⁶¹

http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/berichte/11_rekommunalisierung/sendersky_text.pdf

*öffentlichen Abfallabfuhr im Wettbewerb.*⁵⁶² Um den direkten Vergleich von öffentlicher und privater Erbringung zu ermöglichen, wurde der Landkreis in drei Abfallbezirke aufgeteilt: Bezirk I (Herrenberg), Bezirk II (Leonberg) und Bezirk III (Böblingen, Sindelfingen, Schönbuchlichtung). In den Abfuhrbezirken Herrenberg und Leonberg⁵⁶³ wurde die Abfallentsorgung (Rest- und Biomüll sowie Grünabfall) ausgeschrieben und an private Anbieter vergeben.

direkter Vergleich von privatem und öffentlichem Anbieter

Im Abfuhrbezirk Böblingen blieb sie, zunächst befristet bis Ende 1999, in öffentlicher Hand. Bis dahin sollte festgestellt werden, ob sich der öffentliche Betrieb mit privaten Anbietern messen kann. Denn das Ziel dieses dualen Weges bestand darin *„die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Abfallabfuhr im Vergleich mit den Privaten zu überprüfen.“*⁵⁶⁴

Der *Abfallwirtschaftsbetrieb* des Landkreises, der die Abfallentsorgung im Abfuhrbezirk III bestreift, besteht seit 1992 als Eigenbetrieb. Im Zuge der neuen Aufgabe wurde die Organisation optimiert, denn die Abfallwirtschaftsbetriebe *„standen vor der Herausforderung, eine moderne Aufbauorganisation für die Müllabfuhr zu schaffen, wobei flexible Strukturen mit einem variablen Mitarbeiterereinsatz eingeführt wurden.“*⁵⁶⁵ Weiters wurde die Fahrzeugausstattung des Fuhrparks reduziert und die zurückzulegenden Wege mittels Umstrukturierung verkürzt. So wurde der Betriebshof bereits 1999 auf das Gelände des Restmüllheizkraftwerks in Böblingen verlegt, um die *„Zeiten und Wege für die Zu- und Abfahrten vom Betriebshof zur Entsorgungsanlage im Restmüllbereich auf das absolute Minimum zu reduzieren.“*⁵⁶⁶ Die Verlagerung des Betriebshofes hatte eine Kostenersparnis von jährlich 85.000 Euro zur Folge.

Leistungsfähigkeit der öffentlichen Müllabfuhr wurde erhöht

Vor dem Fristende der öffentlichen Müllabfuhr, Ende des Jahres 1999, ließ der Landkreis einen Leistungsvergleich von einer Unternehmensberatung erstellen. Beim Kostenvergleich der Anbieter erwies sich die öffentliche Müllabfuhr als deutlich kosteneffizienter: der Kostenvorteil betrug etwa 286.000 Euro. Der Kreistag beschloss deshalb den Bezirk III nicht zu privatisieren und *„die öffentliche Abfallabfuhr im bisherigen Umfang über das Jahr 2000 hinaus bestehen“*⁵⁶⁷ zu lassen.

direkter Kostenvergleich: öffentlicher Betrieb kosteneffizienter

Grundlage für diesen Kostenvorteil waren die bis dahin erzielten Einsparungen durch die oben genannten Modifizierungen. Dem folgten weitere Maßnahmen. So wurde bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen darauf geachtet, dass diese universell einsetzbar sind. Der Fuhrpark wurde ausgebaut und konnte deshalb *„die Wertstofftourabfuhr von den 31 Wertstoffhöfen zu den Schnittstellen der*

⁵⁶² Eisenmann (2012)

⁵⁶³ vgl. Eisenmann (2012)

⁵⁶⁴ Difu-Papers (2009), 10f

⁵⁶⁵ Difu-Papers (2009), 10

⁵⁶⁶

http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/berichte/11_rekommunalisierung/sendersky_text.pdf

⁵⁶⁷ Eisenmann (2012)

öffentlicher Betrieb
übernimmt
Müllentsorgung
auch im restlichen
Landkreis

*Dualen Systeme*⁵⁶⁸ sukzessive übernehmen. Weiters wurden neue normgerechte Restmüllgefäße (2001) und eine elektronische Leerguterfassung eingeführt. Im Personalbereich wurde umstrukturiert und ab dem Jahr 2003 ein 2-Schicht-Betrieb installiert, „um die Zahl der benötigten Abfuhrfahrzeuge zu verringern und die Fahrzeugauslastung deutlich zu verbessern.“⁵⁶⁹ Das führte dazu, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb „ab 1.1.2004 ohne zusätzlichen Personalbedarf und mit dem vorhandenen Fuhrpark den Abfuhrbezirk I und die hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfälle im gesamten Landkreis“⁵⁷⁰ abfahren konnte. Damit übernahm der Abfallwirtschaftsbetrieb fortan auch die Entsorgung des Abfuhrbezirks Herrenberg. Das bedeutete für den Abfuhrbezirk eine Kostenersparnis von 210.000 Euro.

In der Folge wurden auch andere an Private ausgelagerte Aufgaben sukzessive an die Kommune zurückgeführt: die Papiersammlung, die Bewirtschaftung der Sammelplätze für Baum- und Heckenschnitt und der Gärresttransport wurden ab 1999 schrittweise wieder vom Abfallwirtschaftsbetrieb durchgeführt.

Ende des Jahres 2007 ließ der Landkreis eine mögliche Rückübertragung des letzten ausgelagerten Abfuhrbezirks (Leonberg) von einem Wirtschaftsberatungsinstitut überprüfen. Die Auswertung ergab, dass sich die Kosten bei einer Vergabe der Abfuhrleistung auf 1.059.000 Euro belaufen würden, wohingegen sie bei der Erbringung durch die landkreiseigene Müllabfuhr nur 729.000 Euro betragen würden. Das wäre eine errechnete Kostenersparnis von 330.000 Euro. In Leonberg war die Überlegung einer Rückübertragung auch eine Reaktion auf die mangelhafte Qualität der privaten Erbringung. Denn in Leonberg mussten „teilweise die öffentlichen Entsorger den Privaten hinterherfahren, um nicht ausgeführte Tätigkeiten zu erledigen. Zudem wurde im Frühjahr 2006 die Abfuhr von Abfällen durch Private aufgrund starken Schneefalls eingestellt, wohingegen die öffentlichen Fahrzeuge noch fuhren.“⁵⁷¹ Anfang des Jahres 2009 wurde die Rest- und Biomüllabfuhr im Abfuhrbezirk Leonberg rekommunalisiert.

Gebühren-
senkungen

Das kommunale Insourcing hat sich auch für die BewohnerInnen des Landkreises gelohnt. Denn seit der Landkreis Böblingen die Abfuhrwirtschaft vor zwanzig Jahren selbst übernommen hat, sind die Gebühren stabil geblieben. Im Jahr 2008 konnten sogar, das erste Mal nach zehn Jahren, die Müllgebühren um 10 Prozent gesenkt werden.

⁵⁶⁸ Eisenmann (2012)

⁵⁶⁹

http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/berichte/11_rekommunalisierung/sendersky_text.pdf

⁵⁷⁰ Eisenmann (2012)

⁵⁷¹ Difu-Papers (2009), 11

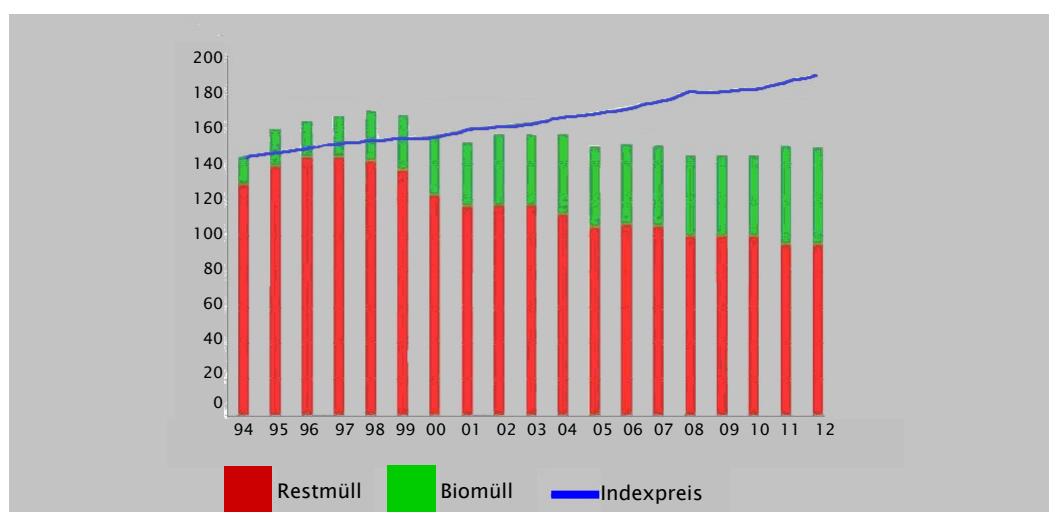


Abbildung 29: Müllgebühren einer Durchschnittsfamilie Böblingen⁵⁷²

Der Landkreis Böblingen hat einen eigenen Weg beschritten um, durch die Gegenüberstellung von privater und öffentlicher Leistungserbringung, die optimale Lösung für die BewohnerInnen zu erzielen. Böblingen hat die Chance genutzt und die landkreiseigene Abfallentsorgung derart optimiert, dass sie dem Wettbewerb mit den privaten Anbietern standhalten und preislich sogar unterbieten konnte. Grundlage für diesen Kostenvorteil waren die erzielten Einsparungen durch Standortverlagerung, effektivere Fahrzeugnutzung, variabler MitarbeiterInneneinsatz, Vereinheitlichung des Fahrzeugparks, elektronische Leerguterfassung, 2-Schicht-Betrieb, neue Restmüllbehälter usw. Im Endeffekt ergaben sich daraus Vorteile für die Kommune und die KundInnen: *„Mit der Rekommunalisierung und der damit verbundenen besseren Kostentransparenz wurden die ökonomischen Zielstellungen erreicht. Die Abfallgebühren konnten seit Mitte der 1990-Jahre stabil gehalten werden. Positiv hervorgehoben wurden die tarifliche Bezahlung der Mitarbeiterschaft, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten sowie zufriedener Kundinnen und Kunden. Ein ökologischer Vorteil wurde erzielt, da Wege eingespart wurden.“*⁵⁷³

öffentliche Unternehmen können im Wettbewerb mit Privaten bestehen

5.2.3. Düren und Aachen

Der Kreis Düren und die Städteregion Aachen liegen im Westen von Nordrhein-Westfalen und verfügen zusammen aktuell über 850.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 2009 wurde im Zuge einer regionalpolitischen Umstrukturierung der Kreis Aachen aufgelöst und die Gemeinden des Kreises (310.000 EinwohnerInnen) gingen in die Städteregion Aachen über, die nun aus neun Gemeinden und der kreisfreien Stadt Aachen besteht. Zum Zeitpunkt der Rekommunalisierung, die in den Jahren 2006 bis 2009 stattfand, befanden sich die Gemeinden und Städte noch im Kreis Aachen.

⁵⁷² vgl. Eisenmann (2012)

⁵⁷³ Difu-Papers (2011), 10

*Quasi-Monopol
privater Entsorger*

*2005:
Kommunaler
Zweckverband
einiger Gebiets-
körperschaften der
Landkreise Aachen
und Düren*

*2009:
Gebietserweiterung*

Die Abfallwirtschaft in den beiden Kreisen zeichnete sich lange Zeit durch eine Quasi-Monopolstellung der privaten Abfallentsorger aus. So war die Abfallentsorgung im Kreis Düren in zwölf von vierzehn und im Kreis Aachen in sieben von neun Gebietskörperschaften an ein privates Unternehmen ausgelagert. Diese Situation veranlasste im Jahr 2005 drei Gebietskörperschaften des Kreises Düren (Inden, Langerwehe, Linnich) sowie eine des Kreises Aachen (Würselen) sich zu einem kommunalen Zweckverband, der *RegioEntsorgung*, zusammenzuschließen. Die Verträge mit dem privaten Entsorger wurden gekündigt und die Entsorgungsleistung auf den Zweckverband übertragen. Zu Beginn des Jahres 2006 wurde der operative Betrieb aufgenommen.

In weiterer Folge schlossen sich bis zum Jahr 2009 acht weitere Kommunen dem Zweckverband an. Mittlerweile übernimmt *RegioEntsorgung* die Sammlung und den Transport des Abfalls in zehn Kommunen. Im Kreis Düren werden vier von fünfzehn und in der Städteregion Aachen sechs von zehn Städten und Gemeinden mit zusammen etwa 236.000 EinwohnerInnen vom Zweckverband bedient. In zwei weiteren Kommunen der Städteregion Aachen (mit etwa 113.000 EinwohnerInnen) übernimmt *RegioEntsorgung* die Papierentsorgung.

Mittlerweile beschäftigt *RegioEntsorgung* 118 MitarbeiterInnen (davon 5 Auszubildende), die alle nach Tarif bezahlt werden.⁵⁷⁴



Abbildung 30: Karte *RegioEntsorger*⁵⁷⁵

Die Ziele⁵⁷⁶ der *RegioEntsorgung* lagen in der Erhöhung der Transparenz, „Gebührensicherheit, der Sicherung von Abfallmengen für die eigenen Behandlungsanlagen und von zuverlässigen Sozial- und Umweltstandards sowie in der Schaffung neuer Handlungsflexibilität und Wirtschaftlichkeit.“⁵⁷⁷ Ebenso

⁵⁷⁴ vgl. <http://regioentsorgung.de/index.php?object=1571>

⁵⁷⁵ <http://regioentsorgung.de/index.php?object=454>

⁵⁷⁶ Vgl. <http://regioentsorgung.de/index.php?object=1548>

⁵⁷⁷ Difu-Papers (2009), 12

war „die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region, die Reduzierung der Kosten sowie Unzufriedenheit mit EU-weiten Ausschreibungen“⁵⁷⁸ maßgebend für die Entscheidung.

Städte und Gemeinden der RegioEntsorgung		
2006		
Gemeinde Inden	Landkreis Düren	7.500
Gemeinde Langerwehe	Landkreis Düren	14.000
Stadt Linnich	Landkreis Düren	14.000
Stadt Würselen	Städteregion Aachen	38.000
2007		
Stadt Alsdorf	Städteregion Aachen	48.000
Stadt Herzogenrath	Städteregion Aachen	47.000
2008		
Stadt Baesweiler	Städteregion Aachen	28.000
Gemeinde Roetgen	Städteregion Aachen	9.000
Gemeinder Simmerath	Städteregion Aachen	16.000
2009		
Gemeinde Niederzier	Landkreis Düren	14.300
Stadt Eschweiler (Papier)	Städteregion Aachen	56.000
Stadt Stolberg (Papier)	Städteregion Aachen	57.000

Tabelle 9: Kommunen der *RegioEntsorgung*

Die Gemeinden und Städte, deren Abfallentsorgung durch *RegioEntsorgung* erledigt wird, sind mit der Rekommunalisierung und mit der Aufgabenerledigung durch den Zweckverband zufrieden und planen keine erneute Privatisierung. Insgesamt konnte durch die Rekommunalisierung „die Transparenz und der politische Einfluss zur Durchführung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen deutlich verbessert“⁵⁷⁹ werden. „Soziale Komponenten konnten besser berücksichtigt werden. Die Dienstleistungen wurden [...] optimiert und die Bürgerfreundlichkeit erhöht. Durch Bündelung von Stoffströmen werden höhere Erlöse erzielt, die an Kommunen zurückfließen.“⁵⁸⁰ Vor allem für kleinere Kommunen hat sich der Zweckverband besonders positiv ausgewirkt, „da sie auf übergeordnete Strukturen zurückgreifen können.“⁵⁸¹ Das Ziel der Kostensenkung konnte ebenfalls erreicht werden und wurde an die BürgerInnen weitergegeben: „Alle Kommunen, die dem Zweckverband beigetreten sind, konnten ihre Kosten um 20 bis 30 Prozent reduzieren und die Abfallgebühren senken.“⁵⁸²

gute Qualität der öffentlichen Dienstleistung

Kostensenkung um 20 bis 230%

5.2.4. North Tyneside

North Tyneside ist ein Verwaltungsbezirk in der englischen Grafschaft Tyne and Wear mit ca. 200.000 EinwohnerInnen. Die Kommune ist für die Müllentsorgung

⁵⁷⁸ Difu-Papers (2009), 12

⁵⁷⁹ Difu-Papers (2011), 11

⁵⁸⁰ Difu-Papers (2011), 11

⁵⁸¹ Difu-Papers (2011), 11

⁵⁸² Difu-Papers (2011), 11

Sammlung von
Recyclingmaterial
ausgelagert

2008:
Vertrag endet,
schrittweise
Rückführung

gesammelte
Recyclingmenge
steigt

höhere
KundInnen-
zufriedenheit

der rund 90.000 Haushalte zuständig. Das Sammeln von Abfallmaterial für Recyclingzwecke wurde jedoch an einen externen Anbieter ausgelagert, der diese Dienstleistung auch für die Nachbargemeinden erbringt. Zunehmend kam es in North Tyneside und den umliegenden Gemeinden zu Problemen mit dem privaten Betreiber. Im Jahr 2008 endete der Vertrag zwischen North Tyneside und dem Unternehmen und das Council entschied sich für eine langsame und schrittweise Rückführung der Dienstleistung, die zwischen Jänner und Juni 2009 abgewickelt wurde. Um Synergieeffekte zu nutzen wurde die Sammlung von Recyclingmüll in die örtliche Müllabfuhr reintegriert. *„The authority now provides directly delivered integrated weekly refuse collection and fortnightly recycling.“*⁵⁸³

Mit der Rückübertragung wurden auch Verbesserungen im Abfuhrmanagement vorgenommen. So wurden die Fahrtrouten optimiert, die bisherigen Recyclingcontainer durch Container mit größerem Volumen ersetzt und die Bandbreite der gesammelten Materialien vergrößert. Durch diese Maßnahmen hat sich die Menge des gesammelten Recyclingmaterials auf 1.400 Tonnen pro Monat verdoppelt, die Recyclingquote stieg von 28 auf 38 Prozent und der öffentliche Anteil am Recycling wurde von 50 auf 94 Prozent erhöht. Gleichzeitig konnte die Vermüllung der öffentlichen Plätze und Straßen (Littering) deutlich verringert werden. Das alles führte zu einer Senkung der CO₂-Emissionen von 5.000 Tonnen auf 1.700 Tonnen: *„In terms of our carbon footprint the more materials we recycle, the greater the reduction carbon footprint.“*⁵⁸⁴

Insgesamt kann die Rekommunalisierung als Erfolg bezeichnet werden und wurde auch von der Bevölkerung positiv aufgenommen. Die Zufriedenheit der BürgerInnen mit dieser Dienstleistung ist seit der Rückführung auf 92 Prozent gestiegen (plus 18 Prozent). Denn die Rückführung eröffnete dem Council die Möglichkeit, verstärkt auf Bürgerwünsche einzugehen: *„As well as improving the quality of the service, bringing it in-house means there is greater flexibility in responding to changes that are required as a result of policy or service users' need.“*⁵⁸⁵

5.2.5. Rhein-Hunsrück-Kreis

Der Rhein-Hunsrück-Kreis ist ein Landkreis (Gemeindeverband) im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz und hat etwa 100.000 EinwohnerInnen. Von 1973 bis zum Jahr 2005 war die Abfallentsorgung des Landkreises an private Unternehmen ausgelagert.⁵⁸⁶ Der Landkreis begann seine Strategie zu ändern, als durch verschärfte gesetzliche Rahmenbedingungen bei der Abfallentsorgung

⁵⁸³ UNISON (2011), 29

⁵⁸⁴ UNISON (2011), 30

⁵⁸⁵ UNISON (2011), 29

⁵⁸⁶ vgl. http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-RHE-senkt-erneut-die-Muellgebuehren-_arid,522600.html

ab 2005 eine Erhöhung der Müllgebühren um 15 bis 20 Prozent für die BürgerInnen drohte.⁵⁸⁷ Bereits im Dezember 2003 veranlasste der Kreistag ein Gutachten über die Möglichkeiten einer zukünftig eigenständigen Erbringung. *„Zunächst wurde mit Hilfe einer externen Marktpotential- und Wettbewerbsanalyse ermittelt, ob die regionalen Marktstrukturen bei einer Ausschreibung ein Marktversagen erwarten lassen.“*⁵⁸⁸ Die Analyse ergab, dass die Preise mit hoher Wahrscheinlichkeit steigen würden. Danach wurde mittels Sollkostenrechnung ermittelt, *„zu welchen Kosten die bisher fremd vergebenen Leistungen in eigener Regie erbracht werden können.“*⁵⁸⁹ Das Ergebnis war ein prognostiziertes Einsparungsvolumen von einer Million Euro. Daraufhin entwickelten die Vorstandsmitglieder der zukünftigen *Rhein-Hunsrück-Entsorgung (RHE)* zusammen mit einem Beratungsunternehmen ein Logistik- und Leistungskonzept für die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Landkreis.

Gebührenerhöhung drohte

Gutachten: Einsparungen durch Eigen-erbringung

Im Frühjahr des Jahres 2004 beschloss der Kreistag nahezu einstimmig die Abfallentsorgung wieder in Eigenregie zu erbringen. Im ersten Schritt wurde, mit den beiden Landkreisen Neuwied und Bad Kreuznach, ein Projekt mit dem Titel „Interkommunale Zusammenarbeit statt Kirchturmdenken“ initiiert, wodurch bei der Restabfallbeseitigung Millionenbeträge eingespart werden konnten.⁵⁹⁰ Im zweiten Schritt wurde die bis dato ausgelagerte Abfuhrlogistik mit 1. Jänner 2006 rekommunalisiert. Seither betreibt die *Rhein-Hunsrück-Entsorgung* „als sogenannte Anstalt des öffentlichen Rechts“⁵⁹¹ die Abfallentsorgung im Landkreis.

2004: einstimmiger Beschluss im Kreistag für Rekommunalisierung

Die *RHE* wurde von politischer Seite mit einer Reihe von Zielvorgaben bzgl. Einsparungen, Gebührenentwicklung, Personalgewinnung und Bezahlung versehen. Diese Vorgaben konnte *RHE* erfüllen. Bereits im ersten Jahr konnte über eine Million Euro eingespart werden.⁵⁹² Diesen finanziellen Erfolg gab *RHE* auch an die KundInnen weiter: Seit 2006 wurden bereits viermal (2006, 2010, 2011 und 2013) die Gebühren gesenkt.⁵⁹³ Und dies *„alles trotz verbessertem*

politische Zielvorgaben konnten erfüllt werden

⁵⁸⁷ vgl. Arenz (2010)

⁵⁸⁸

http://382168.forumromanum.com/member/forum/forum.php?action=ubb_show&entryid=1096059292&mainid=1096059292&USER=user_382168&threadid=1152532716

⁵⁸⁹

http://382168.forumromanum.com/member/forum/forum.php?action=ubb_show&entryid=1096059292&mainid=1096059292&USER=user_382168&threadid=1152532716

⁵⁹⁰ Vgl. http://www.epsa-projects.eu/index.php?title=Rekommunalisierung_der_Abfallwirtschaft_statt_Privatisierung_und_interkommunale_Kooperation_statt_Kirchturmdenken:_Besser_und_billiger_unter_kommunalen_Dach!; vgl.

http://382168.forumromanum.com/member/forum/forum.php?action=ubb_show&entryid=1096059292&mainid=1096059292&USER=user_382168&threadid=1152532716

⁵⁹¹ http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-RHE-senkt-erneut-die-Muellgebuehren-_arid,522600.html

⁵⁹² http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-Muellentsorger-leisten-gute-Arbeit-_arid,260842.html

⁵⁹³ vgl. <http://www.rh-entsorgung.de/de/Unternehmen/Wir-ueber-uns/Wir-ueber-uns.html>

Verbesserung für
Angestellte –
werden nach Tarif
bezahlt

Weiterverarbeitung
des Abfalls wurde
ausgebaut

auch als Versorger
tätig

*Bürgerservice. So wurden beispielsweise die Papiertonne und die Elektroschrottannahme eingeführt, dazu eine Tauschbörse für gebrauchte Haushaltsgeräte auf der Internetseite installiert.*⁵⁹⁴ Im Jahr 2013 zahlt ein Vier-Personen-Haushalt um 43,68 Euro weniger als zum Zeitpunkt der Übernahme im Jahr 2006, für einen Zwei-Personen-Haushalt verringerten sich die Kosten um 28,20 Euro.⁵⁹⁵

Eine Zielvorgabe war, dass bei der Personalgewinnung das bisherige Personal des privaten Anbieters berücksichtigt werden sollte. *„Aufgrund des vorhandenen Erfahrungsschatzes der Müllwerker und vor dem Hintergrund eines möglichst reibungslosen Überganges, hat der Vorstand dies [...] umgesetzt.“*⁵⁹⁶ Die Angestellten werden bei RHE nach Tarif (TVöD – Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) bezahlt. *„Ein niedriger Krankenstand belegt die Zufriedenheit der Mitarbeiter, die nach Tarif entlohnt werden.“*⁵⁹⁷ Durch das neue Gehaltssystem ist die bisherige Überstundenpraxis weggefallen, womit fünf neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.⁵⁹⁸

RHE hat die sich durch die Rekommunalisierung gebotene Möglichkeit auch genutzt, um ihren Spielraum bei der Weiterverarbeitung des Abfalls auszuweiten. So werden *„heute in vielen Bereichen, wie zum Beispiel dem Altpapier, Erlöse erzielt“*⁵⁹⁹, die letztendlich die BürgerInnen bei den Gebühren entlasten. Mittlerweile geht die RHE aber über ihre Rolle als Entsorger hinaus und betätigt sich auch als Versorger. Denn mit ihren Heizzentralen, die mit Baum- und Strauchschnitt aus heimischen Gärten betrieben werden, werden seit 2010 drei Schulzentren (Kirchberg, Simmern, Emmelshausen) mit Wärme versorgt.⁶⁰⁰ *„Dadurch können ca. 1.200 Mg Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden. Bei der Aufbereitung fallen zudem rund 350 Tonnen Kompost an, der in der Landwirtschaft und im Weinbau eingesetzt werden.“*⁶⁰¹ Das ist *„ein Vorzeigeprojekt, das bundesweit auf Anerkennung stößt.“*⁶⁰² Ein weiteres Projekt ist die Stromerzeugung aus Sonnenenergie mittels Fotovoltaikanlagen auf der

⁵⁹⁴ http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-RHE-senkt-erneut-die-Muellgebuehren-_arid,522600.html

⁵⁹⁵ vgl. http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-RHE-senkt-erneut-die-Muellgebuehren-_arid,522600.html

⁵⁹⁶

http://382168.forumromanum.com/member/forum/forum.php?action=ubb_show&entryid=1096059292&mainid=1096059292&USER=user_382168&threadid=1152532716

⁵⁹⁷ http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-Muellentsorger-leisten-gute-Arbeit-_arid,260842.html

⁵⁹⁸ vgl.

http://382168.forumromanum.com/member/forum/forum.php?action=ubb_show&entryid=1096059292&mainid=1096059292&USER=user_382168&threadid=1152532716

⁵⁹⁹ http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-RHE-senkt-erneut-die-Muellgebuehren-_arid,522600.html

⁶⁰⁰ vgl. <http://www.rh-entsorgung.de/de/Unternehmen/Wir-ueber-uns/Wir-ueber-uns.html>

⁶⁰¹ <http://www.rh-entsorgung.de/de/Unternehmen/Wir-ueber-uns/Wir-ueber-uns.html>

⁶⁰² http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-Muellentsorger-leisten-gute-Arbeit-_arid,260842.html

Deponie. Seit dem Jahr 2012 wird damit für 350 Haushalte in der Kommune Strom erzeugt.⁶⁰³

Das Beispiel Rhein-Hunsrück-Kreis zeigt, wie erfolgreiche Rekommunalisierung funktionieren kann. Wesentlich für den Erfolg war sicherlich die gezielte Vorbereitung der Rekommunalisierung. Zwei Jahre wurden dafür investiert, die Idee durch genaue Analysen überprüft und unterstützt. Dies ist mit Sicherheit ein Erfolgsfaktor dieser Rekommunalisierung. Die wirtschaftlichen Erwartungen haben sich erfüllt und die politischen Zielvorgaben konnten erreicht werden. Nach Tarif bezahlte ArbeitnehmerInnen, vier Gebührensenkungen innerhalb von sechs Jahren und große KundInnenzufriedenheit belegen den Erfolg dieses Modells. Die Qualität der Dienstleistungserbringung konnte gleichzeitig noch gesteigert werden: „So hat der Rhein-Hunsrück-Kreis die niedrigste Abfallquote im ganzen Land und liegt in Sachen Verwertung auf dem zweiten Platz.“⁶⁰⁴

*gezielte
Vorbereitung auf
Rückübertragung
als Erfolgsrezept*

5.2.6. Thurrock

Thurrock ist eine englische Verwaltungseinheit östlich von London mit etwa 160.000 EinwohnerInnen. Zu Beginn des Jahres 2002 hat das Council die Abfallentsorgung und -verwertung öffentlich ausgeschrieben. Ein privates Unternehmen erhielt den Zuschlag und übernahm diese Aufgabe zwischen 2003 bis 2010.

*2003 – 2010:
Abfallentsorgung
und -verwertung
ausgelagert*

Im Jahr 2006 gab es eine Untersuchung, die das Ausschreibungsvolumen überprüfte. Es stellte sich vor allem die Frage, ob die Ausschreibung der Aufgaben der Abfallentsorgung und -verwertung zusammen in einem Vertrag sinnvoll ist. Dies erwies sich nicht notwendigerweise als die beste Lösung: „An Audit Commission report in 2006 recommended that Thurrock should consider new ways of procurement to enable better contract management and suggested breaking up the service into individual lots.“⁶⁰⁵ Die verschiedenen Aufgaben der Abfallwirtschaft nicht mehr zusammen auszuschreiben würde den Vorteil bringen, dass sich auch kleine regionale Unternehmen um die Ausschreibung bemühen können, so die Begründung. Der Report empfahl außerdem, die Rückübertragung von Teilen der Abfallentsorgung und -verwertung an die Kommune zu überprüfen.

*Untersuchung:
empfiehlt
Aufgabensplittung
bei nächster
Ausschreibung*

Das Council hat die Empfehlung des Reports bei der nächsten Vertragsausschreibung berücksichtigt. Sieben Aufgaben der Abfallentsorgung und -verwertung wurden separat ausgeschrieben, wobei es den Bietern möglich war, auch Angebote für mehrere Teile abzugeben. Auch die Stadt Thurrock selbst

*Aufgaben werden
separat
ausgeschrieben*

⁶⁰³ vgl. http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-RHE-senkt-erneut-die-Muellgebuehren-_arid,522600.htm; vgl. <http://www.rh-entsorgung.de/de/Unternehmen/Wir-ueber-uns/Wir-ueber-uns.html>

⁶⁰⁴ vgl. http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-Muellentsorger-leisten-gute-Arbeit-_arid,260842.html

⁶⁰⁵ UNISON (2011), 35

<i>Council übernimmt Abfall- und Recycling-sammlung</i>	hat ein Angebot für die Abfall- und Recyclingsammlung abgegeben und die Ausschreibung gewonnen. Seit dem Juni 2010 ist die Stadt nun wieder selbst für diese Aufgabe zuständig. Die Motivation der Kommune zu diesem Schritt waren pragmatischer Natur: <i>„waste is such a key front-line service with which the public identifies.“</i>⁶⁰⁶ Aus dieser Überlegung heraus hat Thurrock versucht, mit einem guten Dienstleistungsangebot eine hohe KundInnenzufriedenheit sicherzustellen: <i>„The council had to own its own service and recognise that it is providing a frontline service to residents by which the council measured. The in-house bid concentrated heavily on high quality standards with three types of bins collected each week. [...] Missed collection is something residents get annoyed about and it was important to us to make sure we got it right.“</i>⁶⁰⁷
<i>bessere Qualität der erbrachten Leistung</i>	Aber nicht nur die Servicequalität wurde gesteigert, auch die Recyclingrate konnte verbessert werden. Sie ist von 38 Prozent auf 50 Prozent gestiegen. Mittlerweile werden 50 Prozent des Restmülls für Energieerzeugung genutzt, 25 Prozent wurden wiederverwertet und nur noch 25 Prozent des Abfalls werden auf die Deponie gebracht. Das ist nicht nur besser für die Umwelt, sondern reduziert auch die anfallenden Deponiekosten enorm. Insgesamt konnte Thurrock durch die Übernahme der Abfall- und Recyclingentsorgung im ersten Jahr zwei Millionen Pfund einsparen. <i>„The cost of collection hasn't been reduced but the quality of service has improved for the same amount.“</i>⁶⁰⁸
<i>Recyclingrate gestiegen</i>	Durch die Rückübertragung hat Thurrock auch wieder einen größeren politischen Gestaltungsraum, kann auf neue Entwicklungen besser reagieren und einen umweltpolitischen Auftrag erfüllen. <i>„Having it in-house means we have flexibility of change and are not negotiating with a contractor. [...] Making any changes we need to make in response to new policies are much easier because we are talking to ourselves. [...] By insourcing the service the council has been able to redirect its workforce, to tackle the green policy issues that it faces.“</i>⁶⁰⁹
<i>mehr Flexibilität durch Eigen-erbringung</i>	Die Rekommunalisierung hatte auch für die Beschäftigten positive Folgen. Ihre Vertragsbedingungen verbesserten sich und eine einheitliche Bezahlung wurde umgesetzt: <i>„Insourcing has provided a more realistic rationale for pay and gradig“</i> und <i>„has allowed us to develop a more consistent pay structure.“</i>⁶¹⁰ Damit konnte die Motivation der MitarbeiterInnen erhöht werden.
<i>Verbesserungen für Beschäftigte</i>	
<i>Leistungsfähigkeit der Kommune muss immer berücksichtigt werden</i>	Das Council Thurrock zeigt, dass es bei Rekommunalisierungen verschiedene Optionen gibt. Nicht immer besteht die Möglichkeit ganze Aufgabenbereiche wieder selbst zu erbringen. Durch das Aufsplitten der Aufgaben der Abfallentsorgung und -verwertung konnte das Council jene Aufgaben übernehmen, die es auch tatsächlich erfüllen kann. Auch wenn die Erbringung

⁶⁰⁶ UNISON (2011), 36

⁶⁰⁷ UNISON (2011), 35

⁶⁰⁸ UNISON (2011), 36

⁶⁰⁹ UNISON (2011), 36

⁶¹⁰ UNISON (2011), 36

mehrerer Aufgaben Synergieeffekte erzeugt, müssen die Kommunen ihre eigene Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Nur dann können die Dienstleistungen qualitativ und für alle Beteiligten zufriedenstellend wahrgenommen werden.

5.2.7. Uckermark (Landkreis)

Uckermark war eine der ersten Regionen, die ihre Abfallentsorgung wieder in die eigenen Hände genommen hat. Der Landkreis in Nordostdeutschland, mit rund 122.000 EinwohnerInnen, hatte in den Jahren 1990/1991 Verträge mit einer privaten Firma über die Abfallentsorgung der Region geschlossen. In den Jahren danach erwirtschaftete das Unternehmen mit dieser Dienstleistung zweistellige Renditen. Der Landkreis wollte nicht länger zusehen, wie eine private Firma mit einer eigentlich öffentlichen Aufgabe so hohe Gewinne erzielte. Deshalb beschloss der Kreistag bereits im Jahr 2000, die Verträge mit der privaten Firma fristgerecht mit Ende des Jahres 2005 zu kündigen und erneut auszuschreiben. Nachdem bei der Ausschreibung kein passendes Angebot einlangte, hat der Landkreis die Abfallentsorgung 2005 rekommunalisiert. Daher wurde die *Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft (UDG)* gegründet, die ab 2006 zunächst die Sammlung und den Transport des Haus- und Sperrmülls übernahm. Die kommunale Erbringung der Dienstleistung bewirkte eine Reihe an positiven Effekten, vor allem im Bereich der Kosteneffizienz. „Trotz neu eingestellter, tariflich bezahlter Mitarbeiter liegen die dem Kreis entstehenden Kosten signifikant unterhalb derer, die zu Zeiten anfielen, als die Müllabfuhr [...] in privaten Händen lag.“⁶¹¹ Startete man 2006 zunächst mit 48 Vollzeitbeschäftigten, ist die Zahl der MitarbeiterInnen bis zum Jahr 2010 auf 127 Personen angewachsen.⁶¹² Parallel dazu konnten die Gebühren gesenkt werden. Bereits im ersten Jahr kam es zu einer Reduktion der Gebühren von 6,5 Prozent, was „eine spürbare Entlastung für die Menschen“⁶¹³ bedeutete. Durch Optimierungen im Ablauf konnte auch mit 1. Januar 2012 erneut eine Gebührensenkung umgesetzt werden.⁶¹⁴

*privates
Unternehmen
konnte hohe
Gewinne einfahren*

*2005:
Rekommunali-
sierung*

*öffentlicher Betrieb
arbeitet
kosteneffizient*

*mehr
MitarbeiterInnen,
sinkende Gebühren*

⁶¹¹ Tim Engartner, 2010: Das Comeback der Kommunen

<http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CD4QFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.axel-troost.de%2FserveDocument.php%3Fid%3D1193%26file%3D9%2F0%2Ff3c.pdf&ei=7iKnUpGoFcmmyQPJrYCQBQ&usq=AFQjCNG8pF4BQ7arMW18033MU8QYqSSwDg&sig2=8DQsrjMGaz9hs9pC9eJuFQ&bvm=bv.57799294,d.bGQ>

⁶¹² http://www.kf-land-brandenburg.de/kommunalpolitik/kopo_mai2010.pdf

⁶¹³ Tim Engartner (2010): Das Comeback der Kommunen, 14

<http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CD4QFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.axel-troost.de%2FserveDocument.php%3Fid%3D1193%26file%3D9%2F0%2Ff3c.pdf&ei=7iKnUpGoFcmmyQPJrYCQBQ&usq=AFQjCNG8pF4BQ7arMW18033MU8QYqSSwDg&sig2=8DQsrjMGaz9hs9pC9eJuFQ&bvm=bv.57799294,d.bGQ>

⁶¹⁴

http://www.uckermark.de/PDF/BR_125_2013.PDF?ObjSvrID=1897&ObjID=1137&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1383115308,49

Die *UGD* hat durch die zufriedenstellenden Leistungen ihren Aufgabenbereich mittlerweile erweitert. Im Jahr 2008 übernahm die *UDG* die Winterdienste der Region und 2012 wurde eine Deponie errichtet.

6. Öffentlicher Personennahverkehr

6.1. Einleitung

Der öffentliche Personennahverkehr nimmt bei den Leistungen der Daseinsvorsorge insofern eine Sonderstellung ein, da er unabhängig von der Organisationsform in jedem Fall öffentlich subventioniert wird. Trotzdem konnten sich im Zuge der Liberalisierung und Privatisierung einige große private Firmen herausbilden, die hohe Gewinne in diesem Bereich erzielen. Ein Überblick zeigt die Organisationsform des öffentlichen Personennahverkehrs in Österreich und Europa. Mittlerweile gibt es aber auch in diesem Sektor eine Reihe von Beispielen, die belegen, dass immer mehr Kommunen bestrebt sind, diese Aufgabe wieder selbst zu übernehmen.

6.1.1. Liberalisierung und Privatisierung im Öffentlichen Personennahverkehr

*Bedeutungsverlust
gegenüber
Individualverkehr*

Die öffentlichen Verkehrsmittel waren bis in die 1960er Jahre für den Großteil der Menschen das Hauptverkehrsmittel. Durch die Zunahme des Individualverkehrs (mittels Automobil) hat die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel an Bedeutung verloren. Der öffentliche Schienen- und Straßenverkehr fuhr in ganz Europa strukturbedingte Defizite ein, da er häufig gezwungen war, auch unrentable Dienste anzubieten. Die Staaten mussten dafür Ausgleichleistungen entrichten oder der Einstellung dieser Strecken zustimmen.⁶¹⁵

*seit 1980er Jahren:
schrittweise
Marktöffnung*

Ab den 1980er Jahren wurde auch im Sektor des öffentlichen Personennahverkehrs die Marktöffnung vorangetrieben, die zu einer schrittweisen Vergabe an private Anbieter in diesem Bereich führen sollte. Eine Vorreiterrolle nahm auch in diesem Fall Großbritannien ein. Bereits im Jahr 1986 wurden erste Schritte zur Marktöffnung gesetzt und der Busverkehr liberalisiert. Dadurch konnten zwar die Betriebskosten gesenkt werden, gleichzeitig nahm jedoch die Auslastung ab.⁶¹⁶ Denn vor allem auf den kommerziell interessanten Strecken mit hoher Auslastung ließ sich ein deutlicher Preisanstieg feststellen. „*In the history of privatization of local public transport, more often than not, the services provided were reduced dramatically and the prices saw steep increases.*“⁶¹⁷ In der Zwischenzeit wurden in Großbritannien einige Privatisierungen im Bereich des Personennahverkehrs zurückgenommen.

*Preisanstiege nach
Privatisierungen*

⁶¹⁵ vgl. ÖGPP (2008), 17

⁶¹⁶ vgl. ÖGPP (2008), 20

⁶¹⁷ EPSU (2012), 5

In Dänemark haben die Gebietskörperschaften im Jahr 1994 begonnen, Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs auszuschreiben. Probleme gab es insbesondere bei der Privatisierung des U-Bahnbetriebs in Kopenhagen. Der günstigste Anbieter (*Combus*) konnte sein Angebot nicht halten und musste schließlich mit staatlicher Hilfe gerettet werden. Auch in Schweden wurden zahlreiche Konzessionen für den ÖPNV vergeben. Beim Schienenverkehr behielt sich das staatliche Eisenbahnunternehmen die lukrativen Strecken zwischen den großen Städten, während die weniger lukrativen oder defizitären an private Unternehmen ausgelagert wurden. Der Betrieb dieser Bereiche muss mit staatlichen Subventionen gestützt werden.⁶¹⁸

6.1.2. Die Besonderheit des Öffentlichen Personennahverkehrs

Der öffentliche Personennahverkehr ist von gesellschaftlicher Bedeutung, da er Personen die am Autoverkehr nicht teilnehmen können (neben benachteiligten Gruppen zählen dazu auch Minderjährige und alte Menschen) die einzige Möglichkeit der Mobilität und damit zur Teilnahme am öffentlichen Leben bietet. Er erfüllt also eine wichtige soziale Rolle: *„Public transport plays an essential role in enabling people from low income and other disadvantaged groups to access employment and services. It also contributes to the development of social networks and social capital, by helping people to visit friends and relatives and take part in community and other social activities. [...] adequate public transport provision can play an important role in reducing social exclusion.“*⁶¹⁹

*Besonderheit
ÖPNV:
Mobilität bedeutet
Möglichkeit zur
Teilnahme am
öffentlichen Leben*

Eine andere „Besonderheit“ des öffentlichen Personennahverkehrs ist, dass er, unabhängig von der Eigentumsform – also auch im Fall einer privaten Leistungserbringung – auf öffentliche Subventionen angewiesen ist. Aufgrund der knappen Gewinnmargen ist es auch kein sehr profitabler Dienstleistungssektor. Bei Privatisierungen interessieren sich private Unternehmen daher in erster Linie für die wenigen profitablen Strecken. Wie sinnvoll dies für die Kommune bzw. den Staat ist, bleibt fragwürdig. Dabei zeigt eine Studie, die den öffentlichen Personennahverkehr in 23 europäischen Städten untersucht hat, dass die Qualität der Leistungen bei öffentlich geführten Betrieben höher ist als bei privaten Unternehmen. München, Helsinki und Wien belegen im Ranking die Plätze eins bis drei, alle sind in öffentlicher Hand.⁶²⁰

*muss in jedem Fall
staatlich sub-
ventioniert werden*

6.1.3. Big player des öffentlichen Personennahverkehrs

Wie bei den anderen Sektoren der Daseinsvorsorge gibt es auch im Öffentlichen Personennahverkehr private Unternehmen, die den weltweiten Markt dominieren. Einer der größten privaten Betreiber von öffentlichen Verkehrsmitteln ist

⁶¹⁸ vgl. ÖGPP (2008), 20f

⁶¹⁹ Lethbridge (2008), 152

⁶²⁰ vgl. <http://www.eurotestmobility.com/eurotest.php?itemno=346>

große private
ÖPNV-Dienst-
leister kommen
aus Frankreich und
Großbritannien

Transdev. Das Unternehmen fusionierte im Jahr 2011 mit dem ebenfalls großen privaten Betreiber *Veolia Transport*. Derzeit hält *Veolia* aber nur 40 Prozent der Anteile, 60 Prozent gehören der *Caisse des Dépôts*, einem staatlichen Finanzinstitut Frankreichs. Zu Beginn des Jahres gab *Transdev* jedoch bekannt, dass man sich von Teilen der europäischen Transportsparte trennen wird. Im Mai 2013 hat bereits die *DB Arriva* die Osteuropageschäfte übernommen, die damit ihre Marktpräsenz ausbaut.⁶²¹

Arriva, ein ursprünglich britisches Unternehmen, das Bus- und Bahndienstleistungen anbietet, wurde im Jahr 2010 von der *Deutschen Bahn* übernommen. Seither agiert es im europäischen Regionalverkehr unter dem Namen *DB Arriva*. Mit der Übernahme von Strecken von *Transdev* hat *Arriva* ihren Marktanteil erweitert.

Keolis ist ein international tätiger französischer Nahverkehrsdienstleister. Er entstand im Jahr 2001 durch eine Fusion, an der auch die *SNCF*, die französische staatliche Eisenbahngesellschaft, beteiligt war. Mittlerweile hält die *SNCF* Anteile von 70 Prozent, die anderen 30 Prozent werden von den Finanzinvestoren *Caisse de dépôt et placement du Québec* gehalten.

FirstGroup, *National Express Group* und *Stagecoach* sind drei britische Verkehrsdienstleister. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich hauptsächlich über Großbritannien, alle drei sind aber auch in Nordamerika aktiv und versuchen, ihren Einflussbereich auch innerhalb Europas zu erweitern.

Big Player des Öffentlichen Personennahverkehrs	
Transdev	Frankreich
Arriva	Großbritannien
Keolis	Frankreich
ComfortDelGro	Singapur
FirstGroup	Großbritannien
National Express Group	Großbritannien
Stagecoach	Großbritannien

Tabelle 10: Big player des Öffentlichen Personennahverkehrs⁶²²

6.1.4. Öffentlicher Personennahverkehr in Österreich

In Österreich hat die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs eine ähnliche Entwicklung durchlaufen wie in anderen europäischen Ländern. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden private Anbieter sukzessive durch öffentliche Betreiber (die Bundesbahn, der Postbus usw.) ersetzt, die bis heute den Öffentlichen Personennahverkehr dominieren. Wenngleich die privaten Leistungserbringer im österreichischen ÖPNV bis dato nicht Fuß fassen konnten, so hatten die Liberalisierungsrichtlinien auf europäischer Ebene doch Auswirkungen auf die Organisation dieses Sektors.

Österreich:
öffentliche
Betreiber
dominieren

⁶²¹ vgl. <http://www.privatbahn-magazin.de/blog/?tag=veolia-transdev>

⁶²² vgl. Shibayama, Ieda (2011); vgl. Lethbridge (2008)

Der wohl dramatischste Einschnitt in die Organisation des ÖPNV in Österreich war der Einstieg der *Westbahn* in den Österreichischen Markt im Dezember 2011, der durch die Liberalisierung des Bahnverkehrs möglich wurde. Zwar gab es auch davor schon zehn private Bahnbetreiber in Österreich, diese agierten jedoch ausschließlich auf Lokalbahnstrecken. Mit dem Einstieg der *Westbahn* tritt hingegen ein privates Unternehmen auf einer Hauptstrecke in direkte Konkurrenz zum staatlichen Betreiber *ÖBB*. Von der Öffentlichkeit wird das Unternehmen häufig dem Industriellen Hans Peter Haselsteiner zugerechnet, der aber nur einer der Shareholder ist. Anteile halten das Technologieunternehmen *Augusta Holding AG* und die staatliche Eisenbahngesellschaft Frankreichs (*SCNF*). Die *Westbahn* versucht, dem öffentlichen Anbieter *ÖBB* vor allem auf der Strecke Wien – Salzburg Konkurrenz zu machen, einer der attraktivsten Bahnstrecken Österreichs. „Wir schließen damit vorhandene Lücken im öffentlichen Verkehrsnetz und reagieren auf eine Ausdünnung des Bahnangebotes“⁶²³, erklärte der damalige *Westbahn*-Geschäftsführer Stefan Wehinger den Einstieg auf der Strecke. Naturgemäß interessierte sich das private Unternehmen für die profitable Strecke, während der öffentliche Betreiber *ÖBB* die unrentablen Strecken weiter versorgen muss. Damit ist aber nur ein erster Schritt gesetzt. Ziel der *Rail Holding AG*, der Muttergesellschaft der *Westbahn*, ist es, „ein privates Eisenbahn- und Busnetz für den Personenverkehr in Zentraleuropa zu etablieren.“⁶²⁴

*Zäsur:
Markteinstieg der
Westbahn*

*Westbahn:
Interesse an
lukrativen Strecken*

Veränderungen zeichnen sich aber ebenso im Busverkehr ab, wo private Anbieter immer häufiger ihre Dienste anbieten. Teilweise geschieht dies im Auftrag der öffentlichen Verkehrsbetriebe, wie etwa im Fall der *Dr. Richard* Busse bei den *Wiener Linien*. Das Unternehmen betreibt insgesamt rund 200 Linien in Niederösterreich, Wien, Burgenland, Steiermark, Kärnten und Salzburg.⁶²⁵

*Private engagieren
sich im Busverkehr*

Der Öffentliche Personennahverkehr hat gegenüber dem Individualverkehr in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Das hat eine Reduktion des Angebots mit sich gebracht, dass den Anforderungen kaum noch genügt. Für jede/n Dritten ist der öffentliche Verkehr unattraktiv, was vor allem an schlechten Verbindungen (71%) und unzureichenden Intervallen liegt (48%).⁶²⁶ Lediglich in urbanen Gebieten mit entsprechendem Angebot lässt sich eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs beobachten (wie etwa in Wien).

6.1.5. Rekommunalisierungen im Öffentlichen Personennahverkehr in Europa

Im öffentlichen Personennahverkehr ist derzeit kein Trend zur Rekommunalisierung feststellbar. Jedoch kam es auch in diesem Sektor im Zuge

⁶²³ <http://wirtschaftsblatt.at/home/1213219/index>

⁶²⁴ <https://westbahn.at/unternehmen/ueber-westbahn/>

⁶²⁵ <http://www.richard.at/linienverkehr/>

⁶²⁶ Statistik Austria (2013): Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2011

nur vereinzelt
Rekommunali-
sierungen

Großbritannien

Deutschland

der Privatisierungen zu Problemen und Unzufriedenheit mit der Dienstleistung, weshalb es vereinzelte Beispiele der Rückübertragung gibt.

Die meisten Rückübertragungen gab es bisher in Großbritannien. Preiserhöhungen, schlechtere Qualität durch versäumte Investitionen und schließlich der Konkurs der privaten Betreiber führte zur (Teil-)Rückführung der U-Bahn sowie der Bahn in öffentliche Verantwortung.

In Deutschland, wo in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge zahlreiche Rekommunalisierungen stattfanden, können im öffentlichen Personennahverkehr kaum welche beobachtet werden. Das liegt an einer bis heute stark kommunal geprägten Eigentümerstruktur. „Dies gilt insbesondere für den städtischen ÖPNV mit Bussen, Straßenbahnen, Stadtbahnen und U-Bahnen.“⁶²⁷ Die Unternehmen, die großteils in Form einer GmbH geführt werden, befinden sich zu 100 Prozent oder zu mehrheitlichem Anteil im Besitz der Kommunen. Privatisierte Verkehrsunternehmen finden sich „vorwiegend in kleineren Städten oder bei Verkehrsgesellschaften im Besitz von Landkreisen.“⁶²⁸ Die Deutsche Bahn wurde Mitte der 1990er Jahre privatrechtlich organisiert, auch wenn sie bis heute zur Gänze im Besitz des Staates blieb. Die derzeitige Entwicklung im Schienenverkehr geht hin zu einer kompletten Öffnung dieses Sektors. Mit einem erneuten Eisenbahnpaket auf EU-Ebene (siehe Kapitel 4. *Eisenbahnpaket*) wird die Privatisierung vorangetrieben. Es bleibt daher für die Zukunft abzuwarten, wie die Entwicklung zwischen Privatisierung und Rekommunalisierung voranschreitet.

6.2. Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis

6.2.1. Britische Eisenbahn

britische Bahn erst
seit den 1950er
Jahren staatlich
organisiert

1990er Jahre:
vollständig
privatisiert

Das britische Bahnwesen war 123 Jahre lang in privaten Händen, bevor im Jahr 1948 die Staatsbahn *British Rail (BR)* von der Labour-Regierung geschaffen wurde. Dieser Entscheidung lag die Überzeugung zugrunde, dass „die großen, langfristigen Investitionen in den Zugverkehr von morgen nicht von privaten Unternehmen mit ihren kurzfristigen Rendite-Interessen geleistet werden“⁶²⁹ kann. 45 Jahre später dürfte das angesichts der Privatisierungswelle in Vergessenheit geraten sein. Denn in den Jahren 1994 bis 1997 wurde die *British Rail*, unter der konservativ geführten Regierung Großbritanniens des Premierministers John Major, radikal und vollständig privatisiert. Dahinter stand ironischerweise das Motiv die anstehenden Kosten für die notwendige Modernisierung des Bahnbetriebes an Private auszulagern. Außerdem sollte „die Kraft des Wettbewerbs den Schienenverkehr beleben“⁶³⁰ und der neue Markt für

⁶²⁷ Libbe (2013), 30

⁶²⁸ Libbe (2013), 30

⁶²⁹ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

⁶³⁰ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

Bahndienstleistungen zu mehr wirtschaftlicher Effizienz und billigeren Transportkosten führen.

Die *British Rail* wurde daraufhin zerschlagen und in einzelnen Tranchen an private Anbieter verkauft, um den direkten Übergang von einem staatlichen in ein privates Monopol zu verhindern. Dazu wurde die Infrastruktur (Schienen, Tunnel, Brücken, Signalanlagen usw.) von den Dienstleistungen (Personen- und Güterverkehr) getrennt und einzeln an private Anbieter ausgeschrieben. Die Infrastruktur wurde im Jahr 1997 an das private, börsennotierte Unternehmen *Railtrack (RT)* vergeben.⁶³¹ Im operativen Betrieb fand sich eine Vielzahl von Anbietern: Die *British Rail* wurde in 106 Einzelunternehmen, aus der mehr als 2.000 Subunternehmen entstanden, zerlegt, die mit der Abwicklung des Eisenbahnverkehrs in Großbritannien betraut waren.⁶³²

Verkauf in mehreren Tranchen

über 100 Unternehmen im operativen Betrieb

Die Konsequenzen der Neuorganisation der britischen Bahn waren jedoch fatal. *„Der Subventionsbedarf stieg, Privatinvestoren konnten ohne staatliche Geldzusagen nicht gewonnen werden, und die Fahrgäste profitierten keineswegs von dem in Aussicht gestellten Unternehmerteil.“*⁶³³ Das Bahnfahren wurde für die KundInnen mühsam, *„denn die einzelnen Gesellschaften stimmten ihre Fahrpläne zunächst kaum aufeinander ab, die Tarifsysteme gerieten zu Labyrinthen.“*⁶³⁴ Die Preise im Personenverkehr stiegen stark an, Verspätungen waren an der Tagesordnung und notwendige Investitionen in die Infrastruktur wurden zurück gehalten, wodurch das britische Eisenbahnnetz zunehmend verfiel. Es kam in der Folge zu mehr als 20 folgenschweren Unfällen – wie etwa in Southall 1997, Paddington 1999 und Hatfield 2000 – auf den schlecht gewarteten Strecken, welche insgesamt 42 Tote und über 700 Verletzte forderten.⁶³⁵ Das Zugunglück von Hatfield im Jahr 2000, bei dem vier Menschen starben und 70 verletzt wurden, war schließlich Anlass für eine intensiv geführte öffentliche Debatte über die Zukunft des britischen Bahnsystems und stellte den damaligen Betreiber massiv in Frage. Gab es bei den anderen beiden erwähnten Zugunglücken noch Zweifel an dem dafür Verantwortlichen, konnte dieser beim Hatfield-Unfall eindeutig identifiziert werden. *„Obschon der für den Unfall ursächliche Riss am Schienenkopf über Monate hinweg bekannt gewesen war, wurde nichts repariert, da sich die Infrastrukturgesellschaft Railtrack, das mit der Wartung beauftragte Subunternehmen Balfour Betty und die für Erneuerungsmaßnahmen zuständige Baugesellschaft Jarvis Fastline in immer*

Preise stiegen, Abstimmungen zwischen Anbietern fehlte

durch fehlende Investitionen mehrere schwere Unfälle – 42 Tote

⁶³¹ vgl. <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

⁶³² vgl. <http://www.presetext.com/news/20070901004>

⁶³³ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

⁶³⁴ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

⁶³⁵ vgl. <http://www.stern.de/wirtschaft/news/bahnprivatisierung-wie-andere-laender-es-gemacht-haben-596495.html>; <http://www.welt.de/print-welt/article436819/Neues-Zugunglueck-erschuettert-Grossbritannien.html>; <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/zugunglueck-in-england-mindestens-vier-todesopfer/172548.html>

viele Verspätungen
im Bahnverkehr

neue Kompetenz- und Finanzstreitigkeiten verstrickten.“⁶³⁶ Die Auswirkungen des Unglücks waren noch länger spürbar: Die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Züge wurde in Folge des Unglücks und aufgrund der schlecht gewarteten Infrastruktur massiv gesenkt. Noch zwei Monate danach hatten daher 55 Prozent aller Reisezüge in Großbritannien Verspätung. Aber auch davor waren Verspätungen im Zugverkehr an der Tagesordnung. Eine Berechnung aus dem Jahr 2005 ergab, dass sich die Gesamtsumme aller Verspätungen seit der Privatisierung auf 11.000 Jahre belief.⁶³⁷ Den skurrilen Höhepunkt bildeten die Entschuldigungen der Gesellschaft für die Verspätungen: „*Mal war [...] ,eine falsche Art von Sonne’ schuld, mal waren ,Blätter auf den Gleisen’, mal ,Schatten auf den Schienen’, mal ,spielende Kinder’.*“⁶³⁸

Netzbetreiber
insolvent trotz
staatlicher
Subventionierung

Die Zahl der Fahrgäste sank nach dem Hatfield-Unfall um ein Viertel und die finanzielle Situation des *Railtrack*-Konsortiums verschlechterte sich. Obwohl – oder vielleicht auch weil – *Railtrack* zwischen 1996 und 2001 Dividenden von 700 Mio. Pfund ausgezahlt hat, war die Gesellschaft mit dem auf sie zukommenden Investitionsvolumen für die Instandhaltung der Netze finanziell überfordert. Es wurden öffentliche Zuschüsse verlangt, um die Insolvenz abzuwenden. Auch die Subventionen der britischen Regierung konnten längerfristig nicht helfen. „*Die immensen Ausgaben, die Railtrack aufgrund des Unglücks und der ausufernden Kosten beim Ausbau der West Coast Line zu tragen hatte, führten 2001 schließlich zur Insolvenz der Infrastrukturgesellschaft.*“⁶³⁹ Für knapp 500 Mio. Pfund wurde *Railtrack* vom nicht-gewinnorientierten, öffentlich-rechtlichen Unternehmen *Network Rail* übernommen. „*Während die Betreibergesellschaften Privaten blieben und die großen Zugleasingfirmen heute in den Händen von Finanzhäusern sind*“⁶⁴⁰ wurde der Infrastrukturbetreiber wieder verstaatlicht. *Network Rail* ist verpflichtet, sämtliche Gewinne durch Nutzungsgebühren in den weiteren Ausbau der Infrastruktur zu investieren.⁶⁴¹ Das Investitionsvolumen hat sich in den Jahren nach der Übernahme erhöht, da eine Fülle von Investitionsrückständen aufzuholen war. Die jährlichen Investitionskosten betragen um die fünf Mrd. Pfund, was einen enormen Anstieg im Vergleich zu der Zeit vor und während der Privatisierung bedeutet: „*Vor der Privatisierung betrugen die staatlichen Kosten für die Bahn im Zeitraum 1992/93 mit 2,2 Milliarden Pfund ihren Höchstwert. Nach der Privatisierung blieben die Kosten mit ein bis zwei Milliarden etwa konstant – ab 2001 explodierten sie aber: 2006 waren es 6,3 Milliarden Pfund*“⁶⁴² und 2011 etwa vier Milliarden. Eine ländervergleichende Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Bahn dem britischen Staat um 30 Prozent zu viel kostet und

Infrastruktur wird
verstaatlicht

Staat muss
Investitionsrück-
stände zahlen

⁶³⁶ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

⁶³⁷ vgl. <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>; vgl. <http://textarbeit.net/bahn.htm>

⁶³⁸ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

⁶³⁹ Blankart, Engelke, 317

⁶⁴⁰ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

⁶⁴¹ vgl. Merkert (2005), 16–30; vgl. <http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

⁶⁴² <http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

das obwohl eine „Effizienzlücke“ von 40 Prozent gegenüber anderen europäischen Bahnsystemen⁶⁴³ festgestellt werden konnte.

Bis heute ist der britische Eisenbahnverkehr für die KundInnen der teuerste Europas, manche sprechen sogar vom teuersten der Welt. Die Preiserhöhung für Bahntickets lag in den letzten Jahren oft über der Inflationsrate.⁶⁴⁴ Es überrascht also nicht, dass der Wunsch nach einer kompletten Verstaatlichung der britischen Bahn in der Bevölkerung groß ist: „Eine Umfrage in London ergab [...], dass 95 Prozent aller Einwohner eine Verstaatlichung der kompletten Eisenbahn befürworten würden.“⁶⁴⁵

*für KundInnen
eines der teuersten
Bahnnetze der Welt*

Die Privatisierung der britischen Eisenbahn hat gezeigt, dass den privaten Unternehmen, insbesondere *Railtrack*, „Profitmaximierung und Gewinnausschüttungen an ihre Shareholder wichtiger“ waren „als die Erneuerung der Infrastruktur.“⁶⁴⁶ Die gesetzten Erwartungen in die Privatisierung konnten bei weitem nicht erfüllt werden, die Lösung war für Staat und KundInnen im Gegenteil wohl sogar eine der teuersten. Denn mehrere „Kostenrechnungen kommen zu dem Schluss, dass eine Umstrukturierung und Sanierung der Bahn durch die öffentliche Hand bedeutend preiswerter gewesen wäre.“⁶⁴⁷ Aber auch in der aktuellen Situation spricht noch immer einiges für die Verstaatlichung der Britischen Eisenbahn. So beziffert eine aktuelle Studie die Einsparung für den Staat bei einer Reverstaatlichung mit jährlich 1,2 Mrd. Pfund.⁶⁴⁸

6.2.2. Kieler Verkehrsgesellschaft

Kiel ist die Hauptstadt des deutschen Bundeslandes Schleswig-Holstein und hat rund 240.000 EinwohnerInnen. Nachdem die Stadt im Jahr 1999 die *Kieler Wohnbau Gesellschaft* und im Jahr 2000 die *Kieler Stadtwerke* privatisiert hatte, verkaufte sie im Jahr 2003 auch 49 Prozent der *Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG)* an die *Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft (NBB)*.⁶⁴⁹ An der *NBB* sind unter anderem die *Hamburger Hochbahn AG*, die *Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein*, die *Pinneberger Verkehrsgesellschaft* und die *Vineta Verkehrsgesellschaft* aus Kiel beteiligt.⁶⁵⁰ Der Verkaufspreis lag bei lediglich 12.450 Euro.⁶⁵¹ Das Ziel der

*2003:
im Zuge einer
Privatisierungs-
welle auch ÖPNV
teilprivatisiert*

*Verkaufspreis weit
unter Wert*

⁶⁴³ <http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

⁶⁴⁴ vgl. <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/mar/10/rail-privatisation-failed-nhs?newsfeed=true>; vgl. <http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

⁶⁴⁵ <http://www.welt.de/wirtschaft/article4084137/Das-Mutterland-der-Privatisierungen-schwenkt-um.html>

⁶⁴⁶ <http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

⁶⁴⁷ <http://www.taz.de/?id=digitaz-artikel&ressort=me&dig=2007/09/22/a0107>

⁶⁴⁸ vgl. <http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

⁶⁴⁹ vgl.

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=na&dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&cHash=f43b248eff>

⁶⁵⁰ vgl. <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/KVG-Rueckkauf-mit-Verspaetung>; vgl.

<http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/KVG-auf-schwierigem-Kurs>

⁶⁵¹ vgl. <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

Teilprivatisierung war, der KVG einen strategischen Partner mit privatwirtschaftlichem Know-how zur Seite zu stellen, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Eigentümer-
struktur fordert
europaweite
Ausschreibung

Rückkauf zur
Sicherung der
Arbeitsplätze

Kaufpreis um ein
Vielfaches höher

Rückkauf auf
Kosten der
Beschäftigten

Es kam jedoch schnell Kritik an der eingegangenen Public Private Partnership auf. Bereits im Jahr 2006 wurde sie von der Gewerkschaft Ver.di kritisiert und ein Rückkauf der Anteile gefordert: „*Wenn öffentliche Aufgaben privatisiert worden sind, geht das einher mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Gehälter.*“⁶⁵² Tatsächlich wurde der vollständige Rückkauf auch von politischer Seite kurz darauf gefordert, da sich die *Kieler Verkehrsgesellschaft* auf Grund der neuen Eigentümerstruktur am 1. Jänner 2011 einer europaweiten Ausschreibung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Kiel hätte stellen müssen. Dabei wäre die *Kieler Verkehrsgesellschaft* anderen Anbietern wohl unterlegen, was den Verlust von rund 560 Arbeitsplätzen bedeutet hätte. Wenn sich die KVG jedoch im vollkommenen Eigentum der Stadt befindet, wäre eine Ausschreibung nicht notwendig.⁶⁵³ Deshalb beschloss die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat den vollständigen Rückkauf der privatisierten Anteile, was von der CDU-Oberbürgermeisterin auch unterstützt wurde.⁶⁵⁴ Im Jahr 2009 wurde die Kieler Verkehrsgesellschaft schließlich rekommunalisiert. Der Rückkauf kam der Stadt allerdings teuer zu stehen, da man ein Vielfaches des ursprünglichen Verkaufspreises bezahlen musste – mehr als eine Million Euro.⁶⁵⁵

Der Rückkaufsumme stellte eine gewisse Belastung für das Haushaltsbudget der Stadt dar, weshalb die „*Haushälter von Kiel [...] eine Einsparsumme von zwei Millionen Euro bei den Personalkosten für unausweichlich*“⁶⁵⁶ hielten. „*Ohne niedrigere Personalkosten [...] werde der KVG dauerhaft Verluste machen.*“⁶⁵⁷ Tatsächlich wurde die Rekommunalisierung nur möglich, weil mit der Belegschaft ein Kompromiss ausgehandelt wurde. „*Mit einer Einmalzahlung von mehreren Millionen Euro erkaufte die Stadt den Verzicht*“⁶⁵⁸ der MitarbeiterInnen auf Urlaubsgeld und Zuschläge, erhielten jedoch im Gegenzug eine Arbeitsplatzgarantie bis zum Jahr 2020.⁶⁵⁹

Im Vorfeld der Rekommunalisierung standen auch die sich durch die Rückübertragung ergebenden finanziellen Einnahmen für die Kommune im Fokus. Durch die Reintegration der *Kieler Verkehrsgesellschaft* würden wieder

⁶⁵²

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=na&dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&cHash=f43b248eff>

⁶⁵³ vgl. <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>; vgl. <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=na&dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&cHash=f43b248eff>

⁶⁵⁴ vgl. <http://www.taz.de/!29838/>

⁶⁵⁵ vgl. <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

⁶⁵⁶ <http://www.taz.de/!29838/>

⁶⁵⁷ <http://www.taz.de/!29838/>

⁶⁵⁸ <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

⁶⁵⁹ vgl. <http://www.taz.de/!29838/>

100 Prozent der Einnahmen durch Ticketverkäufe in den vollständigen Besitz der Stadt fließen. Parallel dazu kann aber auch wieder direkter auf die Tarifpolitik der KVG eingewirkt werden, Tickets für sozial Schwächere müssen nicht quersubventioniert, sondern können direkt angeboten werden.

*Tarifpolitik wieder
in öffentlicher
Hand*

Ein paar Jahre später kam es in Kiel auf Drängen von SPD, Grünen und SSW⁶⁶⁰ auch zur Rekommunalisierung der Müllabfuhr ab 1.1.2012. Letztlich haben auch Die Linke und die FDP dem Antrag zugestimmt. Die Parteien erhoffen sich dadurch die Möglichkeit, die Gebühren stabil zu halten und entsprechend entlohnte und sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen.⁶⁶¹ Widerstand bei der Entscheidung gab es von der CDU, die die Einbindung privater Akteure in die Müllentsorgung als erfolgreich betrachtete und mit der Rekommunalisierung einen Anstieg der Gebühren für die KundInnen befürchtete.⁶⁶² Denn mit der Rückübertragung entzieht man sich einer Ausschreibung, die durch den Wettbewerb eine günstige Lösung gebracht hätte.⁶⁶³

*2012:
Müllabfuhr
rekommunalisiert*

Derzeit wird auch, vor dem Hintergrund des auslaufenden Konzessionsvertrages im Jahr 2016, die Rekommunalisierung der *Stadtwerke Kiel* diskutiert.⁶⁶⁴ Die Stadt hält derzeit nur eine Minderheitsbeteiligung von 49 Prozent, der Mehrheitseigner ist mit 51 Prozent die *MVV Energie AG*.⁶⁶⁵

*in Diskussion:
Rekommunal-
isierung der
Stadtwerke*

6.2.3. London Underground

Die *London Underground* (auch Tube genannt) ist die älteste U-Bahn der Welt. Sie verfügt mit einer Länge von 402 km über das drittlängste U-Bahnnetz weltweit. Insgesamt benutzten im Geschäftsjahr 2012/13 rund 1,17 Mrd. Menschen die London Underground.⁶⁶⁶ Die Londoner U-Bahn ist aber nicht nur eine Erfolgsgeschichte, wie die eindrucksvollen Zahlen vermuten lassen. Sie ist gleichzeitig ein Paradebeispiel für eine gescheiterte Public-Private-Partnership.

*Londoner U-Bahn
Beispiel für
gescheiterte PPP*

Im Jahr 2003 wurde die *London Underground* teilprivatisiert. Vorangetrieben wurde diese Entscheidung durch den damaligen Premierminister Tony Blair und seinen Schatzkanzler und späteren Premierminister Gordon Brown. Gerade für

⁶⁶⁰ Der SSW ist der Südschleswigsche Wählerverband, „die politische Vertretung der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen im Landesteil Schleswig.“ (<http://ssw-kiel.de/kiel/de/ssw-kiel/ueberuns.php>)

⁶⁶¹ vgl. <http://www.spd-net-sh.de/kiel/ratsfraktion/index.php?mod=article&op=show&nr=11232>

⁶⁶² vgl. <http://www.cdu-wik.de/index.php/CDU-OV-Wik-Projensdorf/Inhalte/Aktuelles-Presse/Archiv/Rekommunalisierung-der-Muellabfuhr-kann-Gebuehrenzahler-teuer-zu-stehen-kommen>; vgl. <http://cdu-kiel.cdu-sh.de/CDU-KV-Kiel/Inhalte/Aktuelles-Presse/Archiv/Rekommunalisierung-ist-der-falsche-Weg>

⁶⁶³ vgl. <http://cdu-kiel.cdu-sh.de/CDU-KV-Kiel/Inhalte/Aktuelles-Presse/Abonnierte-Inhalte/Rot-Gruene-Rechenkunststuecke-gehoeren-in-den-Muell>

⁶⁶⁴ vgl. <http://www.who-owns-the-world.org/2010/01/11/folien-rekommunalisierung/>

⁶⁶⁵ vgl. http://www.stadtwerke-kiel.de/index.php?id=unternehmen__konzernaufbau

⁶⁶⁶ vgl. <http://www.tfl.gov.uk/assets/images/general/lu-performance-report-period-12-2012-13.pdf>

2003:
Teilprivatisierung
der U-Bahn als
Prestigeprojekt

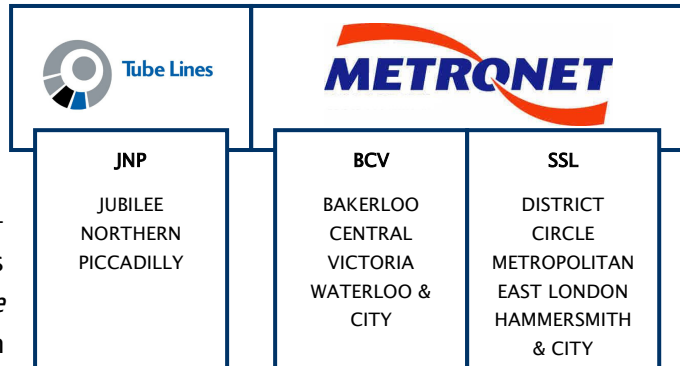
diesen war die Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn ein Prestigeprojekt, das er ohne Einwilligung des damaligen Londoner Bürgermeisters Ken Livingstone durchboxte. „*The tube PPP was one of the ideological cornerstones of Gordon Brown's tenure as chancellor, when he drove through the programme in the face of vociferous opposition from Mayor Ken Livingstone.*“⁶⁶⁷ Durch die bisherigen Privatisierungserfahrungen in England wäre eine weitere Privatisierung nach Thatcher-Art nicht mehr zu rechtfertigen gewesen. Deshalb entschied man sich für ein PPP-Modell. Das vorrangig damit verbundene Ziel war „*die seit Jahrzehnten versäumten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur nicht allein aus Staatsmitteln finanzieren zu müssen.*“⁶⁶⁸

Betrieb: kommunal

Infrastruktur: zwei
private Konsortien

Der operative Betrieb blieb weiterhin in den Händen der kommunalen, öffentlichen Gesellschaft *Transport for London (TfL)* und der *London Underground*. Die Infrastruktur, Stationen und Züge wurden hingegen an zwei private Bieterkonsortien – *Metronet* und *Tube Lines* – verkauft. Das Eigentum wurde den beiden Konsortien im Jahr 2004 für einen Konzessionszeitraum von 30 Jahren, übertragen.⁶⁶⁹

Metronet war ein Konsortium, das sich eigens für dieses PPP-Projekt gebildet hatte. Es bestand aus fünf Partnern: *Thames Water* (das privatisierte (Ab)Wasserunternehmen Londons), *EdF* (einer der weltgrößten Energiekonzerne der Welt), *Balfour Beatty* (englischer Baukonzern), *WS Atkins* (englisches Ingenieursunternehmen) und *Bombardier* (einer der weltweit größten Waggon- und Lokhersteller).⁶⁷⁰ Das andere Konsortium, *Tube Lines*, bestand aus den beiden Bauunternehmen



Amey (Ferrovia) und *Bechtel*. Während *Tube Lines* für drei U-Bahnlinien verantwortlich war, hat *Metronet* neun U-Bahnlinien übernommen und war laut PPP-Vertrag dazu verpflichtet, den Großteil des U-Bahnnetzes zu sanieren. Insgesamt sollte das Konsortium über die Vertragslaufzeit 17 Milliarden Pfund (25 Milliarden Euro) in die Sanierung der Linien investieren. *Metronet* erhielt im Gegenzug vom U-Bahnbetreiber *London Underground* monatliche Zahlungen. Die Einnahmen aus dem operativen Geschäft sollten auf die verschiedenen Vertragsparteien aufgeteilt werden. Die öffentliche *TfL* mietete sich bei den

⁶⁶⁷ <http://www.guardian.co.uk/business/2007/aug/24/politics.transportintheuk1>

⁶⁶⁸ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/grossbritannien-skandal-um-londoner-untergrundbahn-1464182.html>

⁶⁶⁹ vgl. Williams (2010), 2

⁶⁷⁰ vgl. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/grossbritannien-skandal-um-londoner-untergrundbahn-1464182.html>

privaten Anbietern quasi ein.⁶⁷¹ Die Londoner U-Bahn wurde somit in vier Gesellschaften aufgeteilt: zwei kontrolliert durch *Metronet*, eine durch *Tube Lines* und eine durch die öffentliche *TfL*.

Bei der Abwicklung des operativen Betriebes zeigten sich jedoch bald ernsthafte Probleme: erhöhte Fahrpreise, Unpünktlichkeit, technische Probleme und Entgleisungen waren an der Tagesordnung. Schwierigkeiten bereitete auch der PPP-Vertrag an sich. Denn im Laufe der Zeit wurden durch Nachverhandlungen zahlreiche Veränderungen gegenüber der Ausschreibung vorgenommen. Diese gingen überwiegend zu Lasten der öffentlichen Hand.⁶⁷² Die Konstruktion der Public Private Partnership, vor allem mit dem großen *Metronet*-Konsortium mit fünf Partnern, war für die öffentlichen Verantwortlichen schwierig zu überwachen, denn „*Transport for London and London Underground did not have enough information about project performance to provide oversight and control over the PPP consortiums activities.*“⁶⁷³

Nachverhandlungen der Verträge gingen zu Lasten öffentlicher Hand

Im Jahr 2007 meldete *Metronet* schließlich Konkurs an. Die Zahlungen von *London Underground* überstiegen die investierten Renovierungskosten. „*Kritiker werfen Metronet vor, Unteraufträge zu teuer an die Schwesterunternehmen der Konsortiumsmitglieder vergeben zu haben. [...] Metronet wehrt sich und wirft London Underground vor, mit zusätzlichen Renovierungen den Kostenrahmen gesprengt zu haben.*“⁶⁷⁴ Die britische Regierung musste daraufhin 2 Mrd. Pfund zuschießen, um die Schulden von *Metronet* zu begleichen und den operativen Betrieb zu gewährleisten.⁶⁷⁵ Mit 27.5.2008 wurden die Anteile von *Metronet* zu 100 Prozent an die öffentlich-kommunale *TfL* rückübertragen.⁶⁷⁶ Im Jahr 2010 ging schließlich auch der andere private Betreiber *Tube Lines* in Konkurs. „*Tube Lines initially wanted £6.8 billion (later reduced to £5.75 billion) for a major programme of renewal on the Piccadilly and Northern Lines, and the arbiter has only granted the company just under £4.4 billion [...]. This shortfall caused the Tubelines consortium to go bankrupt.*“⁶⁷⁷ *London Underground* kaufte die Anteile von *Tube Lines* für eine Summe von 310 Millionen Pfund zurück.

2007: ein privater Betreiber Konkurs, öffentliche Hand springt ein

2010: zweiter privater Betreiber Konkurs

Der neue konservative Bürgermeister Boris Johnson bezeichnete den Deal zwar als „*excellent news for London*“⁶⁷⁸, die Kosten für den Rückkauf stellen allerdings bis heute eine Belastung für die Finanzen des öffentlichen Betreibers dar.

Kosten für Rückkauf belasten Stadt bis heute

⁶⁷¹ vgl. Williams (2010), 1–3

⁶⁷² vgl. Williams (2010), 2

⁶⁷³ Williams (2010), 7

⁶⁷⁴ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/grossbritannien-skandal-um-londoner-untergrundbahn-1464182.html>

⁶⁷⁵ vgl. [http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-\\$1197787.htm](http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-$1197787.htm)

⁶⁷⁶ vgl. <http://www.tfl.gov.uk/static/corporate/media/newscentre/archive/8376.html>

⁶⁷⁷ Williams (2010), 3

⁶⁷⁸ http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/london/8669823.stm

7. Sonstige Dienstleistungsbereiche

Privatisierungen und darauf folgende Rekommunalisierungen gab es nicht nur in den vier großen Bereichen Energie, Wasser, Abfall und öffentlicher Personennahverkehr, sondern auch in unterschiedlichsten anderen Dienstleistungsbereichen. Die folgenden Beispiele sollen in ihrer Auswahl stellvertretend für eine ganze Reihe anderer stehen. Viele Kommunen übernehmen Aufgaben wieder, die nicht zwingend zum Kernbereich der Daseinsvorsorge zählen, meist weil sie die Leistung qualitativ besser selbst erledigen können.

7.1. Friedhofspflege: Göttingen

*1975:
Friedhofspflege in
Göttingen an
Gärtnerei
ausgelagert*

*Kostenvergleich:
Einsparungs-
potenzial bei
Eigenerbringung*

*2000:
Rekommunali-
sierung*

In der 120.000 EinwohnerInnen zählenden niedersächsischen Stadt Göttingen wurde im Jahr 1975, aufgrund der beengten Situation der anderen kommunalen Friedhöfe, ein neuer städtischer Friedhof im Stadtteil Junkerberg angelegt. Die Pflege der rund 21 Hektar großen Anlage wurde von Beginn an an die ortsansässige Gärtnerei ausgelagert, die diese Aufgabe auch zur Zufriedenheit erfüllte.⁶⁷⁹ Mit dem Auslaufen der Verträge wurde jedoch vom damals zuständigen Amtsleiter ein Kostenvergleich angeregt, um mögliche Einsparungspotenziale zu ermitteln. Der Vergleich ergab, dass die Pflege der Anlage in Eigenerbringung eine Kostenersparnis von 130.000 DM (rund 66.000 Euro) bringen würde.

Seit dem Frühjahr 2000 ist die Pflege der Anlage nun wieder in kommunaler Verantwortung. Dadurch konnten drei unbefristete Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt geschaffen werden. Bei der Besetzung dieser Posten wurde auf das bei der Gärtnerei freiwerdende Personal (zwei Arbeitskräfte) zurückgegriffen. Zusätzlich wurden drei Saisonarbeitskräfte beschäftigt.⁶⁸⁰

7.2. Gebäudereinigung

7.2.1. Bremen

*Auslagerungen:
sinkende Zahl an
Beschäftigten im
öffentlichen Dienst*

In Bremen wurde die Gebäudereinigung der öffentlichen Gebäude über Jahre hindurch zunehmend an Privatfirmen ausgelagert. Vor dem Hintergrund der sinkenden Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst – zwischen 1991 und 2008 sank die Anzahl in Deutschland von 6,7 auf 4,5 Mio. Beschäftigte – kam es in Bremen zu einem Umdenken. Die Auslagerungen sollten nicht länger die Zahl der öffentlich Bediensteten reduzieren. Die „*Sicherung von Arbeitsplätzen und eine spürbare Kostenreduzierung*“⁶⁸¹ waren das Motiv hinter der Gründung der

⁶⁷⁹ <http://www.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?menuid=1334&topmenu=1322>

⁶⁸⁰ Anfrage an den Fachdienst Friedhöfe der Stadt Göttingen

⁶⁸¹ <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html>

Immobilien Bremen, einer Anstalt öffentlichen Rechts. Diese entstand durch eine Fusion der *Gesellschaft für Bremer Immobilien, Gebäude und Technik Management Bremen* und *Facility Management Bremen* und ist ein Mehrspartenunternehmen, das die Geschäftsfelder „*Immobilien, Bau, Hausmeister- und Reinigungsservice, zentraler Einkauf, Verdingung sowie weiteren Dienstleistungen [...] rund um die Immobilie und darüber hinaus*“⁶⁸² anbietet. Alleine durch die Umwandlung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts können jährlich 1,3 Mio. Euro an Mehrwertsteuer eingespart werden.⁶⁸³ Weiteres Einsparungspotenzial bieten Synergieeffekte, die zwischen den einzelnen Sparten erzielt werden können. Mittlerweile werden durch *Immobilien Bremen* rund 1.800 Gebäude betreut und verwaltet, darunter etwa das Rathaus, Polizeidienststellen, Schulen, Kindertagesheime und Sportstätten.⁶⁸⁴

*Umdenken in
Bremen –
Gründung Anstalt
des öffentlichen
Rechts*

7.2.2. Islington

Islington (London Borough of Islington) ist ein etwa 210.000 EinwohnerInnen fassender Stadtbezirk in London. Im September 2010 hat die Islington Council's Executive beschlossen, den Vertrag für die Gebäudereinigung mit dem privaten Betreiber nicht mehr zu verlängern und die Dienstleistung stattdessen wieder im Eigenbetrieb zu erbringen. Mit der Rekommunalisierung war das Ziel verbunden, den Bezirk Islington durch eine bessere Bezahlung der MitarbeiterInnen zu einem sozial faireren Ort zu machen. Denn Islington ist eine der am meisten deprivierten Gegenden in England mit einem hohen Anteil an Kinderarmut, AlleinerzieherInnen und NiedrigsteinkommensbezieherInnen.

*2010:
Gebäudereinigung
rekommunalisiert*

*faire Bezahlung
der Mitarbeiter-
Innen*

Ein wesentlicher Antrieb zur Rekommunalisierung der Gebäudereinigung waren die Kosten der ausgelagerten Erbringung: „*It costs money to manage an external contract. Both sides will have a contract manager, and the council ends up paying for both. One advantage of bringing it back-in-house is that the council can save both of these costs.*“⁶⁸⁵ Die Einsparung durch die Rekommunalisierung eröffnete dem Council die Möglichkeit, „*to pay the staff a better wage, improve the service and generate efficiency savings.*“⁶⁸⁶ Vor allem die Bezahlung der ArbeiterInnen durch die private Firma sorgte für Unmut. Die ArbeiterInnen waren entweder Angestellte des privaten Unternehmens oder aber LeiharbeiterInnen, deren Arbeitsverträge weder eine unbefristete Beschäftigung, noch das Recht auf Krankenstand beinhalteten und eine Bezahlung unterhalb des London Living Wage⁶⁸⁷ bedeutete. Zum Zeitpunkt der Rekommunalisierung betrug der London

⁶⁸² <http://www.immobilien.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de>

⁶⁸³ vgl. <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html>

⁶⁸⁴ vgl. <http://www.immobilien.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de>

⁶⁸⁵ UNISON (2011), 26

⁶⁸⁶ UNISON (2011), 27

⁶⁸⁷ Unter einem "living wage" wird ein existenzsichernder Lohn verstanden. Die Höhe, die als existenzsichernd angenommen wird, orientiert sich dabei an den Lebensbedingungen des jeweiligen Landes bzw. der jeweiligen Region.

Anstieg der Löhne
– erhöhte
Motivation und
Produktivität

Datenpool:
Berücksichtigung
von Menschen, die
vom Arbeitsmarkt
ausgeschlossen
sind

Erfolg führte zu
weiteren Rekom-
munalisierungen

Living Wage 2010 7,85 Pfund (aktuell liegt er bei 8,55 Pfund)⁶⁸⁸ pro Stunde. Der Council hat den ArbeiterInnen mit der Rückübertragung einen Vertrag angeboten, welcher *„London Living Wage and local authority terms and conditions“*⁶⁸⁹ garantierte. So will der Bezirk dazu beitragen, die Armutsgefährdung in zu senken und als gutes Beispiel vorangehen.

Das Anheben der Löhne hatte nicht nur Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen. Es führte auch zu erhöhter Motivation und einem Anstieg der Produktivität. *„Good public services depend on front-line staff who are well motivated and the fact that we have saved money on this service while paying our cleaners a living wage shows that in-sourcing can save money for local taxpayers as well as being fairer to staff.“*⁶⁹⁰

Um möglichst vielen Menschen die Chance zu bieten, einer bezahlten Arbeit nachzugehen hat der Council einen speziellen Datenpool eingerichtet, der Leute berücksichtigt, die sonst vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Die Personen können sich dazu auf einer Plattform anmelden und werden kurzfristig zu den von ihnen angegebenen Zeiten berücksichtigt. Das eröffnet etwa Müttern, die aufgrund von Betreuungsaufgaben sonst kaum Chancen am Arbeitsmarkt haben, einen Zuverdienst.

Der Londoner Bezirk Islington hat aus der Rekommunalisierung der Gebäudereinigung folgenden Schluss gezogen: *„It is possible to respect employment rights and pay a decent living wage to cleaning staff and have a cost effective and high quality service.“*⁶⁹¹ Aufgrund der Erfolge hat Islington im Jahr 2012 außerdem die Müllsammlung, das Recycling und die Straßenreinigung, die an die Privatfirma *Enterprise* ausgelagert waren, rekommunalisiert. Der Islington Council geht davon aus, dass die Kosten für die Erbringung dieser Dienstleistung dadurch deutlich reduziert werden können *„while maintaining a high-quality service and improving terms and conditions for staff, who would earn the London living wage.“*⁶⁹² Die erwartete Kostenreduktion beläuft sich auf schätzungsweise 3 Mio. Pfund bis zum Jahr 2014.

7.3. Grünflächenpflege: Nürnberg

In Nürnberg, der mit ca. 500.000 EinwohnerInnen zweitgrößten Stadt Bayerns, wurden seit Mitte der 1990er Jahre im Rahmen einer Kosteneinsparungsinitiative

⁶⁸⁸ <http://www.livingwage.org.uk/>

⁶⁸⁹ UNISON (2011), 26

⁶⁹⁰ UNISON (2011), 27

⁶⁹¹ UNISON (2011), 28

⁶⁹²

http://www.islingtongazette.co.uk/news/taking_waste_services_in_house_will_save_islington_3m_1_1443876

Dienstleistungen der Instandhaltung und Pflege von Parkanlagen an Private vergeben.

Es wurde schon bald *„erkannt, dass das Outsourcing an Privatunternehmen mit einem hohen Grad an administrativer Unterstützung und Kosten in Bezug auf die Qualitätskontrolle und Ausschreibungsverfahren verbunden ist.“*⁶⁹³ In einem Pilotprojekt wurde daher nach einem einstimmigen Beschluss der zuständigen Kommunalabteilung im Jahr 2007 die Pflege der Grünanlagen im südlichen Teil Nürnbergs rückgeführt.⁶⁹⁴ *„Zielsetzung war dabei, die Grünflächenpflege in den Grünanlagen mit Eigenpersonal zu mindestens gleichen Kosten wie bei der Fremdvergabe dieser Leistungen zu erbringen. Darüber hinaus sollten Pflegeleistungen zielgerichteter, flexibler, bedarfsgerechter und qualitativ besser eingebracht werden.“*⁶⁹⁵ Die Hauptziele der Rekommunalisierung waren, wie auch Umweltbürgermeister Gsell (CDU) festhielt, *„nicht alleine Einsparungen sondern [...] Qualitätssteigerungen ohne Mehrausgaben.“*⁶⁹⁶ Um die Potenziale der Eigenerbringung zu testen, wurde zunächst eine Probephase von 3 Jahren festgelegt.

*Pilotprojekt:
in einem Teil der
Stadt wird Pflege
von Parkanlagen
rückübertragen*

*Ziel: Qualitäts-
steigerung ohne
Mehrausgaben*

Das Projekt entwickelte sich bereits in den ersten Jahren sehr positiv, so dass es ab dem Jahr 2010 auch auf das nördliche Stadtgebiet ausgedehnt wurde. Gleichzeitig wurde auch der Winterdienst wieder weitgehend in Eigenerledigung übernommen, da die Leistung der Fremdfirmen immer weiter abnahm. Dadurch konnten insgesamt 32 Arbeitsplätze geschaffen werden. Grundlage für den Erfolg des Projekts war vor allem eine neue Dienstvereinbarung, die durch flexible Arbeitszeiten *„einen auf die Aufgabenstellung bezogenen effizienten Personaleinsatz ermöglichen.“*⁶⁹⁷ Die Aufgaben werden so bedarfsgerecht wie nur möglich durchgeführt. *„So wurden z.B. Mähtermine anlass- (Stadtteilsteste oder sonstige Veranstaltungen) oder auch witterungsbedingt verlegt bzw. zusätzlich erforderliche Rasenschnitte problemlos durchgeführt. Zusätzliche Reinigungsgänge konnten bei Schönwetterlagen auf stark frequentierten Flächen durchgeführt bzw. bei schlechtem Wetter gestreckt werden. [...] Die Pflegearbeiten konnten damit bedarfsgerechter als bei der bisherigen Fremdvergabe dieser Arbeiten durchgeführt werden.“*⁶⁹⁸

*nach Erfolg wurde
auch anderer Teil
der Stadt
rückgeführt*

Neben diesen qualitativen Verbesserungen hat die Rekommunalisierung der Grünflächenpflege auch eine deutlich positive wirtschaftliche Gesamtbilanz vorzuweisen. Der Kostenvorteil gegenüber der Fremdvergabe belief sich allein in den ersten fünf Jahren im Stadtteil Süd auf 554.660 Euro. Zusätzlich konnte das

⁶⁹³ CCRE (2008), 46

⁶⁹⁴ vgl. CCRE (2008) sowie

http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

⁶⁹⁵ Unterlage des Werkausschuss der Stadt Nürnberg, 1

⁶⁹⁶ http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

⁶⁹⁷ Unterlage des Werkausschuss der Stadt Nürnberg, 4

⁶⁹⁸ Unterlage des Werkausschuss der Stadt Nürnberg, 5

Pilotprojekt im nördlichen Stadtgebiet einen Kostenvorteil von 183.680 Euro in den ersten beiden Jahren erwirtschaften.⁶⁹⁹

Aufgrund dieses Erfolges wird in Nürnberg schon über die nächste Rekommunalisierung nachgedacht. Angesichts der Preissteigerungen im Bereich der Grünpflege im Straßenraum wird aktuell geprüft, ob nicht auch die Eigenerledigung dieser Arbeit günstiger wäre als die Fremdvergabe.

7.4. Prüfstatik: Hannover

In der 526.000 EinwohnerInnen zählenden Hauptstadt Niedersachsens, Hannover, wurden im Jahr 2005 (unter SPD-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg) alle internen Dienstleistungen der Stadtverwaltung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen. Dabei wurden neben dem Preis auch Kriterien wie Qualität, Steuerung und Unternehmenskultur miteinbezogen. Das Ziel war *„städtische Dienstleistungen in den direkten Wettbewerb mit privaten Anbietern zu stellen, indem die Verpflichtung der städtischen Dienststellen zur Inanspruchnahme von städtischen Dienstleistern [...] aufgehoben wurde.“*⁷⁰⁰ Insgesamt wurden 150 Aufgaben gefunden, die im entsprechenden Fall auch auf Private übertragen werden könnten. Die Überprüfung erfolgte mittels einem eigens erstellen Kriterienkatalog, der von der Unternehmensberatung *Price Waterhouse Cooper* kontrolliert wurde. Zu Beginn wurden fünf Pilotbereiche dieser Überprüfung unterzogen, wobei sich bei vier davon die städtische Aufgabenerbringung als wirtschaftlicher gegenüber der privaten Erbringung erwies. *„Was als ein Aufschlag für eine flächendeckende Privatisierung von städtischen Dienstleistungen angelegt war, hat sich am Ende als Startschuss für eine breit angelegte Rekommunalisierungsdebatte herausgestellt.“*⁷⁰¹

2005:
Auslagerung
Prüfstatik

2008:
Überprüfung zeigt:
Eigenerbringung
um 30% billiger

Einer der zu Beginn überprüften Dienstleistungen war die Prüfstatik im Bereich Bauordnung, wo viele Aufgaben bereits an Private ausgelagert waren. Die Überprüfung zeigte jedoch, dass diese Übereinkunft auf Dauer teurer war, als wenn die Stadt diese Aufgabe kommunal erledigt hätte. Deswegen wurden im Jahr 2008 wieder zwei Statikerstellen und bald darauf eine dritte eingerichtet und besetzt. Zwar werden auch in Zukunft Arbeitsaufträge an Private weitergegeben, jedoch *„eher um Arbeitsspitzen abzufangen“*⁷⁰², das normale Geschäft soll von den kommunalen Prüfstatikern erledigt werden. Die Beschäftigung von kommunalen Prüfern bringt der Stadt Einsparungen um 30 Prozent. Dabei erweist sich die Rechnung als simpel. Die Bauherren brauchen die Bestätigung der Prüfstatiker für die Baugenehmigung. Diese Arbeit ist gemäß Gebührenordnung zu bezahlen. Fazit: *„Werden Prüfstatiker eingestellt, dann*

⁶⁹⁹ Unterlage des Werkausschuss der Stadt Nürnberg, 6

⁷⁰⁰ Schrade (2013), 110

⁷⁰¹ Schrade (2013), 113

⁷⁰² http://publik.verdi.de/2007/ausgabe_08/gewerkschaft/regional/seite_7/A3

*erwirtschaften die Mitarbeiter aller Voraussicht nach jeweils 30 000 Euro. Dabei sind ihre Gehälter schon abgezogen.*⁷⁰³

Hannover hat im technischen Bereich weitere Rekommunalisierungen umgesetzt, da man die Erfahrung gemacht hat, dass es sich gerade in diesem Bereich lohnt. So wurde im Gebäudemanagement (Gebäudesanierung, Neubauten) ein Rekommunalisierungsprojekt gestartet, bei dem vier unbefristete Bautechnikerstellen eingerichtet wurden. *„Der Kostenvorteil der Eigenfertigungsvariante betrug bei den Referenzprojekten 5,2% und ist seitdem sogar noch gestiegen.“*⁷⁰⁴ Durch die Rekommunalisierung von zwei Ingenieur- und einer Zeichnerstelle konnten im Tiefbaubereich etwa 130.000 Euro pro Jahr eingespart werden. Die Wartung von Feuerlöschern wurde auf die Berufsfeuerwehr übertragen. Und immerhin eine halbe Stelle konnte im Bereich der Baugrunduntersuchung eingerichtet werden, die zu einer jährlichen Einsparung von 10.000 Euro geführt hat. Weitere Rekommunalisierungen sind in Planung. *„Insgesamt ist festzustellen, dass die Suche nach Rekommunalisierungspotenzialen eine Daueraufgabe [...] ist.“*⁷⁰⁵

weitere Rekommunalisierungen im technischen Bereich

7.5. Rettungsdienst

7.5.1. Oberberg (Landkreis)

Das Rettungswesen in Deutschland ist – ähnlich wie in Österreich – durch einen Mix aus öffentlichen Stellen, privaten Vereinen und privaten Firmen gekennzeichnet. Die rechtliche Regelung hinsichtlich der Organisation des Rettungswesens unterliegt der Kompetenz der Bundesländer. Die monetäre Erstattung von erbrachten Leistungen erfolgt in allen Fällen über die Sozialversicherung. Historisch haben sich dabei drei Modelle der Vergütung von Rettungsdiensten entwickelt: die direkte kommunale Trägerschaft, Konzessionsmodelle (mit direkten Zahlungen der Sozialversicherung an Rettungsdienste) und Submissionsmodelle (die Entgelte der Rettungsdienste werden von den Kommunen geleistet, die wiederum Forderungen gegenüber der Sozialversicherung geltend machen können).⁷⁰⁶ Die Modelle der Submission unterliegen nach einem Urteilsspruch des EuGH (29.4.2010) der europaweiten Ausschreibungspflicht.⁷⁰⁷ Viele Kommunen reagierten darauf, mit der (Re-)Integration der Rettungsdienste in kommunale Trägerschaft, um europaweite Ausschreibungen zu umgehen. Befürchtet wurde, *„dass eine Ausschreibung auf lange Sicht die Qualität des Rettungsdienstes verschlechtern wird, da die jeweiligen (europaweiten) Anbieter von rettungsdienstlichen*

Rettungsdienste: Submissionsmodelle (seit 2010) ausschreibungspflichtig

Kommunalisierung um Ausschreibung zu entgehen

⁷⁰³ http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/hannover_-_pruefstatiker

⁷⁰⁴ Schrade (2013), 114

⁷⁰⁵ Schrade (2013), 114

⁷⁰⁶ vgl. Verdi (2010)

⁷⁰⁷ vgl. Deutsches Vergabernetzwerk (2010)

*Leistungen ausschließlich über die Personalkosten Einfluss auf die Kosten nehmen können.*⁷⁰⁸ Eine Kostenreduktion allein über Einsparung von Personalkosten zu erreichen, die 80 Prozent der Gesamtkosten im Rettungsdienst ausmachen, kann jedoch nicht im Interesse der Kommunen liegen. Gleichzeitig müssen die MitarbeiterInnen bei Ausschreibungen alle vier bis sechs Jahre um ihre Anstellung bangen, während sie in kommunal geführten Betrieben Angestellte der Landkreise sind.

viele deutsche Kommunen haben Rettungsdienste kommunalisiert

Im Zuge der Debatte um die Ausschreibungspflicht bei Submissions-Modellen im Rettungswesen kam es in Deutschland zu einer Reihe von Rekommunalisierungen.⁷⁰⁹ Dadurch soll die Qualität der Rettungsleistungen für die Zukunft erhalten werden und die traditionelle Verbindung mit den Hilfsorganisationen (besonders im Katastrophenschutz) weiter bestehen bleiben.⁷¹⁰ Die Vermeidung hoher Kosten bei der Ausschreibung war ein zusätzliches Motiv vieler Kommunen zur Rekommunalisierung⁷¹¹, zumal *„durch die Kommunalisierung [...] für den Kreis keine zusätzlichen Kosten [entstehen, d.Verf.], da der Betrieb des Rettungsdienstes vollständig durch die Rettungsdienstgebühren refinanziert wird.“*⁷¹²

Oberberg 2011: Kommunalisierung wegen befürchteter Qualitätseinbußen

Der 280.000 EinwohnerInnen zählende Landkreis Oberberg im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen ist ein Beispiel für eine abgeschlossene Rekommunalisierung des Rettungsdienstes. Befürchtete Qualitätseinbußen durch eine Ausschreibung führten im Jahr 2011 zu einer Kommunalisierung. Eine CDU geführte Mehrheit hat sich für diesen Schritt entschieden, denn *„mit der Kommunalisierung des Rettungsdienstes wird ein hohes Gut der Daseinsvorsorge für den Kreis gesichert, in dem die hohe Leistungsqualität erhalten bleibt.“*⁷¹³ Das finanzielle Risiko ist dabei gering, denn die Rettungskosten werden zur Gänze von den Krankenkassen übernommen. Mittlerweile wurde im Landkreis auch eine

⁷⁰⁸ <http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

⁷⁰⁹ Gleichzeitig sind aber auch einige Kommunalisierungsversuche gescheitert. So etwa im Landkreis Spree-Neiße, wo eine konservative Mehrheit eine europäische Ausschreibung im Kreisrat durchsetzte und die Rettungsdienste zukünftig von einer Privatfirma übernommen werden. (vgl. <http://cottbus.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++05a9c244-6064-11e3-8de2-52540059119e>)

⁷¹⁰ vgl. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/urteil-fuehrt-zu-preiskampf-und-lohndumping--kommunen-sehen-katastrophenschutz-gefaehrdet-bei-den-rethern-schreien-die-alarmglocken,10810590,10945296.html>, <http://www.fr-online.de/wirtschaft/rettungsdienste-alarmstimmung-bei-den-rethern,1472780,8707460.html>, <http://www.ruhrnachrichten.de/lokales/castrop/Verdraengt-der-daenische-Konzern-Falck-das-DRK;art934,898601>

⁷¹¹ vgl. <http://www.snpc.de/wp-content/uploads/Rettungsdienst-unter-kommunalem-Dach-FvK-Unternehmerin-kommune-M%C3%A4rz-2011.pdf>

⁷¹² <http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

⁷¹³ <http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

Berufsfachschule für Rettungsdienste ins Leben gerufen, um den Nachwuchs trotz Ausfalls der Zivildienster zu sichern.⁷¹⁴

7.5.2. Schleswig Holstein

Bei der Rettungsdienstkooperation Schleswig-Holstein⁷¹⁵ handelt es sich um ein kommunal geführtes Unternehmen, das im Besitz der vier Landkreise Dithmarschen, Pinneberg, Rendsburg-Eckernförde und Steinburg ist. In drei Landkreisen waren bereits vor dem Zusammenschluss im Jahr 2005 jeweils kommunale Rettungsdienste tätig, 2007 entschloss sich auch der Landkreis Steinburg, die bislang privat organisierte Rettungserbringung zu kommunalisieren und sich der Rettungskooperation anzuschließen. Durch die bestehenden Rahmenbedingungen sind „Selbstverwaltungsspielräume“ im eigentlichen Sinn kaum noch gegeben und die Errichtung interkommunaler Kooperationen im Rettungsdienst ist naheliegend. Einsparungspotenziale können so genutzt werden, ohne die Qualität der Versorgung zu beeinträchtigen. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen diese Erwartungen. Nach Aussage des Gutachters Dr. Emil Betzler ist diese Kooperation „*einer der effizientesten Rettungsdienste in Deutschland, mit einem besonders geringen Verwaltungskostenanteil.*“⁷¹⁶

*interkommunale
Zusammenarbeit
von Rettungs-
diensten in 4
Landkreisen*

*Einsparungs-
potenziale können
genutzt werden*

7.6. Straßenbeleuchtung: Düren

Düren ist eine deutsche Stadt im Bundesland Nordrhein-Westfalen mit etwa 89.000 EinwohnerInnen. Mit 1. Jänner 2012 wurden Betrieb und Wartung der Straßenbeleuchtung der Stadt Düren rekommunalisiert. Der *Dürener Service Betrieb (DSB)*, ein Eigenunternehmen der Stadt, hat Straßenbeleuchtung und Netz von den *Stadtwerken Düren (SWD)*, die sich nur zum Teil im Besitz der Stadt befinden, zurückgekauft. Über die Kaufsumme wurde Stillschweigen vereinbart, es war jedoch über einen Preis von etwa 5 Millionen Euro die Rede.⁷¹⁷

*2012:
Straßen-
beleuchtung
rekommunalisiert*

Der *Dürener Service Betrieb* ist ein kommunaler Komplettanbieter, der für die Straßenreinigung, Abfallbeseitigung, Gebäudereinigung, Forst-, Straßen-, Kanal-, Grünflächen- und Friedhofsunterhaltung verantwortlich ist. Weiters wird seit Jahren der Dürener Badensee wie auch das im März 2012 ebenfalls rekommunalisierte örtliche Hallenbad vom *DSB* betrieben.⁷¹⁸

⁷¹⁴ vgl. [http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews\[tt_news\]=136702&cHash=e84486a421](http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews[tt_news]=136702&cHash=e84486a421)

⁷¹⁵ vgl. <http://www.rettungsdienst.de/magazin/rekommunalisierung-statt-ausschreibung-4732>

⁷¹⁶ vgl. <http://www.rettungsdienst.de/magazin/fur-heinsberg-war-die-kommunalisierung-die-richtige-entscheidung-21381>

⁷¹⁷ vgl. <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/dueren/auf-die-ubernahme-folgt-die-led-umruestung-1.413284>

⁷¹⁸ vgl. http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf

*Gutachten 2008:
Rückübertragung
birgt Einsparungs-
potenzial*

*Umstellung auf
LED: umwelt-
schonend,
kostensenkend*

Im Jahr 2008 haben die *Dürener Service Betrieb* ein Gutachten betreffend der Übernahme der Straßenbeleuchtung in Auftrag gegeben. Dieses kam zu dem Ergebnis, dass die Übernahme der Straßenbeleuchtung ein Einsparungspotenzial von mehreren hunderttausend Euro bringen kann. Geknüpft war diese Analyse an die Umrüstung der veralteten Beleuchtung auf die kostengünstigere Leuchtdiodentechnik (LED),⁷¹⁹ denn die teils „über 30 Jahre alten energiefressenden 10500 Straßenlampen [...] waren sehr wartungsanfällig und verursachten unnötig hohe Energiekosten aufgrund überalteter Technologien.“⁷²⁰ Durch eine internationale Ausschreibung, bei der die Stadt von einem Ingenieurbüro begleitet wurde, fand man schließlich den richtigen Hersteller für die LED-Leuchten. Innerhalb von nur drei Monaten wurden 6.500 der alten Leuchten gegen LED-Leuchten getauscht. Damit werden zukünftig rund 60 Prozent der bisherigen Energiekosten gespart, denn der Energieaufwand wird um 2,8 Mio. kWh reduziert. Das bedeutet eine jährliche Kohlendioxideinsparung von 1.500 Tonnen. Gleichzeitig können die Wartungsintervalle durch eine höhere Lebensdauer der LED-Leuchten ausgedehnt werden.⁷²¹ Neben umweltschonenden und kostensenkenden Effekten konnte auch eine Qualitätssteigerung erzielt werden: „Im Zuge des Projekts wurde deutlich, wie wertvoll die variablen lichttechnischen Einstellmöglichkeiten der Leuchte und der LED-Einheit sind, um bei hoher Standardisierung die verschiedensten lichttechnischen Anforderungen individuell zu erfüllen.“⁷²²

Da die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen begrenzt sind, werden in Deutschland derartige kommunale Initiativen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unterstützt. Der Bund förderte die Stadt Düren im Rahmen der Klimaschutzinitiative mit rund 1,5 Millionen Euro, was etwa 40 Prozent der Investitionssumme entsprach.⁷²³ „Diese vorzeigbare Erfolgsstory in Düren sollte Kommunen [...] aufmerksam machen, wie Kommunen Energie einsparen und damit ihre Betriebskosten langfristig senken können.“⁷²⁴ Denn letztlich kann damit auch ein Mehrwert für die BürgerInnen und zukünftige Generationen geschaffen werden.

7.7. Straßenreinigung: Gerlingen

Gerlingen ist eine 19.000 EinwohnerInnen zählende Kleinstadt im Speckgürtel von Stuttgart. Im Zuge der allgemeinen Privatisierungseuphorie wurden auch hier einzelne Dienstleistungsbereiche ausgelagert. Dazu zählte etwa die

⁷¹⁹ vgl. http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf

⁷²⁰ http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartikel_kurz-PDF.pdf

⁷²¹ vgl. http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf

⁷²² http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartikel_kurz-PDF.pdf

⁷²³ vgl. <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/dueren/auf-die-ubernahme-folgt-die-led-umruestung-1.413284>

⁷²⁴ http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf

Straßenreinigung der Stadt, die im Jahr 2004 an eine private Firma vergeben wurde. Die nötigen Gerätschaften waren in die Jahre gekommen und hätten ersetzt werden müssen, sodass die Auslagerung als günstige Alternative erschien. Doch die BürgerInnen waren mit der privaten Erbringung der Dienstleistung nicht zufrieden, Beschwerden über mangelnde Qualität häuften sich. Hinzu kam, dass die Stadtverwaltung nicht aus der Verantwortung entlassen wurde. Denn neben der Kontrolle der privaten Firma, musste die Stadt den Reinigungssturnus festlegen, was zusätzliche Kosten verursachte.

Nachdem Kostenkalkulationen zur Eigenerbringung angestellt wurden, entschied der Gemeinderat die maschinelle Straßenreinigung wieder selbst zu erbringen. Eine Kehrmaschine wurde angeschafft und ein Beschäftigter des Baubetriebshofes ist seit 2008 für die Reinigung von 70 Kilometer Haupt- und Nebenstraßen der Kleinstadt zuständig. Die Qualität der Straßenreinigung hat sich seither wieder verbessert und gleichzeitig konnten bereits im ersten Jahr Einsparungen in der Höhe von 40.000 Euro erzielt werden.⁷²⁵

Kurz darauf wurde in Gerlingen auch der Grabaushub am gemeindeeigenen Friedhof wieder rekommunalisiert. Denn der private Anbieter hatte seine Preise seit der Vergabe im Jahr 2004 deutlich erhöht. Die Stadt Gerlingen möchte diese Regelungen auch in Zukunft beibehalten, weil es sich auszahlt – sowohl bei der Qualität, als auch bei den Kosten.⁷²⁶

*2004:
Straßenreinigung
privatisiert*

*mangelnde
Qualität*

*2008:
Kostenkalkulation
führte zu Rück-
übertragung*

⁷²⁵

<http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=6&ved=0CE4QFjAF&url=http%3A%2F%2Fwww.gerlingen.kdrs.de%2Fservlet%2FPB%2Fshow%2F1395804%2FVorlage-O-2009-100.pdf&ei=nP2IUZW0MoTWPPTxgfAE&usg=AFQjCNHTaO14J5z02ONu61TXI5i-8DOUBA&bvm=bv.45960087,d.ZWU>

⁷²⁶ <http://gartenbau.verdi.de/themen/rekommunalisierung/gerlingen>

TEIL 5: AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER DASEINSVORSORGE

1. Konzessionsrichtlinie

In den letzten Monaten haben die Diskussionen um eine neue Konzessionsrichtlinie der EU-Kommission hohe Wellen geschlagen. Von einer Konzession spricht man, wenn ein öffentlicher Auftraggeber externe Auftragnehmer mit seinen öffentlichen Aufgaben betrauen will. Bislang waren Dienstleistungskonzessionen vom europäischen Vergaberecht ausgenommen, da Definition und Gebrauch in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erheblich voneinander abweichen. Dienstleistungskonzessionen werden vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge für Wasser, Abfall, Energie und Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich vergeben. Im Rahmen der Revision des Vergaberechts 2011 hat die EU-Kommission erstmals eine europaweite Ausschreibungsverpflichtung für Dienstleistungskonzessionen vorgeschlagen. Am 24. Jänner 2013 hat der zuständige Binnenmarktausschuss über den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Konzessionsvergabe abgestimmt. Danach liefen Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission über die endgültige Fassung der Richtlinie.

▪ *Ursprünglicher Inhalt der Richtlinie*

Die EU begründet die Abänderungen der derzeitigen Richtlinie über die Konzessionsvergabe mit „*schwerwiegenden Verzerrungen des Binnenmarktes*“ und „*Kosten und Nachteile für Wettbewerber [...] und die Verbraucher*“.

Die ursprüngliche Richtlinie sah kurz gesagt vor, dass öffentliche Auftraggeber künftig Konzessionsvergaben ab einem Auftragswert von 8 Mio. Euro europaweit ausschreiben und dem besten Angebot den Zuschlag geben müssen. Da Konzessionen über mehrere Jahre oder sogar Jahrzehnte vergeben werden, können bereits kleinere Gemeinden unter diese Bestimmung fallen. Unter die Richtlinie sollte nicht nur die Vergabe künftiger Konzessionen, sondern auch die Änderung bestehender Konzessionsverträge fallen (etwa eine Laufzeitverlängerung, um aufwändige Neuausschreibungen zu vermeiden), wenn die Änderung 10 Prozent des Auftragsvolumens übersteigt.

*Ausschreibung ab
8 Mio. Euro
Auftragswert*

Niemand werde zur Privatisierung öffentlicher Dienste gezwungen, beteuert die EU-Kommission. Gemeinden könnten weiter ihre eigenen Stadtunternehmen mit kommunalen Dienstleistungen beauftragen („in house Vergabe“). Die Richtlinie legt jedoch sehr genau fest, was ein gemeindeeigenes Unternehmen ist. So dürfen an Stadtwerken keine Privaten beteiligt sein. Außerdem muss das Stadtwerk mindestens 80 Prozent seines Gesamtumsatzes mit Arbeiten für die eigene Kommune erbringen, nur 20 Prozent darf es nebenher am freien Markt erwirtschaften. Für viele Stadtwerke wäre dies jedoch ein Problem, da sie häufig

*Stadtwerke müssen
80% des Umsatzes
in eigener
Kommune
erbringen*

*Problem
Mehrparten-
unternehmen*

Mehrpartenunternehmen sind und nicht nur der Umsatz mit der Kommune im jeweiligen Dienstleistungssektor herangezogen wird, sondern der Gesamtumsatz des Unternehmens. Für den Wassersektor würde das bedeuten: Wird Wasser und etwa auch Energie von demselben Mehrpartenunternehmen angeboten, wird der Wasserbereich die geforderte Schwelle von 80 Prozent des Gesamtumsatzes nicht erreichen, da der Umsatz des Energiebereichs⁷²⁷ meist um ein Vielfaches höher ist. Deshalb fallen in der Praxis Mehrpartenunternehmen unter die Richtlinie. Ebenfalls von der Konzessionslinie betroffen wäre zukünftig die interkommunale Zusammenarbeit. Diese soll künftig nur noch dann vom Vergaberegime befreit sein, wenn es sich um „echte Zusammenarbeit“ handelt, mit „wechselseitigen Rechten und Pflichten“. Kleine Kommunen, die in einer Zweckgemeinschaft ausschließlich finanzielle Leistungen einbringen können, sind von der Zusammenarbeit dann von vornherein ausgeschlossen. Gleichzeitig entsteht eine neue Rechtsunsicherheit für alle Beteiligten. Und das, obwohl interkommunale Kooperationen das größte Einsparungspotenzial bieten.

*Problem
interkommunale
Zusammenarbeit*

Die Folge der Richtlinie wären: erschwerte Bedingungen für Stadtwerke und kommunale Zweckverbände. Die komplexe und unsichere Rechtslage für den öffentlichen Sektor erhöht den Druck für Kommunen, Dienstleistungskonzessionen künftig auszuschreiben, um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen. ExpertInnen rechnen schon jetzt: sollte die Richtlinie so in Kraft treten, wird es eine Fülle von Gerichtsverfahren geben – von Kommunen und von Unternehmen. Bedauerlich ist auch, dass die Konzessionsvergabe (bei der Ausschreibung) künftig keine Bindung an bestimmte soziale, arbeitsrechtliche oder ökologische Zusatzkriterien vorsieht.

Die Bestimmungen der Richtlinie sollten u.a. gelten: für die Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallbeseitigung, Leistungen im Gesundheitswesen und soziale Dienste, Postdienste u.a.m. Für Sozialdienstleistungen und andere personenbezogene Dienste sieht die Richtlinie ein „erleichtertes Regime“ vor, das nur die nachträgliche Veröffentlichungspflicht eines erteilten Zuschlags umfasst. Ausgenommen sind im Moment nur der Öffentliche Personennahverkehr, Leistungen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich oder Rettungsnotdienste (aber nicht Krankentransporte), der Zivil- und Katastrophenschutz sowie Glücksspiel und Wetten. Gas-, Wärme- und Stromversorgung sind im Vorschlag ebenfalls angeführt, die Vergabe fällt in der Praxis jedoch unter die Ausschlusskriterien.

▪ ***Wasser und die BürgerInneninitiative right2water***

Im Fokus der Diskussion über die Richtlinie stand besonders die Regelung bezüglich der Wasserversorgung. Die Richtlinie in der ursprünglichen Form hätte

⁷²⁷ Erschwert wird die Situation außerdem durch den liberalisierten Energiesektor. Da die KundInnen ihren Energieanbieter frei wählen können, können Stadtwerke ihre Dienste in dieser Sparte nicht auf den Raum der Eigenkommune beschränken.

fatale Konsequenzen für eine Vielzahl an kommunalen Wasseranbietern gehabt. Die GegnerInnen betonten vor allem, dass Wasser ein öffentliches Gut und keine Ware ist. Der Kritik der ExpertInnen, die medial großes Echo fand, folgten alsbald europaweite Bürgerinitiativen, die größte davon war die erste europaweite BürgerInneninitiative right2water. Die zentralen Forderungen waren:

1. *„Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben.“*
2. *Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.*
3. *Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen.“*⁷²⁸

Eine Million Unterschriften sind notwendig, damit eine europäische Bürgerinitiative im Parlament auch behandelt wird.⁷²⁹ Right2water hat die Millionengrenze überschritten und bis zum September 2013 fast 1,9 Millionen Unterschriften gesammelt.

▪ **Modifikation der Richtlinie**

Die Initiative und Proteste bewegten schließlich die Kommission zu einer Korrektur ihres Kurses. Ende Juni 2013 verkündete der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, dass Wasser aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen wird. Der Grund für den Ausschluss war die Erkenntnis, dass Wasser *„a public good of fundamental value to all EU citizens“*⁷³⁰ ist, womit direkt auf die Bürgerinitiative right2water Bezug genommen wird. Eingebaut wurde allerdings eine Review-Klausel: *„3 Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie soll die Kommission die Auswirkungen der Ausschlusses unter Berücksichtigung der besonderen Strukturen im Wasserbereich und freien Erbringung von Wasser überprüfen. De facto wird das in 8 Jahren sein.“*⁷³¹ Die befürchtete Wasserprivatisierung ist also nicht endgültig vom Tisch.

Entschärft wurde weiters die Regelung bezüglich interkommunaler Zusammenarbeit. Solange die *„Übertragung von Kompetenzen zwischen öffentlichen Stellen“* ohne Kostenerstattung verläuft, liegt sie *„außerhalb des Kompetenzrahmens der EU und fällt nicht in den Anwendungsbereich“*⁷³². Gestrichen wurde die Passage, die von interkommunaler Zusammenarbeit als Zusammenarbeit mit Rechten und Pflichten spricht und ersetzt durch eine

Wasser öffentliches Gut nicht Ware

europaweite BürgerInnen-initiative „right2water“

Kurskorrektur der EU-Kommission

Wasser wird ausgenommen

Interkommunale Zusammenarbeit fällt nicht in Anwendungsbereich

⁷²⁸ <http://www.right2water.eu/de/node/5>

⁷²⁹ Es ist allerdings notwendig, dass in sieben EU-Ländern ein bestimmter Anteil der Bevölkerung die Initiative unterzeichnet.

⁷³⁰ <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/948>

⁷³¹ <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/948>

⁷³² <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/948>

Zusammenarbeit, die darauf abzielt „Aufgaben zu erfüllen, die allen gemeinsam sind.“⁷³³

Dezidiert wird auch die Frage nach dem Einfluss Privater geklärt. So stehen private Minderheitsbeteiligungen, sofern sie über kein Kontrollrecht verfügen und Entscheidungen nicht blockieren können, dem Inhouse-Privileg nicht entgegen.

Aus der Richtlinie ausgenommen werden folgende Dienste: Rettungsdienste (sofern sie von NGO's angeboten werden), audiovisuelle Medien, Rechtsberatung, Kommunalkredite, Lotterien.

2. Viertes Eisenbahnpaket

4. Eisenbahnpaket
soll Liberalisierung
vorantreiben

Ein weiterer Schritt der EU-Kommission zur Liberalisierung der Daseinsvorsorge ist das vierte Eisenbahnpaket. Dieses wurde von EU-Verkehrskommissar Siim Kallas am 30. Jänner 2013 präsentiert. Das von der EU-Kommission erstellte Paket wird nun von Rat und Europäischem Parlament diskutiert und verhandelt.⁷³⁴ Die Absichten sind klar: „Die EU-Kommission hält [...] an ihrem Liberalisierungskurs unbeirrt fest.“⁷³⁵

Mit den bisherigen drei Eisenbahnpaketen (2001, 2004, 2007) wurden große Schritte zur Bahnliberalisierung gemacht. Die vollständige Liberalisierung wird nun mit dem vierten Eisenbahnpaket angestrebt. Und das *obwohl* „sich das dritte Eisenbahnpaket noch bis 2015 in der Beobachtungsphase befindet“⁷³⁶. Der Anreiz, um die Liberalisierung in diesem Sektor weiter voranzutreiben, dürften Schätzungen der EU-Kommission sein, wonach bis zum Jahr 2030 eine Steigerung der Verkehrsleistung im Personenverkehr um etwa 30 Prozent und im Güterverkehr um 40 Prozent erwartet werden.⁷³⁷

▪ Ursprünglicher Inhalt des 4. Eisenbahnpakets

Die vorrangigen Ziele, die mit dem 4. Eisenbahnpaket verfolgt werden, sind die komplette Liberalisierung des Schienenpersonenverkehrs und die institutionelle Trennung zwischen Infrastrukturbetreibern und Eisenbahnunternehmen. Darüber hinaus möchte die EU-Kommission die momentan mögliche „Wahlfreiheit der zuständigen Behörden zwischen Direktvergabe und Ausschreibungswettbewerb“⁷³⁸ verbieten und so eine EU-weite Ausschreibung

⁷³³ <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/948>

⁷³⁴ http://www.akeuropa.eu/de/4.-paket-zur-eisenbahnliberalisierung-der-naechste-schildbuengerstreich-der-europaeischen-kommission.html?cmp_id=7&news_id=1563

⁷³⁵ <http://www.oegb->

[eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520](http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520)

⁷³⁶ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 19

⁷³⁷ vgl. AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 17

⁷³⁸ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 3

von allen Verkehren, „*die mit öffentlichen Mitteln gestützt werden*“⁷³⁹, erzwingen. Die EU-Kommission argumentiert, dass durch diese Maßnahmen Einsparungen von bis zu 30 Prozent für die ausschreibenden Stellen, geringere Ticketpreise, erhöhte Fahrgastzahlen und die Verbesserung der Qualität erreicht werden können.

▪ **Ziele und Kritik am 4. Eisenbahnpaket**

- Trennung Infrastrukturbetreiber und Verkehrsdienstleister:

Das 4. Eisenbahnpaket sieht eine institutionelle Trennung der Aufgabenfelder vor. Es soll unterschiedliche Betreiber für die Infrastruktur und den tatsächlichen Schienenverkehr geben. In Großbritannien wurde diese Trennung bereits Anfang der 1990er vollzogen, mit äußerst negativen Folgen. Der Fokus hat sich hier „*von der volkswirtschaftlichen Aufgabe der Bahn hin zur Auszahlung von Gewinnen an private Betreiber*“⁷⁴⁰ verlagert. Die Konsequenzen: „*Die Fahrkarten haben sich verteuert, Sicherheitsrisiken und schwere Unfälle zugenommen.*“⁷⁴¹ Eine weitere Trennung zwischen Netz und Eisenbahnbetrieb würde demnach „*eine Gefahr für die effiziente Nutzung der Schiene darstellen.*“⁷⁴²

Mit der institutionellen Trennung zwischen Infrastrukturbetreibern und Eisenbahnunternehmen geht auch einher, dass die „*Zuständigkeit für die Ausstellung von Fahrzeugzulassungen und Sicherheitsbescheinigungen auf die europäische Eisenbahnagentur übergehen*“⁷⁴³ soll. Die Trennung hat letztlich zur Folge, dass die Staaten für die Adaptierung des Schienennetzes aufkommen müssen, damit sichergestellt werden kann, dass die von der europäischen Eisenbahnagentur zugelassenen Fahrzeuge auch auf diesen Schienen fahren können.⁷⁴⁴ Diese Kosten gehen in die Milliarden. Für Österreich wäre dies desaströs: „*Die EU-Pläne würden in wenigen Jahren auch ein Ende der Bahn in Österreich bedeuten. Man wird sich den Umbau nicht leisten können – nicht den EU-Standards entsprechende Strecken müssten*

*Ziel:
Trennung Netz
und Betrieb*

*Folge:
Staaten müssten
Schienennetz
adaptieren*

⁷³⁹ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 3

⁷⁴⁰

http://www.vida.at/servlet/ContentServer?pagename=S03/Page/Index&n=S03_0.a&cid=1356596162735

⁷⁴¹

http://www.vida.at/servlet/ContentServer?pagename=S03/Page/Index&n=S03_0.a&cid=1356596162735

⁷⁴²

http://www.vida.at/servlet/ContentServer?pagename=S03/Page/Index&n=S03_0.a&cid=1356596162735

⁷⁴³ [http://www.oegb-](http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520)

[eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520](http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520)

⁷⁴⁴

http://www.vida.at/servlet/ContentServer?pagename=S03/Page/Index&n=S03_0.a&cid=1356596162735

*geschlossen werden*⁷⁴⁵ so der Vorsitzende der Sektion Verkehr in der Gewerkschaft vda, Roman Hebenstreit.

*Ziel:
Ausschreibungs-
pflicht (außer
Inhouse-Vergabe)*

- Verbot der Direktvergabe:

Mit dem neuen Eisenbahnverbot soll den Behörden die Wahlmöglichkeit zwischen Ausschreibung und Direktvergabe genommen werden. Das würde bedeuten, dass alle *„Verkehre (auch S-Bahn und Regionalverkehre), die mit öffentlichen Mitteln gestützt werden, um Aufgaben der Daseinsvorsorge nachkommen zu können*⁷⁴⁶, mit Ausnahme der Inhouse-Vergabe, ausgeschrieben werden müssten. Die Erfahrungen in den beiden Ländern, die den Bahnsektor bereits vollständig liberalisiert haben – Großbritannien und Schweden – werfen jedoch *„berechtigte Zweifel auf, ob Ausschreibungssysteme tatsächlich leistungsfähiger und wirtschaftlich effektiver sind als ein System mit Direktvergabe.*⁷⁴⁷

*Zweifel an
Leistungsfähigkeit
der Ausschrei-
bungssysteme*

- Rollmaterial:

Der Zugang zu Rollmaterial (= Schienenfahrzeuge) ist ausgesprochen schwierig, da die Anschaffung sehr teuer ist und sie über eine Lebensdauer von 30 bis 40 Jahren abgeschrieben werden. Dies ist laut EU-Kommission *„einer der Hauptgründe für die geringe Beteiligung privater Unternehmen an Ausschreibungswettbewerben.*⁷⁴⁸ Denn die Konzessionsverträge sind auf maximal 15 Jahr beschränkt. Und nach den bisherigen Liberalisierungserfahrungen im Schienenpersonenverkehr konnte ein Unternehmen selten die gleiche Ausschreibung noch einmal gewinnen. Um den Privaten den Zugang zu Rollmaterial zu ermöglichen, möchte die EU-Kommission nun *„entweder das Eigentum – Rollmaterial – an Leasinggesellschaften [...] übertragen oder die zuständigen Behörden zur Übernahme des Restwertrisikos [...] verpflichten.*⁷⁴⁹ Dies bedeutet aber *„hohe Kosten [...] und große Teile des unternehmerischen Risikos auf die öffentliche Hand*⁷⁵⁰ zu verlagern. Den Privaten blieben im Gegenzug die *„Gewinnmöglichkeiten auf Kosten der Infrastruktur und des Rollmaterials, die beide mit Steuergeldern finanziert werden.*⁷⁵¹

*Öffentliche Hand
soll Restwertrisiko
der Schienen-
fahrzeuge
übernehmen –
hohe Kosten*

▪ **Erwartete Konsequenzen**

Die EU-Kommission begründet das 4. Eisenbahnpaket mit einer erwarteten gesteigerten Wirtschaftlichkeit und daraus resultierende positive Effekte für die BahnkundInnen. Doch gerade dies ist kritisch zu betrachten.

⁷⁴⁵

http://www.vida.at/servlet/ContentServer?pagename=S03/Page/Index&n=S03_0.a&cid=1356596162735

⁷⁴⁶ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 20

⁷⁴⁷ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 31

⁷⁴⁸ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 37

⁷⁴⁹ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 37

⁷⁵⁰ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 38

⁷⁵¹ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 38

- Einsparungen:

Die EU-Kommission erwartet eine Einsparung von bis zu 30 Prozent. Entgegen dieser Erwartung kommt eine Studie des CER (Europäischer Eisenbahndachverband) zum Schluss, dass die Trennung von Infrastrukturbetreibern und Verkehrsdienstleistern EU-weit zu jährlichen Mehrkosten, je nach Verkehrsleistung, zwischen 5,8 und 14,5 Mrd. Euro führen würde.⁷⁵² In Schweden etwa konnte eine Kostensenkung nicht erreicht werden, im Gegenteil musste die öffentliche Hand ihre Subventionen sogar um das Siebenfache (!) erhöhen. „Als Gründe werden [...] vor allem die Zersplitterung und Aufteilung der Aufgaben auf mehrere Unternehmen sowie der Aufbau eines kostenintensiven Verwaltungsapparates für die Durchführung des Ausschreibungswettbewerbs genannt.“⁷⁵³

*Eisenbahnpaket
soll Einsparungen
um 30% bringen*

- Geringere Ticketpreise:

Die von der EU-Kommission erwarteten Einsparungen sollen durch billigere Fahrtickets an die KundInnen weitergegeben werden. Die Erfahrungen im bereits liberalisierten Bahnverkehr aus Schweden und Großbritannien zeigen jedoch einen signifikanten Anstieg der Ticketpreise.⁷⁵⁴ In Schweden sind die Ticketpreise zwischen 1988 und 2003 um 125 Prozent gestiegen. In Großbritannien haben die zu hohen Ticketpreise zu einem gar absurden Vorfall geführt: Der Infrastrukturbetreiber *Network Rail* hat „200 MitarbeiterInnen per Bus von Reading nach Coventry (Entfernung 137 km) zu einer Konferenz“⁷⁵⁵ transportiert, weil „die Bahntickets um 27.000 Euro teurer gewesen wären.“⁷⁵⁶ Angesichts dieser Erfahrung scheint es fraglich, ob das Ziel einer Kostensenkung tatsächlich erreicht werden kann und etwaige anfängliche Lockangebote mit niedrigen Preisen auf Dauer gehalten werden können. Das Profitstreben wird wie schon so oft dazu führen, dass nach und nach auch der Betrieb von Nebenstrecken eingeschränkt oder ganz eingestellt werden muss.

*günstigere
Ticketpreise*

- Erhöhte Fahrgastzahlen:

Die Liberalisierung des Bahnverkehrs soll außerdem zu einer Steigerung der Attraktivität des Bahnsektors und damit auch einer Erhöhung der Fahrgastzahlen beitragen. Denn laut aktueller Eurobarometer-Umfrage sind nur 46 Prozent der europäischen BahnkundInnen mit dem regionalen und nationalen Bahnverkehr zufrieden.⁷⁵⁷ Unabhängig von einer anstehenden Liberalisierung wird sich die Zahl der Fahrgäste in den kommenden Jahren

*Bahnnutzung soll
steigen*

⁷⁵² vgl. AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 5

⁷⁵³ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 29

⁷⁵⁴ vgl. AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 51

⁷⁵⁵ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 25

⁷⁵⁶ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 25

⁷⁵⁷ vgl. AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 20

durch eine Reihe externer Faktoren erhöhen. So konnte in Großbritannien nach der Privatisierung ein Anstieg der Fahrgastzahlen festgestellt werden: *„Sowohl die Einführung der City-Maut in London (2003) als auch die hohen Miet- und Immobilienpreise in London sind entscheidende Determinanten für den Anstieg der beförderten PendlerInnen.“*⁷⁵⁸

verbesserte
Qualität

- Verbesserung Qualität:

Die Verbesserung der Qualität ist eines der am häufigsten genannten Argumente, wenn es um Privatisierungen geht. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass dieses Versprechen selten gehalten werden konnte. Gerade Großbritannien hat gezeigt, dass fehlende Investitionen und mangelhafte Wartung im Schienenpersonenverkehr zu einem Qualitätsverlust beigetragen haben, der sogar eine Reihe von schwersten Unfällen nach sich zog. Sowohl in Schweden als auch in Großbritannien kam es außerdem zu einer Vielzahl von verspäteten und ausgefallenen Zügen.

begünstigt Rosinen
picken der Privaten

- Streckennetz:

Die komplette Öffnung des Schienenpersonenverkehrs im Inland für private Verkehrsunternehmen, begünstigt natürlich das „Rosinen picken“ der privaten Unternehmen. *„Denn Private werden nur auf den Strecken aktiv, auf denen sie auch Gewinne erwirtschaften können.“*⁷⁵⁹ Für die öffentlichen Bahnbetriebe bringt dies freilich kaum Vorteile, denn sie können nur verlustbringende Strecken weiter konkurrenzlos befahren. In weiterer Folge könnte es dadurch zur Einstellung von defizitären Strecken kommen.

- Effekte für die Beschäftigten:

niedrigere Löhne
für Angestellte

Konsequenzen hätte das Eisenbahnpaket mit Sicherheit für die Beschäftigten. Zwar soll die Übernahme der ArbeitnehmerInnen durch das neue Unternehmen grundsätzlich möglich sein, doch das Lohnniveau wird mutmaßlich sinken. Denn Wettbewerb geht oft zu Lasten der Beschäftigten. Gerade über den Bereich der Lohn- und Sozialstandards wird versucht, Einsparungen zu erzielen. Dies zeigen auch die Privatisierungen in Großbritannien und Schweden, wo die privaten Unternehmer versucht haben, sich durch Lohn-Dumping *„Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren öffentlichen Konkurrenten zu verschaffen. Dies wurde erreicht, indem sie sich weigerten, kollektivvertragliche Regelungen einzuhalten oder eigene Kollektivverträge anzuwenden.“*⁷⁶⁰ Eine deutsche Untersuchung, die Direktvergabe (Stuttgart, Bochum) und Ausschreibungswettbewerb (Frankfurt/Main) im ÖPNV miteinander verglichen hat, kommt zu dem Schluss, dass im Fall des Ausschreibungswettbewerbes *„durch die Anwendung eines niedrigen Tarifvertrages eines Tochterunternehmens die Lohnkosten der*

⁷⁵⁸ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 26

⁷⁵⁹ http://www.akeuropa.eu/de/4.-paket-zur-eisenbahnliberalisierung-der-naechste-schilbuergerstreik-der-europaeischen-kommission.html?cmp_id=7&news_id=1563

⁷⁶⁰ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 47

*ArbeitnehmerInnen*⁷⁶¹ verringert werden konnten. Dem stand allerdings „*der gestiegene Personalaufwand des stark gewachsenen Managements gegenüber.*“⁷⁶² Dies konnte auch in Schweden und Großbritannien beobachtet werden. Ein niedriges Lohnniveau senkt auch die Attraktivität des Bahnsektors als Arbeitgeber. 30 Prozent des EU-Bahnpersonals werden in den nächsten 10 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Das könnte zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in diesem Sektor führen.

▪ **Erwartete Auswirkungen in Österreich**

In Österreich sichert das Bahnsystem derzeit rund 128.000 Arbeitsplätze und erzeugt eine Inlandswertschöpfung von etwa 8,9 Mrd. Euro.⁷⁶³ Die Trennung von Infrastrukturbetreibern und Verkehrsdienstleistern würde in Österreich schätzungsweise Mehrkosten zwischen 424 Mio. Euro (bei gleichbleibender Verkehrsleistung) und 1,06 Mrd. Euro (bei einer 50%-igen Verkehrssteigerung) bedeuten. Eine Evidenz, dass diese vertikale Trennung zu einer Erhöhung des Wettbewerbs beitragen würde, kann derzeit nicht gefunden werden.⁷⁶⁴

*Österreich:
Mehrkosten durch
Trennung von Netz
und Betrieb*

Die Administration der Ausschreibung würde zu hohen Kosten führen, denn die Gebietskörperschaften müssen „*dreifach für Personal sorgen: jenes, das die Ausschreibung betreut, jenes, das den Fahrplan erstellt und jenes, das die Einhaltung der Qualitätskriterien überprüft.*“⁷⁶⁵ Hinzu kommt, dass das Know-how über derartige Ausschreibungen zumeist komplett fehlt und diese teuer ausgelagert werden müssen. Kosten entstehen aber auch für die Unternehmen, die sich an einem Wettbewerb beteiligen. Die ÖBB würde für den Bereich der Ausschreibungen zehn Vollzeitbeschäftigte pro Jahr benötigen. Und das auch, wenn der Wettbewerb nicht gewonnen wird! Gerade für die ÖBB wären verlorene Ausschreibungen und Verluste von Strecken eine existenzielle Bedrohung: „*Die ÖBB sind [...] nicht in der Lage, ihre Unternehmensgröße beliebig hinunter zu skalieren. Im Fall von Ausschreibungswettbewerben müssten die ÖBB deswegen versuchen, durch den Gewinn vieler Lose ihre Größe und ihr Geschäftsmodell zu halten, etwa indem bei Ausschreibungen ‚unterpreisig‘ angeboten wird, um diese zu gewinnen.*“⁷⁶⁶

*Hohe Kosten durch
Administration der
Ausschreibung*

Auch das im Eisenbahnpaket vorgeschlagene neue Modell des Rollmaterials hätte fatale Folgen für die österreichischen Gebietskörperschaften. Für sie würde es „*zu hohen budgetären Belastungen und hohen Investitionsrisiken führen.*“⁷⁶⁷

⁷⁶¹ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 33

⁷⁶² AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 34

⁷⁶³ vgl. AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 42

⁷⁶⁴ vgl. AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 44

⁷⁶⁵ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 46

⁷⁶⁶ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 43f

⁷⁶⁷ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 38

Gefahr erhöhte
Ticketpreise

Für die österreichischen BahnkundInnen besteht die reale Gefahr, dass die Ticketpreise steigen. Eine zehnprozentige Preissteigerung würde den KundInnen 86 Mio. Euro kosten. *„Über die Konsumkontraktionen würde ein zehnprozentiger Preisanstieg die österreichische Bruttowertschöpfung immerhin um 29 Mio. Euro reduzieren und die Existenz von 485 Arbeitsplätzen in der Volkswirtschaft gefährden.“*⁷⁶⁸

betroffen von
Ausschreibungs-
pflicht: S-Bahnen
und Badner Bahn

Für die Betreiber des regionalen ÖPNV sind ähnliche Konsequenzen zu erwarten. So wären etwa die *Wiener Linien* von der Ausschreibungspflicht als interner Betreiber zwar selbst nicht betroffen, wohl aber die S-Bahnen oder auch die *Badner Bahn*. Sie müssten ausschreiben, da sie nicht intern geführt werden und sich außerdem über die Stadtgrenzen hinweg bewegen. Für die *Badner Bahn* ergab eine Kalkulation, dass durch die Trennung von Infrastrukturbetreiber und Verkehrsdienstleister einmalige Kosten von 263.000 Euro sowie zusätzliche jährliche Kosten von 746.000 Euro entstehen würden. Die Personalkosten würden um 20 Prozent steigen.⁷⁶⁹

▪ **Modifikation des Eisenbahnpakets**

Das vierte Eisenbahnpaket könnte zur Konzentration des Marktes auf einige wenige international agierende Unternehmen führen. *„Langfristig besteht die Gefahr, dass kleine und öffentliche Schienenverkehrsunternehmen verdrängt oder aufgekauft und nur einige wenige, multinational agierende Unternehmen übrig bleiben werden.“*⁷⁷⁰ Experten warnen daher vor dem neuen Eisenbahnpaket und hoffen auf eine Korrektur des Kurses durch Rat und Parlament. Denn das Ziel der Kommission durch *„mehr Wettbewerb [...] mehr Investitionen und bessere Dienste“*⁷⁷¹ sicherzustellen, kollidiert mit der Realität, *„denn die vorgeschlagenen Maßnahmen konterkarieren die angestrebten Ziele in puncto Qualität, Sicherheit, Leistbarkeit und flächendeckender Verfügbarkeit massiv.“*⁷⁷² Die Umsetzung des neuen Pakets wäre gerade *„für kleinere europäische Bahngesellschaften wie die ÖBB desaströs.“*⁷⁷³

Der Vorwurf, dass gesellschaftliche Interessen dem neoliberalen Gewinnstreben untergeordnet werden, scheint bei dem vorliegenden Paket, jedoch nicht

⁷⁶⁸ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 51

⁷⁶⁹ vgl. AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 45

⁷⁷⁰ AK Wien. Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich: 54

⁷⁷¹ <http://www.oegb->

[eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520](http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520)

⁷⁷² <http://www.oegb->

[eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520](http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520)

⁷⁷³ <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/3235644/kern-nur-big-boys-bleiben-uebrig.story>

gänzlich falsch, denn ob *„das Legislativpaket auch für die Gesellschaft einen Nutzen hat, dürfte für die Kommission bestenfalls eine Nebenrolle spielen.“*⁷⁷⁴

Die Kritik am Gesetzesentwurf führte zu einer Reihe an Modifikationen. In veränderter Form wurde das vierte Eisenbahnpaket am 26. Februar 2014 vom EU-Parlament angenommen, die Zustimmung der Mitgliedstaaten fehlt noch. Das Gesetz sieht nun vor, dass es bis zum Jahr 2019 *„einheitliche Schienensysteme, eine zentrale Fahrzeuggenehmigung für alle Mitgliedsstaaten, ein einheitliches Ticketing-System“*⁷⁷⁵ geben soll.

Eine zentrale Änderung betrifft die Trennung von Netz und Betrieb, die trotz massiver Forcierung durch die Kommission an Kritik und Widerstand scheiterte und keinen Eingang in den Gesetzestext fand. Damit fallen die für Österreich zu erwartenden Konsequenzen weniger dramatisch aus als befürchtet. *„Für Österreich bedeutet das, dass die Holding-Struktur so bleib, wie sie ist.“*⁷⁷⁶ Auch die *Badner Bahn* muss vorerst nicht ausgeschrieben werden. Trotzdem werden Direktvergaben nach dem neuen Eisenbahnpaket schwerer.

Nachdem die Kommission zentrale Forderungen im 4. Eisenbahnpaket nicht durchsetzen konnte, bleibt abzuwarten, ob es nicht bald zu einem fünften Paket kommt.

*Modifikation:
Keine Trennung
zwischen Netz und
Betrieb*

*keine
Ausschreibungs-
pflicht,
Direktvergabe
wurde aber
erschwert*

3. Privatisierungsdruck der Europäischen Union

Die politische Ausrichtung der Europäischen Union wird durch die Konzessionsrichtlinie und das neue Eisenbahnpaket deutlich. Das sind aber nicht die einzigen Versuche, durch die die EU die Privatisierung vorantreiben will. Gerade auf Länder, die mit Schulden zu kämpfen haben und auf Hilfgelder der EU angewiesen sind – wie derzeit etwa Portugal und Griechenland –, übt sie massiven Druck aus. *„Beide Länder bekommen Hilfgelder von der EU und müssen Reformen mit den Geldgebern absprechen.“*⁷⁷⁷ Die Troika (ein Dreigespann aus EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank) nutzt dies aus und drängt sowohl Portugal als auch Griechenland zur Privatisierung der Wasserversorgung. Damit können Einmal-Effekte für das Budget erzielt werden. Verschwiegen wird jedoch, dass die Rechnung dafür schlussendlich wohl wieder die Bevölkerung zahlt. Denn die

*EU übt auf Länder
mit Schulden
massiven
Privatisierungs-
druck aus*

⁷⁷⁴ http://www.akeuropa.eu/de/4.-paket-zur-eisenbahnliberalisierung-der-naechste-schuldbuergerstreich-der-europaeischen-kommission.html?cmp_id=7&news_id=1563

⁷⁷⁵

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/611528_Europaparlament-segnet-Eisenbahnpaket-ab.html

⁷⁷⁶

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/611528_Europaparlament-segnet-Eisenbahnpaket-ab.html

⁷⁷⁷ <http://kurier.at/politik/eu/eu-richtlinie-zur-privatisierung-wasser-marsch-kampf-um-den-ausverkauf/2.798.422>

Vergangenheit hat gezeigt, dass die Wasserpreise in Folge von Privatisierungen steigen.⁷⁷⁸

Beispiel Portugal

*Privatisierung
Wasserversorgung:
fehlende
Investitionen, aber
Preiserhöhungen*

*dennoch soll
größter staatlicher
Wasserbetrieb
privatisiert werden*

Diese Entwicklung lässt sich in Portugal bereits anhand einiger Beispiele belegen. Schon die in der Vergangenheit in Portugal durchgeführten Privatisierungen der Wasserversorgungen haben kaum Vorteile für die Bevölkerung gebracht. Der Preise sind gestiegen und in das Versorgungsnetzwerk wurde kaum investiert. Die Qualität blieb also auf der Strecke. Ein prominentes Beispiel ist Mafra. Im Jahr 1995 erhielt *Veolia* eine 25-jährige Konzession und schaffte damit den Einstieg in die Wasserversorgungswirtschaft Portugals. Seither sind die Wasserpreise in Mafra horrend angestiegen und zählen zu den höchsten in ganz Portugal. Ein anderes Beispiel ist Pacos de Ferreira, eine 7.500 EinwohnerInnen zählende Gemeinde im Norden Portugals. Hier ist der Wasserpreis nach der Privatisierung innerhalb von wenigen Jahren um 400 Prozent gestiegen.⁷⁷⁹ Trotz dieser Erfahrungen soll der staatliche Wasserbetrieb *Águas de Portugal*, der etwa 80 Prozent der Bevölkerung versorgt, nun privatisiert werden. Denn: „*Portugiesische Staatsbetriebe haben riesige Schuldenberge angehäuft, deren Kreditfinanzierung neue Löcher in den Haushalt reißt. 'Águas de Portugal' sitzt auf Verbindlichkeiten in Höhe von knapp drei Milliarden Euro.*“⁷⁸⁰ Die portugiesische Regierung arbeitet derzeit ein Gesetz aus, dass die Vergabe von Wasserkonzessionen an Private ermöglichen soll.⁷⁸¹

*Beispiel
Griechenland*

*zahlreiche
staatliche
Einrichtungen
wurden verkauft*

In Griechenland verläuft die Entwicklung ähnlich. Mittlerweile stehen bereits zahlreiche staatliche Einrichtungen zum Verkauf, darunter etwa die Wasserwerke von Athen und Thessaloniki.⁷⁸² Weiters plant der griechische Staat „*den Verkauf von Häfen, Flughäfen, Bahnen, Autobahnen, [...] Gas- und Elektrizitätswerken sowie Bauland. Bis 2014 sollen dadurch rund 12 Mrd. Euro in die Staatskasse fließen und zum Abbau des riesigen Schuldenbergs beitragen.*“⁷⁸³ Allerdings laufen die Privatisierungen in Griechenland bislang weit schlechter als erwartet: „*Bereits vor wenigen Wochen war das diesjährige Ziel [2013; Anm.d.Verf.], rund 2,5 Milliarden Euro aus Privatisierungen zu kassieren, auf 1,6 Milliarden Euro nach unten korrigiert worden.*“⁷⁸⁴ Zudem laufen die Privatisierungen nicht skandalfrei ab. Innerhalb eines halben Jahres gab es bereits zweimal einen

⁷⁷⁸ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1995643/>

<http://kurier.at/politik/eu/eu-richtlinie-zur-privatisierung-wasser-marsch-kampf-um-den-ausverkauf/2.798.422>

⁷⁷⁹ <http://www.globalwaterintel.com/pinsent-masons-yearbook/2011-2012/part-iii/company-analysis-major-players/9/>

<http://www.right2water.eu/de/node/279>

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1995643/>

⁷⁸⁰ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1995643/>

⁷⁸¹ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1995643/>

Falter 6/13: 12

⁷⁸² Falter 6/13: 12

⁷⁸³ <http://www.avenir-suisse.ch/16523/privatisierung-braucht-wettbewerb/#!prettyPhoto>

⁷⁸⁴ <http://mobil.n-tv.de/wirtschaft/Schaeuble-bleibt-bei-Griechenland-vage-article11285326.html>

Wechsel an der Spitze der staatlichen Privatisierungsbehörde. Der letzte Chef wurde aufgrund nicht rechtmäßiger Geschenkannahme gekündigt.⁷⁸⁵

Die europäische Politik drängt also weiter in Richtung Privatisierung. Mit europaweit geltenden Paketen und Richtlinien will man den Prozess beschleunigen. Staaten mit hohen Schulden werden zu Privatisierungen gedrängt, auch wenn das keine dauerhafte Lösung der Finanzprobleme ist. Denn auf lange Sicht verschlechtert sich dadurch die finanzielle Situation der Staatshaushalte. Welche negativen Auswirkungen die Privatisierungen auf den Staat bzw. die Kommunen und die Bevölkerung haben, hat diese Studie bereits gezeigt. Doch der neue Trend zur Rekommunalisierung scheint in der europäischen Politik noch nicht angelangt zu sein.

⁷⁸⁵ vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-chef-der-privatisierungsbehoerde-muss-nach-freiflug-gehen-a-917213.html>

ZUSAMMENFASSUNG

Die Daseinsvorsorge ist seit ihren Wurzeln im 19. Jahrhundert ein umkämpftes Feld zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Während die Erbringung zunächst häufig ein Tätigkeitsfeld privater Anbieter war, übernahmen kommunale und staatliche Unternehmen gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer öfters Dienstleistungen, um das fehlende bzw. ungenügende Angebot Privater auszugleichen. Die öffentlichen Unternehmen wurden im Laufe der Zeit zu einem integralen Bestandteil des wohlfahrtstaatlichen Systems innerhalb Europas, auch wenn sich bei der Bandbreite der Leistungen durchaus regionale Ausdifferenzierungen entwickelt haben.

In den letzten Jahrzehnten ging der Trend wieder in die entgegengesetzte Richtung. Mit der Ära Thatcher wurde in Großbritannien ein neoliberales Zeitalter eingeläutet, das bald auch auf andere europäische Staaten übergriff. Unterstützt wurden diese Tendenzen von der Liberalisierungspolitik der Europäischen Union. Um den Wettbewerb im Binnenmarkt zu stärken, wurden immer mehr Dienstleistungen der Daseinsvorsorge liberalisiert und letztlich privatisiert.

Die dabei versprochenen Erwartungen an Preisentwicklung und Qualität der Dienstleistungen konnten selten erfüllt werden. In vielen Städten waren massive Preiserhöhungen bei gleichzeitig sinkender Qualität meist unmittelbare Folgen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, einfach weil private Anbieter in der Regel nur ein Interesse haben: Gewinne zu machen. Gewinne um jeden Preis: auf Kosten von Investitionen in die Erhaltung, auf Kosten des Personals, auf Kosten der Qualität und somit auch auf Kosten der KundInnen. Dass Privatisierung sogar tödlich werden kann, weil notwendige Erhaltungsarbeiten nicht durchgeführt wurden, zeigte die privatisierte britische Bahn.

Schnell wurde auch deutlich, dass die meist langfristig abgeschlossenen Verträge über ein oder zwei Jahrzehnte die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten massiv einschränkten. Den politisch Verantwortlichen waren die Hände gebunden, da sie in bestehende Verträge nicht eingreifen konnten. Damit fehlten Druckmittel gegenüber privaten Anbietern, die ihre Leistungen nicht entsprechend erfüllten. Einmal getroffene Entscheidungen für eine Privatisierung sind schwer umkehrbar, das mussten viele Kommunen schmerzhaft erfahren, zumal privatisierte Unternehmen nicht nur mit hochbezahlten Anwälten, sondern auch finanziell Druck auf die Gemeinden ausüben, um Verträge zu verbessern oder zu verlängern.

Private Anbieter picken sich zudem die Rosinen heraus. Übrig bleiben Kommunen zumeist nur jene Bereiche, die keinen Gewinn erwirtschaften. Private Anbieter haben kein Interesse an Wettbewerb, sondern einfach an Gewinnen. Am liebsten ist ihnen, wenn öffentliche Monopole durch private ersetzt werden, was in der Praxis auch häufig geschah. Vor allem netzbezogene Bereiche der Daseinsvorsorge sind davon betroffen. Das trifft etwa auf den Grundversorger im Energiebereich zu, aber noch viel stärker beim Wasserversorger, wo für die KundInnen keine Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Anbietern besteht.

Um das Budget zu sanieren wurde das „Tafelsilber“ verkauft, langfristig fehlten diese Einnahmen. Das vermeintliche Geschäft für den öffentlichen Haushalt entpuppte sich so regelmäßig als das Gegenteil: ein Verlustgeschäft, wenn dazu etwa auch noch Kosten für die Kontrolle von Privaten kommen, weil sich diese mit bemerkenswerter Häufigkeit den vereinbarten Leistungen zu entziehen versuchen.

Mittlerweile hat in ganz Europa ein Richtungswechsel eingesetzt. Der Unmut der BürgerInnen quer durch Europa über die Vorgehensweisen privater Anbieter hat massiv zugenommen. Die öffentliche Hand übernimmt immer häufiger ehemals öffentlich erstellte, im Zeitverlauf privatisierte Aufgaben wieder selbst. Diese Rekommunalisierungen sind durchwegs eine Folge der enttäuschend verlaufenen Privatisierungen und Liberalisierungen. Immer mehr Beispiele sind in Europa zu finden, wo Städte bzw. öffentliche Unternehmen besser und kostengünstiger wirtschaften als Private, sich im Wettbewerb mit privaten Anbietern durchsetzen. Immer mehr wissenschaftliche Studien kommen durch Vergleiche zum Schluss, dass öffentliche Anbieter in puncto Qualität und Kosten besser sind als Private.

Seit Jahren häufen sich die Beispiele für Rekommunalisierungen in allen Dienstleistungsbereichen und das obwohl die europäischen Wettbewerbs- und Marktöffnungspolitiken weiterhin tendenziell eher private als öffentliche Strukturen stärken. Nicht in allen europäischen Ländern konnte man in den letzten Jahren die gleiche Intensität an Rekommunalisierungen beobachten. Das liegt vor allem an den unterschiedlichen politischen und Verwaltungstraditionen der einzelnen Länder und ist sektorenspezifisch. Denn rekommunalisiert werden kann nur dort, wo zuvor privatisiert wurde.

Im Energiesektor finden aktuell die meisten Rekommunalisierungen in deutschen Städten, Großstädten und Regionen statt, laufen hier doch in den nächsten Jahren zahlreiche Konzessionen aus. Seit 2007 wurden allein in Deutschland 6 neue Stadtwerke gegründet und 170 Konzessionen wieder an kommunale Unternehmen vergeben.

Im Wassersektor wurde vor allem in französischen Städten und Großstädten rekommunalisiert, hat Frankreich doch eine lange Tradition der privaten Wasserversorgung. Es werden zwar noch immer etwas mehr als zwei Drittel der französischen Haushalte von privaten Anbietern versorgt, aber in den letzten Jahren haben sich neben Paris oder Grenoble noch über 40 andere französische Städte zur Rekommunalisierung entschlossen.

Neben diesen beiden Sektoren finden sich außerdem Rekommunalisierungen im Bereich der Abfallwirtschaft (ebenfalls in etlichen deutschen Städten), wobei hier noch nicht von breiten Rekommunalisierungstendenzen gesprochen werden kann. Letztlich lassen sich auch Beispiele aus gänzlich anderen Dienstleistungsbereichen – von der Pflege der Parkanlagen bis zur Straßenbeleuchtung – finden, die sich zu einem Gesamtbild zusammenfügen: der Trend in der Daseinsvorsorge geht wieder in Richtung öffentliche Hand!

Auf Ebene der Europäischen Kommission ist eine Abkehr von den Liberalisierungsbestrebungen dennoch kaum zu erkennen. Trotz der teilweise desaströsen Erfahrungen mit Privatisierungen wird nahezu ideologisch an den vermeintlichen Vorzügen liberalisierter Märkte und privater Leistungserbringung festgehalten. Etwa mit dem 4.

Eisenbahnpaket, das Kommunen zur Liberalisierung der Öffentlichen Personennahverkehrsdienste zwingen sollte, obwohl es gerade auch in diesem Bereich aus Großbritannien umfangreich negatives Anschauungsmaterial gibt, wo zuletzt die Londoner U-Bahn unter hohen öffentlichen Kosten rekommunalisiert werden musste.

In vielen europäischen Ländern sind die Vorteile der kommunalen Erbringung noch nicht ins Bewusstsein der Entscheidungsträger gerückt. Zu lange wurden die Vorteile privater Betreiber beworben, zu lange den öffentlichen Unfähigkeit eingeredet.

Die zahlreichen Beispiele in dieser Studie weisen nach, in welche Fallen Kommunen und politische Entscheidungsträger gelaufen sind, als sie den Versprechungen privater Anbieter gefolgt sind. Und dass die Rekommunalisierung von zuvor privatisierten Dienstleistungen für die Gemeinden und BürgerInnen eine gute Alternative zur privaten Erbringung sein kann. Gleichzeitig zeigt sich auch, dass es nicht den einen Weg für eine erfolgreiche Rekommunalisierung gibt. Jede Rekommunalisierung muss vorausgeplant werden, die spezifischen Umstände immer berücksichtigt werden. Die möglichen positiven Effekte einer Rekommunalisierung (qualitätvolle Leistungen zu erschwinglichen Preisen, BürgerInnennähe, Effizienz und Wirtschaftlichkeit) stellen sich nicht automatisch ein. Erfahrungen zeigen, dass die Argumente für oder gegen eine Rekommunalisierung im Einzelfall abgewogen werden müssen. Schließlich geht es darum, die kommunale Daseinsvorsorge langfristig zu gewährleisten.

BEISPIELÜBERSICHT

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Energie	Deutschland	Bergkamen	50.000	bis 1994	VEW AG	Bergkamen hat im Laufe der Zeit eine Reihe von Leistungen wieder rekommunalisiert. Den Beginn machte die schrittweise Rückführung der Strom- und Erdgasversorgung ab 1995. Zusammen mit zwei anderen Kommunen gründete man das Gemeinschaftsstadtwerte Kamen-Bönen-Bergkamen, die seit 2003 auch die Fernwärmeversorgung übernommen haben.
		Berlin	3.400.000	1997 – noch laufend	Strom: Vattenfall Gas: Vattenfall, Suez, E.ON	Privatisierung zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Berlin nach der Wiedervereinigung. Die Strom- und Gasversorgung wurde vollständig privatisiert, die Verteilungsnetze an private Konzessionäre vergeben. In den letzten Jahren gab es Kritik an Vattenfall wegen mangelndem Engagement bei der Umsetzung der Energiewende. Druck der Bürgerinitiative "Berliner Energietisch" in Richtung Rekommunalisierung der Netze und eigener Stadtwerte Gründung. Diese sind mittlerweile beschlossen, aber die neuen Stadtwerte müssen sich um die Konzession für die Netze bewerben.
		Bremen	550.000	1999 – noch laufend	EWE AG	Die Stadtwerte Bremen wurden 1999 privatisiert und benannten sich in swb AG um. Die swb AG versorgt Bremen und Bremerhaven mit Energie und Entsorgungsdienstleistungen. Mit der neuen Konzessionsausschreibung 2014 will Bremen 25,1% der Netzanteile wieder rekommunalisieren.
		Dresden	530.000	Ende 1990er – 2010	Energie Baden- Württemberg	Ende der 1990er Jahre verkaufte die Stadt 45% des kommunalen Energieversorgers. Den Großteil sicherte sich die Energie Baden-Württemberg über die Tochterfirma Geso. Als sich die EnBW 2010 von der Geso trennen muss (Auflage des Bundeskartellamts) kaufte Dresden die ganze Tochterfirma Geso und damit auch Anteile an anderen kommunalen Energieversorgern.
		Hamburg	1.700.000	2002 – 2009	Vattenfall	Im Zuge einer Privatisierungswelle wurden die letzten noch verbliebenen Anteile am städtischen Energieversorgungsunternehmen im Jahr 2002 privatisiert. Aufgrund steigender Energiepreise entschloss sich die Stadt mit Hamburg Energie einen eigenen, umweltfreundlichen Energieanbieter am Markt zu etablieren. Das Unternehmen zeichnet sich durch innovative Projekte im Bereich erneuerbare Energie aus. Mittlerweile ist Hamburg Energie der drittgrößte Energieanbieter Hamburgs.
		Nümbrecht	17.000	bis Mitte 1990er	RWE	Bereits in den 1980er Jahren gab es Überlegungen zur Rekommunalisierung des Stromnetzes in Nümbrecht, seit den 1990ern wird an der Umsetzung gearbeitet. Die Verträge mit dem privaten Betreiber brachten der Gemeinde nichts ein. Als die Konzession mit RWE auslief übernahm die Kommune das Stromnetz durch die Gemeindewerte Nümbrecht wieder selbst. Der Rückführung folgte ein langjähriger juristischer Streit, da RWE die Konzession nicht aufgeben wollte. Nach der Übernahme musste Nümbrecht in die Modernisierung des desolaten Stromnetzes investiert. Die neuen Gemeindewerte zeigen sich bürgernah und forcieren den Ausbau erneuerbarer Energien.

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Energie	Deutschland	Solingen	160.000	2001 – 2012	MVV Energie AG	Die Stadt Solingen privatisierte 2001 49,9% der Stadtwerke mit der Hoffnung, dadurch eine wichtige Rolle in der Energieversorgung Nordrhein-Westfalens einzunehmen. Tatsächlich wurden Arbeitsplätze abgebaut, die privaten Eigentümer forderten immer höhere Renditen und Investitionen in nachhaltige Energie wurden blockiert. Die Verträge sollten daher neu verhandelt werden. Letztendlich setzte sich der Stadtrat über das Verhandlungsergebnis des Oberbürgermeisters hinweg und beschloss nach eingehender Prüfung im Herbst 2012 den Rückkauf.
		Springe	30.000	bis 2006	E.ON	Die Energieversorgung in Springe erfolgte über Jahrzehnte hinweg durch E.ON Avacon. Bereits vor dem Ende des Konzessionsvertrags zog die Stadt Alternativen zur Vertragsverlängerung in Betracht. Schließlich wurde die Betriebsführung von einem Bieterkonsortium aus kommunalen und privaten Anbietern übernommen, 50,5% der Stadtwerke blieben im Eigentum der Stadt. Dieses Konsortium wollte auch den Netzbetrieb übernehmen, doch dagegen setzt sich E.ON – mittlerweile auch gerichtlich – zur Wehr. Die neugestalteten Stadtwerke setzen auf ressourcenschonend produzierten Strom und stoßen dabei auf gute Resonanz bei der Bevölkerung.
		Stuttgart	605.000	1997/2002 – 2012/nach laufend	Energie Baden- Württemberg	1997 fusionierten die Stadtwerke Stuttgart mit den Neckarwerken Esslingen zu einem neuen Versorgungsunternehmen, an dem auch die Energie Baden-Württemberg (EnBW) beteiligt war. Das Unternehmen übernahm die Versorgung mit Strom, Gas, Fernwärme und Trinkwasser. Aufgrund sinkender Strompreise und Gewinne verkaufte die Stadt im Jahr 2002 die noch verbliebenen Anteile am regionalen Versorger an die EnBW. Eine Bürgerinitiative konnte so großen politischen Druck aufbauen, dass der Gemeinderat der Stadt ihre Forderungen übernahm und sich für eine Rekommunalisierung einsetzte. Seit 2012 versorgt eine kommunale Stadtwerkegesellschaft Stuttgart mit Strom und Gas aus ökologischer Erzeugung. Für die Übernahme der Netze wurde ein Angebot abgegeben, eine Entscheidung steht aber noch aus. Die Rückübertragung der Wasserversorgung wird im Moment vor Gericht ausgetragen, da sich die Stadt mit EnBW nicht auf einen Rückkaufpreis einigen konnte.
		Wolfhagen	13.800	bis 2005	E.ON	In einem Teil der Stadt Wolfhagen wurde die Stromversorgung durch E.ON erbracht, im anderen durch die stadt eigenen Stadtwerke Wolfhagen. Mit Ende des Konzessionsvertrages Ende 2004 wollte man die privatisierten Stadtteile wieder rückübertragen. Aufgrund schwieriger Verhandlungen kam es erst Anfang 2006 dazu. Die KundInnen profitieren von einem besseren Service, größerer Bürgernähe, ökologischer Nachhaltigkeit, Förderung erneuerbarer Energien und effizienterer Aufgabenerledigung.

BEISPIELÜBERSICHT

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Energie	Deutschland	Steag	–	bis 2010/2015 (teilweiser Rückkauf)	RAG	Die Steag wurde 2002 vollständig von RAG aufgekauft, nachdem es zuvor im Besitz von E.ON und RWE war. Im Jahr 2010 formierte sich ein Bieterkonsortium des Rhein-Ruhrgebietes von sechs Kommunalversorgern (Dortmund, Duisburg, Bochum, Essen, Oberhausen, Dinslaken) und kaufte 51 Prozent der Anteile an der Steag. Die restlichen 49 Prozent der Steag-Anteile sollen nach dem Ablauf einer Fünf-Jahres-Frist vom Stadtwerke-Konsortium-Rhein-Ruhr erworben werden. Das Motiv hinter dem Kauf waren regionale Engpässe in der Stromproduktion. Kritisiert wird die finanzielle Überbelastung der defizitären Kommunen sowie der enorme Nachholbedarf der Steag im Bereich erneuerbare Energie, da bisher 98% des Stroms durch Kohlekraftwerke erzeugt werden.
		Thüga	–	bis 2009	E.ON	Die Thüga war eine historisch gewachsene Mischform zwischen öffentlichem und privatem Eigentum. Wichtigster privater Eigentümer war E.ON, aber auch zahlreiche kommunale Unternehmen hielten Anteile an der Thüga. Aufgrund wettbewerbsrechtlicher Bedenken verkaufte E.ON 2009 die Thüga an zwei kommunale Bieterkonsortien. Allerdings wird bereits wieder über eine erneute Teilprivatisierung nachgedacht, um die Kosten für infrastrukturelle Investitionen abzudecken.
		EnBW	–	2000 – 2010	EdF	Im Jahr 2000 verkaufte das Land Baden-Württemberg seine Anteile von 25,01 Prozent an der Energie Baden-Württemberg für 2,4 Mrd. Euro an das französische Unternehmen EdF. Wenig später erhöhte EdF ihren Anteil auf 45,01 Prozent. Ende des Jahres 2010 entschloss sich das Bundesland Baden-Württemberg überraschend, die 45 Prozent Anteile von EdF wieder zurück zu kaufen. Der zuständige Ministerpräsident fädelte den Deal im Alleingang ein und hinterging dabei die politischen Organe vollständig. Mittlerweile wird aufgrund der Vorgehensweise und des überhöhten Rückkaufspreises gegen ihn ermittelt. Die Rekommunalisierung der EnBW zeigt, wie solche Projekte keinesfalls durchgeführt werden sollten. Der Deal wurde ohne reifliche Überlegung, unter Zeitdruck und unter Ausschluss des Parlaments durchgeführt.
Wasser	Frankreich	Bordeaux	240.000	1991 – 2019	Suez	Die Wasserpreise in Bordeaux stiegen in den ersten 3 Jahren nach der Privatisierung um 30%. Offiziell wurde von Suez aber nur eine Preiserhöhung von 15% angegeben, was auf zweifelhafte Abrechnungsmethoden des Unternehmens zurückzuführen ist, das daraus Profit schlägt. Überdies vernachlässigte Suez Investitionen in Wartung und Infrastruktur, stattdessen wurde dem Wasser Chlor beigemischt um Verunreinigungen zu verhindern. Diese Vorwürfe konnten in einer Reihe von Audits 2005 bestätigt werden. Das Ergebnis ist eine vorzeitige Rückübertragung der Wasserversorgung in kommunale Hand im Jahr 2019 (statt 2021), was allerdings für die Kommune mit hohen Kosten (zwischen 50 und 70 Mio. Euro) verbunden ist.

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Wasser	Frankreich	Grenoble	155.000	1989 – 2000	Suez	Unter Bürgermeister Alain Carignon wurde die Wasserversorgung Grenobles 1989 an eine Tochterfirma von Suez vergeben. Mitte der 1990er Jahre wurden die Hintergründe des Deals bekannt: Carignon erhielt Geschenke im Wert von 2,7 Mio. Euro. Er sowie die verantwortlichen Manager wurden wegen Korruption und Bestechung verurteilt, an der Vereinbarung änderte das nichts. Eine Reihe von Gerichtsentscheiden (die Annullierung der Konzessionsverträge wegen Korruption, Erklärung der Illegalität der Tarifgestaltung) führte im Jahr 2000 schließlich dazu, dass der Stadtsenat die Rekommunalisierung beschloss.
		Paris	2.200.000	1984 – 2009	Suez, Veolia	Notwendige Investitionen in Leitungsnetze waren das Hauptmotiv zur Privatisierung der Pariser Wasserversorgung, diese blieben jedoch aus. Erst auf Druck der Politik wurde von Veolia und Suez investiert, allerdings verbunden mit einem Anstieg der Wasserpreise (Preisanstieg 1985–2009: 265%/m³). Der 2001 neu gewählte Pariser Bürgermeister setzte sich für die Rekommunalisierung ein. Es wurde eine kommunale Betreibergesellschaft gegründet die die Wasserversorgung nach Auslaufen der Verträge übernahm. Dadurch konnte der Wasserpreis ein wenig gesenkt und Sozialtarife eingeführt werden.
		Toulouse	450.000	1990 – noch laufend	Veolia	Bei der Konzessionsübernahme in Toulouse zahlte Veolia 66,3 Mio. Euro Eintrittsgeld. Diese Summe war mehr oder weniger ein „Kredit“ an die Kommune, den die Wasserkunden (über die Wasserrechnungen) in den folgenden Jahren zurückzahlen mussten. Es kam folglich zu enormen Preiserhöhungen. Ein Audit hat den Vorwurf offiziell bestätigt. Seither besteht der Wunsch zur Rekommunalisierung, die Konzession läuft jedoch noch bis 2020.
	Deutschland	Bergkamen	50.000	bis 2008	Gelsenwasser	Die Wasserversorgung ist nach über 100 Jahren wieder in kommunaler Hand und wird von den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen-Bönen-Bergkamen, die auch die Energieversorgung übernehmen, gewährleistet. Die Rekommunalisierung war mit Schwierigkeiten mit dem bisherigen Betreiber Gelsenwasser verbunden. Obwohl der Vertrag fristgerecht Ende 2008 gekündigt wurde zog sich die endgültige Abwicklung bis 2010.
		Berlin	3.400.000	1999–2013	RWE, Veolia	Zur Sanierung des öffentlichen Haushalts nach der Wiedervereinigung wurde auch die Berliner Wasserversorgung teilprivatisiert. Neben dem Schuldenabbau sollte so ein Ausbau der Wasserversorgung finanziert und ein strategischer Partner gewonnen werden. Für die Durchführung der Teilprivatisierung wurde ein komplexes juristisches Gebilde ausgestaltet, das in vertraulichen Verträgen festgehalten wurde. Darin enthalten ist auch eine Gewinngarantie für die privaten Betreiber. Die Entscheidung beschäftigt bis heute Gerichte und politische Gremien. Um den Kaufpreis zu erhöhen wurden hohe Gewinne eingeplant – auf Kosten der Bevölkerung. Ausschlaggebend für die Rekommunalisierung waren letztlich enormen Preissteigerungen und die hohen Gewinne der Privaten. In den Jahren 2012/2013 erfolgte nach langwierigen Verhandlungen der Rückkauf der Anteile. Der Ausflug in die Teilprivatisierung war insgesamt deutlich teurer als eine Kreditaufnahme der Stadt zur Finanzierung der Kosten.

BEISPIELÜBERSICHT

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Wasser	Deutschland	Potsdam	160.000	1997 – 2000	Eurawasser (Suez und Thyssen Krupp)	Eurawasser kaufte 49 Prozent der Wasserbetriebe Potsdam GmbH, die Geschäftsführung ging faktisch an sie über. Die Folgen waren Preiserhöhungen, Personalabbau und ein geringer werdender Einfluss der Stadt auf das Unternehmen. Die Stadt war damit unzufrieden und rekommunalisierte nach nur 2,5 Jahren die Wasserversorgung. Die Wasserpreise in Potsdam zählen jedoch nach wie vor zu den höchsten Deutschlands.
		Gelsenwasser	Regional- versorger	bis 2003	E.ON	Der Regionalversorger Gelsenwasser hat eine lange Tradition als Mischbetrieb mit öffentlichen und privaten Anteilnehmern. Als Auflage des Bundeskartellamts musste der Mehrheitseigentümer E.ON seine Anteile 2003 veräußern. Den Zuschlag erhielt schließlich das Unternehmen Gas und Wasser Westfalen, ein Zusammenschluss der Stadtwerke Bochum und Dortmund. Die Kommunen konnten den Kauf nur über eine Kreditaufnahme finanzieren. Für Kritik sorgten außerdem die zahlreichen Beteiligungen des Unternehmens im In- und Ausland.
	Spanien	Arenys de Munt	8.500	bis 2011	Sorea (Tochterfirma von AGBAR)	Die Privatisierung der Wasserversorgung in Arenys de Munt wurde für die schlechte Wasserqualität, die mangelnde Instandhaltung der Leitungen und die damit verbundenen Wasserverlust verantwortlich gemacht. Im Jahr 2011 wurde rekommunalisiert.
		Figaró-Montmany	1.100	bis 2012	Cassa Aigües i Depuració	Durch die Rekommunalisierung in Figaró-Montmany konnte die Effizienz des Versorgungsnetzes von 30% 2010 auf 70% 2013 gesteigert werden.
	Ungarn	Budapest	1.700.000	1997 – 2012	Suez, RWE	Ein Konsortium aus RWE und Suez sicherte sich 25%+1 Aktie an den Budapester Wasserwerken, der Rest blieb in Besitz der Stadt. Im Laufe der Zeit gab es Kritik an den beiden Unternehmen: überteuerte Preise (Wasserpreis hat sich (inflationsbereinigt) zwischen 1997 und 2012 verdoppelt), Vernachlässigung der Wartung der Netze und Erfolgsprämien. Der neu gewählte Budapester Bürgermeister kündigte 2010 den Rückkauf der Anteile an, der im Jahr 2012 erfolgte.
Abfall	Deutschland	Bergkamen	50.000	bis 2006	Remondis	Ein Vorzeigeprojekt ist die Rückübertragung der Müllabfuhr. Die Konzession mit Remondis endete 2005 und aufgrund einer Reihe von Gutachten und Berichten wurde sie rekommunalisiert. Dafür wurde der Entsorgungsbetrieb Bergkamen gegründet. Die Eigenerbringung war für alle Beteiligung ein Erfolg: Kostenreduktion um 30%, Gebührensensenkung um 12%, Bezahlung der Angestellte nach Tarif und Verbesserungen im Servicebereich (z.B. einheitlicher Abfuhr-Rhythmus, Windeltonne).

BEISPIELÜBERSICHT

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Abfall	Deutschland	Böblingen (Landkreis)	372.000	bis 2004/2009		Der Landkreis Böblingen wurde Mitte der 1990er in drei Abfallbezirke aufgeteilt, um öffentliche und private Leistungserbringung direkt vergleichen zu können. In zwei Bezirken wurde die Abfallentsorgung an Private vergeben, in einem blieb sie in öffentlicher Hand. 1999 wurde ein Kostenvergleich erstellt, der den Kostenvorteil mit 286.000 Euro zugunsten der öffentlichen Erbringung bezifferte. Die Einsparungen konnten durch eine Reihe von Modifizierungen (z.B. optimierte Fahrrouten, effektive Fahrzeugnutzung) erreicht werden. Deshalb wurde 2004 einer der privat geführten Bezirke wieder rückgeführt, 2009 folgte der andere. Ab 1999 wurden außerdem andere ausgelagerte Aufgaben (z.B. Papiermüllsammlung) sukzessive wieder rückgeführt.
		Düren & Aachen	850.000	bis 2006		Die Abfallwirtschaft in den beiden Kreisen Düren und Aachen (jetzt Städteregion Aachen) zeichnete sich durch eine Quasi-Monopolstellung der privaten Versorger aus. Deshalb beschlossen drei Gebietskörperschaften des Kreises Düren und eine von Aachen sich zu einem kommunalen Zweckverband zusammenzuschließen. Der Zweckverband übernimmt mittlerweile in zehn Kommunen die Sammlung und den Transport des Abfalls und in zwei weiteren die Papierentsorgung. Die Kosten konnten in allen Kommunen um 20–30% gesenkt werden.
		Rhein-Hunsrück-Kreis	100.000	1973–2005		Eine errechnete Einsparung war der Startschuss für die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Rhein-Hunsrück-Kreis, der letztendlich eine Vorbereitungszeit von 2 Jahren vorausging und 2005 erfolgte. Die Rhein-Hunsrück-Entsorgung konnte die politischen Zielvorgaben erfüllen: Einsparung von einer Million Euro bereits im ersten Jahr, 4 Gebührensenkungen in 6 Jahren, nach Tarif bezahlte ArbeiterInnen sowie große KundInnenzufriedenheit. Mittlerweile ist die RHE sogar Energieversorger. Mit Baum- und Strauchschnitt werden Heizzentralen und auf der Deponie eine Fotovoltaikanlage betrieben.
		Uckermark	122.000	1990 – 2005		Die Abfallentsorgung wurde 1990 an eine private Firma vergeben. Bereits 2000 beschloss man, den Vertrag nicht mehr zu verlängern, da der Landkreis nicht länger zusehen wollte, wie eine private Firma damit hohe Gewinne erzielte. Nachdem bei der Ausschreibung kein passendes Angebot einlangte, hat der Landkreis die Abfallentsorgung 2005 rekommunalisiert. Dadurch konnte die Kosteneffizienz gesteigert, neue MitarbeiterInnen eingestellt und die Gebühren gesenkt werden.
	Großbritannien	North Tyneside	200.000	bis 2008		Das Sammeln von Abfallmaterial für Recyclingszwecke wurde an eine private Firma vergeben, die Müllentsorgung erfolgte weiterhin durch den Verwaltungsbezirk North Tyneside. Aufgrund von Problemen mit dem Unternehmen wurde der Vertrag nach dessen Auslaufen 2008 nicht mehr verlängert. Zur Nutzung von Synergieeffekten wurde diese Aufgabe in die örtliche Müllabfuhr reintegriert. Verbesserungen im Abfuhrmanagement konnten erzielt und die Zufriedenheit der Bevölkerung erhöht werden.

BEISPIELÜBERSICHT

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Abfall	Großbritannien	Thurrock	160.000	2003 – 2010		Drei Jahre nach der privaten Auftragsvergabe der Abfallsammlung und -verwertung in Thurrock wurde die Leistung des privaten Leistungserbringers überprüft. Die Untersuchung ergab, dass eine Aufsplittung der Aufgaben auch kleinen regionalen Unternehmen zugute kommen würde und einzelne Aufgaben vom Council selbst übernommen werden könnten. Auf Basis dessen hat das Council mit Auslaufen des Vertrages die Abfall- und Recyclingsammlung wieder in Eigenregie übernommen. Dadurch ergaben sich Verbesserungen bei der Servicequalität, der Recyclingrate, Bezahlung der MitarbeiterInnen und den Kosten.
ÖPNV	Deutschland	Kiel	240.000	2003 – 2009	Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft	Kiel verkaufte im Jahr 2003 49% der Kieler Verkehrsgesellschaft für nur 12.450 Euro. Die neue Eigentümerstruktur hatte aber zur Folge, dass die Leistung Anfang 2011 öffentlich ausgeschrieben hätte werden müssen. Die Kieler Verkehrsgesellschaft wäre wohl anderen Anbietern unterlegen, weshalb der vollständige Rückkauf gefordert wurde. Dies geschah 2009, jedoch um einen vielfach höheren Rückkaufpreis (mehr als 1 Mio. Euro).
	Großbritannien	Britische Eisenbahn	-	1994/1997 – 2001	Infrastruktur: Railtrack (RT) operativer Betrieb: 106 Einzelunternehmen	Die britische Staatsbahn British Rail wurde erst 1949 geschaffen und nur 45 Jahre später schon wieder privatisiert. Um die anstehenden Kosten für die notwendige Modernisierung des Bahnnetzes nicht nur mit öffentlichen Geldern finanzieren zu müssen und die wirtschaftliche Effizienz zu steigern wurde die British Rail zwischen 1994 und 1997 vollständig privatisiert. Die Infrastruktur ging an Railtrack, während der operative Betrieb an 106 Einzelunternehmen ausgelagert wurde, die zusammen mehr als 2.000 Subunternehmen hatten. Die Folgen waren Verspätungen und höhere Preise durch den zunehmenden Verfall der Netze, außerdem mehrere Unfälle mit insgesamt 46 Toten und über 700 Verletzten. Nach der Insolvenz des privaten Schienenbetreibers übernahm wieder ein öffentlich-rechtliches Unternehmen die Aufgabe. Nach wie vor sind die Investitionskosten in die Infrastruktur enorm, sodass der britische Eisenbahnverkehr zu einem der teuersten Europas gehört.
		London	8.200.000	2004 – 2007/2010	Metronet (fünf Partner, darunter EdF und Thames Water) und Tube Lines	Die Londoner U-Bahn wurde 2003 teilprivatisiert und als PPP-Modell organisiert um die anstehenden Investitionen in die Infrastruktur zu finanzieren. Der operative Betrieb blieb in öffentlicher Hand, während die Infrastruktur für 30 Jahre an zwei private Bieterkonsortien ausgelagert wurde. Die negative Folgen waren bald sichtbar: erhöhte Fahrpreise, Unpünktlichkeit, technische Probleme und Entgleisungen waren an der Tagesordnung. Bereits im Jahr 2007 meldete einer der privaten Betreiber Konkurs an, 2010 der andere. Alle Anteile wurden schließlich von der öffentlichen Betreibergesellschaft zurückgekauft, was bis heute eine finanzielle Belastung darstellt.

BEISPIELÜBERSICHT

Sektor	Land	Kommune	Einwohner- Innen	Zeitraum Privatisierung	privater Betreiber	Rekommunalisierung
Friedhofs- pflege	Deutsch- land	Göttingen	120.000	1975 – 2000	ortsansässige Gärtnerei	Die Pflege des 1975 gegründeten neuen Friedhofs im Stadtteil Junkerberg wurde an die ortsansässige Gärtnerei ausgelagert. Mit dem Auslaufen der Verträge wurde ein Kostenvergleich erstellt, der eine Ersparnis von ca. 66.000 Euro ergab. Deshalb wird seit 2000 die Pflege der Anlage wieder kommunal erbracht.
Gebäude- reinigung	Deutsch- land	Bremen	545.000			Die Gebäudereinigung wurde in Bremen jahrelang an Private ausgelagert. Vor dem Hintergrund der Sicherung von Arbeitsplätzen wie der Kostenreduzierung wurde mit der Immobilien Bremen eine Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet, die diese Dienstleistung fortan übernehmen soll.
	GB	Islington	210.000	bis 2010		Im Londoner Stadtbezirk Islington wurde der Vertrag mit dem privaten Betreiber der Gebäudereinigung im Jahr 2010 nicht verlängert. Mit der Übernahme in Eigenregie möchte der Bezirk, der zu den ärmsten Gemeinden in England zählt, eine faire Bezahlung der MitarbeiterInnen umsetzen.
Grünflächen- pflege	Deutschland	Nürnberg	500.000	Mitte 1990er – 2007		Mitte der 1990er Jahre wurde die Instandhaltung und Pflege von Parkanlagen aufgrund einer Kosteneinsparungsinitiative an Private vergeben. Die Kommune hatte weiterhin Kosten für Qualitätskontrolle und Ausschreibung zu tragen. Im Jahr 2007 wurde in einem 3-jährig angelegten Pilotprojekt die Eigenerbringung der Dienstleistung im südlichen Teil der Stadt getestet. Das Projekt entwickelte sich positiv und wurde 2010 auf das nördliche Stadtgebiet ausgeweitet.
Prüfstatik	Deutschland	Hannover	526.000	2005 – 2008		Im Jahr 2005 wurden alle internen Leistungen der Stadtverwaltung einer Prüfung unterzogen, die feststellen sollte, welche Aufgaben auch an Private übertragen werden können. Eine davon war die Prüfstatik im Bereich Bauordnung, die kurz darauf ausgelagert wurde. Eine Überprüfung zwei Jahre später kam jedoch zu dem Schluss, dass die Eigenerbringung um 30% günstiger war. Kurz darauf wurde die Prüfstatik deshalb wieder von der Stadt übernommen.
Rettungsdienst	Deutschland	Oberberg (Landkreis)	280.000	bis 2011		Seit einem Urteilsspruch des EuGH im Jahr 2010 müssen Rettungsdienste nach Submissionsmodell (Entgelte werden von Kommunen geleistet, die Forderungen gegenüber der Sozialversicherung geltend machen können) ausgeschrieben werden. Befürchtete Qualitätseinbußen durch eine Ausschreibung führten in Oberberg im Jahr 2011 zu einer Kommunalisierung.
		Schleswig Holstein	835.000	bis 2007		Bereits im Jahr 2005 haben drei Landkreise in Schleswig-Holstein einen interkommunalen Rettungsdienst gegründet, 2007 trat mit Steinburg ein vierter hinzu, der bis dato seine Leistung privat erbrachte. Dadurch können, bei guter Qualität, Einsparungspotenziale genutzt werden.
Straßen- beleuch- tung	Deutsch- land	Düren	89.000	bis 2011		Der Dürener Service Betrieb (DSB), ein Eigenunternehmen der Stadt, hat Straßenbeleuchtung und Netz zurückgekauft. Grund war ein Gutachten, das eine Einsparung von mehreren hunderttausend Euro errechnete, bei Modernisierung auf LED-Technologie. Dadurch können 60% der Energiekosten gespart, umweltschonende und qualitative Effekte erzielt werden.

QUELLENVERZEICHNIS

Literatur

Aachener Zeitung (2012): Auf die Übernahme folgt die LED-Umrüstung.
<http://www.aachener-zeitung.de/lokales/dueren/auf-die-ubernahme-folgt-die-led-umruestung-1.413284>

AK Europa (2013): 4. Paket zur Eisenbahnliberalisierung – der nächste Schildbürgerstreich der Europäischen Kommission. http://www.akeuropa.eu/de/4.-paket-zur-eisenbahnliberalisierung-der-naechste-schildbuergerstreich-der-europaeischen-kommission.html?cmp_id=7&news_id=1563

AK Wien: Öffentlich-private Partnerschaften.
http://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/umweltundverkehr/verkehr/infrastruktur/Oeffentlich_private_Partnerschaften.html

AK Wien: Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Verkehr_und_Infrastruktur_50.pdf

AK Wien (2012): Die Angebote der Daseinsvorsorge im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung – Teilergebnisse Öffentlicher Verkehr.
http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Sora_Umfrage_Verkehr.pdf

AK Wien (2012): Was kosten Privatisierungen?
http://media.arbeiterkammer.at/wien/MWUG_Ausgabe_114.pdf

AK Wien (2013): Kommunalen Ausverkauf – Von der Krise der Privatisierung. Tagungsband der AK-Wien Fachtagung.
http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Tagungsband_Krise_der_Privatisierung.pdf

Arenz, Horst (2010): Rekommunalisierung – best practice. http://www.gerald-gruenert.de/Privatisierung_Aufgaben/13052011/Rekommunalisierung_best_practice.pdf

Arte (2011): Wasserversorgung in Frankreich: Kurswechsel.
<http://www.arte.tv/de/3752030,CmC=3774332.html>

Avacon. <http://www.eon-avacon.com/CMS/Default.aspx?id=196&ch=1>

Avenir Suisse (2012): Privatisierung braucht Wettbewerb. <http://www.avenir-suisse.ch/16523/privatisierung-braucht-wettbewerb/#!prettyPhoto>

Aden, Herman; Märtin, Ruth (2013): Rekommunalisierung der Stadtwerke in Springe. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 84–94.

Amtsblatt der Europäischen Union (2007): Vertrag von Lissabon.

http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=FXAC07306

Arenz, Horst (2010): Rekommunalisierung – best practice.

http://www.gerald-gruenert.de/Privatisi_Aufgaben/13052011/Rekommunalisierung_best_practice.pdf

Bauer, Hartmut; Büchner, Christiane; Hajasch, Lycia (Hrsg.) (2012): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

Bauer, Hartmut (2012): Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung. Einführende Problemskizze. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam. 11–32.

BBC News (2010): Tube maintenance back ,in house’ as new deal is signed.

http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/london/8669823.stm

BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.) (2010): Vergleich Europäischer Wasser- und Abwasserpreise.

[http://www.bdew.de/internet.nsf/id/DE_VEWA-Studie_Kurzfassung_Vergleich_Europaeischer_Wasser-_und_Abwasserpreise/\\$file/_12_seiter_vewa_studie_bdew_DEUTSCH_V1.pdf](http://www.bdew.de/internet.nsf/id/DE_VEWA-Studie_Kurzfassung_Vergleich_Europaeischer_Wasser-_und_Abwasserpreise/$file/_12_seiter_vewa_studie_bdew_DEUTSCH_V1.pdf)

Becker, Ulrich (2012): Erfahrungen mit Rekommunalisierungen in der Praxis. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam. 49–58

Beckereit, Michael: Marktvorteil Wertorientierung: Wie Hamburg Energie mit kommunaler Verantwortung punktet. http://www.vku.de/fileadmin/get/?21841/2012_HamburgEnergie-Neugr%C3%BCndung.pdf

Bel, Germa; Fageda, Xavier; Warner, Mildred E. (2008): Is Private Production of Public Services Cheaper than Public Production? A meta-regression analysis of solid waste and water services. <http://de.scribd.com/doc/116871422/Is-Private-Production-of-Public-Services-Cheaper-Than-Public-Production-A-Meta-Regression-Analysis-of-Solid-Waste-and-Water-Services-Forschungsberic>

Bel, Germà; Mur, Melanie (2009): Intermunicipal cooperation, privatization and waste management costs: Evidence from rural municipalities.

http://www.ub.edu/gim/articles%20web/2009/10_BEL_MUR_WM.pdf

Benergie: Unsere Geschichte. <http://www.benergie.de/genossenschaft/unsere-geschichte/>

Benergie: Unsere Ziele und der Markt. <http://www.benergie.de/genossenschaft/unsere-ziele-und-der-markt/>

Benner, Thorsten (1997): Local government im Wandel. Kommunalpolitik und interkommunale Zusammenarbeit in Großbritannien. In: Brunn (Hg.): Interkommunale Zusammenarbeit. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen Bd.1 (Münster). 366–379.

<http://www.gppi.net/fileadmin/gppi/LocGovHandel.pdf.pdf>

Berliner Energietisch (2012): Neue Energie für Berlin. Eckpunkte des Gesetzesentwurfs für eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung. <http://www.berliner-energietisch.net/images/eckpunktepapier%20ge.pdf>

Berliner Morgenpost (2012): Berlin beschließt Rückkauf der Wasserbetriebe.

<http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article108305657/Berlin-beschliesst-Rueckkauf-der-Wasserbetriebe.html>

Berliner Morgenpost (2013): Ein Berliner Stadtwerk wird zum Risiko für den Steuerzahler.

<http://www.morgenpost.de/kolumne/meine-woche/article120490679/Ein-Berliner-Stadtwerk-wird-zum-Risiko-fuer-den-Steuerzahler.html>

Berliner Umschau (2011): Wasser-Volksbegehren: Erfolg als „Ohrfeige für die Privatisierungspolitik“.

<http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=8943&title=WasserVolksbegehren%3A+Erfolg+als+%22Ohrfeige+f%FCr+die+Privatisierungspolitik%22+%&storyid=1001297671643>

Berliner Wassertisch: Stadtwerke Solingen – erst teilprivatisiert, jetzt wieder vollständig rekommunalisiert! <http://berliner-wassertisch.info/stadtwerke-solingen-erst-teilprivatisiert-jetzt-wieder-vollständig-rekommunalisiert/>

Berliner Zeitung (2011): Bei den Rettern schrillen die Alarmglocken. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/urteil-fuehrt-zu-preiskampf-und-lohndumping--kommunen-sehen-katastrophenschutz-gefaehrdet-bei-den-rettern-schrillen-die-alarmglocken,10810590,10945296.html>

Berliner Zeitung (2013): Berliner bevorzugen Staatsstrom. <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/rekommunalisierung-berliner-bevorzugen-staatsstrom,10809148,23973740.html>

Blankart, Charles B.; Engelke, Christian: Regulierung und öffentliche Gelder: Der Fall der Bahn. <http://www.wiwi.hu-berlin.de/professuren/vwl/oef/dok/docs/bahn.pdf>

Bloomberg (2012): Bordeaux Water Squeeze May Be End of Era for Veolia, Suez. <http://www.bloomberg.com/news/2012-07-30/bordeaux-water-squeeze-may-be-end-of-era-for-veolia-suez.html>

Bolz, Urs. (2007): PPP – um was es geht. http://www.sgvw.ch/d/dossiers/Seiten/dossier_18_erklaerung_ppp.aspx

Brandt, Thorsten; Schulten, Throsten (2008): Privatisierungen in Deutschland – eine Bilanz. http://www.boeckler.de/pdf/v_2008_11_27_brandt_schulten.pdf

Braun, Thomas (2013): Wassernetz. Die Stadt und die EnBW treffen sich vor dem Kadi. http://www.hundert-wasser.org/files/EnBW_Kadi.pdf

Bündnis Bahn für alle: Erfahrungen in anderen Ländern. <http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/hintergrund/erfahrungen-in-anderen-laendern.php>

CCRE (2008): Reform öffentlicher Dienstleistungen: Welche Rolle für den Sozialen Dialog? http://www.ccre.org/docs/publication_reform_public_services_de.pdf

CDU Kiel (2007): Rekommunalisierung ist der falsche Weg. <http://cdu-kiel.cdu-sh.de/CDU-KV-Kiel/Inhalte/Aktuelles-Presse/Archiv/Rekommunalisierung-ist-der-falsche-Weg>

CDU Kiel (2009): Rot –Grüne Rechenkunststücke gehören in den Müll. <http://cdu-kiel.cdu-sh.de/CDU-KV-Kiel/Inhalte/Aktuelles-Presse/Abonnierte-Inhalte/Rot-Gruene-Rechenkunststuecke-gehoeeren-in-den-Muell>

CDU Ortsverband Wik Projensdorf (2009): Rekommunalisierung der Müllabfuhr kann Gebührenzahler teuer zu stehen kommen. <http://www.cdu-wik.de/index.php/CDU-OV-Wik-Projensdorf/Inhalte/Aktuelles-Presse/Archiv/Rekommunalisierung-der-Muellabfuhr-kann-Gebuehrenzahler-teuer-zu-stehen-kommen>

Crevel, Philippe; Wagner, Norbert (2003): Dezentralisierung in Frankreich – ein großes Vorhaben der Regierung Raffarin. Politischer Kurzbericht der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Frankreich. www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_1892_1.pdf

Das österreichischen Gallup Institut (2012): Allgemeine Wertschöpfung der öffentlichen Abfallentsorgung und Wertstoffsammlung.

http://195.58.166.60/noeav/user/awv/dokumente/Praesentation_ARGE_Abfallwirtschaft_NOE_LPK.pdf

Demo. Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik (2010): Rekommunalisierung der Energieversorgung – Chancen und Risiken.

<http://www.demo-online.de/content/rekommunalisierung-der-energieversorgung-ae-chancen-und-risiken>

DGB (2012): Zurück zur öffentlichen Hand – Chancen und Formen der Rekommunalisierung.

<http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422>

Der Standard (2012): BWB segnete Energie Klagenfurt-Rückkauf ab.

<http://derstandard.at/1353206971768/BWB-segnete-Energie-Klagenfurt-Rueckkauf-ab>

Der Standard (2013): Auch in Österreich haben Private Hände im Spiel.

<http://derstandard.at/1358305116986/90-Gemeinden-beziehen-ihr-Wasser-von-Privaten>

Der Tagesspiegel (2000): Zugunglück in England: Mindestens vier Todesopfer.

<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/zugunglueck-in-england-mindestens-vier-todesopfer/172548.html>

Der Tagesspiegel (2009): Die Renaissance des Staates.

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kommunen-die-renaissance-des-staates/1504000.html>

Der Tagesspiegel (2013): Der stille Kampf von Vattenfall.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/volksentscheid-berliner-stromnetz-der-stille-kampf-von-vattenfall/8864438.html>

Deutsches Vergabenetzwerk (2010): EuGH: Der öffentliche Rettungsdienst unterfällt grundsätzlich dem Vergaberecht.

<http://www.vergabeblog.de/2010-10-17/der-offentliche-rettungsdienst-unterfaellt-grundsatzlich-dem-vergaberecht-eugh-urteil-v-29-04-2010-rs-c-16008/>

Deutschlandfunk (2010): Stadteigener Energieversorger.

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/firmen/1317410/>

Deutschlandfunk (2013): Angst vor teurem Wasser.

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1995643/>

Die Presse (2012): Großbritannien: Polizei in privater Hand.

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/737144/Grossbritannien_Polizei-in-privater-Hand

Die Welt (2001): Neues Zugunglück erschüttert Großbritannien.

<http://www.welt.de/print-welt/article436819/Neues-Zugunglueck-erschuettert-Grossbritannien.html>;

Die Welt (2009): Das Mutterland der Privatisierung schenkt um.

<http://www.welt.de/wirtschaft/article4084137/Das-Mutterland-der-Privatisierungen-schwenkt-um.html>

Die Welt (2009): Geschäft perfekt: Stadtwerke kaufen E.on-Tochter Thüga.

http://www.welt.de/welt_print/wirtschaft/article4957445/Geschaeft-perfekt-Stadtwerke-kaufen-E-on-Tochter-Thuega.html sowie

Die Welt (2012): Hamburg kehrt zur Staatswirtschaft zurück.

<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article106153496/Hamburg-kehrt-zur-Staatswirtschaft-zurueck.html>

Die Welt (2012): Nicht alle finden den Erfolg von Hamburg Energie gut.

http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article108278458/Nicht-alle-finden-den-Erfolg-von-Hamburg-Energie-gut.html

Die Welt (2013): Untersuchungsausschuss wird zur Blamage für CDU.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article113651394/Untersuchungsausschuss-wird-zu-Blamage-fuer-CDU.html>

Difu-Papers (2009): Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft.

Difu-Papers (2011): Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme.

Difu-Berichte (3/2011): Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-32011/rekommunalisierung-als-trend-und-chance-fuer-kommunen.html>

Dr. Richard: Linienverkehr. <http://www.richard.at/linienverkehr/>

Dürener Service Betrieb: Düren setzt auf umweltfreundliche LED-Lichtlösung. http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartikel_kurz-PDF.pdf

Dürener Service Betrieb: Durch Rekommunalisierung der Straßenbeleuchtung 650.000€ jährliches Einsparungspotenzial aktiviert. http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf

E-Control (2011): 10 Jahre Energiemarktliberalisierung. <http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/presse/dokumente/pdfs/bericht-10-jahre-energiemarktliberalisierung.pdf>

E-Control: Jahresbericht 2012. http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/presse/dokumente/pdfs/Jahresbericht_2012_FINAL.pdf

E.ON (2010): Bilanzpressekonferenz der E.ON AG. http://www.eon.com/content/dam/eon-com/de/downloads/e/E.ON_Rede_Bernotat_BPK_DE.pdf

Eau de Paris: Prix de l'eau. http://www.eaudeparis.fr/leau-au-quotidien/une-eau-au-juste-prix/#prix_eau

Eisenmann, Wolf (2012): Kommunales Insourcing als Weg zur Effizienzsteigerung – Seit 20 Jahren kommunal erfolgreich. In: VKU Verband kommunaler Unternehmen e.V. 100 Jahre kommunale Abfallwirtschaft.

El diario (2013): El agua: ¿un derecho público o una mercancía? http://www.eldiario.es/catalunya/agua-derecho-publico-mercancia_0_103239805.html

Energie Baden-Württemberg: Aktionärsstruktur. <http://www.enbw.com/unternehmen/investoren/anleihen-und-aktien/aktie/aktionaersstruktur.html>

Energie Baden-Württemberg: Unternehmensporträt. <http://www.enbw.com/unternehmen/karriere/wer-wir-sind/unternehmensportraet/index.html>

Engartner, Tim (2010): Das Comeback der Kommunen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2010. http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=n%C3%BCmbrecht+strom+r%C3%BCckkauf&source=web&cd=25&cad=rja&ved=0CEQQFjAEOBQ&url=http%3A%2F%2Fwww.axel-troost.de%2FserveDocument.php%3Fid%3D1193%26file%3D9%2F0%2Ff3c.pdf&ei=C5luUd0Ck_jhBJvhgNAK&usq=AFQjCNG8pF4BQ7arMW18033MU8QYqSSwDg&bvm=bv.45368065,d.ZWU

EPSA-Projects. http://www.epsa-projects.eu/index.php?title=Rekommunalisierung_der_Abfallwirtschaftstatt_Privatisierung_und_interkommunale_Kooperationstatt_Kirchturmdenken:_Besser_und_billiger_unter_kommunalen_Dach!

EPSU (2012): Re-municipalising municipal services in Europe. A report commissioned by EPSU to Public Services International Research Unit (PSIRU).
http://www.epsu.org/IMG/pdf/Redraft_DH_remunicipalization.pdf

EuroTest. <http://www.eurotestmobility.com/eurotest.php?itemno=346>

EVN: Investor Relations. <https://www.evn.at/EVN-Group/Investor-Relations/Aktie/Aktionarsstruktur.aspx>

EVN: Wasser. http://www.evnwasser.at/EVN_Wasser.aspx

Factory (2013): Rekommunalisierung statt Privatisierung. <http://www.factory-magazin.de/news/beitrag/artikel/rekommunalisierung-statt-privatisierung.html>

Falter (2013): Wasser unser. <http://www.falter.at/falter/2013/02/05/wasser-unser/>

Finanzen.net: EnBW Aktie. www.finanzen.net/chart/EnBW

Finanznachrichten.de (2013): Vattenfall: Berliner Stromnetz wirft Gewinn von 80 Millionen Euro ab. <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2013-09/28123191-vattenfall-berliner-stromnetz-wirft-gewinn-von-80-millionen-euro-ab-003.htm>

Fingrid: Shares and shareholders. <http://www.fingrid.fi/>

Fokus (2012): Roundup. Thüga hofft auf Milliardenneinnahme durch Kapitalerhöhung. http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/roundup-thuega-hofft-auf-milliardeneinnahme-durch-kapitalerhoehung_aid_765444.html

Forum für Berlin: Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe: Keine Geschenke für Wassermulti Veolia!
<http://forumfuerberlin.wordpress.com/2013/08/27/rekommunalisierung-der-berliner-wasserbetriebe-keine-geschenke-fur-wassermulti-veolia/>

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Eine Kommune kauft ihr Stromnetz.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-eine-kommune-kauft-ihr-stromnetz-1464483.html>

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Skandal um Londoner Untergrundbahn.

GEO: Mehrwert für die Bürger. <http://www.geo.de/GEO/natur/green-living/hessen-rekommunalisierung-mehrwert-fuer-die-buerger-69863.html?p=1&eid=68119>

Girmscheid, Gerhard: Prozessablaufmodelle für Beschaffungs-PPP und Aufgabenerfüllungs-PPP – Kurzinformation.
<http://www.ppp.ethz.ch/documents/publications/essay/prozessablaufmodelle>

Global Water Intelligence: Veolia environnement SA.
<http://www.globalwaterintel.com/pinsent-masons-yearbook/2011-2012/part-iii/company-analysis-major-players/9/>

Global Water Intelligence (2011): Bordeaux to vote on re-municipalisation.
<http://www.globalwaterintel.com/archive/12/6/general/bordeaux-vote-re-municipalisation.html>

Hachfeld, David (2009): Rekommunalisierung – Lehren aus Potsdam und Grenoble. In: Cadeias, Mario; Rilling, Rainer; Weise Katharina (Hrsg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen. Karl Dietz Verlag, Berlin. 87–99.

Handelsblatt (2009): Versorger. Eon verkauft Thüga an Kommunen.
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/versorger-eon-verkauft-thuega-an-kommunen-seite-all/3236896-all.html>

Handelsblatt (2010): Kommunen schaffen Stromriesen.
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

Handelsblatt (2011): Mühsame Spurensuche im Milliardengrab.
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rueckkauf-von-enbw-muehsame-spurensuche-im-milliardengrab/5132706.html>

Handelsblatt (2012): Das sind die größten Energieversorger der Welt.
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/das-sind-die-groessten-energieversorger-der-welt/6994024.html>

Handelsblatt (2012): Kraftwerk in Kolumbien statt Kitas im Pott.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

Hall, David; Lobina, Emanuele (2012): Water companies and trends in Europa 2012.
http://www.epsu.org/IMG/pdf/2012_Water_companies-EWCS.pdf

Hall, David; Nguyen, Tue Anh (2012): Waste management in Europe: companies, structure and employment. <http://www.psir.org/reports/waste-management-europe-companies-structure-and-employment>

Hall, David; Terhorst, Philipp (2011): Re-municipalisation of the Germany energy sector. http://www.epsu.org/IMG/pdf/Germany_Energy_Sector_Remunicipalisation.pdf

Hamburg Energie: Energieerzeugung. <http://www.hamburgenergie.de/ueber-uns/energieerzeugung.html>

Haucap, Justus (2007): Daseinsvorsorge zwischen Beihilfenkontrolle und globalem Wettbewerb. In: Eisenkopf, Alexander: Daseinsvorsorge mit Public Private Partnerships: Ein dritter Weg?, Wirtschaftsdienst. 712 – 716. <http://hdl.handle.net/10419/42751>

Heise online (2010): Niedrigere Gebühren, höhere Löhne, mehr Gestaltungsspielraum. <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html>

Homepage Heide Rühle (2013): Verhandlungen zum Vergabe-Paket abgeschlossen. <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/948>

Horváth&Partners (2011): Begleitung der konzeptionellen Überlegung bei der Gründung eines Stadtwerks. <http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/417660/63447.pdf>

HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011): Renaissance der Kommunalwirtschaft – Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Immobilien Bremen.

<http://www.immobilien.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de>

Inthenews.co.uk (2008): Govt in £2bn Metronet bail-out.

[http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-\\$1197787.htm](http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-$1197787.htm)

Islington Gazette (2012): Taking waste services in-house 'will save Islington £3m'.

http://www.islingtongazette.co.uk/news/taking_waste_services_in_house_will_save_islington_3m_1_1443876

Kieler Nachrichten (2009): KVG auf schwierigem Kurs.

<http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/KVG-auf-schwierigem-Kurs>

Kieler Nachrichten (2009): KVG-Rückkauf mit Verspätung.

<http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/KVG-Rueckkauf-mit-Verspaetung>

Kieler Nachrichten (2009): Rot-Grün freut sich über 100 Prozent KVG.

<http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

Klimaretter.info (2012): Berlin: SPD unterstützt Energietisch.

<http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/11320-berlin-spd-unterstuetzt-energietisch>

Kleine Zeitung (2013): „Nur ‚big boys‘ bleiben übrig“.

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/3235644/kern-nur-big-boys-bleiben-uebrig.story>

Klug, Friedrich (2011): Privatisierung. In: Klug (Hg.): Daseinsvorsorge durch Re-

Kommunalisierung. IKW- Kommunale Forschung in Österreich. Eigenverlag IKW-Schriftreihe Nr. 121. 29 – 42.

kommunalpolitisches Forum Land Brandenburg (2010): Rekommunalisierung in der Praxis.

http://www.kf-land-brandenburg.de/kommunalpolitik/kopo_mai2010.pdf

Kurier (2013): Wasser marsch: Kampf um Ausverkauf. <http://kurier.at/politik/eu/eu-richtlinie-zur-privatisierung-wasser-marsch-kampf-um-den-ausverkauf/2.798.422>

La Vanguardia (2012): Figaró-Montmany municipaliza el servicio de agua.

<http://www.lavanguardia.com/medio-ambiente/20120812/54336954260/figaro-montmany-municipaliza-servicio-agua.html>

La Vanguardia (2013): Figaró más eficiente en la gestión del agua con la municipalización.

<http://www.lavanguardia.com/local/valles-oriental/20130411/54371150505/figaro-montmany-aumenta-eficiencia-gestion-agua-municipalizacion-servicio.html>

Landkreis Uckermark Beteiligungbericht 2012.

http://www.uckermark.de/PDF/BR_125_2013.PDF?ObjSvrID=1897&ObjID=1137&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1383115308, 49

Lebensministerium: Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2011

Lebensministerium (2009): Organisatorische Aspekte der österreichischen Abfallwirtschaft

Lethbridge, Jane (2008): Public Transport. In: Poor choices: The limits of competitive markets in the provision of essential services to low-income consumers. 151–177.

<http://www.psir.org/sites/default/files/PoorChoices.pdf>

Libbe, Jens (2013): Rekommunalisierung in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 18–36.

Living Wage Foundation. <http://www.livingwage.org.uk/>

Manager Magazin (2003): Gelsenwasser verkauft.
<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-259379.html>

Matecki, Claus; Schulten Thorsten (2013): Zwischen Privatisierung und Rekommunalisierung. Zur Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 8–17.

Merkert, Rico (2005): Die Reorganisation und Zukunft des Eisenbahnwesens in Großbritannien. Universität Potsdam. <http://www.uni-potsdam.de/u/wipo/db78.pdf>

MTR Corporation Limited: Annual Report 2011
http://www.mtr.com.hk/eng/investrelation/2011frpt_e/EMTRAR2011F.pdf

Mühlenkamp, Holger (2007): Theoretische und empirisch fundierte Grundsatzüberlegungen zur Daseinsvorsorge. In: Eisenkopf, Alexander: Daseinsvorsorge mit Public Private Partnerships: Ein dritter Weg?, Wirtschaftsdienst. 707 – 712.
<http://hdl.handle.net/10419/42751>

N-TV (2013): Schäuble bleibt bei Griechenland vage. <http://mobil.n-tv.de/wirtschaft/Schaeuble-bleibt-bei-Griechenland-vage-article11285326.html>

N-TV (2014): Stefan Mappus im EnBW Untersuchungsausschuss. Dem Krokodil fehlen die Reißzähne. <http://www.n-tv.de/politik/Dem-Krokodil-fehlen-die-Reisszaehne-article12271211.html>

N24 (2010): Stadt Dresden kauft EnBW-Tochter Geso.
<http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Wirtschaft/d/939848/stadt-dresden-kauft-enbw-tochter-geso.html>

Oberberg aktuell (2012): Den Rettungsdienst von der Pike auf gelernt. [http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews\[tt_news\]=136702&cHash=e84486a421](http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews[tt_news]=136702&cHash=e84486a421)

ÖGB Europabüro (2013): 4. Eisenbahnpaket: Nächste Liberalisierungswelle rollt an.
http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520

ORF (2012): Teuer und ineffizient. <http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) (2003): Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-15: Wasser und Abwasser.

<http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/WasserundAbwasser.pdf>

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) (2008): Privatisierung und Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen in der EU.

http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/1_Liberalisierung/liberalisierungsbericht2008.pdf

Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach: Trinkwasser in Österreich.

<http://www.ovgw.at/wasser/themen/?uid:int=294>

Österreichischer Städtebund (2012): „Städtebarometer 2012“: Leistungen der Städte auf hohem Niveau. <http://www.staedtebund.gv.at/presse/presseaussendungen/presse-archiv/details/artikel/staedtebarometer-2012-leistungen-der-staedte-auf-hohem-niveau.html>

Paffhausen, Peter (2010): Entscheidung über eine Öffentlich Private Partnerschaft. Universität Potsdam.

http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2011/5243/pdf/paffhausen_diss.pdf

Pester Lloyd (2012): Budapest kauft Wasserwerke zurück.

<http://pesterlloyd.net/html/1212wasserwerke.html>

Peters, Hans-Joachim (2010): „Privat vor Staat hat ausgedient!“ (Re)kommunalisierung in Bergkamen, NRW. 4. Netzwerk21 Kongress: „Kommunale Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise.“

http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf

Pigeon, Martin; McDonald, David A.; Hoedeman, Olivier; Kishimoto, Satoko (2012): Remunicipalisation. Putting Water Back into Public Hands.

<http://www.corporateeurope.org/sites/default/files/publications/remunicipalisation%20web%20final.pdf>

Plataforma Ciudadana (2013): Retorno der Agua a Manos Públicas.

<http://unionensesporlopublico.blogspot.co.at/2013/03/retorno-del-agua-a-manos-publicas-si-se-puede.html>

Pressemitteilung: Rhein-Hunsrück Entsorgung (RHE) übernimmt ab 1. Januar 2006 die Abfallsammellogistik.

http://382168.forumromanum.com/member/forum/forum.php?action=ubb_show&entryid=1096059292&mainid=1096059292&USER=user_382168&threadid=1152532716

presstext (2007): Bahn-Privatisierungen bisher ausnahmslos gescheitert.
<http://www.presstext.com/news/20070901004>

Privatbahn Magazin Online (2013): DB kauft OsteuropaGeschäft von Veolia Transdev.
<http://www.privatbahn-magazin.de/blog/?tag=veolia-transdev>

public governance (2011): Rekommunalisierung in der Energieversorgung.
http://www.publicgovernance.de/docs/PG_Rekommunalisierung_in_der_Energieversorgung.pdf

RegioEntsorgung: Mitglieder und Strukturen.
<http://regioentsorgung.de/index.php?object=454>

RegioEntsorgung: Daten und Fakten. <http://regioentsorgung.de/index.php?object=1571>

RegioEntsorgung: Ziele und Grundsätze. <http://regioentsorgung.de/index.php?object=1548>

Remondis: Die weltweiten Standorte der Remondis-Gruppe.
<http://www.remondis.de/standorte/>

rettungsdienst.de (2008): Rekommunalisierung statt Ausschreibung?
<http://www.rettungsdienst.de/magazin/rekommunalisierung-statt-ausschreibung-4732>

rettungsdienst.de (2011): Für Heinsberg war die Kommunalisierung die richtige Entscheidung. <http://www.rettungsdienst.de/magazin/fur-heinsberg-war-die-kommunalisierung-die-richtige-entscheidung-21381>

Rettungswache Nümbrecht/Weil (2010): Rekommunalisierung des Rettungsdienstes.
<http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

Rhein-Zeitung (2011): Müllentsorger leisten gute Arbeit. http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-Muellentsorger-leisten-gute-Arbeit-_arid,260842.html

Rhein-Zeitung (2012): RHE senkt erneut die Müllgebühren. http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-RHE-senkt-erneut-die-Muellgebuehren-_arid,522600.html

right2water: Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht.
<http://www.right2water.eu/de/node/5>

right2water: Monitor – Commission plans for water privatisation.
<http://www.right2water.eu/de/node/279>

Rhein-Hunsrück Entsorgung: Wir über uns. <http://www.rh-entsorgung.de/de/Unternehmen/Wir-ueber-uns/Wir-ueber-uns.html>

Röber, Manfred (2009): Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kommunalisierung – Anmerkungen aus der Perspektive des Public Management. In: Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen (Hrsg.): Zukunft der öffentlichen Wirtschaft.
http://www.bvoed.de/assets/files/downloads/Beitraege/Heft_31.pdf

Röber, Manfred (2012): Rekommunalisierung lokaler Ver- und Entsorgung. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. In: KWI Schriften 6 – Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. 81–98

Rügemer, Werner: Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP): Private gewinnen.
http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422?tab=Artikel&display_page=6&k:list=Wirtschaft

Rühl, Martin (2011): Energiewende – Ein Erfahrungsbericht aus Wolfhagen.
<http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

Rühl, Martin: Netzübernahme und -integration in die Stadtwerke Wolfhagen GmbH.
<http://www.vku.de/energie/unternehmensstrategien/rekommunalisierung/aus-der-praxis-fuer-die-praxis-praxisbeispiele-und-experten-fuer-themen-rund-um-die-rekommunalisierung.html?Fsize=0&p=1>

RuhrNachrichten.de: Verdrängte der dänische Konzern Falck das DRK?
<http://www.ruhrnachrichten.de/lokales/castrop/Verdraengt-der-daenische-Konzern-Falck-das-DRK;art934,898601>

RWE. www.rwe.com

Schäfer, Roland: Kommunal statt Privat – Erfolgreiche Kommunalisierung der Müllabfuhr in Bergkamen. <http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf>

Schäfer, Roland (2012): Rekommunalisierung – Fallstricke in der Praxis. Erfahrungen aus Bergkamen. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.), Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, S. 73–80. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

Schneider, Karsten (2013): Gute Arbeit im öffentlichen Dienst. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 148–160.

Schrade, Matthias (2013): Rekommunalisierung in der Landeshauptstadt Hannover. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 110–117.

Schreiner, Patrick (2012): Werner Rügemer: „Die Rekommunalisierung ist immer mehr gestoppt worden“. <http://www.annotazioni.de/post/911>

Sendersky, Rudi (2011).

http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/berichte/11_rekommunalisierung/sendersky_text.pdf

Shibayama, Takeru; Ieda, Hitoshi (2011): MOLTS: Multinational Operators for Local Transport Services. http://www.easts.info/publications/journal_proceedings/ats/ATS_PDF/Vol-1-Issue-3/%281%29ATS_Vol_1-Issue_3.pdf

SNPC (2011): Rettungsdienst unter kommunalem Dach.

<http://www.snpc.de/wp-content/uploads/Rettungsdienst-unter-kommunalem-Dach-FvK-Unternehmerin-kommune-M%C3%A4rz-2011.pdf>

Solar-und-Windenergie.de (2010): Dresden verkauft EnBW Tochter Geso. <http://www.solar-und-windenergie.de/blog/?p=608>

SPD Kiel (2011): Rekommunalisierung der Müllabfuhr: Für alle die beste Lösung!

<http://www.spd-net-sh.de/kiel/ratsfraktion/index.php?mod=article&op=show&nr=11232>

Spiegel (2009): Konkurrenz für E.on & Co. Experten feiern Deutschlands neuer Energie-Macht.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/konkurrenz-fuer-e-on-co-experten-feiern-deutschlands-neue-energie-macht-a-642026.html>

Spiegel (2012): Staatsfonds CIC: China kauft sich in britische Wasserversorgung ein

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/staatsfonds-cic-china-kauft-sich-in-britische-wasserversorgung-ein-a-810364.html>

Spiegel (2013): Einigung mit Veolia: Berlin steht vor Rückkauf der Wasserversorgung
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/stadt-berlin-steht-vor-rueckkauf-der-wasserversorgung-von-veolia-a-921510.html>

Spiegel (2013): Freiflug-Affäre: Griechenlands Regierung feuert obersten Privatisierer
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-chef-der-privatisierungsbehoerde-muss-nach-freiflug-gehen-a-917213.html>

Spiegel (2013): Privatisierung von Kliniken: Auf Kosten der Patienten
<http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/privatisierung-von-kliniken-auf-kosten-der-patienten-a-909728.html>

Springer Gabler Verlag (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon.
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/6046/public-private-partnership-v9.html>

Stadt Bergkamen: Veranstaltungstonne.
<http://www.bergkamen.de/veranstaltungstonne.html>

Stadt Bergkamen: Windeltonne. <http://www.bergkamen.de/windeltonne.html>

Stadt Dresden: öffentliche Niederschrift der Stadtratsitzung vom 28.2.2013.
http://ratsinfo.dresden.de/vo0050.php?__kvonr=6742,

Stadt Göttingen: Parkfriedhof Junkerberg.
<http://www.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?menuid=1334&topmenu=1322>

Stadt Solingen: Stadtwerke Solingen wieder allein in städtischer Hand.
<http://www2.solingen.de/C12572F80037DB19/0/A13065A83B4F9749C1257A67002A6D55?OpenDocument>

Stadt Solingen (2012): Ungeteilte Verantwortung für die Stadtwerke ist strategische Prämie wert.
<http://www2.solingen.de/C12577D50055FA64/html/5329AE85F103FBB7C1257A7E0066721A?opendocument>

Stadt Stuttgart: Stadtwerke Stuttgart. <http://www.stuttgart.de/stadtwerke>

Stadt Stuttgart (2013): Landeshauptstadt hat Klage gegen die EnBW Regional AG zur Wasserversorgung eingereicht. <http://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/507536?>

Stadt Wien: Wasserbezugs- und Wasserzählergebühr – Meldung.

<http://www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/wasserwerk/wasseranschluss/wassergebuehr.html>

Stadtwerke Kiel: Unternehmen. http://www.stadtwerke-kiel.de/index.php?id=unternehmen__konzernaufbau

Stadtwerke Meerane. GmbH. http://www.sw-meerane.de/cms/Unternehmen/Profil/Beteiligungen/KOM9_Gruppe2.JPG

Stadtwerke Springe. <http://www.stadtwerke-springe.de>

Stadtwerke Springe: Bio-Wärme für Springe Süd. <http://www.stadtwerke-springe.de/biogasprojekt/bhkw-springe-sued/>

Stadtwerke Springe: Engagement in Springe. <http://www.stadtwerke-springe.de/engagement-in-springe/>

Stadtwerke Springe: Photovoltaik-Anlage. <http://www.stadtwerke-springe.de/photovoltaik-anlage/>

Stadtwerke Springe: Unternehmen, Historie. <http://www.stadtwerke-springe.de/unternehmen/historie/>

Stadtwerke Springe (2013): Stadtwerke Springe: Bilanz und optimistischer Ausblick. <http://www.stadtwerke-springe.de/unternehmen/presse-und-aktuelles/details/stadtwerke-springe-bilanz-und-optimistischer-ausblick/>

Stadtwerke Wolfhagen. <http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/>

Stadtwerke Wolfhagen: Strom aus Wasserkraft. http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1&Itemid=104

Stadtwerke Wolfhagen: Wasserkraft. http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=25&Itemid=105

Stadtwerke Wolfhagen: „Wolfhagener Energieweg“ – Wolfhagen aus dem Weg zur Energiewende. <http://de.slideshare.net/StadtwerkeWolfhagen/stadtwerke-wolfhagenwolfhager-energieweg>

Statistik Austria (2013): Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2011

Steag: Über uns. http://www.steag.com/ueber_uns1.html

Stern (2007): Bahnprivatisierung – Wie andere Länder es gemacht haben.
<http://www.stern.de/wirtschaft/news/bahnprivatisierung-wie-andere-laender-es-gemacht-haben-596495.html>

Stern (2013): EnBW–Untersuchungsausschuss – Staatsanwaltschaft übergibt Mappus–Akten an Landtag.
<http://www.stern.de/politik/deutschland/enbw-untersuchungsausschuss-staatsanwaltschaft-uebergibt-mappus-akten-an-landtag-1970769.html>

Stern (2013): Trend Rekommunalisierung – Ich will meinen Strom zurück.
<http://www.stern.de/politik/deutschland/trend-rekommunalisierung-ick-will-meinen-strom-zurueck-2017345.html>

Sternatz, Renate (2013): Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA–Verlag, Hamburg. 60–65.

Stieger, Martin (2011): (Re)Kommunalisierung – auch in der Stadt Wels ein Thema? In: Klug, Friedrich (Hrsg.): Daseinsvorsorge durch Re–Kommunalisierung. IKW–Schriftenreihe.

Streissler, Agnes (2012): Der Wert kommunaler Dienstleistungen in Wien.
http://www.voewg.at/wp-content/Streissler_Wert-kommunaler-DL.pdf

Stromauskunft.de: Stromerzeuger.
<http://www.stromauskunft.de/stromanbieter/stromerzeuger/>

Stromversorger–Energieversorger.de: Energieversorger. <http://www.stromversorger-energieversorger.de/energieversorger.php>

Stuttgarter Zeitung (2011): Ein „historischer Fehler“ wird korrigiert. <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.energieversorgung-ein-historischer-fehler-wird-korrigiert-page3.70c4fa89-335c-4543-b07a-5022a7524eb9.html>

Suez (2012): Suez Environment and RWE sign an agreement with the city of Budapest.
http://www.suez-environnement.fr/wp-content/uploads/2012/04/CP-Budapest-17-april-2012_VA.pdf?9d7bd4

Suez (2013): 2012 Full year results: A solid group in motion. http://www.suez-environnement.fr/wp-content/uploads/2013/02/EN_VA_SE_RA2012_Def_avec_script.pdf

TAZ (2007): Vom Börsengang zum Bettelstab.

<http://www.taz.de/?id=digitaz-artikel&ressort=me&dig=2007/09/22/a0107>

TAZ (2008): Kiel will den Nahverkehr zurück.

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=na&dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&cHash=f43b248eff>

TAZ (2009): Kommunen bereuen die Privatisierung.

<http://www.taz.de/!29838/>

TAZ (2010): Die räuberische Wasser-Privatisierung.

<http://www.taz.de/!60523/>

TAZ (2011): CDU fordert SWB-Boykott.

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ra&dig=2011%2F01%2F12%2Fa0030&cHash=fcf1c6792c>

TAZ Rechercheblog (2010): Das geheime Wassergutachten.

http://blogs.taz.de/rechercheblog/2010/11/19/das_geheime_wassergutachten/

Tesche, Christoph; Otto, Sven-Joachim (2011): Kommunale Unternehmen im Spannungsfeld von Rekommunalisierung und strategischer Partnerschaft.

<http://www.derneuekaemmerer.de/veranstaltungen/pdf/dkt2011/Kommunale-Unternehmen-im-Spannungsfeld.pdf>

Textarbeit.net: Privatisierte Gewinne, vergesellschaftete Verluste.

<http://textarbeit.net/bahn.htm>

The Guardian (2007): TfL could take over Metronet's PPP contracts.

<http://www.guardian.co.uk/business/2007/aug/24/politics.transportintheuk1>

The Guardian (2012): Rail privatisation has failed – and the NHS is hurtling down the same track.

<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/mar/10/rail-privatisation-failed-nhs?newsfeed=true>

The Local (2009): Veolia appeals Stockholm metro contract.

<http://www.thelocal.se/17274/20090130/#.UR0wvK2vld>

Thüga (2011): Jahrespressekonferenz.

[tp://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/Presse/Jahrespressekonferenz_110527_Praesentation.pdf](http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/Presse/Jahrespressekonferenz_110527_Praesentation.pdf)

Thüga (2011): Thüga Geschäftsbericht 2010.

http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/GB_2010_komplett_ohne_Image.pdf

Thüga (2012): Thüga Geschäftsbericht 2011.

http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/GB_2011_gesamt_ohne_Image.pdf

Transnational Institute, Water Justice (2010): Paris: local authorities regain control of water management. <http://www.tni.org/article/paris-local-authorities-regain-control-water-management>

Transport for London (2008): Metronet Rail transfers to TfL control.

<http://www.tfl.gov.uk/static/corporate/media/newscentre/archive/8376.html>

Transport for London (2013): Performance report.

<http://www.tfl.gov.uk/assets/images/general/lu-performance-report-period-12-2012-13.pdf>

Trewartha, Elaine (2004): Der Sozialstaat in Großbritannien. Zusammenfassung.

<http://www.programmforschung.de/downloads/ws2004trewartha.pdf>

Übersicht PPP-Vertragsmodelle. [http://www.ppp-](http://www.ppp-projekt-datenbank.de/fileadmin/user_upload/Downloads/PPP-Modelle.pdf)

[projekt-datenbank.de/fileadmin/user_upload/Downloads/PPP-Modelle.pdf](http://www.ppp-projekt-datenbank.de/fileadmin/user_upload/Downloads/PPP-Modelle.pdf)

UNISON (2011): Insourcing update: The value of returning local authority services in-house in an era of budget constraints.

<http://www.unison.org.uk/acrobat/20122.pdf>

United Nations (2010): Resolution 64/292. Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung.

<http://www.un.org/Depts/german/gv-64/band3/ar64292.pdf>

Unterlage des Werkausschuss der Stadt Nürnberg

Veolia Water: Key figures: <http://www.veoliawater.com/about/key-figures/>

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2011): Kommunale WasserWirtschaft. Interkommunale Kooperation in der Wasserwirtschaft.

Verdi (2007): Nürnberg rekommunalisiert Grünflächenpflege.

http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

Verdi (2009a): Gut und günstig. Rekommunalisierung heißt das neue Zauberwort.

http://publik.verdi.de/2007/ausgabe_08/gewerkschaft/regional/seite_7/A3

Verdi (2009b): Hannover holt Prüfstatiker zurück in die Kommune.

http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/hannover_-_pruefstatiker

Verdi (2009c): Weil es sich rechnet. Gerlingen holt Straßenreinigung und Grabaushub zurück.

<http://gartenbau.verdi.de/themen/rekommunalisierung/gerlingen>

Verdi (2010): Vergabe im Rettungsdienst.

<http://gesundheit-soziales.verdi.de/branchenpolitik/rettungsdienste>

Verdi (2012a): Rettungsdienst im Landkreis Spree-Neisse.

<http://cottbus.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++05a9c244-6064-11e3-8de2-52540059119e>

Verdi (2012b): Schaut nach Bergkamen. [http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-](http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-06/gesellschaft/politik/seite-11/A0)

[06/gesellschaft/politik/seite-11/A0](http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-06/gesellschaft/politik/seite-11/A0)

Verivox (2011): Steag: Stadtwerke-Konsortium ist neuer Mehrheitseigentümer.

<http://www.verivox.de/nachrichten/steag-stadtwerke-konsortium-ist-neuer-mehrheitseigentuemer-70032.aspx>

Vida: 4. Eisenbahnpaket – EU-Kommission soll Milliardenkosten für Bahnliberalisierung selbst zahlen.

http://www.vida.at/servlet/ContentServer?pagename=S03/Page/Index&n=S03_0.a&cid=1356596162735

Waldeckische Landeszeitung Frankenberger Zeitung (2010): Offene Liste informiert sich in Wolfhagen über kommunales Energiekonzept. <http://www.wlz-fz.de/Lokales/Waldeck/Bad-Arolsen/Offene-Liste-informiert-sich-in-Wolfhagen-ueber-kommunales-Energiekonzept>

WasserInBürgerhand: RWE/Thames Water und das schale Wasser in London

http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2006/rwe_thames_water.htm

WasserInBürgerhand: Stuttgarter Stadtrat stimmt für 100% Wasser-Rekommunalisierung.

http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2010/stgt_fuer_rekommunalisierung_wasser.htm

Wasserkolloquium (2008): Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 41.

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_41.pdf

Wasserwissen: Lexikon – biologische Nährstoffelimination. <http://www.wasserwissen.de/abwasserlexikon/b/biologischenaehrstoffelimination.htm>

Water Remunicipalisation Tracker: Bordeaux.

<http://www.remunicipalisation.org/cases#Bordeaux>

Water Remunicipalisation Tracker: Budapest.

<http://www.remunicipalisation.org/cases#Budapest>

Water Remunicipalisation Tracker: Grenoble.

<http://www.remunicipalisation.org/cases#Grenoble>

Water Remunicipalisation Tracker: Naples. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Naples>

Water Remunicipalisation Tracker: Paris. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Paris>

Water Remunicipalisation Tracker: Pecs. <http://www.remunicipalisation.org/cases#Pecs>,

Water Remunicipalisation Tracker: Toulouse.

<http://www.remunicipalisation.org/cases#Toulouse>

Wemgehoertdiewelt.de: Materialien zur Rekommunalisierung von Strom- und/oder Gasnetzen.

<http://www.who-owns-the-world.org/2010/01/11/folien-rekommunalisierung/>

Wemgehoertdiewelt.de: Trend zur Rekommunalisierung: Vorwärts in die Vergangenheit.

<http://www.who-owns-the-world.org/2008/09/30/trend-zur-rekommunalisierung-vorwaerts-in-die-vergangenheit/>

Weser Kurier (2012): Neuer Netzbetreiber gesucht.

http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Neuer-Netzbetreiber-gesucht-_arid,347131.html

Westbahn: Über WESTbahn. <https://westbahn.at/unternehmen/ueber-westbahn/>

Wiener Linien: Mehr als 900 Millionen Fahrgäste 2012.

<http://www.wienerlinien.at/eportal/ep/contentView.do/pageTypeld/9320/programId/9419/contentTypeld/1001/channelId/-26075/contentId/30609>

Wiener Zeitung (2013): Rekommunalisierung ist sozialer.

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtpolitik/529569_Rekommunalisieren-ist-sozialer.html

Wiener Zeitung (2014): Europaparlament segnet Eisenbahnpaket ab.

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/611528_Europaparlament-segnet-Eisenbahnpaket-ab.html

Wieser, Robert (2007): Probleme bei der Privatisierung von Infrastrukturen. In: Ludwig-

Erhard-Stiftung: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 113. Bonn. 42–49.

<http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/pdf/orientierungen/orientierungen113.pdf>

Williams, Trefor P. (2010): „Analysis of the London Underground PPP Failure“–Engineering Project Organizations Conference South Lake Tahoe, CA November 4–7, 1–3

Wirtschaftsblatt (2011): Westbahn macht den ÖBB auch auf Busstrecken Konkurrenz.

<http://wirtschaftsblatt.at/home/1213219/index>

Wirtschaftsblatt (2012): Ungarn macht mit Re-Verstaatlichung ernst.

<http://wirtschaftsblatt.at/archiv/1228863/index>

Wirtschaftsblatt (2014): Saubermacher AG ordnet ihren Vorstand neu.

<http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/steiermark/1545080/Saubermacher-AG-ordnet-ihren-Vorstand-neu>

Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 95–109.

Wollmann, Hellmut (2013): Rekommunalisierung in europäischen Nachbarländern. In:

Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 37–47.

Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie (2013): Auslaufende Konzessionsverträge für Stromnetze. http://wupperinst.org/uploads/tx_wupperinst/Konzessionsvertraege_final.pdf

Zeit (1995): Der Patron von Grenoble.

http://www.zeit.de/1995/41/Der_Patron_von_Grenoble

Zeit (2003): Versorger zu versorgen.

http://www.zeit.de/2003/39/Versorger_zu_versorgen

Zeit (2006a): Privatisierung. Alles muss raus.
<http://www.zeit.de/2006/26/Priv-Flucht-ins-Private>

Zeit (2006b): Wasserversorgung: Zusammenarbeit mit Konzernen.
http://www.zeit.de/2006/26/Wasserversorgung_Zusammenarbeit_mit_Konzernen;

Zeit (2009): 11.000 Jahre Verspätung.
<http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

Rückfragen

EntsorgungsBetriebBergkamen (EBB)

Fachdienst Friedhöfe der Stadt Göttingen

Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach

Stadtwwerke Potsdam GmbH

TV/Video

ORF, Weltjournal 5.6.2013

Water makes money, DE 2010; Regie und Drehbuch: Leslie Franke, Herdolor Lorenz

Die “Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung” (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

Die Autorinnen der Studie

Mag.^a Susanne Halmer, BA

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Studium der Soziologie und Politikwissenschaft

Kontakt: susanne.halmer@politikberatung.or.at

MMag.^a Barbara Hauenschild

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Studium der Soziologie und Politikwissenschaft

Kontakt: barbara.hauenschild@politikberatung.or.at